

STATE LIBRARY OF PENNSYLVANIA



3 0144 00379986 3

REFERENCE



COLLECTIONS



Digitized by the Internet Archive
in 2015

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER CARNEGIE-STIFTUNG FÜR
INTERNATIONALEN FRIEDEN

ABTEILUNG FÜR VOLKSWIRTSCHAFT
UND GESCHICHTE

WIRTSCHAFTS= UND. SOZIALGESCHICHTE DES WELTKRIEGES

DEUTSCHE SERIE

GENERALHERAUSGEBER

PROFESSOR DR. JAMES T. SHOTWELL

DEUTSCHER HERAUSGEBERAUSSCHUSS

Dr. Carl Melchior, Vorsitzender

Dr. Hermann Bücher

Dr. Carl Duisberg

Dr. A. Mendelssohn Bartholdy

Dr. Max Sering

*Der Plan des Gesamtwerkes ist am Schluß
dieses Bandes mitgeteilt*

1927

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT

STUTT GART BERLIN UND LEIPZIG

YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN

DIE STAATSVERWALTUNG DER BESETZTEN GEBIETE

ERSTER BAND

BELGIEN

VON

PROFESSOR DR. LUDWIG VON KÖHLER

K. WÜRTT. STAATSMINISTER a. D., TÜBINGEN

EINSTIGEM CHEF DER ABTEILUNG FÜR HANDEL UND GEWERBE

BEI DEM GENERALGOUVERNEUR

IN BELGIEN

1927

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT

STUTTGART BERLIN UND LEIPZIG

YALE UNIVERSITY PRESS, NEW HAVEN

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg
Printed in Germany

INHALT

VORWORT DES GENERALHERAUSGEBERS	IX
EINLEITUNG	1
ERSTER TEIL: RECHTLICHE GRUNDLAGE, AUFGABEN UND ORGANISATION DER DEUTSCHEN OKKUPATIONSVERWALTUNG	4
1. Die rechtliche Grundlage	4
Bildung des Generalgouvernements 4. Anwendung der Haager Landkriegsordnung 4. Gesetzgebung, Rechtsprechung, Verwaltung 8.	
2. Die Aufgaben der deutschen Okkupationsverwaltung	11
Zweifältigkeit des Besetzungszwecks und Zweifältigkeit der Aufgaben 11. Schwierigkeiten der Verwaltung äußerer und innerer Art 12.	
3. Die Organisation der deutschen Okkupationsverwaltung	15
I. Allgemeines	15
Benützung der belgischen Verwaltungseinrichtungen 15. Loyalitätserklärungen 16. Berufung deutscher Beamter 17. Verwaltung des Generalgouvernements und Etappenverwaltung, Militär- und Zivilverwaltung 19.	
II. Der Generalgouverneur	22
Oberstes Organ der Okkupationsverwaltung. Rechtliche Stellung, Verhältnis zur belgischen und zur deutschen Staatsgewalt 22.	
III. Die zentrale Zivilverwaltung	23
Zeit vor der Verwaltungstrennung: Verwaltungschef, Politische Abteilung, Bankabteilung 23. Gliederung der Zentralverwaltung 24. Aufgaben der politischen Abteilung im besonderen 25. Verhältnis zu den neutralen Vertretern 26. Regelung des Pressewesens 27. Aufgaben der Bankabteilung im besonderen 27. Zentrale Fachbehörden 29. Kohlenzentrale 30. Ölzentrale 31. Hauptstelle für Gas, Wasser und Elektrizität 33.	
IV. Die Provinzial-, die Kreis- und die gemeindliche Verwaltung	34
Militärgouverneure und Präsidenten der Zivilverwaltung 34. Kreischefs und Zivilkommissare 35. Lokale allgemeine Verwaltung. Polizeiverwaltung im besonderen. Handhabung der Sittenpolizei 36. Deutsche Fachbehörden in der Bezirksinstanz: die Bergverwaltungen in Lüttich, Charleroi und Mons 37.	

223659

V. Die Post- und Telegraphenverwaltung	38
Beginn der Ordnung des Postwesens September 1914. Wiederaufnahme der Tätigkeit des belgischen Ministeriums. Ausdehnung des deutschen Betriebs. Deutsche Telegraphenanstalten 38.	
Rückblick über die Organisation der Okkupationsverwaltung 39.	
VI. Die Verwaltungstrennung	39
Vlämische Bewegung 39. Beginn der deutschen Vlamenpolitik. Regelung der Sprachenfrage 40. Beginn der Verwaltungstrennung 41. Vlamenmanifest. Rat von Flandern. Bildung zweier belgischer Verwaltungsgebiete (Flandern und Wallonien) 42. Schwierigkeiten in der Durchführung 44. Teilung der deutschen Verwaltung 45. Änderungen in der Provinzialverwaltung 48. Wirkung der Verwaltungstrennung auf die gemeindliche Verwaltung und die Postverwaltung 49.	
Rückblick 50.	
ZWEITER TEIL: DIE DURCHFÜHRUNG DER AUFGABEN DER OKKUPATIONSVERWALTUNG	51
1. Allgemeines (Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung)	51
Bestimmung der gesetzlichen Anordnungen durch die Zwiefältigkeit der Okkupationsaufgaben 51. Delegation des Rechtsverordnungsrechts an unterstellte Behörden. Gesetz- und Verordnungsblatt 52. Bestreben, Dauerndes zu schaffen. Heranziehung belgischer Organe 53. Gerichtsverfassung. Schiedsgerichte für Mietangelegenheiten. Weitere wirtschaftliche Sondergerichte 53. Okkupationsgerichte 55. Materielles Recht. Unabhängigkeit der Justiz. Konflikt mit dem Brüsseler Appellhof und dem Kassationshof 56. Gerichtsstillstand. Ersatz der belgischen Justiz durch eine deutsche 57. Einrichtung kaiserlicher Gerichte 58.	
2. Die Kostendeckung	59
Weitererhebung der Abgaben, Zölle und Gebühren. Gestaltung des Staatshaushaltsplans. Neue Steuerquellen 60. Kontrolltätigkeit des Rechnungshofs. Wahrnehmung der deutschen Interessen bei ihm 62.	
3. Die wirtschaftlich und sozial wichtigsten Verwaltungsgebiete im einzelnen	62
Einfluß der Zwiefältigkeit des Besetzungszwecks auf die innere Verwaltung. Notwendigkeit der Kriegswirtschaft 62. Transportgenehmigungen. Bewirtschaftung von Petroleum und Kalziumkarbid. Gas- und Elektrizitätsverbrauch. Kohlennot 63. Ersatzstoffe 64.	
I. Ernährungswesen und Landwirtschaft	65
Mangel an Nahrungsmitteln 65. Gründung des Comité central de secours et d'alimentation 66. Richtlinien für die deutsche Politik 67. Erste Maßnahmen zur Regelung der Brotgetreideversorgung 68. Zufuhr aus-	

ländischer Nahrungsmittel 69. Organisation der Lebensmittelversorgung 70. Commission for relief (CRB.) und Comité national (CN.) 72. Comité Hispano-Néerlandais 73. Zentralbewirtschaftung der inländischen Getreideproduktion 73. Zentralernte-kommission und Provinzialernte-kommissionen 75. Ausmahlungsgrad. Mehlrationierung 77. Grundlegende Bestimmungen über CRB. und CN. 78. Ernährungskommission 79. Broteinfuhr aus Holland 80. Bewirtschaftung der Gerste 80, des Hafers, der Kartoffeln 82, der Rüben 84, des Zuckers 85. Butter- und Milchversorgung 86. Obst und Gemüse 88. Fleischversorgung 89. Fette und Öle 90. Getränke. Regelung der Bierversorgung, des Verkehrs mit Branntwein und Hefe 91. Bewirtschaftung des Tabaks 92. Wirkungen der Maßnahmen 93. Landeswucherordnung 94. Förderung der Produktion 95. Sonstige Unterstützung der Landwirtschaft. Viehstand 96. Pferdezucht 97. Ernährung des Viehs 98. Veterinärwesen. Kadaverwertung 99. Ersatzfutterstoffe 103.

II. Gewerbe und Handel 103

Daniederliegen bei Beginn der Okkupationsverwaltung. Versuch der Wiederbelebung 103. Hebung und Förderung des Verkehrs. Post 104. Eisenbahnen 106. Straßen und Wasserstraßen. Schifffahrt 107. Maßnahmen auf finanziellem Gebiet. Geld- und Zahlungsverkehr, Kreditwesen 108. Erteilung des Notenprivilegs an die Société Générale de Belgique 109. Abbau des Moratoriums 110. Regelung der Verjährungsfristen 113. Förderung des Kohlenbergbaus 113. Die Kempene (Campine-)Gruben. Schwierigkeiten bei der Wiederbelebung der Industrie 114. Warenaustausch mit Holland 115. Ausfuhr über See 116. Bau neuer Maschinen 117. Widerstände. Fühlungnahme 117. Comité industriel. Börsenverkehr 118. Schwierigkeiten mit dem Fortschreiten der Blockadewirkungen. Übergang zur Kriegswirtschaft und wirtschaftlichen Kriegsführung 119. Erfassung und Rationierung der Rohstoffe. Kontrolle der Aus- und Einfuhr 120. Grundsätze für die Außenhandelspolitik 122. Einfuhrbeschränkungen 124. Plan eines ravitaillement industriel 125. Einfuhr aus Deutschland 126. Einschränkungsmäßregeln infolge zunehmender Knappheit 126. Konzessionspflicht und Konzession, Stilllegung und Abbau industrieller Betriebe 127. Wirkung der Maßnahmen. Verschärfung. Einschränkung der Privatbautätigkeit. Einrichtung einer Unterabteilung „Eisenindustrie“ bei der Abteilung für Handel und Gewerbe 129. Abbau industrieller Anlagen. Einfluß der veränderten Lage auf den Kohlenbergbau 130. Günstige Wirkungen auf die Werften. Zunahme des Kanalverkehrs 131. Abbau von Kleinbahnen. Stilllegung von Straßenbahnen. Wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen. Bankenkontrolle 132. Zahlungsverbote 133. Beaufsichtigung industrieller Unternehmungen. Zwangsverwaltungen 134. Liquidationen 139. Bei-

treibung von Forderungen deutscher Gläubiger. Maßnahmen auf dem Gebiet der Privatversicherung 141. Arbeitslosigkeit 142. Ihre Bekämpfung 143. Arbeitermangel in Deutschland 144. Beschaffung von Arbeitskräften für deutsche Zwecke. Freiwillige Anwerbung. Deportation belgischer Arbeiter 145. Ergebnis der freiwilligen Arbeiteranwerbung 167.	
III. Sozialpolitische Maßnahmen	168
Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung 168. Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer 170. Karitative Hilfe 171. Belgisches Rotes Kreuz, Zentrale für soziale Fürsorge und andere sozialpolitische Maßnahmen 172. Wiederherstellung der beschädigten Wohnstätten und Wiederaufbau der zerstörten Orte. Fürsorge für die Kriegergräber 174. Pflege und Förderung von Kunst und Wissenschaft. Sozialpolitische Betätigung auf dem Gebiet des Schulwesens 175. Weiterentwicklung der belgischen Schulgesetzgebung 176. Universitäten. Umwandlung der Universität Gent in eine vlämische Hochschule 177.	
SCHLUSS	183
BEILAGEN	185
ANLAGE: Zusammenstellung der Arbeiterabschiebungen und der Zahlen der Abgeschobenen	187
ANMERKUNGEN	191
ABKÜRZUNGEN	203
ALPHABETISCHES REGISTER	205
ANHANG: Plan der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges	213

VORWORT

DES GENERALHERAUSGEBERS

FÜR DAS GESAMTWERK

Als im Herbst 1914 die Aufgabewissenschaftlicher Erforschung der Wirkungen eines Kriegs auf das heutige Leben mit einem Male vom metaphysischen Theoretiker auf den Geschichtsschreiber überging, beschloß die Abteilung für Wirtschaft und Geschichte der Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden, den Plan ihrer Untersuchungen den teils neuen, teils veränderten Problemen anzupassen, die der Krieg stellte. Der frühere Plan, das Ergebnis einer Konferenz von Volkswirtschaftlern in Bern im Jahre 1911, beruhte auf dem damals verfügbaren Tatsachenmaterial; eben hatte sich an den ersten Beiträgen zu zeigen begonnen, welche Vorzüge er hatte; indessen konnte man jetzt aus mancherlei Gründen nicht mehr daran denken, ihn bis zum Ende durchzuführen. So wurde auf Verlangen des Leiters der Abteilung ein neuer Plan entworfen; man wollte versuchen, vermittelt einer geschichtlichen Übersicht zu bestimmen, welche Kosten der Krieg für die Wirtschaft und welche Verschiebungen er für die kulturelle Entwicklung mit sich gebracht hat. Solch eine Geschichte könnte, das fühlte man, wenn wissenschaftlich geschulte Männer von richterlichem Gleichmaß des Geistes sie schrieben, zuletzt im wissenschaftlichen Dienst der Wahrheit die Mittel zur Bildung einer gesunden öffentlichen Meinung liefern und auf diese Weise grundlegend beitragen zur Erreichung der Ziele einer der Sache des Weltfriedens gewidmeten Institution.

Das Bedürfnis nach einer solchen im Geist historischer Forschung geplanten und ausgeführten Analyse zeigte sich immer deutlicher, je weiter der Krieg fortschritt, da nun die vielgestaltigen Kräfte des nationalen Lebens nicht nur für den ungeheuren Zerstörungsprozeß entfesselt, sondern auch unter dem Antrieb des Kriegs zu neuen produktiven Leistungen freigemacht wurden. Diese neue wirtschaftliche Aktivität, die im ruhigen Friedens-

zustand einen Gewinn für die Gesellschaft hätte bedeuten können, und die überraschend sich darstellende Fähigkeit der kriegsführenden Nationen zum Ertragen lang fortgesetzter, sich steigender Verluste — oft unter dem äußeren Anschein eines neuen Wohlstandes — nötigten zu einer Überprüfung der gesamten Kriegswirtschaftslehre. Der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte war damit eine doppelte Verpflichtung auferlegt. Sie mußte ihre Arbeit auf dieses sich anbietende Problem konzentrieren, und sie mußte es in seiner Gesamtheit erfassen, mit anderen Worten, die Maßstäbe und Methoden der Geschichtsschreibung auf es anwenden. Wie der Krieg selbst, ein Einzelereignis, dennoch auf Wegen, zwischen denen keine Verbindung zu bestehen schien, bis in die entferntesten Teile der Welt wirkte, so muß die Kriegsforschung nach einem Plan vorgehen, der zu gleicher Zeit allumfassend ist und sich doch in die praktischen Beschränkungen des zugänglichen Materials fügt.

Solange der Krieg dauerte, war es indessen unmöglich, diesen Plan einer wissenschaftlichen und unvoreingenommenen Erforschung der Kriegswirtschaft in großem Maßstab und mit sicherer Hand durchzuführen. Man konnte wohl Gelegenheitsarbeiten und Einzelstudien unternehmen, und das geschah auch unter der Leitung der Abteilung; eine allgemeine Geschichte in Angriff zu nehmen, war aus naheliegenden Gründen unmöglich. Der erste dieser Gründe war, daß eine autoritative Darstellung der Wirtschaftskräfte, über welche die Kriegführenden verfügten, unmittelbar auf die Kriegführung im Feld hätte einwirken müssen; deshalb wurden die Daten über das wirtschaftliche Leben der kriegführenden Länder, die zu Friedenszeiten der Forschung leicht zugänglich gewesen wären, ihr soweit wie möglich entzogen. Zu dieser Schwierigkeit im Beschaffen der Dokumente kam noch, daß die Mitarbeiter, die für sie sachverständig waren, in den kriegführenden Ländern zum großen Teil in den Dienst der Landesverteidigung gestellt waren und so für die Aufgabe nicht in Betracht kamen. Die Ausführung des Planes einer Kriegsgeschichte wurde deshalb auf eine Zeit verschoben, in der nicht nur der Zugang zu den wesentlichen Urkunden, sondern auch die Mitwirkung von Nationalökonomen, Historikern und Männern der Praxis in allen hauptbeteiligten Ländern möglich sein würde; denn es kam darauf an, sie zu einem gemeinsamen Werk zu ver-

einigen, das in seinem Gehalt wie in seinem Ziel über jedes Mißverständnis erhaben wäre.

Bei Kriegsende nahm die Stiftung den ursprünglichen Plan wieder auf, und man fand, daß er mit nur geringer Änderung auf die jetzige Lage anwendbar sei. Die Arbeit begann im Sommer und Herbst 1919. Zunächst trat eine Schlußkonferenz des Wirtschaftsbeirats der Abteilung für Wirtschaft und Geschichte in Paris zusammen; sie beschränkte sich auf den Entwurf einer Reihe von kurzen vorläufigen Einzelstudien. Da aber die rein vorläufige Art solcher Studien noch deutlicher dadurch wurde, daß sie sich ganz besonders auf die damals für Europa dringlichen Probleme richteten, so hielt man es für das beste, sie nicht als einen Bestandteil des großen Werks zu behandeln, sondern ihnen nur das beschränkte Verdienst von Beiträgen zur Liquidierung des Kriegs zuzuerkennen. Es leuchtete ein, daß es nicht nur unmöglich war, auf dieser Konferenz a priori ein allgemeines Programm für die Gesamtgeschichte aufzustellen, sondern daß man vielmehr eine neue und mehr spezialisierte Forschungsorganisation brauchte, um die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Kriegs in Angriff nehmen zu können, eine Organisation, die fürs erste mehr national eingerichtet sein und noch nicht auf internationaler Zusammenarbeit beruhen sollte. Ehe die Tatsachen der Kriegsgeschichte in den einzelnen Ländern festgestellt waren, würde man nicht zur vergleichenden Nachprüfung schreiten können, und die Geschichte jedes einzelnen Landes war in sich schon von fast schwindelerregender Vielfältigkeit und Verschlungenheit. Infolgedessen löste sich der bisherige Untersuchungsausschuß für Europa auf, und man beschloß, an seiner Stelle in den großen Ländern Herausgeberausschüsse einzusetzen und in den kleineren Staaten einzelne Herausgeber zu ernennen; sie sollten sich jeder, wenigstens fürs erste, in seiner Arbeit auf die Wirtschafts- und Sozialgeschichte seiner Heimat im Krieg konzentrieren.

Die Bildung dieser Ausschüsse durch den Generalherausgeber war der erste Schritt, der überall zum Beginn der Arbeit zu tun war. Und wenn der Plan der Stiftung noch irgendeiner Rechtfertigung bedurfte, so bietet sie sich in den Namen der in Wissenschaft und Politik bewährten Männer dar, die die Verantwortung der Herausgeberschaft auf sich genommen haben. Diese Verant-

wortung ist keineswegs eine leichte, schließt sie doch die Aufgabe in sich, den allgemeinen Plan den wechselnden Bedürfnissen nationaler Besonderheiten anzupassen. Der Erfolg wird der hingebenden und ernstgemeinten Arbeitsgemeinschaft der Männer zu danken sein, denen die Schriftenreihe ihres Landes anvertraut ist.

Über den nächsten Schritt, der nach Einrichtung der Organisation zu tun war, konnte kein Zweifel bestehen: ohne Urkunden keine Geschichtschreibung. Alle für die Zentralverwaltungen wie für engere Gebiete wesentlichen Kriegsakten sind daher zu erhalten und der Forschung zugänglich zu machen, soweit es sich mit dem Staatswohle vereinbaren läßt. Aber diese gewaltige archivalische Aufgabe liegt von Rechts wegen den Regierungen und anderen Besitzern der Dokumente ob und nicht dem Geschichtschreiber oder dem Wirtschaftsforscher, der sie zu benützen wünscht. Eigentum verpflichtet: all diese Dokumente sind anvertrautes öffentliches Gut. In diesem Abschnitt unserer Kriegsgeschichte konnten also die Mitarbeiter nur über den Zustand, wie sie ihn auf ihrem besonderen Forschungsgebiet gefunden hatten, in der Form von Führern oder Nachschlagewerken berichten und möglicherweise dadurch, daß sie zu einem Vergleich der hier und dort angewandten Methoden anregten, dazu helfen, daß überall die praktischste Art der archivalischen Ordnung zur Annahme gelangte. Dies also war in jedem Land der Ausgangspunkt der wirklichen Arbeit an der Kriegsgeschichte; freilich sind nicht überall Monographien darüber verfaßt worden.

Dieses erste archivtechnische Stadium der Arbeit schien eine Zeitlang alle Möglichkeiten zu erschöpfen. Und wenn der Plan der Kriegsgeschichte seine Untersuchungen auf das Zeugnis amtlicher Dokumente beschränkt hätte, so hätte es dabei bleiben müssen, denn sobald ein amtliches Schriftstück einmal als »geheim« bezeichnet ist, findet man selten einen Beamten, der genug Mut oder Entschlußkraft hat, das Siegel zu brechen. So waren große Mengen des dem Historiker notwendigen Quellenmaterials seinem Zugriff tatsächlich entzogen, obgleich vieles davon von jedem Gesichtspunkt aus durchaus harmlos war. Man konnte erwarten, daß die Kriegsverhältnisse, die solcher Art fortwirkend die wissenschaftliche Forschung hinderten, dies noch auf Jahre

hinaus tun würden; deshalb mußte ein anderer Weg gefunden werden.

Glücklicherweise stand ein solcher Weg offen: die auf reichlichen Urkundenbeweis gestützte Geschichtserzählung derer, die an der Staatsleitung während des Kriegs teilgenommen oder als Beobachter in günstiger Stellung die Möglichkeit gehabt hatten, aus eigener Kenntnis oder nach dem Bericht von Augenzeugen die Wirtschaftsgeschichte des Kriegs in ihren verschiedenen Stadien und die Wirkung des Kriegs auf das Gesellschaftsleben aufzuzeichnen. So kamen wir zu dem Plan einer Reihe von Monographien, die zum großen Teil aus nichtamtlichen und doch maßgeblichen Darstellungen, sei es rein beschreibender, sei es kritisch-historischer Art, bestehen und am ehesten als ein Mittelding zwischen Memoiren und Farbbüchern bezeichnet werden können. Diese Monographien bilden den Hauptteil der Arbeit, soweit sie bisher in Angriff genommen ist. Sie sind nicht beschränkt auf Darstellungen aus der Kriegszeit selbst; denn die Wirtschaftsgeschichte muß sich mit einem längeren Zeitraum als dem des eigentlichen Kriegs befassen. Sie muß die Jahre des Abbaus der Kriegswirkungen mit umfassen, zum mindesten so weit, daß die Verschiebung der wirtschaftlichen Kräfte gerechter beurteilt werden kann, als dies unter den Anschauungen der Kriegszeit möglich war.

In diesem Stadium der Arbeit gewann das Problem der Herausgeberschaft ein ganz neues Gesicht. Der Plan für die Schriftenreihe war in erster Linie durch die verfügbaren Mitarbeiter bestimmt, nicht so sehr, wie bei den meisten anderen Geschichtswerken, durch das Quellenmaterial; es waren ja die Mitarbeiter selbst, denen die Quellen offenstanden. Dies wiederum brachte eine neue Haltung zu den beiden Idealforderungen mit sich, die der Historiker einzuschärfen liebt: Geschlossenheit und Sachlichkeit. Wollte man den Beitrag jedes Mitarbeiters in seinen Vorzügen zur Geltung kommen lassen, so war es unmöglich, sich an enge logische Grenzen zu binden. Dieselben Tatsachen mußten in verschiedenem Zusammenhang wiederholt und von verschiedenen Seiten betrachtet werden; man mußte Fragen behandeln, die nicht im engsten Bereich der Geschichtschreibung liegen, und man konnte nicht überall auf unbedingte Unbefangenheit rechnen. Im Drang einer Kontroverse oder im Wunsch einer

Apologie würden wohl hier und da parteiische Ansichten zum Ausdruck kommen. Aber diese Ansichten sind manchmal ein innerer Bestandteil der Geschichte selbst. Das gleichzeitige Urteil über eine Tatsache kann ebenso bedeutsam sein wie die Tatsache selbst. Zudem ist das Geschichtswerk als Ganzes so geplant, daß es sich selbst korrigiert; und wo es das nicht tut, werden andere es tun.

Neben dieser monographischen Behandlung des Quellenmaterials ist eine Anzahl von Studien vorbereitet, in denen sich Spezialforscher mit technischen oder eng umrissenen historischen und statistischen Fragen beschäftigen. Auch diese Monographien sind bis zu einem gewissen Grad als Quellenstudien anzusehen, da sie die geschichtlichen Daten aus solcher Nähe ihres Ursprungs ansehen, daß die Prüfung ihrer Richtigkeit in einer für spätere Zeiten nicht mehr möglichen Weise gewährleistet ist. Aber sie gehören zugleich zu jener konstruktiven geistigen Arbeit, durch welche die Geschichtschreibung von der Analyse zur Synthese fortschreitet. Dieser Fortschritt ist freilich langsam und schwierig, und wir stehen noch in seinem Beginn. Die Anfänge einer Geschichte wie der unserigen sind, um ein treffendes Bild zu gebrauchen, erst das »Wollezupfen«. Später können dann die Fäden der Ereignisse zum Bild der Geschichte verwoben werden; und für diese schöpferische Arbeit werden vielleicht andere Pläne und Organisationen nötig sein.

Bei einem Werk so komplizierter und verschiedenartiger Zusammenarbeit ist es unmöglich, anders als in ganz allgemeinen Zügen die Verantwortlichkeit für den Inhalt der einzelnen Schriften zwischen Herausgebern und Verfassern zu verteilen. Für den Gesamtplan der Geschichte und seine Verwirklichung ist der Generalherausgeber verantwortlich; aber die Anordnung der einzelnen Schriftenreihen ist weithin das Werk der verschiedenen Herausgeberausschüsse und der Einzelherausgeber, die auch die unter ihrer Leitung verfaßten Schriften gelesen haben. Die Aufnahme einer Monographie verpflichtet indessen die Herausgeber nicht auf die Ansichten oder Schlußfolgerungen der Verfasser. Sie müssen, wie jeder Herausgeber, bürgen für die Wissenschaftlichkeit, die Eignung und die Brauchbarkeit jedes aufgenommenen Beitrags. Die Verfasser aber müssen natürlich die Freiheit haben, das Ihre auf ihre eigene Weise zu geben. Ebenso legt die

Veröffentlichung einer Monographie die Carnegie-Stiftung nicht auf die besonderen Schlüsse fest, die der Verfasser darin gezogen hat. Die Stiftung fühlt sich der Geschichte selbst verantwortlich — sie hält es für ihre Pflicht, den Varianten der Erzählung und Auffassung, soweit sie uns den Krieg als Ganzes verstehen lassen, nicht aus dem Weg zu gehen, sondern sie festzuhalten und zu bewahren.

Neben den im engeren Sinn wirtschaftsgeschichtlichen Beiträgen muß unser Gesamtwerk auch Darstellungen aller jener Tätigkeiten der Kriegsverwaltung bringen, welche teils leitend, teils beaufsichtigend auf das wirtschaftliche Leben unmittelbar eingewirkt haben.

In dieser Verfassungsgeschichte der Kriegswirtschaft nimmt die Verwaltung der »besetzten Gebiete« — das heißt der kriegsrisch okkupierten, aber außerhalb des eigentlichen Kriegsschauplatzes, hinter Front und Etappe liegenden Gebiete der gegnerischen Macht — einen besonderen Platz ein. Der alle kriegsführenden Staaten umfassende Plan unserer Kriegsgeschichte erlaubt uns, die Verwaltung dieser Gebiete in der Schriftenreihe des Landes, zu dem das besetzte Gebiet gehört, wie in der Reihe des okkupierenden Staates darstellen zu lassen. Die belgische Darstellung von I. Pirenne und M. Vauthier ist vor kurzem erschienen. In der deutschen Schriftenreihe behandelt der folgende Beitrag von L. v. Köhler die politische Verwaltung des besetzten Gebiets in Belgien; der Beitrag war gedruckt, als das Werk von Pirenne und Vauthier erschien. Daß die beiden Darstellungen unabhängig voneinander verfaßt sind, gibt dem Vergleich ihrer Ergebnisse besonderen Wert.

J. T. Shotwell.

EINLEITUNG

Als Teil einer Darstellung der Staatsverwaltung der besetzten Gebiete ist die dem Verfasser übertragene Arbeit der Verwaltung des okkupierten *belgischen* Gebietes gewidmet. Damit ist der Inhalt der nachfolgenden Darstellung umgrenzt. Sie befaßt sich mit dem belgischen Gebiet, soweit es Gegenstand der Okkupation war, und mit seiner Staatsverwaltung, soweit sie von dem Okkupanten ausgeübt wurde. Sie umfaßt nicht die Verwaltung des Okkupanten in ihrem Gesamtumfang, sondern nur insoweit, als sie nicht ausschließlich oder überwiegend nach militärischen Grundsätzen gehandhabt wurde. Im Rahmen des Gesamtwerks ist die Rücksicht auf dessen Bestimmung und der zur Verfügung stehende Raum maßgebend geblieben. Eine erschöpfende Wiedergabe der deutschen Okkupationsverwaltung in allen ihren Zweigen und Geschehnissen konnte nicht erfolgen, eine in alle Tiefen gehende Erörterung der vielseitig sich auftuenden, zum Teil ganz neuen Probleme nicht stattfinden. Im übrigen mußten bei der Betrachtung der einzelnen Zweige der Verwaltung die wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Gesichtspunkte vorwiegen, die Verwaltungsbeziehungen zu Gebieten, bei denen diese Momente eine geringere Rolle spielten, in den Hintergrund treten. So war insbesondere auf eine nähere Darstellung der Kirchenpolitik der Okkupationsverwaltung und der eigenartigen Konflikte, in die sie geriet, zu verzichten und bei der Behandlung der Vlamenpolitik eine gewisse Beschränkung zu üben. Das konnte um so eher geschehen, als gerade diese beiden Gebiete deutscherseits durch den einstigen Generalstabschef des Generalgouvernements bereits eine kompetente, auf das amtliche Material gestützte zusammenfassende Bearbeitung gefunden haben,¹ und über die Umwandlung der Universität Gent in eine vlämische Hochschule der mit der Durchführung dieser Aufgabe betraut gewesene Referent der Okkupationsverwaltung der Öffentlichkeit ausführlich berichtet hat.² Sodann war zu beachten, daß der wirtschaftlichen Nutzung des besetzten Gebiets noch eine besondere monographische Behandlung zuteil wird.

Die Verwaltung des okkupierten belgischen Gebiets ist während des Weltkriegs und nach ihm erklärlicherweise Gegenstand zahlreicher Kundgebungen, lobender wie tadelnder, auf Freundes- und auf Feindesseite wie auch in den neutralen Ländern gewesen. Zu diesen Erörterungen im einzelnen Stellung zu nehmen oder die Behauptungen feindlicher Kriegspropaganda auf ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit zu untersuchen, liegt nicht in der Absicht der Darstellung. Da nach der Bestimmung des Gesamtwerks Propaganda und Polemik fernbleiben sollen, sind auch die ausländischen Publikationen, soweit sie dem Verfasser zugänglich waren und bei den Studien für die Arbeit verwertet werden konnten, nicht beigezogen, um sie in irgendeiner Weise in der Abhandlung kritisch zu würdigen, sondern nur um als Kontrolle der Vollständigkeit und als Mittel zur Erkenntnis der Wahrheit zu dienen. Bei der Darstellung der Okkupationsverwaltung in Belgien kann es sich auf der anderen Seite auch bei Innehaltung der bezeichneten Begrenzung nicht um ein bloßes Aneinanderreihen von Tatsachen handeln. Das Aufzeigen der die Okkupationsverwaltung leitenden Beweggründe, das Erfassen der treibenden Kräfte bei ihren Maßnahmen im einzelnen ist hier um so mehr geboten, als diese dem davon Betroffenen begreiflicherweise nur zu oft in einem anderen Lichte erschienen sind als dem Anordnenden. Diese Erwägung führte von selbst dazu, soweit irgend möglich, überall auf das Urmaterial zurückzugehen: Neben den erlassenen Gesetzen und Verordnungen sind in erster Linie als Quellen für diese Darstellung die Berichte, Niederschriften und sonstigen Akten der zuständigen Stellen der Okkupationsverwaltung wie der Reichsämter benutzt worden. Die deutsche Kriegsliteratur ist da verwertet worden, wo eine Ergänzung oder nähere Ausführung des in diesen Quellen Gebotenen erforderlich erschien und ihre Zuverlässigkeit durch die eigenen Wahrnehmungen des Verfassers und ihre Übereinstimmung mit den amtlichen Urkunden kontrolliert werden konnte. Endlich treten auch eigene Aufzeichnungen des Verfassers hinzu. Wenn irgendwo, so spielt bei einer Darstellung wie der vorliegenden das persönliche Erleben, das Vertraut- und Verwobensein mit den Ereignissen seine Rolle und wird das Schöpfen aus ihm für die Urteilsbildung seine Bedeutung haben. Das wird in Betracht kommen namentlich auch in den Fällen, wo auf die Wirkungen der Maßnahmen ein-

zugehen ist. Freilich werden diese Wirkungen im Rahmen der nachfolgenden Darstellung im wesentlichen nur berücksichtigt werden, insoweit sie der Okkupationsverwaltung greifbar entgegengetreten oder wenigstens von maßgebendem Einfluß gewesen sind für ein bestimmtes Handeln von ihr. Denn von den Wirkungen gilt das Umgekehrte wie von den Beweggründen, daß sie nämlich aus den verschiedensten Ursachen dem Anordnenden leicht in anderem Lichte erscheinen als dem von den Anordnungen Betroffenen. Die Erfassung dieser Wirkungen unter dem Gesichtswinkel der belgischen beteiligten Kreise kann nicht Aufgabe unserer Darstellung sein, die Einstellung auf den Standpunkt der anordnenden deutschen Verwaltung allein aber würde ein unvollständiges Bild geben.

ERSTER TEIL

Rechtliche Grundlage, Aufgaben und Organisation der deutschen Okkupationsverwaltung

1. Die rechtliche Grundlage

Am 26. August 1914, wenige Tage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Brüssel, wurde durch Kabinettsorder des Kaisers der Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz zum »Generalgouverneur in Belgien« ernannt und der Regierungspräsident von Aachen, Dr. von Sandt, als »Chef der Zivilverwaltung« bei ihm bestellt.³ Die Bildung des Generalgouvernements erfolgte nach dem im Kriege 1870/71 gewonnenen Vorbild »und auf Grund der Bestimmungen der Kriegsetappenordnung«.⁴ Die von dem Kaiser am 29. August 1914 genehmigten »Anhaltspunkte für die Geschäftsführung des Generalgouvernements in Belgien« enthalten in Ziffer 1 die Weisung, daß bei Ausübung der dem Generalgouverneur übertragenen Gewalt »die Bestimmungen der Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges, welche dem hierauf bezüglichen Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907, RGBl. 1910 Nr. 2, S. 107 ff. beigelegt sind, zu berücksichtigen« seien. Mochte man sich also auch auf den freilich umstrittenen Standpunkt stellen wollen, daß das Haager Landkriegsabkommen von 1907 wegen der »Allbeteiligungsklausel« (Art. 2) formell für den Weltkrieg nicht gelte, so sollten gleichwohl diese von Deutschland wie von Belgien seinerzeit ratifizierten Bestimmungen zur Richtschnur genommen werden. Im Hinblick hierauf und da das Haager Abkommen weitgehend den Niederschlag dessen darstellt, was im Lauf der Entwicklung und nach der Erfahrung der letzten Kriege hinsichtlich der Wahrung der Gesetze der Menschlichkeit im Kriege nach der Überzeugung der Völker Rechtens sein sollte, ist für die rechtliche Beurteilung der Okkupationsgewalt im besetzten Belgien in erster Linie die Haager Landkriegsordnung heranzuziehen.⁵

Am 2. September erließ der Generalgouverneur eine »Proklamation« an die belgische Bevölkerung, in der er die »nach Okku-

pierung belgischen Gebiets« erfolgten Ernennungen und die daraus sich ergebende neue Ordnung der Dinge bekanntgab.⁹ Damit wurde nach außen kundgemacht, daß Deutschland nunmehr den Fall als gegeben erachte, für den die Haager Landkriegsordnung im dritten Abschnitt die völkerrechtliche Regelung getroffen hat. Diese Regelung geht aus von der *Besetzung* feindlichen Gebiets. »Ein Gebiet gilt als besetzt, wenn es sich tatsächlich in der Gewalt des feindlichen Heeres befindet.« (Art. 42, Abs. 1 der Ordnung.) Der tatsächliche Zustand ist also rechtserheblich. An ihn knüpfen sich die in der Landkriegsordnung gezogenen weiteren Folgerungen, ohne daß es noch eines besonderen Rechtsaktes, etwa eines Zugeständnisses seitens des Betroffenen oder einer Annahmeerklärung seitens des siegreichen Staates bedürfte, um den Beginn ihrer Wirksamkeit zu begründen. Nur insoweit, als dieser tatsächliche Zustand besteht, erstreckt sich die Besetzung. Darin liegt ihre räumliche und zeitliche Begrenzung. Ob und wann die Gewalt des eindringenden Heeres hergestellt ist, ist eine Tatsache, deren Beantwortung nicht immer zweifelsfrei ist. So können nach dieser Richtung Schwierigkeiten entstehen, zumal die Herstellung der Gewalt allein nicht genügt, sie muß auch ausgeübt werden können (Art. 42, Abs. 2 a. a. O.). Der Zustand erfordert demnach eine gewisse Beständigkeit, die vor allem durch ein weitgehendes äußeres Unbeeinflußtsein von den Truppenkämpfen und den damit verbundenen Erscheinungen bedingt ist. Insofern sind also die Kriegsereignisse wesentlich bestimmend für die zeitliche und räumliche Ausdehnung der »Besetzung«.

Nachdem die Hauptstadt Belgiens eingenommen und ein erheblicher Teil des Landes tatsächlich der Gewalt der belgischen Regierung entzogen und in diejenige des deutschen Heeres übergegangen war, war neben der militärischen Notwendigkeit die völkerrechtliche Berechtigung und Verpflichtung, eine deutsche Okkupationsverwaltung einzurichten, gegeben. Sie hat bestanden, solange der durch die Tatsache der Gewalt begründete Zustand vorwaltete, und hat, wiederum ohne daß es eines besonderen Rechtsaktes bedurft hätte, aufgehört mit dem Augenblick, wo er infolge der Kriegsereignisse nicht mehr als bestehend angesehen werden konnte. Als die letzteren und die Bedingungen des Waffenstillstands die deutschen Heere zum Rückzug aus Belgien nötigten, löste sich die Okkupationsverwaltung von selbst auf.

Aus denselben Gründen erklärt sich, daß die Okkupationsverwaltung in ihrem räumlichen Geltungsbereich während der vier Jahre ihres Bestehens sich nicht stets gleich geblieben, sondern Änderungen unterworfen gewesen ist.

Zuerst sich beschränkend auf die bis Ende August 1914 besetzten Gebietsteile von verhältnismäßig geringem Umfang, hat sie mit dem Fortschreiten des Vordringens der deutschen Heere sich schrittweise weiter ausgedehnt. Zur Zeit des Höhepunkts hat sie das ganze Land einschließlich seiner Binnen- und Küstengewässer umfaßt, mit Ausnahme jenes Streifens in Westflandern, der in der Gewalt des belgischen Heeres verblieben oder nicht derart in die Gewalt des deutschen Heeres gelangt war, daß sie darin ausgeübt werden konnte (Operationsgebiet). Und schließlich wurde sie entsprechend dem Aufgeben der tatsächlichen Gewalt wiederum schrittweise abgebaut.⁷

Die rechtlichen Folgen des tatsächlichen Zustands der mit Ausübungsmöglichkeit versehenen Gewaltherstellung sind solche für beide Teile. Zwar verliert das besetzte Gebiet durch die Besetzung nicht seine rechtliche Zugehörigkeit zu dem Staate, dessen Bestandteil es ist, und dieser Staat und seine Staatsgewalt werden in ihrem Dasein durch die Besetzung von Gebietsteilen als solche nicht berührt, wohl aber wird die *Ausübung* staatlicher Funktionen wesentlich von ihr betroffen. Durch die tatsächliche Ausschaltung der Regierung des besetzten Gebietes wird sie auch rechtlich ausgeschaltet. Die gesetzmäßige Gewalt geht in die Hände des Besetzenden über.⁸ Das bedeutet, in Beschränkung auf den Besetzungsbereich, daß die alte Regierungsgewalt außer Wirksamkeit gesetzt ist und daß etwaige dennoch vorgenommene Regierungshandlungen der alten Regierungsgewalt für den besetzten Teil keine rechtliche Bedeutung haben, insbesondere eine rechtliche Bindung der Untertanen dieses Bereichs nicht begründen können. Es bedeutet weiter, daß die Ausübung der Regierungsgewalt nunmehr beim Besetzenden steht, der sich an die Stelle der alten Regierungsgewalt gesetzt hat. Diesen Standpunkt⁹ hat der Generalgouverneur Freiherr von Bissing bald nach seinem Amtsantritt in einer Bekanntmachung vom 4. Januar 1915¹⁰ nachdrücklich kundgegeben: »Es wird erneut darauf hingewiesen, daß in den in deutsche Verwaltung genommenen Teilen Belgiens von dem Zeitpunkte der Einsetzung dieser Verwaltung ab nur die

Anordnungen des Generalgouverneurs und der ihm unterstellten Behörden Geltung haben. Seit diesem Zeitpunkte bereits erlassene oder noch ergehende Verordnungen des Königs der Belgier und der bisherigen belgischen Minister haben im Bereiche der deutschen Verwaltung in Belgien keinerlei Rechtsgültigkeit. Ich werde es mit allen mir zustehenden Machtmitteln durchsetzen, daß die Regierungsgewalt ausschließlich von den in Belgien eingesetzten deutschen Behörden ausgeübt wird . . . »

Da der Besetzende die Gewalt ausübt eben als Besetzender, auf Grund eines tatsächlichen Verhältnisses, nicht eines Rechtsaktes, leitet er seine Befugnisse nicht von der ausgeschalteten Staatsgewalt, sondern von der Tatsache der Besetzung ab. Ihr Zweck ist es, der sie mit Inhalt erfüllt. Und da der Zweck der Besetzung ein kriegerischer, in der Niederwerfung der feindlichen Macht gipfelnder ist, bleibt das eigene militärische Interesse der in erster Linie »Richtung gebende Faktor«.¹¹ Auf der anderen Seite liegt in dem Übergang der gesetzmäßigen Gewalt in die Hände des Besetzenden die Aufrichtung einer Schranke für ihn, die zugleich die Gewährleistung eines Schutzes für die Bevölkerung des besetzten Gebietes gegen Willkür des Siegers bedeutet. Bestimmte Grundrechte sind in der Haager Landkriegsordnung mit besonderen Sicherungen ausgestattet und nach ihr von dem Besetzenden zu achten, bestimmte Vorbehalte sind für die Handhabung der im Interesse des Besetzenden ausdrücklich als zulässig anerkannten Maßnahmen gemacht. Die Humanität tritt also an die Seite des militärischen Interesses. Und es ist nicht außer acht zu lassen, daß nach den Eingangsworten des Haager Abkommens auch in den durch dieses Abkommen nicht geregelten Fällen »die Bevölkerung und die Kriegführenden unter dem Schutze und der Herrschaft der Grundsätze des Völkerrechts bleiben, wie sie sich ergeben aus den unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen, aus den Gesetzen der Menschlichkeit und aus den Forderungen des öffentlichen Gewissens«.

Der Übergang der gesetzmäßigen Gewalt hat nicht nur negative, sondern auch positiv gestaltende Wirkungen. Das staatliche Leben soll nicht aufhören oder stillstehen, sondern sich weiter erfüllen auch in dem durch die Besetzung gegebenen veränderten Zustand. Deshalb hat der Besetzende »alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche

Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und «aufrechtzuerhalten» (Art. 43 HLKO.). In dem durch die Besetzung begründeten Verhältnis ergeben sich so für beide Teile Rechtspflichten: für den Besetzenden eine Regierungspflicht, die zugleich eine Schutzpflicht ist, für die Bevölkerung eine Gehorsamspflicht. Beide Pflichten werden bestimmt nicht durch die verfassungsrechtliche Ordnung des besetzten Landes, sondern durch völkerrechtliche Ordnung, welche für die beteiligten Staaten durch die verfassungsmäßige Genehmigung auch nationalrechtliche Verbindlichkeit erlangt hat. Diese Gehorsamspflicht ist nicht die von dem Untertanen dem gesetzmäßigen Herrscher geschuldete. Es ist deshalb in Art. 45 HLKO. auch untersagt, »die Bevölkerung eines besetzten Gebietes zu zwingen, der feindlichen Macht den Treueid zu leisten«. Sie ist vielmehr eine Pflicht, innerhalb des durch die Tatsache der Besetzung in dem Übergang der gesetzmäßigen Gewalt an den Besetzenden begründeten, zeitlich, räumlich und sachlich begrenzten Rechtszustands Gehorsam zu leisten.

Die Proklamation des ersten Generalgouverneurs in Belgien berücksichtigt die vorerwähnten Momente. Sie betont und anerkennt das Regierungsrecht und die Regierungspflicht, indem sie als Aufgabe des Generalgouvernements an die Spitze stellt: »im belgischen Gebiete Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten«, und verheißt, soweit irgend möglich, Handel und Wandel wieder aufzunehmen, die industriellen Betriebe wieder in Gang zu bringen und die Einbringung der Ernte zu vollenden. Sie erkennt auf der anderen Seite das Recht der Bevölkerung auf Schutz an und die Pflicht des Besetzenden, ihn ihr zu gewähren: »Kein belgischer Bürger, der friedfertig seinem Erwerbe nachgeht, hat irgend etwas von seiten der deutschen Truppen und Behörden zu befürchten.« Sie betont und präzisiert endlich die Gehorsamspflicht, indem »eine vernünftige Fügsamkeit und unbedingter Gehorsam gegen die Anordnungen des Generalgouvernements«, nicht aber »Verleugnung der vaterländischen Gesinnung« verlangt wird.

Da die gesetzmäßige Gewalt als solche ohne Einschränkung in die Hände des Besetzenden übergeht (Art. 43 HLKO.), umfaßt sie grundsätzlich alle Verwaltungsgebiete und erstreckt sich auf Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung im engeren Sinne,

soweit sich nicht aus dem Wesen der Besetzung oder aus den Bestimmungen des Abkommens selbst etwas anderes ergibt. Das im besetzten Gebiet bestehende Recht, das öffentliche wie das private, bleibt, da die alte Staatsgewalt nicht aufgehoben, sondern nur ausgeschaltet ist, aufrechterhalten, soweit es nicht ohne weiteres mit der Ausschaltung als solcher seine Wirksamkeit verliert, weil es die formelle Regelung der Funktionen dieser suspendierten Gewalt enthielt. Aber auch das zunächst in Kraft bleibende Recht, mag es auf Verordnung oder Gesetz, ja selbst auf der Verfassung des besetzten Staates beruhen, kann durch den Besetzenden unter Umständen aufgehoben oder geändert werden. Abweichungen von Rechtsverordnungen können nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Besetzenden,¹² solche von Gesetzen aber nur innerhalb der Schranken des Art. 43 HLKO. vorgenommen werden, d. h. dann, wenn eine zwingende Notwendigkeit besteht. Diese Notwendigkeit kann und wird in den verschiedensten Ursachen begründet sein, insbesondere auch in solchen, die lediglich in dem Besetzungszweck liegen. Er muß in Zweifelsfällen das letzte Wort zu sprechen haben. Zu beurteilen, ob der Fall der Notwendigkeit einer Änderung vorliegt, »steht dem Besetzenden selbst zu und unterliegt keiner rechtlichen Nachprüfung«. ¹³ Immer aber ist eine die Verantwortung begründende moralische Bindung gegeben, die sich aus dem scharf ausgesprochenen Grundsatz ergibt, daß die Landesgesetze zu beachten sind, »soweit kein zwingendes Hindernis besteht«. Ein *formeller* Unterschied von Gesetz und den für die Bevölkerung verbindlichen Verordnungen (Rechtsverordnungen) kann bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt durch den Besetzenden naturgemäß nicht gemacht werden. Gesetze im formellen Sinn werden nicht erlassen, da die zum verfassungsmäßigen Zustandekommen eines Gesetzes notwendigen Bedingungen, vor allem die Mitwirkung des Parlaments, nicht erfüllt werden können.

So erscheint formell die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt im besetzten Belgien in der Erlassung von Verordnungen, welche von dem dazu zuständigen Organ erlassen werden.

Was die Rechtsprechung betrifft, so ist auch hier der Grundsatz des Art. 43 HLKO. maßgebend. Zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens gehört auch die Sorge für den Fortgang der Rechtspflege.

Und ebenso gilt das Gebot der Beachtung der Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht. Daraus und aus dem Umstand, daß der Staat und der Souverän als solche geblieben sind, ergibt sich für den hier vorliegenden Fall einerseits, daß im Namen des belgischen Volkes¹⁴ auch im besetzten Gebiet Recht zu sprechen ist, und zwar durch die alten Gerichte, unter Aufrechterhaltung der bestehenden Gerichtsverfassung und des geltenden Prozeßrechts, andererseits aber, daß bei dem Vorliegen einer zwingenden Notwendigkeit die alten Richter durch neue ersetzt werden können und die Gerichtsverfassung durchbrochen und das Prozeßrecht abgeändert werden kann. Dabei können sowohl neue, aber in die Gerichtsorganisation des besetzten Gebiets sich einfügende und mit Richtern dieses Gebiets besetzte Gerichte als auch Gerichte der besetzenden Macht ins Leben gerufen oder für zuständig erklärt werden. Als Gerichte der besetzenden Macht kommen vor allem Militärgerichte in Betracht. Auf dem Gebiete der Zivilgerichtsbarkeit werden Änderungen durch den Besetzenden selten sein, in der Strafgerichtsbarkeit aber sich solche mit Notwendigkeit ergeben. Denn abgesehen von den Delikten der verschiedensten Art gegen die Sicherheit der Truppen muß es in der Mehrzahl der Fälle als nicht anständig erachtet werden, daß Verstöße gegen Verordnungen der besetzenden Macht von Gerichten des besetzten Landes abgeurteilt werden. Werden so innerhalb des Besetzungsbereichs Gerichte der besetzenden Macht für zuständig erklärt, so sprechen sie Recht im Namen ihres Kriegsherrn.

Der Verwaltung im engeren Sinne endlich haben die mehrfach genannten Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung neben den für jede Verwaltung maßgebenden allgemeinen Grundsätzen Richtlinie und Schranke zu sein. Innerhalb des Landesrechts, so wie es sich unter der Gewaltausübung der besetzenden Macht gestaltet, bewegt sich das pflichtmäßige freie Ermessen. Die möglichste Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens steht im Vordergrund, aber sie wird zugleich wiederum bestimmt durch den Kriegszweck. Und da ist es von Wichtigkeit, daß die HLKO. nicht nur die Beschlagnahme von Kriegsmitteln, sondern auch die wirtschaftliche Nutzung des besetzten Gebiets, soweit sie durch die militärische Notwendigkeit geboten ist, in den in ihr

geregelten Grenzen (Art. 23, Buchstabe g, Art. 48—56) ausdrücklich zuläßt.

2. Die Aufgaben der deutschen Okkupationsverwaltung

Die Zwiefältigkeit des Besetzungszwecks — eigenes militärisches Interesse auf der einen, Rücksichten der Humanität zugunsten der Bevölkerung des besetzten Gebiets auf der anderen Seite — bedingt auch eine Zwiefältigkeit der Aufgaben. Darin liegt die Vielseitigkeit und die Schwierigkeit jeder Okkupationsverwaltung begründet. Neben die umfassenden Aufgaben militärischer Sicherung und Vorbereitung, die sich aus der Lage des besetzten Gebiets und den Anforderungen für Aufmarsch und Rückendeckung ergeben, neben die mannigfachen Aufgaben der Nutzung des besetzten Gebiets treten die kaum weniger zahlreichen, die begründet sind in jenen Rechten und Pflichten, deren Zusammenfassung in der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens (Art. 43 HLKO.) ausgedrückt ist. Sie erstrecken sich stofflich auf alle Gebiete der Staatsverwaltung, die um so zahlreicher und verzweigter sind, je höher das Staatsleben des besetzten Landes ausgebildet und je weiter seine kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung fortgeschritten ist. Vornehmste und wichtigste Aufgabe der Okkupationsverwaltung ist es, die beiden maßgebenden Faktoren soweit möglich miteinander in Einklang zu bringen. Das ist um so leichter, je fester, sicherer und dauerhafter die Besetzungsgewalt begründet und je weniger der Kriegszweck Gefährdungen ausgesetzt ist. Sie können nicht nur in den Verhältnissen des besetzten Gebiets selbst, namentlich in dem Verhalten der Bevölkerung, sondern auch in außerhalb der Besetzung als solcher liegenden Umständen, wie der allgemeinen und besonderen Kriegslage und Kriegspolitik, der Art der Kriegführung des Feindes und in den Verhältnissen der Heimat begründet sein. Die Bedeutung dieser Umstände erklärt es, daß die Wirksamkeit des zweiten Faktors im Verhältnis zum ersten Änderungen unterworfen sein kann und daß sie für die deutsche Okkupationsverwaltung in Belgien auch tatsächlich sich verändert hat. Die ersten Jahre der Besetzung konnte dem zweiten Faktor in weit größerem Maße Rechnung getragen werden als später, wo die Wir-

kungen der langen Dauer des Krieges, der »Blockade«, des Sicherschöpfens der Reserven der verschiedensten Art sich immer mehr und gefährlicher geltend machten und zu Maßnahmen nötigten, die sonst nicht ergriffen worden wären. Das muß bei ihrer Beurteilung berücksichtigt und es muß beachtet werden, daß die militärische Notwendigkeit, das Bestreben, den Krieg zu gewinnen bzw. die Sorge, ihn nicht zu verlieren, mit anderen Worten das Gebot der Selbsterhaltung, bei Konflikten in Beziehung auf die beiden Faktoren letzten Endes immer den Ausschlag geben wird und muß. Jeder aber, der an verantwortlicher Stelle an der deutschen Okkupationsverwaltung teilgenommen hat, ist von der Überzeugung durchdrungen, daß die deutsche Verwaltung bestrebt war, den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung nachzukommen und auch da, wo für neue Verhältnisse Bestimmungen fehlten, in ihrem Sinne zu handeln. Im einzelnen Fall hat es bei der Dehnbarkeit der genannten Bestimmungen an Verschiedenheiten der Auffassung darüber, ob diese oder jene Maßnahme sich in den durch sie gezogenen Grenzen hielt, auch innerhalb der deutschen Verwaltung natürlich nicht gefehlt.¹⁵

Zu den Schwierigkeiten, die sich aus dem Zweck der kriegesischen Besetzung und seiner durch das Völkerrecht geregelten Auswirkung ergeben, treten weitere, die rein tatsächlichen Verhältnissen innerer wie äußerer Art entspringen, wie sie von Natur gegeben sind oder der Krieg als solcher mit seinen Folgen sie mit sich bringt. Auch sie haben bei der deutschen Verwaltung in Belgien eine bedeutsame Rolle gespielt. Als das deutsche Generalgouvernement in Belgien gegründet wurde, fand es eine Lage vor, die einer Auflösung der staatlichen Ordnung gleichkam. Mit dem König waren seine Minister aus der Hauptstadt nach Antwerpen und nach dem Fall dieser Stadt nach Le Havre geflohen. Die Gouverneure der Provinzen waren von der belgischen Regierung ihrer Ämter enthoben worden. Die Arrondissements-Kommissare hatten gleich ihnen durchweg ihr Amt verlassen; die Geschäfte wurden von den Sekretären weitergeführt. Einem anderen Teil der Staatsbeamten war von der belgischen Regierung jede Tätigkeit untersagt worden. Zahlreiche Beamte waren in das Heer eingetreten oder sonst nicht mehr an ihrem Dienstorte anwesend. Die innere Verwaltung, die Justiz, die belgische

Eisenbahn, Post und Telegraphie hatten aufgehört zu arbeiten, kurz, die ganze Staatsverwaltung Belgiens stand nicht nur still, sondern war völlig funktionsunfähig geworden. In den Städten ging die Verwaltung allerdings zum größten Teil weiter, aber vielfach nicht mehr in der alten Form. Die Not der Zeit hatte da und dort neue Männer an die ausschlaggebenden Stellen der gemeindlichen Verwaltung gebracht, ohne daß man sich dabei viel darum bekümmerte, ob sie gerade in den gehörigen Formen berufen waren. Auch neue Erscheinungsformen traten im gemeindlichen Leben auf: die bisher streng getrennten Gemeinden Brüssels hatten sich zu dem Verband von Groß-Brüssel zusammengeschlossen, und Antwerpen und seine Nachbargemeinden hatten sich in der Commission intercommunale ein neues Organ zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse geschaffen. In den Landgemeinden war vielfach weitgehende Desorganisation eingetreten. Die Finanzen des Landes waren zerrüttet. Die belgische Regierung hatte nicht nur die Staatskassen geleert, sondern auch die Wertbestände der Nationalbank und ihre Notenkleeblätter ins Ausland gebracht. Der Zufluß von Abgaben zu den staatlichen Kassen stockte. Ein großer Teil der Einwohner, soweit er nicht im belgischen Heere kämpfte, war geflohen — man schätzte fast eine Million —,¹⁶ darunter gerade viele Angehörige der besitzenden oder einflußreichen Klassen. Das gesamte wirtschaftliche Leben war lahmgelegt, der Verkehr eingestellt, die verbliebene Bevölkerung in ihrer großen Masse durch die vorangegangenen Kämpfe auf dem Boden ihres Landes und ihre Folgen in Not und in Sorge wegen der Beschaffung von Obdach und der Sicherung des notwendigen Lebensunterhalts. Zur Zeit der Einsetzung der deutschen Verwaltung war zudem Antwerpen noch nicht gefallen, bei den Ausfällen der Besatzung wurde fast vor den Toren Brüssels gekämpft und die rückwärtige Verbindung mit der deutschen Heimat stellenweise bedroht. Dadurch und durch die Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse überhaupt waren der Okkupationsverwaltung die Hände vielfach gebunden. Zu diesen Schwierigkeiten äußerer Art kamen noch solche nicht minder große innerer Natur. Handelte es sich auf der einen Seite bei dem besetzten Gebiet um ein Land mit alter ausgeprägter Kultur, mit reichen Bodenschätzen, vordem hochentwickelter Industrie und blühendem Handel, so galt es andererseits, ein Land zu verwalten, das durch Natur und histo-

risch-politische Verhältnisse bedingte Besonderheiten höchster Eigenart in seiner Gestaltung und Entwicklung aufweist und insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiet wegen des Mangels an Einheitlichkeit nicht wenig Schwierigkeiten bietet. Eine Bevölkerung war zu regieren, die nach Sprache, Religion, Veranlagung und Denkweise die größten Verschiedenheiten von dem deutschen Volke aufweist und die in ihrer eigenen Zusammensetzung und sozialen Schichtung wiederum scharf ausgeprägte Unterschiede darbietet. Der belgische Volkscharakter, der dem Belgier innewohnende, durch seine Verfassung gestützte Individualismus mit seinem Freiheitsbewußtsein, seiner anderen Auffassung vom Wesen und den Aufgaben des Staates und seiner Abneigung gegen alles staatliche Eingreifen stellten der deutschen Verwaltung ebenso vielseitige und ernste Probleme wie die Zusammensetzung des belgischen Volkes aus zwei nach Sprache und Abstammung verschiedenen Nationen, den Vlamen und den Wallonen. Ihre Lösung war um so schwieriger, als die Bevölkerung des okkupierten Landes der deutschen Verwaltung schon als solcher wegen der eben berührten Gegensätzlichkeit und der traditionellen Hinneigung zu Frankreich in seiner überwiegenden Mehrheit durchaus ablehnend gegenüberstand und als Abneigung und Mißtrauen durch fortdauernde Erregung gesteigert war. Angefacht durch vorangegangene Ereignisse, insbesondere den mit furchtbarer Leidenschaft geführten Volkskrieg, wurde sie durch wahre und falsche Nachrichten über die Kriegslage, die unvermeidlichen Begleiterscheinungen der Kriegführung wie Spionageprozesse und dergleichen, aber auch durch offene und geheime Ermunterung von außen wach erhalten. Äußerlich zeigten sich diese Schwierigkeiten vor allem im passiven Widerstand, in Versuchen, die von der Okkupationsverwaltung erlassenen Vorschriften zu umgehen, aber auch in Agitation und Propaganda, die sich aller der Mittel bediente, die man einem Feind gegenüber als erlaubt und gerechtfertigt hielt und die um so gefährlicher war, als sie auch auf das religiöse Gebiet übergriff, wo sie sich zu der Behauptung verstieg, das katholische Belgien solle protestantisch gemacht werden. Mit der Zeit haben sich diese Erscheinungen zum mindesten in ihrem äußeren Hervortreten gemildert, ohne daß sie naturgemäß verschwinden konnten. Zudem pflegte die Hoffnung auf eine Wendung des Kriegsglücks die Bevölkerung

in ihrer Haltung zu beeinflussen. Das war eine Wahrnehmung, die fast auf allen Gebieten zu machen war. Die deutsche Verwaltung hatte allem dem den zielbewußten und ehrlichen Willen entgegenzusetzen, diese Schwierigkeiten zu überwinden.¹⁷ Freilich mußte sie dabei die Erfahrung machen, daß das immer nur bis zu einem gewissen Grade möglich ist, daß an der Gesinnung auch die tüchtigste und geschickteste Verwaltung nicht allzuviel zu ändern vermag und daß von der Bevölkerung des besetzten Landes auch das als zweckmäßig und gut Erkannte zunächst wenigstens als Fremdkörper und als Erzeugnis eines gehaßten und gefürchteten Siegers empfunden wird. In der Heimat fand die Eigenart und Schwierigkeit der Aufgabe nicht durchweg das erforderliche Verständnis. Unkenntnis der Rechtslage und der tatsächlichen Verhältnisse, bisweilen auch bei den maßgebenden Stellen, sowie die allmähliche Einwirkung politischer Strömungen und der unheilvolle Einfluß parteipolitischer Interessen trugen nicht dazu bei, die Durchführung der Aufgabe zu erleichtern. Und die in manchem zutage tretende Unklarheit der Reichsleitung in den Generaldispositionen mußte sich naturgemäß auch in der Okkupationsverwaltung nachteilig auswirken.

3. Die Organisation der deutschen Okkupationsverwaltung

I. ALLGEMEINES

Die Zustände, wie sie die deutsche Besetzung des Landes vorfand, machten rasche Hilfe notwendig. Sie konnte nicht in einer völligen Neuorganisation des staatlichen Lebens bestehen. Hierfür fehlten auch, abgesehen von der Rechtslage, alle Voraussetzungen und insbesondere die Möglichkeit, aus der Heimat ein ausreichendes, der Landessprachen mächtiges und mit den Verhältnissen des Landes genügend vertrautes Beamtenpersonal herbeizuziehen. So wurde der Versuch gemacht, sich auf die noch vorhandenen Reste der belgischen Verwaltungseinrichtungen unter möglichster Beibehaltung des belgischen Verwaltungssystems zu stützen, sie bei der Organisation der Verwaltung, soweit nicht zwingende Bedenken entgegenstanden, zu benützen und vor allem die belgischen Beamten nach Möglichkeit im Amte zu belassen und ihre Hilfe zu verwerten. Dieser Weg schien ebenso im deutschen Interesse wie in dem der belgischen Bevölke-

rung der richtige. Von den belgischen Beamten wurde vor ihrer Zulassung zu weiterer Amtstätigkeit die Abgabe folgender förmlicher Loyalitätserklärung verlangt:

»Ich verspreche nach Maßgabe der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 hierdurch, mein Amt gewissenhaft und loyal weiterzuverwalten, nichts zu unternehmen und alles zu unterlassen, was der deutschen Verwaltung in den besetzten belgischen Gebieten schädlich sein könnte.«

Um der Eigenart des richterlichen Amtes und der besonderen Stellung der Geistlichkeit Rechnung zu tragen, wurde die von den Richtern abzugebende Erklärung dahin eingeschränkt, daß sie nur zu versprechen hatten: »nach Maßgabe der Bestimmungen der Haager Konvention ihr Amt gewissenhaft weiterzuverwalten,« während die Erklärung für die Geistlichkeit die Fassung erhielt: »nichts zu unternehmen und alles zu unterlassen, was der deutschen Verwaltung in den besetzten belgischen Gebieten schädlich sein könnte.« Ein Treueid gegenüber der deutschen Obrigkeit kam in keinem Falle in Frage. Neu ins Amt eintretende Belgier wurden von der Ableistung des nach belgischem Recht vorgeschriebenen Eides (Serment politique et professionnel) befreit, die Rechtswirksamkeit ihrer Amtshandlungen als von der Ableistung dieses Eides nicht abhängig erklärt und der Art. 261 des belgischen Strafgesetzbuchs¹⁸ in den besetzten Gebieten Belgiens für die Dauer der Besetzung außer Kraft gesetzt.¹⁹ Die während dieser Zeit ernannten belgischen Beamten und die anderen zu öffentlichen Diensten berufenen Belgier gelten nach der Verordnung des Generalgouverneurs vom 20. März 1915¹⁹ als in ihr Amt eingesetzt, sobald ihnen die amtliche Mitteilung der erfolgten Ernennung oder Berufung zugegangen ist. Von diesem Zeitpunkt an sind sie »zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Amtspflichten gehalten«. In der Bekanntmachung vom 4. Januar 1915²⁰ wird die Erwartung ausgesprochen, »daß sich die belgischen Beamten im wohlverstandenen Interesse des Landes der Fortsetzung ihrer Tätigkeit nicht entziehen«, zumal »eine unmittelbare Förderung deutscher Heeresinteressen« nicht verlangt werde. Der größte Teil der belgischen Beamten hat nach und nach der Aufforderung des Generalgouverneurs Folge geleistet. Beamte, die die Abgabe der Loyalitätserklärung verweigerten, wurden ohne

Gehalt vom Dienst suspendiert. Ein weiterer Zwang wurde auf sie nicht ausgeübt. Diejenigen belgischen Beamten, welche in Funktion waren, erhielten ihr volles Gehalt. Die nichtbeschäftigten Beamten, soweit sie die Loyalitätserklärung abgegeben hatten, wurden mit zwei Drittel der Bezüge zur Disposition gestellt.

Zu der belgischen Beamtenschaft treten nun in der Okkupationsverwaltung die *deutschen* Personen, die vom Kaiser oder der zuständigen Reichsbehörde zur Erfüllung von Aufgaben in ihr berufen wurden und damit unbeschadet ihres dienstrechtlichen Verhältnisses zum Reichskanzler und den zuständigen Reichsbehörden unter die militärische Kommandohoheit des Okkupierenden traten. Ihre Zahl, anfänglich verhältnismäßig gering und sich im wesentlichen aus kommissarisch beschäftigten Berufsbeamten zusammensetzend, hat sich mit der Zunahme der Aufgaben vermehrt und schließlich zu einem gewaltigen Heer von Offizieren, Beamten und Angestellten entwickelt. Ihre Zusammensetzung im einzelnen hat, abgesehen von den leitenden Stellen, wo eine Veränderung weniger häufig vorkam, ebenfalls stark gewechselt, da die dringenden Anforderungen des Feldheeres sowohl wie die Bedürfnisse der Heimat vielfach eine Änderung bedingten, mit dem Fortschreiten des Kriegs vor allem eine Heranziehung möglichst aller Kriegsverwendungsfähigen zum Dienst an der Front sich notwendig machte. Gleichwohl lassen sich neben den Gesichtspunkten allgemeiner Art gewisse besondere Richtlinien als maßgebend erkennen. Bei der Besetzung der Beamtenstellen in der Okkupationsverwaltung wurden Angehörige der verschiedenen deutschen Bundesstaaten herangezogen, und es wurde dadurch der Charakter der Okkupationsverwaltung als eine Reichsangelegenheit und die gemeinschaftliche Beteiligung der Bundesstaaten an der Verantwortung für sie dokumentiert. Im übrigen war man zumal im Anfang darauf bedacht, bei der Zivilverwaltung Beamte rheinischer Abstammung, bei denen Kenntnis der Verhältnisse des besetzten Gebiets und Verständnis für die Eigenart seiner Bevölkerung in höherem Grade vorausgesetzt werden konnte, in ausgiebigerem Maße zu verwenden. Die Hafenstadt Antwerpen hat über die ganze Dauer der Okkupationsverwaltung Hanseaten an der Spitze der Provinzialverwaltung gesehen. Bei der großen Bedeutung der wirtschaftlichen Seite der Verwaltung des besetzten Gebietes spielte das technische

und kaufmännische Element neben Juristen und Administrativbeamten eine wichtige Rolle, und bei der Vielseitigkeit der zu lösenden Probleme tritt auf zahlreichen Gebieten neben den Praktiker der wissenschaftliche Forscher und Gelehrte. Sie trugen neben den ihnen obliegenden speziellen Aufgaben wesentlich dazu bei, bei den Angehörigen der Verwaltung die für das Erfassen des belgischen Volkscharakters notwendige genaue Kenntnis der Geschichte, der Entwicklung der rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, sowie das Verständnis für die Natur und Kunst des Landes und für die wechselseitigen Zusammenhänge zu erweitern und zu vertiefen. Nicht wenige Veröffentlichungen sowohl rein wissenschaftlicher als auch mehr volkstümlich gehaltener und für die weitesten Kreise bestimmter Art geben von diesem Streben Zeugnis, das durch Verbreitung der außerhalb der Okkupationsverwaltung in Deutschland erschienenen zusammenfassenden Darstellungen über Belgien wirksam unterstützt wurde. Endlich hat auch die nichtwehrpflichtige deutsche Jugend, soweit sie in Pfadfinderkorps organisiert war, in der Verwendung als Boten, Aufwärter und dergleichen treffliche Hilfsdienste geleistet. In den letzten beiden Jahren des Krieges machte sich die Knappheit an verfügbaren Menschenkräften empfindlich bemerkbar, und zwar nicht nur bei den Beamten, sondern auch bei den Angestellten. Bei den letzteren war man schließlich in weitem Umfange auf nicht mehr im wehrpflichtigen Alter stehende Hilfsdienstpflichtige und weibliche Hilfskräfte angewiesen. Infolge des großen Bedarfs und der vielfach besseren Besoldung in der Heimat stellten sich indessen auch hier der Personalbeschaffung mannigfache Hindernisse entgegen. Dazu kam, daß man die Anforderungen hinsichtlich der Vorbildung notgedrungen immer mehr herabschrauben mußte. So war es erklärlich, daß der Mangel an eingearbeitetem Personal sich gegen Ende der Okkupationszeit empfindlich geltend machte und seine Ausgleichung die intensivste Anspannung aller Kräfte und die größte Umsicht der Leitenden erforderte.

Die Organisation der deutschen Verwaltung in Belgien, wie sie sich tatsächlich aufbaute, hat ihre innere Begründung einerseits in jener vorbesprochenen Zwiefältigkeit der Besetzungsaufgaben und andererseits in dem Bestreben, Verwaltungssystem und Verwaltungseinrichtungen des besetzten Gebiets soweit als möglich

beizubehalten. Daraus erklären sich einige grundsätzliche Erscheinungen: Die Verwaltung des besetzten Gebiets ist in eine solche des Generalgouvernements und eine Etappenverwaltung geteilt. Sie ist in eine Militär- und eine Zivilverwaltung geschieden, und innerhalb der Zivilverwaltung wiederum hebt sich von einer rein deutschen Verwaltung in Belgien eine belgische Verwaltung unter deutscher Aufsicht ab.

Die Abgrenzung des Gebiets des Generalgouvernements gegen das Etappengebiet hat der Kriegslage und den dadurch begründeten Notwendigkeiten entsprechend gewechselt. Sie ist in der Bekanntmachung des Generalgouverneurs vom 19. Dezember 1915²¹ genau umschrieben, hat aber durch spätere Bestimmungen mehrfache Änderungen erfahren.²² Wenn man von den mehr oder minder bedeutenden einzelnen Abweichungen absieht, so ergibt sich bis zu der gegen den Schluß des Krieges erfolgten wesentlichen Einschränkung der Grenzen des Generalgouvernements folgendes Bild: Das Gebiet des Generalgouvernements umfaßt die belgischen Provinzen Antwerpen, Brabant, Limburg, Lüttich, Luxemburg und Namur ganz, einen Teil der Provinz Hennegau und einige wenige Gemeinden der Provinz Ostflandern. Dazu treten noch die in das belgische Gebiet hineinragenden, politisch zu Frankreich gehörenden Gebiete um Givet und Fumay und bis zum 1. Oktober 1916²³ das ebenfalls französische Gebiet der Kommandantur Maubeuge. Nicht zum Generalgouvernement gehörten also danach vor allem die Provinzen Ost- und Westflandern mit Ausnahme jener wenigen ostflandrischen Gemeinden. Sie waren, soweit sie von den deutschen Truppen besetzt waren, Etappengebiet der Vierten Armee.

Die Scheidung in eine Militär- und eine Zivilverwaltung ist naturgemäß im Gebiet des Generalgouvernements schärfer durchgeführt wie in der Etappe, wo die Zuständigkeiten der Zivilverwaltung zudem gegenüber der militärischen Verwaltung noch weiter eingeschränkt sind. Aber auch in der Verwaltung des Generalgouvernements durchdringen sich nicht nur vielfach die Aufgaben und bedingen gemeinsames Arbeiten, sondern es sind auch hier im Hinblick auf das Vorwiegen militärischer Interessen wichtige Verwaltungszweige in militärische Verwaltung genommen, die an und für sich nicht oder nicht überwiegend militärischer Natur sind. So waren auch im Generalgouvernement

das Jagd- und Fischereiwesen, das Paßwesen und die politische Polizei, die Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die Straßen-, Wasser- und Brückenbauarbeiten (in der Hauptsache) und das Transportwesen auf den Wasserstraßen von der zivilen Verwaltung abgetrennt, wie auch die Hafenämter der militärischen »Bau-
direktion beim Generalgouvernement« unterstellt waren. In der Zentrale vereinigte als militärische Behörde »das Generalgouvernement« neben den mit rein militärischen Aufgaben befaßten Organen die mit Wahrnehmung solcher Funktionen betrauten Stellen. Das Eisenbahnverkehrswesen trat mit dem 1. Juni 1915 unter die »Militär-Generaldirektion der Eisenbahnen« in Brüssel, die nicht dem Generalgouverneur unterstellt war, sondern zum Stabe des Chefs des Feldeisenbahnwesens im Großen Hauptquartier gehörte. Als Verwaltungs- und Aufsichtsbehörde verwaltete sie zusammen mit den Militär-Eisenbahndirektionen und den Linienkommandanturen, abgesehen von den Kleinbahnen, fast sämtliche Bahnlinien des besetzten Belgiens und den größten Teil der Bahnen des besetzten Frankreich. Der Militär-Generaldirektion der Eisenbahnen angegliedert war die »Militär-Kanaldirektion«, deren Bedeutung im Verlauf des Krieges sehr zunahm, als die Transporte an Heeresmaterial von der Eisenbahn nicht mehr bewältigt werden konnten. Später wurden auch die Schiffsfahrtsbetriebe des Generalgouvernements an sie abgegeben.²⁴ Eine besondere Stellung im Generalgouvernement nahm die »Kaiserlich-deutsche Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien« ein, insofern ihr Zusammenhang mit dem Generalgouvernement ein loserer war und ihre Unterstellung unter das Reichspostamt in erster Linie hervortrat.

Während die tatsächliche Ausübung der Staatsgewalt, soweit sie der besetzenden Macht zusteht, im Etappengebiet in erster und oberster Linie durch das Oberkommando der betreffenden Armee erfolgt, bildet im Gebiet des Generalgouvernements der Generalgouverneur die die Militär- und Zivilverwaltung unter sich vereinigende Spitze. Seine Machtbefugnis und sein Einflußbereich beschränkt sich übrigens räumlich nicht durchaus auf das Gebiet des Generalgouvernements, sondern geht in bestimmten Beziehungen darüber hinaus. So war die Führung der Kirchenpolitik im Interesse der Wahrung ihrer Einheitlichkeit auch in den belgischen Etappengebieten dem Generalgouverneur von der

Obersten Heeresleitung zugesprochen. Und die Präsidenten der Zivilverwaltung in den zum Etappengebiet gehörenden belgischen Provinzen sind wie die übrigen Präsidenten der Zivilverwaltung dem Generalgouverneur untergeordnet und bearbeiten Hand in Hand mit den militärischen Stellen bestimmte ihnen zugewiesene Verwaltungszweige, hinsichtlich deren die Gleichartigkeit der Verhältnisse mit denen des Generalgouvernements eine möglichst gleichmäßige Handhabung der Verwaltung erforderte. Die gemeinsame Tätigkeit trat auf wirtschaftlichem Gebiete vor allem in der *Wirtschaftskommission bei dem Generalgouverneur in Belgien* (WKB.) in die Erscheinung, der Vertreter der militärischen und zivilen deutschen Behörden in Belgien angehörten und deren Aufgabe die Beratung allgemeiner das belgische Wirtschaftsleben unter der Okkupationsverwaltung betreffender Fragen bildete. Um die enge Fühlung mit der *deutschen* Wirtschaft, vor allem der deutschen Industrie und ihren Verbänden, auch auf diesem Gebiete unter Ausschluß jeder Interessenpolitik²⁵ sicherzustellen, wurde sie zu gemeinsamer Beratung mit einem von dem Generalgouverneur ins Leben gerufenen *Deutschen Wirtschaftsausschuß für Belgien* veranlaßt, einem wirtschaftlichen Beirat, dem neben Vertretern des Reichskanzlers bzw. der beteiligten deutschen Zentralbehörden Vertreter der hauptsächlichsten an der belgischen Volkswirtschaft interessierten deutschen Industrien und des Kriegsausschusses für die deutsche Industrie angehörten. Später wurde in einfacherer Form die gegenseitige Fühlungnahme in freien Besprechungen bewirkt, die dem Bedürfnis des einzelnen Falles entsprechend beschickt wurden.

Die Verordnungen des Generalgouverneurs erlangten für das Gebiet der Vierten Armee (Ost- und Westflandern) Gültigkeit, wenn sie durch das Oberkommando dieser Armee in Kraft gesetzt und durch das »Verordnungsblatt für das Etappengebiet der Vierten Armee« veröffentlicht wurden.²⁶ Das Verhältnis zwischen Generalgouvernement und den Armeeoberkommandos der Etappe bot in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht zu manchen Zweifeln und Auseinandersetzungen Anlaß. Auf die Etappenverwaltung wird im folgenden nicht näher eingegangen, da sie überwiegend nach rein militärischen Gesichtspunkten erfolgte.

II. DER GENERALGOUVERNEUR

Der Generalgouverneur in Belgien ist mit der durch die besondere Etappenverwaltung und die Sonderregelung hinsichtlich der Eisenbahnverwaltung bedingten Einschränkung das oberste Organ der deutschen Okkupationsverwaltung, die als in ihm in erster Linie verkörpert gegolten hat. Das lag an den Persönlichkeiten, die das Amt bekleidet haben, ebenso wie an der rechtlichen Stellung, die ihnen zukam. Diese rechtliche Stellung ist unter zwei Gesichtspunkten zu betrachten, unter einem völkerrechtlichen, im Verhältnis zur belgischen, und unter einem staatsrechtlichen, im Verhältnis zur deutschen Staatsgewalt. Im Verhältnis zur belgischen Staatsgewalt erscheint der Generalgouverneur als der Repräsentant »der besetzenden Macht«, an die die Ausübung der belgischen Staatsgewalt übergegangen ist, und es ergibt sich seine Stellung im einzelnen aus dem, was wir über die allgemeinen Aufgaben der Okkupationsverwaltung ausgeführt haben. Er erläßt die Gesetze und rechtsetzenden Verordnungen (Ausführungsverordnungen); er wacht über den ungestörten und regelmäßigen Fortgang der Rechtsprechung; er ist der oberste Leiter der Verwaltung, dem insbesondere auch die Ernennung und Entlassung der belgischen Beamten zusteht. Im Verhältnis zur deutschen Staatsgewalt ist seine Gewalt von der des Obersten Kriegsherrn abgeleitet, dem lediglich als Inhaber der Kommandogewalt die aus rein militärischen Vorgängen folgende Ausübung der belgischen Staatsgewalt im besetzten Gebiet zusteht. Wie der Kaiser in dieser Eigenschaft nach dem bis fast an das Ende der Besetzungszeit geltenden Recht an eine Mitwirkung des Bundesrats, des Reichstags oder verantwortlicher Minister nicht gebunden war, so war auch der Generalgouverneur von solcher Bindung frei. Vom Kaiser ohne Gegenzeichnung des Reichskanzlers ernannt, unterstand er unmittelbar und nur dem Kaiser, dem allein er gehorsamspflichtig und verantwortlich war. Er hatte also weder von dem Reichskanzler noch von der Obersten Heeresleitung Weisungen entgegenzunehmen. Selbstverständlich — und das folgt aus dem Zweck der ganzen Einrichtung als einer letzten Endes auf die glückliche Beendigung des Krieges gerichteten — hatte er sich mit beiden in stetem Benehmen zu halten und konnte er nicht eine Politik treiben, die der dieser beiden maßgebenden Faktoren entgegengesetzt war. Aber in dieser formell

nur durch den Willen des Obersten Kriegsherrn eingeschränkten Selbständigkeit und Unabhängigkeit lag neben der äußeren Machtfülle eine innere Stärke, die der möglichsten Erfüllung der Aufgaben der besetzenden Macht zugute kam und sich gegebenenfalls gegenüber Beeinflussungen von dieser oder jener Seite durchzusetzen wußte. So kommt es, daß zumal unter einer so überragenden und tatkräftigen Persönlichkeit, wie sie der zweite Generalgouverneur Freiherr von Bissing darstellte, eine Okkupationsverwaltung sich entwickeln konnte, die in schöpferischer Organisationstätigkeit und der Art der Durchführung der vielseitigen von ihr ergriffenen Aufgaben ein durchaus eigenartiges Gepräge aufweist.

Während also der Generalgouverneur in seiner Hand die Fülle der Gewalt vereinigt, sind zum Vollzug seiner Anordnungen als deutsche Zentralstellen auf militärischer Seite im wesentlichen eine einheitliche Behörde, das Generalgouvernement,* als Zivilverwaltungsstellen verschiedene im folgenden näher zu betrachtende Behörden berufen.

III. DIE ZENTRALE ZIVILVERWALTUNG

Organisation und Zuständigkeiten der Behörden der Zivilverwaltung sind während der Dauer der Besetzung sich nicht durchweg gleich geblieben. Ausdehnung, Einschränkung oder sonstige Änderung der Aufgaben ebenso wie rein verwaltungstechnische Gründe haben auch in Organisation und Behördenzuständigkeit mitunter Änderungen bewirkt. Während es sich hierbei im allgemeinen um Vorgänge handelt, die für die Wiedergabe des Gesamtbildes nicht ins Gewicht fallen und deshalb in ihren Einzelheiten nicht berücksichtigt zu werden brauchen, hat einen großen und wichtigen Schnitt auch in der Organisation der deutschen Verwaltung die unten zu besprechende »Verwaltungstrennung« gemacht. Wir müssen daher bei Betrachtung der Organisation der Zivilverwaltung die Zeit vor und nach dieser Maßnahme unterscheiden.

Bis zur Verwaltungstrennung hatte die Zivilverwaltung für sich betrachtet ihre Spitze im *Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien*.²⁷ Neben ihm waren die *politische Abteilung* und die *Bankabteilung* nach nur kurzfristiger Eingliederung

* Oben S. 20.

unter den Verwaltungschef dem Generalgouverneur unmittelbar unterstellt. Abgesehen von den diesen beiden Abteilungen zugewiesenen und den von militärischen Stellen übernommenen Zweigen sowie der Post- und Telegraphenverwaltung, fielen die gesamten zur Verwaltung gehörenden Aufgaben dem Verwaltungschef zu, mochte es sich um solche der rein deutschen Verwaltung oder um diejenigen der belgischen Verwaltung unter deutscher Aufsicht handeln. Ihm waren auch in den nicht zum Generalgouvernement gehörenden belgischen Gebietsteilen die Präsidenten der Zivilverwaltung mit ihren Organen unmittelbar unterstellt.

Die Gliederung der im Verwaltungschef vereinigten Zentralverwaltung knüpfte im wesentlichen an die Arbeitsgebiete der früheren belgischen Ministerien an. Außer Betrieb kamen mit der Besetzung das belgische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, das Kriegsministerium, das Eisenbahnministerium und das Kolonialministerium. Das Ministerium der Marine, Post und Telegraphie trat erst später teilweise wieder in Tätigkeit. Abgesehen von diesem Ministerium blieben also von belgischen Ministerien übrig das Ministerium des Innern, das Ministerium für Ackerbau und öffentliche Arbeiten, von dem das Straßen- und Kanalwesen in dem oben bezeichneten Umfang abgetrennt und der Baudirektion beim Generalgouvernement zugewiesen war, das Ministerium für Wissenschaft und Künste, das Ministerium für Justiz, das Finanzministerium und das Ministerium für Industrie und Arbeit. Diese belgischen Ministerien wurden wieder in Tätigkeit gesetzt und arbeiteten mit den belgischen Ministerialgeneralsekretären, deren Stellung etwa derjenigen der damaligen deutschen Unterstaatssekretäre oder Ministerialdirektoren entsprach, unter deutscher Aufsicht. Sie wurde von den Vorständen oder von Mitgliedern der entsprechenden Abteilungen der Zivilverwaltung geführt, die als Generalreferenten für die einzelnen Ministerien aufgestellt waren.

Die in dem Verwaltungschef verkörperte deutsche »Zivilverwaltung« (im engeren Sinne) gliederte sich in folgende Abteilungen: Allgemeine Verwaltung (I), Finanzverwaltung (II), Unterrichtsverwaltung (III), Handel und Gewerbe (IV), Innere Verwaltung und Medizinalwesen (V), Justizverwaltung (VI), Landwirtschaftliche Verwaltung und Lebensmittelversorgung (VII)

und endlich Bauverwaltung und öffentliche Arbeiten (VIII). Die Abteilung *Finanzverwaltung* behandelte das Etats-, Kassen- und Rechnungswesen, die Zölle, Verbrauchsabgaben, Domänen, die direkten Steuern und die Kontributionen. Gegenstand der Abteilung *Unterrichtsverwaltung* waren Wissenschaften und Künste, ferner die Schulen und die Universitäten. Die Abteilung IV *Handel und Gewerbe*, zunächst »Wirtschaftspolitische Abteilung« genannt, umfaßte Handel und Gewerbe im weitesten Sinne einschließlich der Arbeiterfragen, der Sozialpolitik und des Versicherungswesens. Sie war mit der »Bearbeitung der Fragen des innerbelgischen Wirtschaftslebens, vor allem seiner Wiederbelebung und der Förderung der belgischen Industrie« befaßt. Mit der Zeit traten bei ihr rein kriegswirtschaftliche Aufgaben in den Vordergrund. Nachdem der Abteilung am 7. August 1915 das Gebiet der Industriekontrolle, das heißt die Beaufsichtigung und die Zwangsverwaltung industrieller Unternehmungen * überwiesen worden war, erhielt sie einen weiteren Zuwachs im September 1915 dadurch, daß ihr die dem Kommissar des preussischen Kriegsministeriums angegliederten Stellen, welche sich mit Rohstofferhebungen und Rohstoffbeschaffungen beschäftigten, als »Rohstoffverwaltungsstelle« zugeteilt wurden. Ebenso wurde ihr im Februar 1916 die Kontrolle über den Außenhandel übertragen, die bis dahin bei der politischen Abteilung geführt worden war. Ihrem Wirkungskreis entsprechend stand die mit der Zeit weitgehend selbständig gestellte Abteilung in engster Fühlung mit den der Kriegswirtschaft dienenden Behörden und Organisationen in Deutschland. Die im April 1915 auf Veranlassung des Kriegsministeriums als Tochtergesellschaft der ZEG. in Berlin gegründete *Zentral-Einkaufs-Gesellschaft für Belgien m. b. H. in Brüssel* war ebenfalls an die Abteilung für Handel und Gewerbe angegliedert und ihrer Aufsicht unterstellt. *Abteilung V* umfaßte die Regiminalverwaltung und diejenigen Zweige der inneren Verwaltung, welche nicht von anderen Abteilungen behandelt wurden, während in *Abteilung VIII* Baupolizei, Städtebau, Denkmalpflege, Kriegerfriedhöfe, Kleinbahn- und Straßenbahnwesen ihre Zuständigkeit fanden.

Die *Politische Abteilung bei dem Generalgouverneur* war, wenngleich dem Generalgouverneur unterstellt, gewissermaßen

* Unten S. 134.

eine Zweigstelle des Auswärtigen Amts in Berlin, insofern der Reichskanzler (Auswärtiges Amt) Vorgesetzter des Chefs der Abteilung geblieben war, dieser letztere also in einem doppelten Unterordnungsverhältnis stand. Ihr waren sowohl Fragen der äußeren wie der inneren Politik des Landes zugewiesen. Später wurden einzelne Gebiete wieder von ihr abgetrennt. Ihre Hauptaufgaben bestanden in der Erledigung der diplomatischen Angelegenheiten des Generalgouvernements, der Behandlung der Interessen der in Belgien verbliebenen ausländischen Staatsangehörigen, vor allem aber des Verkehrs mit den in das besetzte Gebiet entsandten ständigen Kommissaren der Deutschland verbündeten Staaten, soweit sich dieser im Einzelfall nicht in unmittelbarem Benehmen mit den zuständigen deutschen Stellen abspielte, sowie mit den in Brüssel belassenen Vertretern neutraler Staaten. Die bei der belgischen Regierung beglaubigten diplomatischen Vertreter der nicht mit Deutschland verbündeten Staaten waren der Mehrzahl nach dem König und der belgischen Regierung nach Antwerpen und später nach Le Havre gefolgt. In Brüssel geblieben waren die Gesandten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, von Spanien, Argentinien, Chile und China. Gleich nach dem Eintreffen des Generalgouverneurs Freiherrn von der Goltz in Brüssel wurde, obwohl eine völkerrechtliche Verpflichtung hierzu nicht gegeben war, die Erklärung abgegeben, daß die dortgebliebenen neutralen Vertreter als Gesandte dieser Staaten angesehen und behandelt werden würden. Zu den eben genannten diplomatischen Vertretern trat noch der holländische Geschäftsträger und der päpstliche Nuntius. Soweit es der Kriegszustand zuließ, sind den neutralen Vertretern die Exterritorialitätsrechte und die damit zusammenhängende Immunität in weitestgehendem Maße zugebilligt worden. Zu diesen Aufgaben der Politischen Abteilung kamen weiter insbesondere die Behandlung der kirchenpolitischen Angelegenheiten und außenwirtschaftliche Aufgaben verschiedener Art, wie der Verkehr mit dem zur Vertretung der belgischen Wirtschaftsinteressen berufenen Handelsdelegierten des Generalgouverneurs bei der deutschen Gesandtschaft im Haag, ferner die Nationalitätenpolitik und die in das Gebiet der parteipolitischen Bewegungen fallenden Fragen sowie die Regelung der Presseangelegenheiten. Letzterer diente die »Pressezentrale« mit einer Nachrichten-

abteilung und einer Zensurabteilung und den Pressedelegierten bei den Gouvernements der Provinzen. Mit dem Fortschreiten der militärischen Operationen hatten die meisten Tageszeitungen ihr Erscheinen eingestellt, einige wenige ihren Sitz zunächst nach Antwerpen, dann ins Ausland verlegt. Indes tauchten bald neue Zeitungen auf, und einzelne der alten erschienen wieder. Mit der allmählichen Wiederherstellung geregelter Zustände mußte dem Bedürfnis nach einem geordneten Nachrichtendienst Rechnung getragen werden. Andererseits verstand es sich von selbst, daß diese neue Presse nicht sich selbst überlassen werden konnte, sondern einer behördlichen Überwachung, wenn nicht Beeinflussung und Leitung unterstellt werden mußte. Der Pressezentrale unterstand nun die gesamte Pressetätigkeit des okkupierten Gebiets. Sie allein entschied auch in letzter Linie über die Zulassung neuer Zeitungen und Zeitschriften, über die Veröffentlichung von Büchern und Broschüren. Sie hatte die Vorprüfung musikalischer Veröffentlichungen und die Überwachung des Theaterwesens.²⁸ Daneben war dem Informations- und Propagandadienst, nicht nur in politischer, sondern auch in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht, entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Bankabteilung mit dem Sitz in Brüssel und Nebenstellen in den größeren Städten verdankte ihre Entstehung der Übertragung des Kriegs auf das wirtschaftliche Gebiet. Die englische Regierung, welche gleich nach Ausbruch der Feindseligkeiten hiermit in umfassendstem Maße begonnen hatte, hatte die Geschäftstätigkeit der in England tätigen Filialen deutscher Banken stillgelegt und ihre Liquidation unter Sequestration des Liquidationserlöses in die Wege geleitet. In Belgien konnten Verwaltungsmaßnahmen erst ergriffen werden, nachdem die deutschen Truppen das Gebiet des belgischen Staates und dessen Hauptstadt besetzt hatten. Es bestand zunächst ein erhebliches Interesse daran, die internationalen Finanzbeziehungen Belgiens unter die Kontrolle der deutschen Verwaltung zu stellen, um zu verhindern, daß die mit Deutschland im Kriege befindlichen Staaten Werte irgendwelcher Art aus Belgien an sich zögen. Ebenso war es für die deutschen Streitkräfte von Wichtigkeit, das Wirtschaftsleben Belgiens jedenfalls so weit im Gange zu halten, daß es in der Lage blieb, die in Belgien stehende deutsche Armee zu

unterhalten und das blockierte Deutschland zu entlasten. Die deutsche Regierung beschloß daher, alsbald die Banken und Finanzinstitute Belgiens, vor allem auch die belgischen Filialen von Banken der mit Deutschland kriegführenden Staaten unter Wahrung des Eigentums und der Privatrechte einem Generalkontrolleur zu unterstellen, dem später die Amtsbezeichnung »Kaiserlicher Generalkommissar für die Banken« beigelegt wurde, und der berechtigt war, seine Befugnisse auf Spezialkommissare zu übertragen.²⁹ Seine erste Aufgabe war demgemäß die Bankenkontrolle in Belgien. Ihre gesetzliche Grundlage bildete die Verordnung des Generalgouverneurs vom 18. September 1914.²⁹ Nach Maßgabe dieser Verordnung wurde die Geschäftsführung der belgischen Zweigniederlassungen nichtbelgischer Banken, die ihren Hauptsitz in einem mit dem Deutschen Reich in Kriegszustand befindlichen Staate hatten, Beschränkungen unterworfen, die einer Liquidation gleichkamen. Den belgischen Banken wurde untersagt, während der Dauer des Krieges ihren Geschäftsbetrieb in einer den deutschen Interessen widerstrebenden Weise zu führen, insbesondere mittelbar oder unmittelbar Gelder oder sonstige Vermögenswerte in das feindliche Ausland abzuführen oder zu überweisen. Zur Sicherung der Einhaltung der getroffenen Anordnungen konnten Kauttionen verlangt werden, die im Fall der Übertretung ganz oder teilweise zugunsten des Deutschen Reichs als verfallen galten. Neben die Bankenkontrolle traten demnächst als weitere Zuständigkeitsgebiete die sonstigen, ebenfalls wiederum durch entsprechende Maßnahmen der Gegner veranlaßten finanziellen Abwehr- und Sicherungsmaßnahmen gegen das feindliche Ausland: die Aufsicht über andere, insbesondere die industriellen Unternehmungen, die Handhabung der Zahlungsverbote gegenüber feindlichen Ländern und der Verfügungsbeschränkungen, denen das Vermögen der Angehörigen feindlicher Staaten unterworfen war, sowie die Durchführung der Zwangsverwaltung über Banken und Unternehmungen.³⁰ Die Aufsicht bzw. die Zwangsverwaltung über Unternehmungen ist in der Folgezeit zum größten Teil an den Verwaltungschef bzw. die Abteilung für Handel und Gewerbe übergegangen, soweit es sich nämlich um industrielle Betriebe, Warenhandel, Versicherungsgeschäfte oder um Grundstücke handelte.³¹ Entsprechende Aufgaben traten später hinsichtlich des Liquidationswesens hin-

zu.³⁰ Sodann fielen der Bankabteilung noch weitere wichtige Aufgaben wirtschaftlicher Natur zu. Sie bearbeitete vor allem die Neuregelung des Geldwesens, des sonstigen Zahlungsmittel- und Kreditverkehrs, die Finanzierung der Kriegskontributionen, die Regelung von Requisitions- und Entschädigungsansprüchen und den Abbau des Moratoriums. Dazu kam später die Kontrolle der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Genossenschaften³² sowie die Aufsicht über die Fondsbörsen und ähnliche Vereinigungen und Versammlungen und die Regelung und Überwachung des börsenmäßigen Verkehrs in Münzen und Edelmetallen, in Wertpapieren, Wechseln, Banknoten usw.³³

Zu diesen drei Hauptbehörden der zentralen Zivilverwaltung traten noch eine Reihe zentraler Fachbehörden, deren Zuständigkeit sich auf einen engeren und spezielleren, genau abgegrenzten Wirkungskreis beschränkte und die teils den drei Hauptbehörden oder einzelnen derselben unterstanden, teils neben ihnen dem Generalgouverneur unmittelbar unterstellt waren. Auch im ersten Fall war ihnen eine mehr oder minder weitgehende Selbständigkeit eingeräumt. Im einzelnen weist die Angliederung verschiedene Formen auf. Wir finden diese Fachbehörden vornehmlich, jedoch nicht ausschließlich auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Die Zwiefältigkeit des Besetzungszwecks kommt hier organisationsmäßig zum Ausdruck in der Beiziehung von Vertretern der belgischen Bevölkerung zur Verwaltung, sei es als ehrenamtliche Mitglieder der Behörde selbst, sei es als solche von Beiräten oder Ausschüssen. Von den an die Zivilverwaltung angegliederten Fachbehörden haben die sogenannten *Zentralen* eine besondere Bedeutung erlangt, deren Aufgaben in Material-Erfassung und -Bewirtschaftung bestanden und im einzelnen wiederum durch die Zwiefältigkeit des Besetzungszwecks bedingt waren. Sie dienten nicht nur dem unmittelbaren Heeresinteresse und dem deutschen kriegswirtschaftlichen Interesse, sondern auch der Versorgung der belgischen Bevölkerung. Je nach dem Aufgabenkreis trat die erstere oder die letztere Funktion in den Vordergrund. Ihre innere Organisation beruhte unbeschadet des behördlichen Charakters der Stellen auf weitgehend kaufmännischen Grundsätzen. Bei einem Teil von ihnen findet sich eine durch ihre Aufgabe veranlaßte Beteiligung der belgischen Inter-

essenzenkreise in der Form unmittelbarer Mitgliedschaft von Vertretern dieser Kreise oder der Zuziehung als Beiräte.

Die zeitlich erste der Zentralen, die *Kohlenzentrale*, gründete ihre Tätigkeit auf die Verordnung des Generalgouverneurs vom 26. April 1915.³⁴ Durch sie ist den belgischen Zechenbesitzern die freie Verfügung über die in Belgien erzeugten Steinkohlen, Koks, Briketts und die Nebenerzeugnisse aus den Kokereibetrieben entzogen und die Vermittlung der Verwertung dieser Produkte in die Hände der Kohlenzentrale gelegt worden. Dieser lag die Verteilung der Brennstoffe nach Maßgabe des Bedarfs und die Regelung der Kohleneinfuhr und -ausfuhr ob. Die Verwertung erfolgte nach bestimmten vom Generalgouverneur zu genehmigenden Grundsätzen. Der erzielte Erlös war an die Berechtigten abzuführen. Für die bei der Kohlenzentrale erwachsenen Kosten war den Produzenten eine angemessene Gebühr zu berechnen, die der Verwaltungschef unter Berücksichtigung des gesamten Absatzes festsetzte. In Friedenszeiten hatte sich der Handel mit Bergbauerzeugnissen in dezentralisierter Form abgewickelt. Die gänzlich veränderten Absatzverhältnisse hatten jetzt zu einer großen Unordnung in der Verfügung über die Produkte, zu Spekulationsverkäufen u. dgl. geführt. Straffe Zentralisation war geboten. Die Benutzung irgendwelcher belgischer Verkaufsvereinigungen war nicht möglich, zumal Kohlensyndikate in Belgien nicht bestanden. Die Kohlenzentrale war ermächtigt, darüber zu entscheiden, welche von den bestehenden Lieferungsverträgen erfüllt werden dürften und welche nicht. Diese Bestimmung mußte getroffen werden, da noch unmittelbar vor der Einrichtung der Kohlenzentrale zahlreiche Lieferungsverträge abgeschlossen worden waren, zum Teil spekulativen Charakters, bei deren restloser Durchführung die Tätigkeit der Kohlenzentrale zu einem wesentlichen Teil lahmgelegt worden wäre. Eine wichtige Aufgabe der Kohlenzentrale war die, für die Erhöhung der Koksproduktion und damit für die Vermehrung des Anfalls an den Nebenprodukten zu sorgen. Die Kohlenzentrale stand in enger Verbindung mit den in Betracht kommenden deutschen Organisationen, hinsichtlich der aus Belgien auszuführenden Kohlen arbeitete sie zusammen mit der in Deutschland von der Reichsregierung eingerichteten Kohlenausfuhrstelle West in Essen und Ost in Berlin. Sie bildete so ein Glied in dem Organismus der

allgemeinen deutschen Wirtschafts- und im besonderen der Ausfuhrpolitik. Mit der Bergverwaltung des nordfranzösischen Beckens in Valenciennes war eine Vereinbarung über die Abgrenzung der Interessengebiete der belgischen und der französischen Förderung getroffen. Die Kohlenzentrale, ursprünglich mit dem Sitz in Antwerpen, gliederte sich später in eine Zentralverwaltung in Brüssel mit verschiedenen Abteilungen entsprechend den ihr obliegenden Aufgaben und drei Nebenstellen in den Bergbaubezirken Lüttich, Charleroi und Mons. Die letzteren unterhielten im Zusammenwirken mit den deutschen Bergverwaltungen* den direkten Verkehr mit den Zechen und waren ausführende Organe für die von der Zentralstelle getroffenen Anordnungen. Als Organ zur Beratung allgemeiner Angelegenheiten stand der Kohlenzentrale ein Beirat zur Seite, in dem das Generalgouvernement und die verschiedenen Zweige der Zivilverwaltung vertreten waren. Die eigentliche Zuteilung der Kohlen an das Publikum und die Verteilung innerhalb der verschiedenen Kundenkreise war bis Mitte 1917 nicht geregelt und unterlag dem Ermessen der Händler. Dann erfolgte besondere Vorkehr, die später berührt werden wird.

Neben die Kohlenzentrale trat ebenfalls im Jahre 1915 die *Ölzentrale*. Der Bedarf Deutschlands an Rohstoffen für die Herstellung von Schmiermitteln wurde bis zum Ausbruch des Krieges hauptsächlich vom Auslande gedeckt. Es war daher vorauszu- sehen, daß bei einer längeren Dauer des Krieges die Beschaffung der erforderlichen Schmiermittel für Armee, Marine und Industrie auf große Schwierigkeiten stoßen würde. Die Hoffnung, in Antwerpen große Vorräte zu finden, die die Versorgung Deutschlands mit Schmiermaterialien erheblich verbessert hätten, wurde in der Hauptsache zunichte, weil der Feind, dem der Mangel an Ölen in Deutschland bekannt war, die Antwerpener Vorräte zum Teil in Tankdampfern abtransportiert, zum Teil durch Öffnen der Tankhähne vernichtet hatte. Der verbleibende Rest wurde nach Einnahme der Festung beschlagnahmt und nach Deutschland abtransportiert. Nun aber stellte sich bald in Belgien selbst ein Mangel an Schmiermaterial heraus, der sich für die Wiederbelebung der belgischen Industrie wie für die eigene Kriegswirtschaft ungünstig fühlbar machte. Die Sachlage erforderte die Er-

* Unten S. 37.

richtung einer Behörde, die sich mit der Versorgung der belgischen Industrie mit Schmiermitteln, der Herstellung von Schmierfetten, der Beschaffung von Ersatz- und Streckungsmitteln sowie der Kontrolle über sparsame Verwendung dieser Materialien zu befassen hatte und, wo es nötig war, auf Umstellung der Betriebe zur Fabrikation besonders notwendiger Schmiermittel hinwirkte. So entstand als Beschaffungs- und Verteilungsstelle für Schmiermaterialien die »Schmierölzentrale in Belgien zu Antwerpen«. Die rechtliche Grundlage bildete die Verordnung des Generalgouverneurs vom 3. Juni 1915.³⁵ In der Versorgung der belgischen Bevölkerung mit Speisefetten und Ölen war ebenfalls ein Stillstand eingetreten, da die kriegerischen Ereignisse eine verminderte Produktion im Lande selbst verursachten und die Einfuhr aus dem Auslande durch die Maßnahmen der Entente weitgehend ins Stocken geraten war. Ähnlich verhielt es sich mit denjenigen Fettstoffen, die als Rohmaterial industriellen Zwecken dienten, in erster Linie Rohstoffe für die Seifenfabrikation und die Textilindustrie. Soweit es in Belgien vor dem Kriege eine Fettgewinnung aus Abfallstoffen gegeben hatte, war diese zum Erliegen gekommen. Solche Fettquellen waren wieder in Betrieb zu nehmen und auch Produktionsstätten für solche Fette einzurichten, deren Gewinnung die belgische Wirtschaft vor dem Kriege noch nicht erfordert zu haben schien. Mit Rücksicht auf diese Umstände wurde die Zuständigkeit der Ölzentrale auf die Erfassung, Herstellung und Verteilung aller derjenigen Stoffe ausgedehnt, die in das Gebiet der Knochenverwertung, Kadaververwertung, Seifenfabrikation, Herstellung von Speisefett und Speiseölen, Glyzeringewinnung, Lacke und Farben u. dgl., der Bewirtschaftung von Petroleum und Kalziumkarbid sowie der Ölsaaten und Ölfrüchte fielen.³⁶ Die »Schmierölzentrale« hatte den Namen »Ölzentrale in Belgien« erhalten. Ihr Sitz war nach Brüssel verlegt worden, wo sie mit der Zeit eine umfassende Ausdehnung erhielt und sich insbesondere auch eine wissenschaftliche Abteilung mit Laboratorium angliederte. Durch Schaffung eines Beirats wurde sie mit den kriegswirtschaftlichen Organisationen in Berlin in organische Verbindung gebracht. Je ein Mitglied des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette, der Kriegsschmierölgesellschaft und der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft in Berlin waren Mitglieder dieses Beirats. In Antwerpen,

Lüttich und Charleroi wurden Zweigstellen eingerichtet. Dazu trat nach der Verwaltungstrennung noch eine solche in Namur. Außerdem hatte die Ölzentrale eine eigene Überwachungsstelle, bestehend aus über zwanzig Kontrolleuren, die für Einhaltung der in das Arbeitsgebiet der Ölzentrale fallenden Verordnungen durch persönliche Kontrolle zu sorgen hatte. Die Tätigkeit der Ölzentrale war entsprechend ihrer Wirksamkeit eine weitreichende und bedeutungsvolle. In Anstalten, die unter ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Leitung arbeiteten, teils belgischen, teils eigenen von ihr errichteten Betrieben hat sie Einrichtungen geschaffen und erprobt, die nicht nur dem augenblicklichen Bedürfnis, sondern auch späteren Zeiten zu dienen geeignet waren. Bei Besprechung des Veterinärwesens werden wir auf sie zurückkommen. Für das Gebiet der Speisefette war der Ölzentrale ein Sonderausschuß beigegeben, in den auch zwei Mitglieder des belgischen Ackerbauministeriums gewählt waren und der sich mit Fragen der Gewinnung und Verteilung der aus belgischen Öl- und Fettstoffen erzeugten Nahrungs- und Futtermittel einschließlich der Butter befaßte.

Der materiellen Zuständigkeit nach ebenfalls zu den Zentralen zu rechnen ist die dritte der großen der Abteilung für Handel und Gewerbe angegliederten Fachbehörden, die *Hauptstelle für Gas, Wasser und Elektrizität* in Brüssel, mit drei Nebenstellen in Antwerpen, Charleroi und Lüttich, zeitweise auch einer solchen in Brüssel. Sie war im Anschluß an die Okkupation zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, die Nutzbarmachung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, wie sie in großer Anzahl namentlich im Besitz von Städten und Landgemeinden vorhanden waren, für militärische Zwecke sicherzustellen und jede Maßnahme von feindlicher Seite, die diesem Zweck abträglich sein konnte, zu verhindern. Mit der Zeit hat sich ihr Aufgabenkreis erweitert. Die ursprüngliche rechtliche Grundlage bildete die Verordnung des Generalgouverneurs vom 26. Juli 1915.³⁷ Die Stelle hatte die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zu beaufsichtigen und war für die diese Werke betreffenden Angelegenheiten zuständig. Sie hatte, soweit angezeigt, die Erzeugnisse der Werke zu verwerten, vor allem die Nebenprodukte der Gasanstalten (Teer, Ammoniakwasser, schwefelsaurer Ammoniak, Gasreinigungsmasse usw.) zumilitärischen und wirtschaftlichen Zwecken nutzbar zu machen.

Der Erlös wurde den Berechtigten zugeführt. Die Werke ihrerseits waren verpflichtet, der Hauptstelle ihre Produkte auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Dazu kam später die Durchführung der Bestimmungen über die Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung sowie die Beaufsichtigung der elektrisch betriebenen Straßen- und Kleinbahnen und der zu ihnen gehörigen Kraftwerke. Die Hauptstelle war ermächtigt, Vorschriften über den Betrieb und über die für ihn erforderlichen Einrichtungen und Materialien der Werke und Bahnen zu erlassen.³⁸

In ausgedehntem Umfang finden sich die zentralen Fachbehörden auf dem Gebiet des Ernährungswesens. Bei seiner Besprechung wird auf sie näher eingegangen werden.

IV. DIE PROVINZIAL-, DIE KREIS- UND DIE GEMEINDLICHE VERWALTUNG

Für die *Provinzial-* und die *Kreisverwaltung* im Generalgouvernement Belgien trat unbeschadet der auch für sie maßgebenden Zwiefältigkeit des Aufgabenkreises im Vergleich zur Zentralverwaltung jene Kombination von rein deutscher Verwaltung und belgischer Verwaltung unter deutscher Aufsicht in beschränkterem Umfang in die Erscheinung, insofern hier die höheren belgischen Beamten vollkommen ausgeschaltet waren und nur mittleres und unteres belgisches Personal zur Mitarbeit herangezogen war. An die Stelle der belgischen Provinzialgouverneure waren überall dem Generalgouverneur unterstellte deutsche Militär-gouverneure getreten. Ihnen waren deutsche Präsidenten der Zivilverwaltung in den einzelnen Provinzen beigegeben und unterstellt, die gleichzeitig Untergebene des Verwaltungschefs waren. Für den Bezirk Maubeuge war ein eigener Präsident der Zivilverwaltung ernannt. Der belgische Gouverneur ist einerseits Vertreter des Königs und der Staatsgewalt und andererseits Leiter der provinziellen Selbstverwaltung und Aufsichtsorgan für die Selbstverwaltung der Gemeinden. Die ersteren Funktionen wurden in vollem Umfang mit der sich aus Kriegszustand und Okkupation ergebenden Erweiterung seiner Machtbefugnisse, insbesondere auf dem Gebiet der Exekutivgewalt, von dem Militärgouverneur wahrgenommen. Die letzteren wurden namens des Militärgouverneurs von den Präsidenten der Zivilverwaltung aus-

geübt. Während die Militärgouverneure als solche als die eigentlichen Repräsentanten der besetzenden Macht die Staatshoheit verkörperten und mit den ihrem Stabe beigegebenen Kräften im besonderen für Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu sorgen hatten, lag den Präsidenten der Zivilverwaltung mit ihrem Beamtenpersonal außer den Aufgaben zur Wiedererweckung des wirtschaftlichen Lebens und der Ernährung der Bevölkerung sowie der sonstigen kriegswirtschaftlichen Arbeiten die eigentliche laufende Provinzialverwaltung ob, insbesondere die Führung der Geschäfte und des Vorsitzes in dem von dem Provinzialrat aus seiner Mitte gewählten geschäftsführenden ständigen Ausschuß (Députation permanente),³⁹ der die ihm nach belgischem Recht in der inneren Verwaltung des Landes zukommenden Aufgaben erledigte. Die Provinzialräte selbst, deren ordentliche Tagungen durch Verordnung des Generalgouverneurs suspendiert waren,⁴⁰ wurden nur zu außerordentlichen Tagungen einberufen. Das geschah insbesondere anlässlich der Verhandlungen über die Aufbringung der der Bevölkerung des belgischen Staates auferlegten Gesamtkriegskontributionen und zur Feststellung des Provinzialbudgets.

Die Geschäfte der belgischen Verwaltungsbehörden erster Instanz in den Kreisen (Arrondissements administratifs) wurden von den Militärgouverneuren unterstellt und die besetzende Macht im Kreise in erster Linie verkörpernden militärischen Kreischefs wahrgenommen, welche nach den belgischen Gesetzen über die Provinzial- und Gemeindeverwaltung die den Commissaires d'arrondissement zustehenden Befugnisse auszuüben hatten. In ihrem Namen hatten die »Zivilkommissare bei den Kreischefs« die den Commissaires d'arrondissement nach dem belgischen Provinzialgesetz obliegende Aufsicht über die Gemeinden und die Standesregisterführung sowie die damit zusammenhängenden Geschäfte wahrzunehmen.⁴¹ Als unterster Verwaltungsbehörde lag den Zivilkommissaren vor allem die enge anregende und beratende Fühlungnahme mit den örtlichen belgischen Behörden und der Bevölkerung ob, auf die im Interesse einer ersprießlichen Verwaltung besonderer Wert gelegt wurde. Sie standen wie die Präsidenten der Zivilverwaltung in einem doppelten Unterordnungsverhältnis, indem sie den letzteren unterstellt und zugleich den Kreischefs bei- und untergeord-

net waren. In den Provinzen Ost- und Westflandern — dem Operations- und Etappengebiet — sind die Militärgouverneure und die Kreischefs außer Funktion getreten bzw. nicht ernannt worden, die Präsidenten der Zivilverwaltung aber geblieben.

Was endlich die *lokale* allgemeine Verwaltung betrifft, bei der der Schwerpunkt der belgischen öffentlichen Verwaltung lag, so sind die mit großer Selbständigkeit ausgestatteten Gemeindebehörden (Administrations communales) bis zur Verwaltungstrennung in der großen Mehrzahl der Gemeinden unverändert in Tätigkeit geblieben. Gemeinderat (Conseil communal), Schöffenkollegium (Collège échevinal) und Bürgermeister (bourgmestre) walteten im allgemeinen ihres Amtes, ohne einen Eingriff der deutschen Verwaltung zu erfahren. Nur die Verwaltung der örtlichen Polizei, der staatliche Organe nach der belgischen Gemeindeverfassung fehlten, ging zu einem Teil in deutsche Hände, vor allem der militärischen Ortskommandanten über, bzw. wurde unbeschadet ihrer Abhängigkeit vom Bürgermeisteramt der Kommandantur unterstellt. Für die Stadt Brüssel und die drei Festungen Antwerpen, Lüttich und Namur gab es eine Zeitlang besondere Militär- (Festungs-) Gouvernements mit eigenen Zivilkommissaren. Die gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen blieben grundsätzlich bestehen und konnten ungehindert ihre Aufgaben erfüllen. Die Befugnisse und Obliegenheiten der Gemeindeverwaltung im einzelnen hatten sich naturgemäß durch die Kriegslage mannigfach geändert. Eine wichtige und wohlthätig wirkende Einrichtung wurde auf dem Gebiet der Sittenpolizei getroffen.* Für die Hauptstadt des Landes, für die meisten Provinzhauptstädte sowie noch für einige weitere Gemeinden und die Umgebung dieser Orte wurden einheitliche Sittenpolizeiverwaltungen eingerichtet und dem zuständigen Präsidenten der Zivilverwaltung als Chef der Sittenpolizei unterstellt. Die Maßnahme war um so notwendiger, als die sittenpolizeilichen Einrichtungen der Gemeinden des Ausbaus dringend bedurften. Überdies lag sie im dringenden Interesse der deutschen Besatzungstruppen. Ihrer Aufgabe entledigte sich die neue Verwaltung mit deutschen und belgischen Kräften und Einrichtungen nach deutschen Grundsätzen und unter Mitwirkung der deutschen Sanitätsoffiziere. Sie war nicht nur unterdrückender, sondern auch vorbeugender Art

* Siehe auch S. 173.

und ermöglichte neben besonderer gesundheitlicher Pflege der weiblichen Geschlechtskranken Maßnahmen, unerfahrene weibliche Personen vor Gefahren zu schützen und gefallene Mädchen in besonderer Fürsorge unterzubringen und in Waschanstalten, Nähstuben und ähnlichen Einrichtungen wieder an geregelte Arbeit zu gewöhnen.⁴²

Neben die allgemeine Provinzial- und Kreisverwaltung treten als deutsche Fachbehörden in der Bezirksinstanz vor allem die *Bergverwaltungen* in Lüttich, Charleroi und Mons. Die Bergverwaltung in Mons ist nach der Erweiterung der Etappengrenzen im zweiten Halbjahr 1917 von der Verwaltung des Generalgouvernements abgetrennt worden. Die deutschen Bergverwaltungen übten die allgemeine Überwachung der Zechen, der Steinbrüche, Kalkbrüche, Tongruben, Phosphatgruben usw. sowie der Ziegeleien aus und erstreckten ihre technische Zuständigkeit auch auf die in ihren Bezirken befindlichen Glashütten und die Eisenindustrie. Ihre Hauptarbeit war den Steinkohlengruben gewidmet. Der Betrieb der Gruben wurde wie vor dem Kriege unter privater Leitung geführt, in bergpolizeilicher Hinsicht wurden sie wie vordem von der belgischen Bergverwaltung beaufsichtigt. Aufgabe der deutschen Bergverwaltungen war es, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich der Wiederaufnahme und der Weiterentwicklung der Betriebe entgegenstellten. Sie versorgten nach einem bestimmten Verteilungsplan die Zechen mit Betriebsstoffen, wie Sprengstoffen, Öl für die Maschinen, Ölmotoren und Grubengeleuchte, verschafften den Seilfabriken den Draht für Förderseile aus Deutschland, regelten die Zufuhr des Grubenholzes. Sie überwachten die Arbeiteranwerbung, halfen den Zechen bei der Beschaffung von Lebensmitteln für die Bergleute und überwachten deren richtige Verteilung. Sodann hatten sie das deutsche Interesse sowohl bei der Betriebsführung des Bergbaus als auch bei der Verwertung der Erzeugnisse wahrzunehmen. Ähnliche Aufgaben lagen ihnen hinsichtlich der Brüche und Gräbereien ob. Außerdem leiteten die Bergverwaltungen teils selbständig, teils durch Unternehmer, teils durch die Besitzer zahlreiche Steinbrüche, Sandgräbereien, Kiesbaggereien und andere Unternehmungen zu Zwecken der unmittelbar kriegswirtschaftlichen Nutzung.

V. DIE POST- UND TELEGRAPHENVERWALTUNG

Eine umfassende organisatorische Regelung bedingte die Ordnung des Postwesens, mit der die deutsche Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien bereits Anfang September 1914 von dem Reichspostamt beauftragt worden war. Ihre Aufgaben waren überwachender, regelnder und durchführender Art. Auch hier war naturgemäß eine rein deutsche Verwaltung und eine belgische unter deutscher Aufsicht zu unterscheiden. Bei Beginn ihrer Tätigkeit ruhte der belgische Postverkehr in dem okkupierten Gebiet nahezu völlig, nur innerhalb der Stadt Brüssel erfolgte noch eine beschränkte Briefbestellung. Da die anfänglich erklärte Bereitwilligkeit des belgischen Personals zur Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden demnächst wieder zurückgezogen worden war, wurde der Dienst auch für die belgische Bevölkerung zunächst ausschließlich durch deutsche Behörden und Angestellte aufgenommen. In Brüssel wurde ein Briefträgerdienst mit vertrauenswürdigen und ortskundigen stellenlosen Deutschen organisiert. Allmählich und regelmäßig nahm in einzelnen Orten des Landes und schließlich allgemein das belgische Personal seine Beteiligung am Dienst wieder auf. Im Juli 1915 trat das belgische Ministerium der Marine, Post und Telegraphie wieder in Tätigkeit, die Wahrnehmung der Rechte und Obliegenheiten des Ministers wurde dem Chef der deutschen Post- und Telegraphenverwaltung übertragen. Da auch, soweit es sich um die Regelung des Postdienstes für die belgische Bevölkerung handelte, dessen oberste Leitung durch eine belgische Behörde nicht in Frage kommen konnte, blieb die Zuständigkeit des Ministeriums im wesentlichen auf die Regelung der Gehälter, Pensionen, Kassenbeiträge, Fragen des Gebrauchs der Dienstgebäude u. dgl. beschränkt. Das Telegraphenwesen blieb ausschließlich in deutscher Hand. Die rein deutsche Verwaltung, der insbesondere auch der Postverkehr der deutschen Truppen und Behörden oblag, wurde außer durch die Zentrale durch die in planmäßiger Dezentralisation nach und nach eingerichteten zahlreichen deutschen Postanstalten verschiedenen Grades verkörpert. Anschließend an die politische Einteilung des Landes wurden überdies in einer Anzahl von Kreishauptstädten Kreispostämter eingerichtet, welche die verantwortliche Leitung des Postbetriebs innerhalb ihres Bezirks übernahmen. Ihre Vorsteher hatten zu-

gleich die Tätigkeit der belgischen Provinzialbehörden der Postverwaltung (Bezirksdirektionen) in ähnlicher Weise wie der deutsche Generalreferent diejenige des Ministeriums zu überwachen. Dem Telegraphendienst dienten deutsche Telegraphenanstalten.

* * *

Dem Rückblickenden möchte der in der geschilderten Organisation gegliederte Apparat zu verwickelt und übertrieben erscheinen. Allein es ist zu berücksichtigen, daß, um die besonderen, schwierigen und verwickelten Verhältnisse zu erfassen, es vielfach eigenartig konstruierter Organe bedurfte, daß manche Organisationen gleichartigen Einrichtungen in Deutschland entsprachen und weitgehend als Abzweigung von ihnen zu betrachten waren und daß der fortwährende Wechsel der Aufgaben, die Notwendigkeit des steten schnellen Sichanpassens an die Verhältnisse oftmals zur Schaffung neuer Organe greifen ließ, weil man nicht die Zeit hatte und es schwieriger war, die alten umzugestalten. Gleichwohl ist nicht zu bestreiten, daß, wie die Heimat, auch die Verwaltung des besetzten Belgiens an einer gewissen Überorganisation gelitten hat, die sich ebenso wie der Umstand, daß eine genaue Abgrenzung der Zuständigkeiten der Militär- und Zivilbehörden nicht durchweg bestand und auch kaum bestehen konnte, in der Handhabung der Geschäfte mitunter nachteilig fühlbar gemacht hat.

VI. DIE VERWALTUNGSTRENNUNG

Die in vorstehendem dargestellte grundlegende Organisation der deutschen Verwaltung erlitt nun eine wesentliche Änderung durch die »Verwaltungstrennung«. Sie ist das wichtigste Ergebnis des Eingreifens der deutschen Verwaltung in den belgischen Nationalitätenstreit mit seinen in das ganze belgische Staats- und Wirtschaftsleben tief einschneidenden Problemen.

Mit Beginn des Jahres 1915 war die vlämische Bewegung zur Beseitigung der rechtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Zurücksetzung der die Mehrheit der belgischen Bevölkerung ausmachenden Vlamen aufs neue erwacht. An sie knüpfte die deutsche Vlamenpolitik an, die nach anfänglichem planmäßigem Ignorieren der Bewegung um dieselbe Zeit vom Generalgouverneur Freiherr von Bissing eingeleitet, vom Reichskanzler gebilligt und

schließlich bei Gelegenheit des Empfangs einer Abordnung des »Rates von Flandern« am 3. März 1917 in der Form einer verbindlichen Zusage als Grundlage der Reichspolitik in Belgien angenommen wurde. In ihren tieferen Ursachen und Zielen ist sie nach dem in der Einleitung Ausgeführten nicht Gegenstand eingehender Behandlung in der vorliegenden Arbeit. Nur soweit sie in das System der Okkupationsverwaltung und die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse während derselben unmittelbar eingegriffen hat, wird auf sie eingegangen. Es war zunächst sorgfältige und durchdringende Kleinarbeit, mittels der die deutsche Vlamenpolitik zur planmäßigen Förderung der Bewegung vorging. Das vlämische Selbstbewußtsein sollte gehoben, die völkische Stoßkraft zusammengefaßt, durch intensive Förderung der vlämischen Kultur sollten die nötigen Führer herangebildet werden.⁴³ So wurde begonnen, indem man auf wichtigen Einzelgebieten eine Reihe wohlbegründeter und lange umstrittener Forderungen des Vlamentums verwirklichte. Als dringendstes Arbeitsfeld erschienen zunächst die Mißstände in der *Sprachenfrage*. Es handelte sich nicht nur darum, der vlämischen Sprache in Flandern Gleichberechtigung neben der französischen zu verschaffen, sondern es galt auch, sie wieder zur Grundlage des gesamten Volks- und Staatslebens des vlämischen Gebiets zu machen. Als notwendige Folge dieser Zielsetzung ergaben sich eine Reihe von Maßnahmen, von denen auch die Organisation der Verwaltung sehr wesentlich berührt wurde. Die Durchführung der für die Gebiete der Verwaltung bestehenden Sprachengesetze wurde vor allem durch die in Ausführung des belgischen Gesetzes vom 22. Mai 1878 ergangene »Dienstanweisung des Verwaltungschefs über den Gebrauch der deutschen und der vlämischen Sprache im Dienstverkehr der belgischen staatlichen Verwaltungsbehörden« vom 2. September 1916⁴⁴ in die Wege geleitet. Die drei Sprachgebiete des belgischen Landes, das vlämische, das wallonische und das hochdeutsche, wurden abgegrenzt. Dabei wurden eine Reihe bisher umstrittener Gemeinden, so besonders diejenigen von Groß-Brüssel, dem vlämischen Landesteil zugewiesen. Im übrigen bezwecken die Maßnahmen, in einer Reihe von Einzelanordnungen die genaue und dem Sinn und Zweck entsprechende Durchführung des in Art. 1 des genannten belgischen Gesetzes ausgesprochenen Grundsatzes sicherzu-

stellen: »Les avis et les communications que les fonctionnaires de l'Etat adressent au public seront rédigés soit en langue flamande soit en langue flamande et en langue française. Les fonctionnaires de l'Etat correspondront en flamand avec les communes et les particuliers, à moins que ces communes ou particuliers ne demandent que la correspondance ait lieu en français, ou n'aient eux-mêmes fait usage de cette langue dans la correspondance.« Dazu treten die besonderen Anweisungen für Brüssel entsprechend dem Art. 2 des belgischen Gesetzes. Für den Dienstverkehr innerhalb jeder einzelnen Behörde im vlämischen Landesteil des Generalgouvernements und für den gegenseitigen Dienstverkehr der staatlichen Verwaltungsbehörden und Beamten in diesem Landesteil, wiederum mit einer Ausnahme für Groß-Brüssel, ist der Gebrauch der vlämischen Sprache geboten. Analoge Vorschriften sind für das hochdeutsche Sprachgebiet gegeben. Den Gemeindeverwaltungen vlämischer und deutscher Orte gegenüber wurde die Erwartung ausgesprochen, »daß sie, wo dies noch nicht der Fall sein sollte, nunmehr freiwillig der Muttersprache der Bevölkerung in entsprechender Weise zu der ihr gebührenden Geltung auch im amtlichen Verkehr verhelfen werden«. Der Durchführung der erlassenen Sprachengesetze wurde von französisch gesinnten belgischen Beamten nicht selten mehr oder minder erfolgreicher stiller Widerstand entgegengesetzt. Wollte diese Durchführung also in Wahrheit sichergestellt werden, so konnte dies wirksam nur dadurch geschehen, daß solche Beamten in den vlämischen Gebieten durch vlämisch sprechende und vlämisch gesinnte Beamte ersetzt wurden. Damit wurde noch 1916 begonnen. Die Maßnahme bereitete die Verwaltungstrennung vor, die sich aus ihr gewissermaßen als die letzte Konsequenz in langsamem, stetigem, systematischem Vorgehen entwickeln sollte. Sie war von Vlamen wie von Wallonen schon vor dem Kriege eifrig erörtert worden und wurde jetzt, nicht zum wenigsten wegen der Ignorierung der Rechte der Vlamen durch die alliierten Mächte, von den aktivistischen Vlamenführern dringend gefordert. In ihrem Endziel bezweckte sie die Zerteilung Belgiens in zwei völkisch und sprachlich geschiedene, durch je einen Behördenorganismus und einen Beamtenkörper der entsprechenden Nationalität verwaltete Staatshälften, Flandern und Wallonien. Die Durchführung der Verwaltungstrennung durch

die deutsche Okkupationsverwaltung begann mit der Bildung von vlämischen und wallonischen Abteilungen im belgischen Unterrichtsministerium (Ministerium für Wissenschaft und Kunst) als dem für die vlämische Sprachenfrage grundlegenden Teil der Zentralbehörden, durch die Verordnungen vom 25. Oktober und 13. Dezember 1916 und vom 14. Februar 1917.⁴⁵ Am 4. Februar 1917 waren aus freien Stücken in Brüssel Vertreter aller aktivistischen vlämischen Gruppen zu einer Landestagung zusammengetreten. Unter Beiseitesetzung der bisherigen Meinungsverschiedenheiten war eine allgemeine Formel angenommen worden, in welcher die Selbstverwaltung und Autonomie Flanderns und Walloniens gefordert wurde. Mit einer entsprechenden Kundgebung, dem sogenannten Vlamenmanifest vom 4. Februar 1917, hatte sie sich an das vlämische Volk, aber auch an die kriegsführenden und neutralen Mächte gewandt. Aus ihrer Mitte hatte sie den »Rat von Flandern« mit dem Sitz in Brüssel frei gewählt, dem sie alle Vollmachten für die bei der besetzenden Macht zu tuenden Schritte gab. Die besetzende Macht erkannte den Rat von Flandern als beratende Körperschaft an⁴⁶ und bediente sich seiner zur Mitwirkung bei dem beabsichtigten Aufbau des vlämischen Staatslebens und des vlämischen Beamtentums. Zur beratenden Mitwirkung in der Provinzialverwaltung wurden demnächst die Gauräte, von den Vlamenversammlungen gewählte Körperschaften zur Vertretung der Vlamen in den einzelnen Provinzen, bestimmt, die diese Aufgabe durch einen von ihnen gewählten Vollzugsausschuß wahrnehmen sollten und auch ihrerseits selbständige Anregungen geben konnten. Am 21. März 1917⁴⁷ — früher, als es in der ursprünglichen Absicht des Generalgouverneurs gelegen war, der ebenso wie der Chef der Zivilverwaltung die lebhaftesten Bedenken gegen das ihm nahegelegte schnellere Vorgehen zum Ausdruck gebracht hatte⁴⁸ — erging die für die Verwaltungstrennung grundlegende Verordnung des Generalgouverneurs. Sie verfügte die Bildung von zwei Verwaltungsgebieten, getrennt nach der Sprachgrenze, von denen das eine — Flandern, Vlamland — die Provinzen Antwerpen, Limburg, Ostflandern und Westflandern sowie von der Provinz Brabant die Kreise Brüssel und Löwen, das andere — Wallonei, Wallonien — die Provinzen Hennegau, Lüttich, Luxemburg und Namur sowie von der Provinz Brabant den Kreis Nivelles umfassen sollte. Auf

die in einzelne Provinzen Walloniens eingestreuten vlämischen und umgekehrt auf die in einzelne Provinzen Vlamlands eingestreuten wallonischen Gemeinden sowie auf die Deutsch sprechenden Gemeinden der Provinz Luxemburg konnte vorerst keine Rücksicht genommen werden. Das geschah erst später. Die Verwaltung Walloniens sollte von Namur aus geführt werden, dem wegen seiner zentralen Lage und auch aus militärischen und politischen Gründen der Vorzug vor dem größeren Lüttich gegeben wurde, während Flandern dem dringenden Wunsche der Vlamen entsprechend wie bisher von Brüssel aus verwaltet werden sollte. Dabei wurde in der Weise vorgegangen, daß nicht je zwei neue Ministerien errichtet, sondern die Zuständigkeit der bisherigen Brüsseler Gesamtministerien auf das vlämische Verwaltungsgebiet beschränkt und nur in Namur unter Ausscheidung und Versetzung der für Wallonien bestimmten Beamten aus dem Personalbestand der Ministerien neue Ministerien für Wallonien errichtet wurden. »Es sollte damit für Flandern jedenfalls die Kontinuität der Verwaltung gewahrt und die Autorität der alten Ministerien für die vlämischen Teilministerien nutzbar gemacht werden.«⁴⁹ An die Verordnung vom 21. März 1917 schlossen sich nunmehr eine Reihe von Staatsakten in der Form von Verordnungen und Verfügungen der besetzenden Macht an, die der Durchführung der Verwaltungstrennung dienten und ihre Rechtsgrundlage aus den völkerrechtlichen Befugnissen des Okkupanten schöpften. Sie lassen in ihrer Planmäßigkeit und Folgerichtigkeit das zielbewußte Streben erkennen, jedem der beiden Teile das Seine zu geben, und was Flandern im besonderen betrifft, »angefangen von den Zentralspitzen der Ministerien bis hinunter in die kleinste Gemeindeverwaltung und in die letzte Dorfschule dem Vlamentum seine Rechte zu geben«. Es begegnet uns das Bestreben, den Beamtenkörper in Flandern allmählich von vlamenfeindlichen Elementen zu säubern, der vlämischen Sprache im gesamten öffentlichen Leben in Flandern zur Herrschaft zu verhelfen, vor allem aber auch eine gesunde geistige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der vlämischen Gebiete anzubahnen und zu fördern. Die Behandlung der Angelegenheiten, welche notwendigerweise gemeinsam bleiben mußten, vor allem der Staatsschuld, wurde besonders geregelt. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Verordnung über die Amtssprache in Flan-

dern vom 9. August 1917,⁵⁰ die den Grundsatz aufstellte, daß im vlämischen Verwaltungsgebiet die vlämische Sprache die ausschließliche Amtssprache aller Behörden und Beamten des Staats, der Provinzen und der Gemeinden sowie ihrer Einrichtungen und Anstalten sein sollte. Nur für die Gerichtsbehörden verblieb es zunächst bei den bestehenden Bestimmungen. Die Verordnung regelte also insbesondere auch die Amtssprache der Gemeindebehörden, die bisher der autonomen Festsetzung durch die Gemeinden selbst überlassen worden war. Die Verordnung forderte Anwendung des von ihr aufgestellten Grundsatzes nicht nur für den inneren Dienst, den Verkehr der Stellen und Beamten untereinander sowie mit den Amtsstellen in Wallonien, sondern auch für ihren mündlichen und schriftlichen Verkehr mit dem Publikum, für die öffentlichen Mitteilungen, Bekanntmachungen und Aufschriften, vorbehaltlich besonderer Erleichterungen hinsichtlich Groß-Brüssel und der Gewährung von Ausnahmen für eine Übergangszeit. Sie fand sinngemäße Anwendung auf das Notendepartement der Société Générale de Belgique, die belgische Nationalbank, die allgemeine Spar- und Leibrentenkasse, die nationale Wasserleitungsgesellschaft, auf die Straßenbahngesellschaften, die öffentlichen Anstalten für Lieferung von Licht und Kraft, die Einrichtungen für die öffentliche Wohltätigkeit und Volkswohlfahrtspflege und auf alle sonstigen Anstalten, Einrichtungen, Gesellschaften und Personen, die öffentliche Dienste wahrnehmen. Strafbestimmungen enthielt die Verordnung nicht, und der Unmöglichkeit baldiger Durchführung war sich die deutsche Verwaltung bewußt. So kam ihr vorwiegend programmatische Bedeutung zu. Verschiedentlich, so namentlich in Mecheln, in Antwerpen und in Brüssel führte sie zu Konflikten. Auch abgesehen hiervon ging die Durchführung der Verwaltungstrennung nicht ohne Hemmnisse vor sich. Über Proteste gegen die Zuteilung Brüssels zu Flandern, darauf gestützt, daß die Hauptstadt keine überwiegend vlämische Bevölkerung habe, konnte wegen ihrer leicht nachweisbaren sachlichen Haltlosigkeit hinweggegangen werden, auch die Auseinandersetzung wegen der nach verschiedenen Verwaltungsgebieten aufgeteilten Provinzteile ging im wesentlichen glatt vonstatten. Dagegen war die Frage der Unterbringung der Behörden und Beamten in Namur nur unter den größten Schwierigkeiten zu lösen und die Abnei-

gung der wallonischen Beamten gegen eine Übersiedlung in das »langweilige« Namur nicht leicht zu überwinden. Das Haupthindernis aber lag auf politischem Gebiet. Gegen die Errichtung besonderer wallonischer Ministerien in Namur ließ sich geltend machen, daß sie mit der belgischen Verfassung, im besonderen auch mit deren Artikel 126 (»la ville de Bruxelles est . . . le siège du Gouvernement«) nicht im Einklang stand und den Beamten die Handhabe bot, die Mitarbeit als mit dem auf die Verfassung geleisteten Beamteneid unvereinbar zu bezeichnen. Die belgische Regierung erklärte die Verwaltungstrennung als der Haager Landkriegsordnung zuwiderlaufend und als ein hochverräterisches Unternehmen. Die Folge war, daß zahlreiche belgische Beamte, die bisher unter der deutschen Verwaltung ihren Dienst loyal getan hatten, ihn nunmehr verweigerten. Versuche mit Zwangsmaßnahmen gegen die Widerspenstigen — Abschiebungen, Entlassung aus dem Staatsdienst unter Entziehung von Wart- oder Ruhegeld, das den Beteiligten allerdings zweifellos von belgischer Seite wieder ersetzt worden ist — blieben erfolglos und konnten, was die Abschiebungen betrifft, bei deren großer Zahl nicht fortgeführt werden. So mußte man sich mit der Neueinstellung belgischer Beamter helfen, die naturgemäß zum Teil ihren Aufgaben nicht gewachsen waren. Im übrigen suchte man in der stärkeren Heranziehung von deutschen Beamten aus der Heimat einen Ersatz zu erhalten.

Der Zerlegung der belgischen Regierung in zwei Teile mit den entsprechenden Ressortministerien in den beiden Hauptstädten folgte die Teilung der deutschen Verwaltung auf dem Fuße. Auch für sie gab es nunmehr eine Scheidung in ein vlämisches und ein wallonisches Verwaltungsgebiet. Beide Teile erhielten ihren besonderen Verwaltungschef mit dem Sitz in Brüssel bzw. in Namur und mit dem zugehörigen Beamtenstab. Die bisher von dem gemeinsamen Verwaltungschef für das gesamte Gebiet des Generalgouvernements als Behörde wahrgenommenen Geschäfte wurden durch die Bekanntmachung des Generalgouverneurs vom 4. Juli 1917⁵¹ auf die verschiedenen teils umgeformten, teils neuerrichteten obersten Dienststellen der Zivilverwaltung übertragen. Über die Abgrenzung der Zuständigkeiten sind keine förmlichen Bestimmungen ergangen; sie ergab sich aus der Natur der Sache, insbesondere aus der Zweckbestimmung der verschie-

denen Zentralbehörden. Auch die Generalreferate für die belgischen Ministerien wurden jetzt nach vlämischen und wallonischen Ministerien geteilt, wenn sie auch teilweise in einer und derselben Person vereinigt waren. Für die gemeinsamen Angelegenheiten wurde auch hier wie bei der rein deutschen Verwaltung besondere organisatorische Regelung getroffen, die wirtschaftlichen Wechselbeziehungen der verschiedenen Gebietsteile nach Möglichkeit zu berücksichtigen versucht.⁵² Die zentralen Fachbehörden blieben im wesentlichen unverändert. Die politische Abteilung und die Bankabteilung blieben wie bisher selbständig. Doch wurden demnächst die bisher der Politischen Abteilung zugeteilte Handhabung der Vlamenpolitik dem Verwaltungschef für Flandern und die Presseangelegenheiten den beiden neuen Verwaltungschefs überwiesen. Für die Finanzverwaltung und den überwiegenden Teil der der Abteilung für Handel und Gewerbe obliegenden Verwaltungsgeschäfte war eine Teilung nach Flandern und Wallonien untunlich, da diese Arbeitsgebiete Einheitlichkeit ihrer Behandlung erforderten. Beide Verwaltungen wurden daher von der Unterstellung unter einen Verwaltungschef losgelöst und als selbständige Abteilungen dem Generalgouverneur unmittelbar unterstellt. Die Wahrnehmung von Rechten und Obliegenheiten des belgischen Finanzministers für das vlämische und das wallonische Verwaltungsgebiet wurde in der Folge⁵³ weitgehend auf die Verwaltungschefs dieser Gebiete übertragen. Das Arbeitsgebiet der Abteilung für Handel und Gewerbe hatte sich entsprechend der später zu erörternden Änderung der wirtschaftspolitischen Aufgaben und Ziele der deutschen Verwaltung völlig den Erfordernissen der Kriegswirtschaft und der wirtschaftlichen Kriegführung angepaßt. Vor allem wirkte die Abteilung mit bei der Beschaffung von Arbeitskräften für Deutschland, das Gebiet der Etappe und das Operationsgebiet, bei der Regelung der Lohnverhältnisse der im Gebiet des Generalgouvernements beschäftigten Arbeiter sowie ihrer Ernährung und bei der Unterstützung der Angehörigen der in Deutschland beschäftigten belgischen Arbeiter. Ihr lag sodann die Feststellung, Bewirtschaftung und Überführung der in Belgien befindlichen Kriegsrohstoffe in weitestem Sinne ob. Die ihr unterstellte Rohstoffverwaltungsstelle, welche die Kontrolle der Rohstoffe sowie die Nachweisung der für die deutschen kriegswirtschaftlichen

Zwecke erforderlichen Stoffe und Erzeugnisse und deren Beitreibung behandelte, war zu einer Melde- und Freigabestelle, einem Zuweisungsamt und einer Kontrollstelle für die Fabrikation und die Ein- und Ausfuhr geworden. Daneben ging sie in erheblichem Umfang zur Bewirtschaftung in eigenen Betrieben über. Als Rohstoffbeschaffungsstelle hatte sie die Aufsicht über die zur kriegsmäßigen Bewirtschaftung herangezogenen deutschen Kriegsgesellschaften hinsichtlich ihrer Wirksamkeit in Belgien, nämlich über die Kriegslederaktiengesellschaft, die Kriegshadernaktiengesellschaft und die Kriegswollbedarfsaktiengesellschaft. Hand in Hand mit ihr arbeitete die Außenhandelsstelle. Auch sie stand in engster Fühlung mit den Reichsstellen — Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Kriegsamt, Zentralvermittlungsstelle für die besetzten Gebiete in Berlin und Aus- und Einfuhrstelle des Großen Hauptquartiers West — sowie mit dem Delegierten des Generalgouverneurs bei der deutschen Gesandtschaft im Haag. Dieser stand seinerseits wieder mit der NV. Allgemeinen Import und Export (»Algimex«), dem Tochterhaus der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft daselbst, und dem Vertreter des Kriegsministeriums in Holland als dem Hauptaustauschland in Verbindung. Schon 1916 war der Abteilung eine »Landesstelle für Rohstofferberhebung«, aus Volkswirtschaftlern bestehend, angegliedert worden, deren Aufgabe die Erfassung der Bedeutung Belgiens für die Rohstoffversorgung und den Verbrauch von Rohstoffen im Wirtschaftsgebiet der Mittelmächte mittels statistischer Erhebungen und eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen war. Auch die im Dezember 1917 errichtete »Abteilung Belgien der Reichsbekleidungsstelle« wurde der Abteilung für Handel und Gewerbe angeschlossen. Sie hatte die Aufgabe, den Bedarf an Web-, Wirk-, Strick-, Band- und Schuhwaren aus den in Belgien erfaßten Beständen und, soweit diese nicht ausreichten, aus den Nachschüben der Kriegswirtschaftsaktiengesellschaft, Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle, zu decken, und zwar für die im Bereich des Generalgouvernements und der Westfront sich aufhaltenden Hilfsdienstpflichtigen, männlichen und weiblichen Beamten, Angestellten und Arbeiter bei Behörden und behördlichen Einrichtungen und Militärpersonen, die das Recht haben, bürgerliche Kleidung zu tragen, sowie für die in Brüssel dauernd oder vorübergehend sich aufhal-

tenden Offiziere und oberen Militärbeamten des Generalgouvernements und der Westfront. Und endlich war auch die Kontrollstelle für Arzneimiteleinfuhr und das am 1. August 1916 gegründete »Militärische Textilbeschaffungsamt«, das mit Durchführung der Verordnungen über die Beschlagnahme von Textilien beauftragt war und mit der Textilabteilung der ZEG. eng zusammenarbeitete, der Abteilung für Handel und Gewerbe unterstellt. Eine Erweiterung auf anderem Gebiet erfuhr die Abteilung dadurch, daß ihr im ersten Halbjahr 1917 die *geologische Landesaufnahme* unterstellt wurde. Zwei Landesgeologen und zwei Hilfsgeologen waren in den Bezirk des Generalgouvernements berufen worden, um daselbst in erster Linie für militärische Zwecke, sodann für die Zwecke des Bergbaus, der Schottergewinnung, der Phosphaterzeugung, sowie im Interesse der Landwirtschaft und der Hygiene planmäßig Untersuchungen der Erdoberfläche und der Gebirgsschichten auszuführen und die vorhandenen Karten der belgischen geologischen Landesaufnahme zu ergänzen.

Nach der Verwaltungstrennung bestanden also im ganzen sechs selbständige Zivilverwaltungen und die später zu behandelnde Zentralerntekommission in unmittelbarer Unterstellung unter den Generalgouverneur. Die Verbindung zwischen den sieben einander gleichgestellten »Zivilministerien« wurde nach dem Vorbild der Reichskanzlei durch einen nunmehr bestellten »Leiter der Zivilkanzlei des Generalgouverneurs« hergestellt.

In der *Provinzialverwaltung* waren inzwischen weitere tiefgreifende Veränderungen eingetreten, die aber nicht mit der Verwaltungstrennung, sondern mit der Verweigerung der Mitwirkung an den Finanzierungsmaßnahmen für die Kriegskontribution seitens der Provinzialräte zusammenhingen. Nachdem die Provinzialräte erstmals in der außerordentlichen Tagung vom 2. Dezember 1916 die Bewilligung der Gesamtkriegskontribution verweigert hatten, waren diese Beschlüsse als dem öffentlichen Interesse widersprechend gemäß Art. 89 des belgischen Provinzialgesetzes vom 30. April 1836 aufgehoben und mit der Wahrnehmung der Obliegenheiten der Provinzialräte in der fraglichen Angelegenheit die Militärgouverneure der Provinzen in Gemeinschaft mit den Präsidenten der Zivilverwaltungen beauftragt worden. Der vorherigen Ankündigung entsprechend wurden infolgedessen die

Provinzialräte zur Beschlußfassung über das Provinzialbudget nicht zusammenberufen, vielmehr unter teilweiser Außerkraftsetzung des Art. 66 Abs. 1 des Provinzialgesetzes die Präsidenten der Zivilverwaltung der Provinzen ermächtigt, an Stelle der Provinzialräte nach Anhörung der Ständigen Ausschüsse die Rechnungen der Einnahmen und Ausgaben festzustellen und das Budget der Ausgaben für das folgende Geschäftsjahr festzusetzen sowie über die Aufbringung der erforderlichen Mittel zu beschließen. Die Ständigen Ausschüsse legten hierauf ihre Ämter nieder mit der Begründung, nach Ausschaltung der Provinzialräte fehle den Mitgliedern der Ständigen Ausschüsse das Mandat, das sie nur vom Provinzialrat schöpfen könnten. Diese Haltung machte es erforderlich, für deren Dauer die Präsidenten der Zivilverwaltung auch mit der Wahrnehmung der Rechte und Obliegenheiten dieser Selbstverwaltungsorgane zu beauftragen. So fungierten denn Provinzialräte und Ständige Ausschüsse in Gestalt der Präsidenten der Zivilverwaltung als absolute Regierungsorgane: an die Stelle der Selbstverwaltung war in weitem Umfang das absolute Regierungssystem getreten.⁵⁴ Die Wirkung dieses Systemwechsels war nicht zu unterschätzen, wenn auch seine praktische Bedeutung weit geringer war, als es scheinen möchte. Die laufenden Geschäfte wurden schon unter dem alten Selbstverwaltungssystem von den Büros der Ständigen Ausschüsse vorbereitet und tatsächlich erledigt, während der Ausschuß lediglich in der allwöchentlichen Sitzung auf jede Sache seinen Beschluß setzte. Diese Büros aber bestanden unverändert fort.

Die *gemeindliche* Selbstverwaltung ist im allgemeinen unberührt geblieben. Die schwierigen Verhältnisse in Gent führten im Frühjahr 1918 zu einer teilweisen Außerkraftsetzung des belgischen Gemeindegesetzes für diese Stadt und zu ihrer Verwaltung durch einen kommissarischen Bürgermeister in der Person des zweiten Bürgermeisters der Stadt Posen und durch kommissarische Schöffen.⁵⁵

Auch für die belgische *Postverwaltung* gelangte die Verwaltungstrennung zur Durchführung. Mit Anfang Januar 1918 wurde sie geteilt in eine vlämische, die von Brüssel, und eine wallonische, die von Namur aus geleitet wurde. Die Postbezirksgrenzen, die bisher mit den Provinzgrenzen nicht durchaus übereinstimmten, wurden diesen angepaßt.⁵⁶ Bei der *deutschen* Verwaltung mußte

die Zentralstelle in Brüssel schon wegen der für Besatzung und Feldheer zu erfüllenden Aufgaben erhalten bleiben. Die Einrichtung der deutschen Postbezirksbehörden, die als Provinzialbehörden nunmehr »Postdirektionen« genannt wurden, wurde nach Amtssitz und räumlichem Umfang der Ordnung der belgischen Bezirksdirektionen entsprechend gestaltet.

* * *

Die neue Verwaltungsorganisation war im ganzen genommen nicht weniger kompliziert wie die frühere. Dennoch hat sie sich ohne größere Schwierigkeiten⁵⁷ noch anderthalb Jahre bis zum Ende der Okkupation gehalten. Eines muß vom deutschen Standpunkt aus als besonderer Vorteil der neuen Organisation hervorgehoben werden: Sie gab die Möglichkeit, darzutun, daß nach dem Willen des Generalgouverneurs die Förderung der Belange Walloniens durch die Vlamenpolitik nicht notleiden sollte, und auch des besonderen wallonischen Volkstums mit seinen Bestrebungen auf Anerkennung und Förderung von Frankreich unabhängiger, wallonisch eigenartiger kultureller und wirtschaftlicher Interessen sich intensiver anzunehmen.

ZWEITER TEIL

Die Durchführung der Aufgaben der Okkupationsverwaltung

1. Allgemeines (Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung)

Überblicken wir die Durchführung der Aufgaben, welche die deutsche Okkupationsverwaltung in Erfüllung ihrer Rechte und Pflichten sich stellte, in den im Rahmen unserer Arbeit wichtigsten Beziehungen, so stellt sich ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der *Gesetzgebung* in erster Linie in Änderungen, Ergänzungen oder Außerkraftsetzungen bestehender belgischer Gesetze dar. Daneben aber bedeutet sie auch die Neuregelung von Materien, die bisher eine gesetzliche Ordnung nicht oder in anderer Form erfahren hatten. Dabei wurde zum Teil an bestehende belgische Vorarbeiten angeknüpft. Ihrer Natur nach überwogen die gesetzlichen Anordnungen staats-, verwaltungs- und strafrechtlichen Charakters, hinter denen nach Zahl und Bedeutung die auf dem Gebiete des Zivilrechts und des Prozeßrechts zurückstanden. Ihr Gegenstand bestimmt sich wiederum durch die Zwiefältigkeit der Okkupationsaufgaben, begreift danach die verschiedenartigsten Gebiete politischer, polizeilicher, staats- und volkswirtschaftlicher, sozialer und in engerem Sinne kultureller Art. Nicht selten greift sie, insbesondere auf dem Gebiet der Ernährungs- fürsorge wie der wirtschaftlichen Nutzung des besetzten Gebiets, tief in die privaten Rechtsbeziehungen ein. In der — im besetzten feindlichen Lande selbstverständlichen — Aufhebung der Preßfreiheit und der Vereins- und Versammlungsfreiheit, erstmals durch Verordnungen des Generalgouverneurs vom 13. Oktober 1914 und 16. Januar 1915,⁵⁸ setzte sie schon bald Grundrechte des Belgiers außer Kraft, in der Verwaltungstrennung rührte sie wie erwähnt an andere grundlegende Verfassungsbestimmungen. Gleichwohl findet sich nirgends Willkür in der Handhabung des Gesetzgebungsrechts. Nicht selten sind »Gesetze« der deutschen Verwaltung von ihr selbst berichtigt oder nach mehr oder minder kurzer Wirksamkeit wieder außer Kraft gesetzt worden. Die für

beide Teile unerwünschte Erscheinung ergab sich aus dem raschen Wechsel der Verhältnisse und nicht aus mangelnder Gründlichkeit der Durcharbeitung.

Das Recht, Ausführungsverordnungen mit rechtsetzender Kraft zu erlassen, kann der Generalgouverneur an ihm unterstellte Behörden delegieren, und er hat von dieser Befugnis nicht selten Gebrauch gemacht. Teils sind es militärische Stellen, teils sind es der Verwaltungschef und andere Behörden der Zivilverwaltung in weiterem Sinne, die mit der Erlassung von „Vollzugsvorschriften“ betraut werden, und unter diesen sind nicht nur innerdienstliche Vollzugsanweisungen für die untergebenen Organe (Verwaltungsverordnungen), sondern auch allgemeinverbindliche rechtsetzende Anordnungen verstanden. Die Zahl solcher Verordnungen, sei es vom Generalgouverneur, sei es von anderen Stellen erlassen, ist entsprechend den zahlreichen Verwaltungsgebieten eine sehr große.

Die von dem Generalgouverneur ausgehenden Gesetze und Verordnungen wurden in deutschem Wortlaut erlassen und in dem in der belgischen Staatsdruckerei hergestellten »Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens« verkündigt. Sie erlangten, soweit nicht ein anderer Anfangstermin ausdrücklich bestimmt war, mit dem Ablauf des Tages, an dem das betreffende Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes in Brüssel ausgegeben wurde, ihre verbindliche Kraft.⁵⁹ Die die Bevölkerung interessierenden Verordnungen wurden gemäß der vor Einführung des Gesetz- und Verordnungsblattes beobachteten Übung außerdem in den Gemeinden des Landes durch Maueranschlag bekanntgemacht. Dem allein maßgebenden deutschen Wortlaut wurden im Gesetzblatt wie im Anschlag jeweils zwei offizielle Übersetzungen, eine in vlämischer und eine in französischer Sprache beigelegt. Der Inhalt des Blattes wurde schon im Dezember 1914 erweitert. Es enthielt von da ab auch Bekanntmachungen und Mitteilungen verschiedener Art, wie sie in Amtsblättern der Behörden zu erscheinen pflegen, und endlich bestimmte eine Verordnung vom 23. Dezember 1914,⁶⁰ daß alle Veröffentlichungen, für welche auf Grund der belgischen Gesetzgebung eine Bekanntmachung im »Moniteur belge« oder in dessen Beiblättern erfolgen müsse, in dem »Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens« oder in dessen

Beiblättern zu erfolgen haben. Nach der Verwaltungstrennung traten — als Folge der eingeschlagenen Nationalitätenpolitik — mit Wirkung vom 1. Januar 1918 ab an die Stelle des »Gesetz- und Verordnungsblatts für die okkupierten Gebiete Belgiens« zwei gesetzliche Veröffentlichungsorgane, das »Gesetz- und Verordnungsblatt für Flandern«, von dem Verwaltungschef in Brüssel, und das »Gesetz- und Verordnungsblatt für Wallonien«, von demjenigen in Namur herausgegeben. Dem deutschen Wortlaut wurde in Flandern nur eine vlämische, in Wallonien nur eine französische Übersetzung beigelegt.⁶¹

Die Anschauungen über die zukünftige Gestaltung Belgiens waren auch bei den Generalgouverneuren und den Ministern, d. h. den Chefs der einzelnen Verwaltungen, wechselnde. Immer wieder aber begegnet uns in Gesetzgebung und Verwaltung der Gedanke, Dauerndes schaffen zu wollen zu späterer friedlicher Weiterentwicklung, mochte nun an eine Einverleibung oder an eine Angliederung in irgendeiner Form oder an eine Sicherstellung tatsächlichen politischen oder wirtschaftlichen Einflusses, gegründet nicht zum wenigsten auf eine dem Okkupanten günstige Stimmung der Bevölkerung, gedacht sein, oder mochte lediglich die Pflichtmäßigkeit des Handelns den bestimmenden Faktor abgegeben haben.

Bei der Handhabung der in ihren verschiedenen Zweigen äußerst vielseitig sich gestaltenden *Verwaltung* war man grundsätzlich bestrebt, Aufgaben, die belgischen Organen ohne Schädigung der deutschen Interessen überlassen werden konnten, ihnen unter eigener Verantwortlichkeit zu übertragen. Das galt insbesondere auch für das wirtschaftliche Gebiet. Das Interesse an einer geregelten Verwaltung wurde dadurch geweckt, und man ersparte deutsche Arbeitskräfte.

Was die *Rechtsprechung* betrifft, so ist die Gerichtsverfassung der durch bürgerliche Gerichte ausgeübten Gerichtsbarkeit bis gegen den Schluß der Besetzung nahezu unverändert geblieben. Die verschiedenen belgischen Gerichte bis hinauf zum Kassationshof übten als Landesgerichte die ihnen obliegenden Funktionen nach den belgischen Vorschriften über das gerichtliche Verfahren aus. Neu hinzu traten die durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 10. Februar 1915⁶² ins Leben gerufenen Schiedsgerichte für Mietangelegenheiten. Die besonderen Ver-

hältnisse des Kriegs hatten eine Sonderregelung der Rechtsverhältnisse der Miete und eine Vereinfachung und Verbilligung des Verfahrens in Mietangelegenheiten notwendig gemacht, die in Verordnungen des Generalgouverneurs vom 20. November 1914⁶³ und in der eben genannten Verordnung vom 10. Februar 1915⁶² erfolgten. Danach können Mieter, die infolge des Kriegs an der Benutzung der Mietsache verhindert sind, entweder Auflösung des Mietvertrags oder Herabsetzung des Mietpreises verlangen, ohne daß dem Vermieter hieraus ein Entschädigungsanspruch gegen den Mieter zustände. Wegen Stundung der Mietzahlung und Räumung der Wohnung waren dem Richter weitgehende Ermessensbefugnisse gegeben. Über Mietstreitigkeiten in Gemeinden über 20 000 Einwohnern hatten — und zwar bei einem Streitwert bis zu 1000 Franken als einzige Instanz — nunmehr Schiedsgerichte zu erkennen, die sich aus dem Friedensrichter des Kantons als Vorsitzendem und einem Vermieter und einem Mieter als Beisitzer zusammensetzten. Damit waren die Mietstreitigkeiten den langsam und teuer arbeitenden Gerichten erster Instanz entzogen. Weitere wirtschaftliche Sondergerichte sind auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung eingesetzt worden. So wurde bei der Gerstenbewirtschaftung durch Art. 14 der Verordnung des Generalgouverneurs vom 20. Juli 1915⁶⁴ ein Schiedsgericht in Brüssel zur Entscheidung von Streitigkeiten bestimmt. Es handelte sich um Streitigkeiten zwischen einer deutscherseits ins Leben gerufenen, aber in erster Linie den Interessen der belgischen Bevölkerung dienenden besonderen Organisation einerseits und ihren Beauftragten oder dritten Personen andererseits, die dem ordentlichen Verfahren entzogen wurden. Das Schiedsgericht setzte sich zusammen aus einem vom Verwaltungschef ernannten Vorsitzenden und zwei von den belgischen Interessentengewählten Mitgliedern. Seine Entscheidungen waren endgültig. Die Schiedsgerichtsurteile wurden vom Vorsitzenden für vollstreckbar erklärt. Auf Grund dieser seiner Vollstreckungsklausel war die Zwangsvollstreckung durchzuführen. Die einschlägigen Artikel der belgischen Zivilprozeßordnung waren für dieses Schiedsgericht außer Anwendung gesetzt. Auf ähnlicher Grundlage war durch Art. 11 der Verordnung vom 17. Januar 1916⁶⁵ und Art. 9 der Verordnung vom 13. Dezember 1916⁶⁶ zur Entscheidung aller Streitigkeiten über die Lieferung von Kartoff-

feldn zur Ernährung der belgischen Bevölkerung und ebenso aller Streitigkeiten zwischen der Branntweinzentrale* und dritten Personen ein Schiedsgericht für ausschließlich zuständig erklärt worden.

Neben diesen ausschließlich belgischen Gerichten übten als »Okkupationsgerichte«⁶⁷ die deutschen Militärgerichte die Gerichtsbarkeit aus. Ihre Zuständigkeit wurde im Lauf der Besetzung wesentlich erweitert, insofern nach und nach fast alle vom Generalgouverneur erlassenen Verordnungen, namentlich auch auf wirtschaftlichem Gebiet, zur Aburteilung der Verfehlungen gegen sie die Zuständigkeit der Militärgerichte festsetzten. Zum Erkenntnis über leichtere Fälle wurden auch die Militärbefehlshaber und Militärbehörden nicht selten für zuständig erklärt.⁶⁸ Wo es sich um Durchsetzung von Verordnungen des Generalgouverneurs handelte, konnten die deutschen militärischen Stellen auf eigenes und schnelles Handeln nicht verzichten und sich nicht damit begnügen, die Aburteilung den belgischen Gerichten zu überlassen. Daneben haben die besonderen Verhältnisse des Krieges einige außerordentliche Organisationen notwendig gemacht, die in wirtschaftlicher Hinsicht von Bedeutung sind. Zur Ermittlung des im August 1914 infolge von Ausschreitungen in mehreren belgischen Gemeinden entstandenen Schadens und zur Entscheidung über die Schadensersatzpflicht wurden auf Grund der Verordnung des Generalgouverneurs vom 3. Februar 1915⁶⁹ gemischte Schiedsgerichte eingesetzt, deren Vorsitzender vom Generalgouverneur, der eine Beisitzer von der Députation permanente, der andere von dem Präsidenten der deutschen Zivilverwaltung der Provinz zu bestellen war. Nach dem belgischen Gesetz vom 10. Vendémiaire des Jahres IV (2. Oktober 1795) hat ähnlich wie nach deutschen Tumultschadengesetzen die Gemeinde für den Schaden aufzukommen, der durch Auflauf oder Zusammenrottungen auf ihrem Gebiet an Person und Eigentum angerichtet worden ist. Da der Durchführung des in dem Dekret vom 10. Vendémiaire vorgeschriebenen beschleunigten Verfahrens rechtliche und tatsächliche Hindernisse entgegenstanden, wurden die hierauf bezüglichen Bestimmungen des Dekrets durch die Vorschriften der genannten Verordnung ersetzt.

* Unten S. 91.

Bei dem anzuwendenden materiellen Recht hatte der belgische Richter auch die durch die Okkupationsverwaltung getroffenen Rechtsänderungen zu berücksichtigen. Schwierigkeiten sind hierbei verschiedentlich aufgetreten, aber im ganzen ohne nachhaltige Wirkung geblieben. Auf dem Gebiet des Strafrechts wurde ihnen durch die Zuständigkeitsregelung vorgebeugt.

Die Unabhängigkeit der belgischen Justiz ist unbeschadet der Unterstellung der belgischen Gerichte unter die Aufsicht der deutschen Verwaltung, trotz der aus den Verhältnissen der Okkupation im allgemeinen und dem Nebeneinanderbestehen deutscher militärischer und belgischer Strafgerichte folgenden Schwierigkeiten bis Februar 1918 gewahrt worden. Von der Verwaltungstrennung war die Gerichtsorganisation unberührt geblieben, die Verordnung über die Amtssprache in Flandern vom 9. August 1917 nahm die Gerichtsbehörden ausdrücklich aus. Der Konflikt entstand infolge eines scharfen Angriffs der belgischen Justiz gegen den Rat von Flandern. Am 19. Januar 1918 war die Bekanntgabe der am 22. Dezember 1917 vom Rat von Flandern beschlossenen Selbständigkeit Flanderns erfolgt. Sie hatte tiefgehende Erregung verursacht, zumal bei Richterstand und Staatsanwaltschaft, die namentlich in Brüssel entschiedene Gegner der aktivistischen Bewegung waren. Gestützt auf eine napoleonische Gesetzesbestimmung (Art. 11 des Gesetzes vom 20. April 1810), wonach der Appellhof in einer Plenarsitzung sämtlicher Kammern auf Anzeige zweier seiner Mitglieder den Generalstaatsanwalt beauftragen kann, wegen eines Verbrechens oder Vergehens ein Ermittlungsverfahren einzuleiten, erstatteten am 31. Januar 1918 vier ehemalige Minister, 23 Senatoren und 36 Deputierte »im Namen des gesamten Landes« Strafanzeige gegen den Rat von Flandern, den sie auf Grund der Veröffentlichung vom 19. Januar und des Verlaufs der am folgenden Tag abgehaltenen Volksversammlung als ein revolutionäres Komitee bezeichneten. Am 7. Februar faßte der Appellhof zu Brüssel in der Plenarsitzung den Beschluß, den Generalstaatsanwalt zu beauftragen, gegen alle Personen, die sich an den »agissements, discours et décisions émanés d'un groupe de personnes prenant le titre de Raad van Vlaanderen et ayant décrété l'indépendance et l'autonomie d'une partie du territoire nationale« beteiligt haben, auf Grund der Art. 104 ff. des Code pénal vorzugehen. Der Beschluß

führte zu Vorführungsbefehlen gegen den Vorsitzenden und zwei hervorragende Mitglieder des Rats von Flandern, die am Morgen des folgenden Tages, ohne daß es deutscherseits rechtzeitig verhindert werden konnte, gegen zwei Beteiligte durchgeführt wurden. Die deutsche Verwaltung befahl dem Generalstaatsanwalt sofort formell, die Verfolgung einzustellen, die Festgenommenen in Freiheit zu setzen und die Akten herauszugeben. Der Generalstaatsanwalt kam diesem Befehl nach anfänglichem Widerstreben nach. Die Verhaftung der beiden Vlamenführer in Brüssel unter den Augen des Generalgouverneurs mußte in ganz Belgien als eine bewußte Provokation der okkupierenden Macht wirken. Der Generalgouverneur verfügte bei dieser Sachlage, daß der Präsident und die drei Kammervorsitzenden des Appellhofs in ein deutsches Gefangenenerlager abzuschicken* seien und daß den 42 Räten des Appellhofs die weitere Ausübung ihres Amtes untersagt würde. Darauf antwortete der Kassationshof als oberstes belgisches Gericht mit der Entschliebung vom 11. Februar 1918, wegen dieses Eingriffs »sans abdiquer ses fonctions de suspendre ses audiences«. Dem Vorgehen des Kassationshofs schlossen sich die übrigen Brüsseler Gerichte sofort an, und es folgten in den nächsten Tagen die Gerichte in der Provinz, so daß im gesamten Generalgouvernement ein vollkommener Gerichtsstillstand auf dem Gebiet der Strafrechtspflege und der streitigen Zivilrechtspflege herrschte. Im Amt blieben im Generalgouvernement zunächst noch die Staatsanwaltschaften mit dem Generalstaatsanwalt an der Spitze und entschieden im Interesse der öffentlichen Sicherheit über Inhaftbehaltung oder Freilassung der von der belgischen Polizei in die Gefängnisse eingelieferten Verbrecher. Keine Unterbrechung erlitten ferner die den Friedensrichtern sowie die den Präsidenten der Gerichte erster Instanz obliegenden Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Die Lage war eine solche, daß sie der deutschen Verwaltung die Pflicht auferlegte, alsbald an den Ersatz der durch Selbstauschaltung weggefallenen belgischen Justiz durch eine deutsche zu denken. Der Standpunkt des Generalgouvernements war der,

* Die Abschiebung wurde bezüglich des einen Kammervorsitzenden wegen seines Gesundheitszustands nicht ausgeführt, bezüglich der anderen drei Personen wurde möglichste Rücksichtnahme angeordnet; sie kehrten im Juni wieder zurück.

daß ganz unabhängig davon, ob die betreffenden Strafvorschriften formell außer Kraft gesetzt worden seien oder nicht, es widersinnig sei, daß in einem okkupierten Lande die Gerichte, die unter der Autorität der okkupierenden Macht Recht sprechen, Delikte verfolgten, die sich gegen die verdrängte Staatsgewalt richteten, mit der die okkupierende Macht sich im Kriegszustand befindet. Sodann wurde betont, daß die seinerzeit ausgesprochene Garantie der richterlichen Unabhängigkeit, auf die sich der Kassationshof bezogen hatte, nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung gegeben worden sei, daß die belgischen Richter in loyaler Anerkennung der vollzogenen Tatsachen und ihrer völkerrechtlichen Folgen bei der Ausübung ihres Amtes sich jeder feindseligen Haltung oder Kundgebung gegen die besetzende Macht enthalten würden. Bemühungen, den Kassationshof zum Einlenken zu bewegen, vom spanischen Gesandten unterstützt, schlugen fehl. Nachdem die Verhandlungen endgültig abgebrochen waren, stellten Ende März bzw. Anfang April auch der Generalstaatsanwalt sowie die Staatsanwälte bei den Gerichten erster Instanz ihre bis dahin fortgesetzte Tätigkeit ein. Der Generalgouverneur verfügte unter dem 26. März 1918, daß bis zur Einrichtung deutscher Gerichte die militärischen Befehlshaber auf Grund des § 18 Abs. 2 der Kaiserlichen Verordnung über das außerordentliche kriegsrechtliche Verfahren gegen Ausländer usw. vom 28. Dezember 1899⁷⁰ gegen Verbrechen und Vergehen einzuschreiten hätten. Er ermöglichte unter den nötigen Kautelen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sowie die Sicherung und Vorbereitung der Strafverfahren, ohne doch diese selbst durchzuführen. Verordnungen vom 6./7. April 1918⁷¹ bestimmten die Einrichtung deutscher Gerichte für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und für Strafsachen und gaben den Rahmen, in dem sich diese deutsche Gerichtsbarkeit abspielen sollte. Sie war durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Kaiserlichen Bezirksgerichte auszuüben. Als zweite Instanz, beschränkt auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, sollte ein Kaiserliches Obergericht fungieren. Aufgabe der deutschen Gerichte war nicht die Vorsorge für alle Zweige der gerichtlichen Tätigkeit, sondern es handelte sich zunächst nur darum, durch eine beschränkte Strafrechtspflege im Interesse des Besetzungsheeres und der Okkupationsverwaltung und im Einklang mit Art. 43 HLKO. für

Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im allgemeinen zu sorgen und die Durchführung zivilrechtlicher Ansprüche insofern zu ermöglichen, als deutsche Interessen, insbesondere der Schutz deutscher Ansprüche gegen belgische Schuldner es erforderten. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten von Belgiern untereinander fielen nicht darunter. Das anzuwendende materielle Recht richtete sich in Zivilsachen nach dem zugrunde liegenden Rechtsverhältnis, in der Strafrechtspflege im wesentlichen nach dem belgischen Recht. Das Verfahren war unter grundsätzlicher Anlehnung an die deutschen Prozeßvorschriften möglichst einfach gestaltet, in Strafsachen das Opportunitätsprinzip, in Zivilsachen die Eventualmaxime eingeführt, ein Rechtsmittelzug nur in Zivilsachen und auch hier in sehr beschränktem Umfange gegeben. Die freiwillige Gerichtsbarkeit (*jurisdiction gracieuse*) wurde von den belgischen Organen, insbesondere den Friedensrichtern, weiter ausgeübt. Bereits am 1. Juni 1918 konnten in Brüssel, Namur, Antwerpen und Löwen in den von der belgischen Justiz verlassenen Gerichtsgebäuden die deutschen Gerichte, Staatsanwaltschaften und die zur Wahrnehmung der Interessen der Parteien berufenen Justizkommissariate ihre Wirksamkeit aufnehmen. Weitere folgten. Die Geschäftslast der deutschen Richter und Justizbeamten war groß und wurde durch die Schwierigkeiten, die sich aus der trotz deutscher Gerichtssprache häufigen Notwendigkeit fremdsprachlicher Verhandlung und der Anwendung ausländischen Rechts ergaben, noch vermehrt. Andererseits arbeitete die belgische Polizei mit den deutschen Staatsanwaltschaften in loyaler Weise zusammen und erleichterte ihnen dadurch die Aufgabe. Der belgische Advokatenstand hatte sich mit den Richtern solidarisch erklärt.

2. Die Kostendeckung

Die Kosten der deutschen Zivilverwaltung des Landes, welche nicht wie das Besatzungsheer auf die Kontributionen verwiesen werden konnte, fielen dem belgischen Budget zur Last. Auch als mit Durchführung der Verwaltungstrennung für jedes der beiden Verwaltungsgebiete ein besonderer Staatshaushalt aufgestellt wurde, blieben die Ausgaben für die Kosten der deutschen Verwaltung gemeinschaftliche.⁷² Schon unter dem 12. November

1914⁷³ gab der Generalgouverneur bekannt, daß gemäß Art. 48 HLKO. das Generalgouvernement in dem besetzten Gebiete die zugunsten des belgischen Staates bestehenden Abgaben, Zölle und Gebühren weiter erhebe und aus den daraus entstehenden Einnahmen die Kosten der Verwaltung des besetzten Gebietes bestreiten werde. Deutschland sowohl wie die besetzten französischen Gebiete wurden als Zollaussland weiter behandelt. Für die Einfuhr von Deutschland nach Belgien waren zunächst die bisherigen Sätze des infolge des Kriegsausbruchs außer Wirkung getretenen deutsch-belgischen Handelsvertrags in tatsächlicher Anwendung. Den belgischen Finanzbeamten in den einzelnen Provinzen waren deutsche Beamte zur Überwachung der Verwaltung der Zoll- und Steuereingänge beigegeben. Der nach belgischem Etatsrecht aufgestellte Staatshaushaltsplan hatte im übrigen in Einnahmen und Ausgaben wesentliche Änderungen erlitten. Fielen auf der einen Seite nicht unerhebliche Ausgaben fort, wie die Zinsen für die Staatsschuld nach dem feindlichen Ausland, die Kosten der Zivilliste des Königs, für das Parlament, das Heer, für die abwesenden Minister und die außer Funktion befindlichen Ministerien, so hatten sich auf der anderen Seite auch die Einnahmen beträchtlich vermindert. Sie waren zum Teil fortgefallen, wie die Überschüsse der Staatsbahnen, der Post und Telegraphie und des Dampfschiffahrtbetriebs Ostende-Dover. Zum Teil, vor allem die Erträge aus den Zöllen und den Steuern, waren sie infolge der Blockade und der sonstigen Kriegsereignisse und Kriegsverhältnisse stark zurückgegangen. Da die verbliebenen Einnahmen zur Bestreitung des Bedarfs, der sich im Lauf der Besetzung trotz aller Sparsamkeit naturgemäß steigerte, nicht ausreichten, der Weg der Aufnahme einer Anleihe aber verschlossen war, war die Finanzabteilung der deutschen Verwaltung vor die Aufgabe gestellt, in Anwendung von Art. 48 u. 49 HLKO. für die nötige Deckung durch Erhöhung der bisherigen Abgaben und durch Erschließung neuer Steuerquellen zu sorgen. Bis letzteres durchgeführt werden konnte, half man sich mit dem schon seither in Belgien üblichen Verfahren der Erhöhung oder der Neueinführung von Zuschlägen zu den bestehenden Abgaben. Die durch Verordnung vom 16. Januar 1915⁷⁴ eingeführte Abwesenheitssteuer verfolgte neben rein finanziellen noch sozial- und wirtschaftspolitische Zwecke. Der Gedanke war

von einigen belgischen Gemeinden ausgegangen. Die Abwesenheitssteuer bestand in einem außerordentlichen Zuschlag zur staatlichen Personalsteuer für die in der Hauptsache den wohlhabenden Klassen angehörenden landesflüchtigen Belgier, die auf die ergangene Aufforderung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht zurückkehrten. Auch sonst ging das Bestreben der deutschen Verwaltung dahin, bei der Besteuerung sowohl in der Auswahl der Steuerobjekte wie in der Abstufung sozial ausgleichend zu wirken. Es ist bekannt, daß die belgische Steuergesetzgebung den Anforderungen in letzterer Hinsicht nicht genügte und daß vor allem eine nach modernen Grundsätzen gestaltete allgemeine Besteuerung des beweglichen Vermögens und eine gerechte Einkommensteuer fehlten. Die Bearbeitung neuer Vermögen- und Einkommensteuergesetze, die bei dem Mangel jeder Statistik über Vermögen und Einkommen schwierige Vorbereitungen erforderte, wurde alsbald in Angriff genommen und unter der Mitwirkung der Beamten des belgischen Finanzministeriums fortgeführt. Eine umfassende Verordnung vom 29. Juli 1917⁷⁵ brachte die Einführung einer allgemeinen jährlichen Steuer vom beweglichen Vermögen der natürlichen Personen, progressiv bemessen und die kleinen Vermögen (unter 20 000 Franken) freilassend. Die bestehenden belgischen Gesetze über die niedrig bemessenen direkten Steuern wurden mehrfach geändert, die Zölle, Verbrauchsabgaben und andere indirekte Abgaben ausgebaut. Das letzte Jahr (Verordnung vom 18. April 1918)⁷⁶ brachte insbesondere mit der Errichtung einer Zündholzverteilungsstelle für die Versorgung der Bevölkerung mit Zündhölzern eigenartige monopolartige Einnahmen zur Deckung der Kosten der Verwaltung des besetzten Gebiets. Als neue direkte Steuern erscheinen eine Erweiterung der Grundsteuer, eine Zusatzgrundsteuer von einem bestimmten Grundsteuerreinertrag ab, die Patentsteuer der Land- und Forstwirte, eine steigende Patentsteuer für Patentsteuerpflichtige von einem bestimmten Einkünftebetrag ab und eine persönliche Zusatzsteuer der Administratoren und ähnlichen Personen von Aktiengesellschaften.⁷⁷ Auch hier das Bestreben, in einer zugleich die nötige Beweglichkeit aufweisenden Besteuerung diejenigen Schichten der Bevölkerung, welchen die Kriegsverhältnisse steigende Einnahmen gebracht hatten, vornehmlich heranzuziehen. Die Veranlagungsgeschäfte wickelten sich im all-

gemeinen gut ab, die Eingänge der Steuern waren in Anbetracht der Kriegsverhältnisse trotz verschiedenartiger Umgehungsversuche im großen und ganzen nicht ungünstig.

Der belgische Rechnungshof konnte seine ihm gesetzlich zugewiesene Kontrolltätigkeit wie bisher fortsetzen. Er blieb also zuständig für die Finanzgebarung, die von der deutschen Verwaltung für belgische Zwecke aus belgischen Fonds betätigt wurde. Seit 1. Juli 1916 war ein Mitglied des Rechnungshofs des Deutschen Reichs mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen bei der Tätigkeit des belgischen Rechnungshofs beauftragt, dem insbesondere auch die Entwürfe von Bemerkungen zur Allgemeinen Rechnung, soweit die Zeit der Besetzung in Frage kam, vorzulegen waren.⁷⁸ Es hatte auch die Kontrolle der Ausgaben für deutsche Zwecke.

3. Die wirtschaftlich und sozial wichtigsten Verwaltungsgebiete im einzelnen

Die Beeinflussung von jener Zwiefältigkeit des Besetzungszwecks macht sich bei der Handhabung der *inneren* Verwaltung (im weitesten Sinne gesprochen) in besonderem Maße bemerkbar. Die Wandlung in dem Verhältnis beider Momente zueinander prägt sich auf dem wirtschaftlichen Gebiet aus in einem deutlichen Hervortreten zweier Perioden, einer solchen der Wiederbelebung und einer solchen des Abbaus, wenn dieselben auch nicht auf allen Gebieten gleichmäßig und gleichzeitig hervortreten. Auf rein kulturellem Gebiet beginnt der Einfluß der Nationalitätenpolitik bald in maßgebender Weise wirksam zu werden.

Als neuer Zweig tritt zu den regelmäßigen Verwaltungsaufgaben diejenige, die man mit dem Namen »Kriegswirtschaft« zusammenzufassen pflegt. Wie in Deutschland selbst, so nötigte auch im besetzten Belgien die Knappheit an Erzeugnissen fast aller Gebiete, die wegen der Absperrung durch die »Blockade« oder infolge sonstiger Kriegsereignisse nur unzureichend ergänzt werden konnten, verbunden mit der durch die verschiedensten Umstände hervorgerufenen gesteigerten Nachfrage schon früh zu mehr oder weniger weitgehenden Einschränkungen des freien Verkehrs. Mit der langen Dauer des Krieges und im Gefolge

der notgedrungen immer mehr zunehmenden wirtschaftlichen Nutzung des Landes für den Besetzenden wurden sie weiter gesteigert, und es gab schließlich nur wenige Erzeugnisse, für die nicht eine Bewirtschaftung oder wenigstens eine Verkehrsregelung, sei es in der allgemeinen Form der Einführung einer »Transportgenehmigung«, sei es auf sonstige Weise, stattfand. Sie erstreckte sich am Ende auch auf die notwendigsten Gegenstände des täglichen Gebrauchs und brachte hier naturgemäß nicht selten Entbehrungen mit sich, die von dem einzelnen davon Betroffenen lebhaft empfunden wurden. Auf der anderen Seite machte sie das Haushalten mit dem Vorhandenen und dessen gleichmäßige Verteilung oder das Schaffen neuer Vorräte überhaupt erst möglich. Schon früh bot ein Beispiel für diesen letzteren Weg die Petroleumbewirtschaftung, die September 1915, als keinerlei Bestände mehr vorhanden waren, von der Ölzentrale in die Hand genommen wurde. Sie erfolgte in der Weise, daß die laufenden Abschlüsse der belgischen Firmen mit deutschen, rumänischen und galizischen Produzenten übernommen wurden. Nur so konnte im Verein mit der Berliner Zentralstelle für Petroleumverteilung die Versorgung einheitlich und unter Kontrolle des Verbrauchs durchgeführt werden. Da die zur Verfügung stehenden Petroleummengen den Anforderungen an Beleuchtungsstoff bei weitem nicht genügten, wurden, um der dringendsten Not abzuhelpen und dem ausgedehnten Wucherhandel zu steuern, auch die für Kalziumkarbid laufenden Abschlüsse belgischer Firmen mit dem Auslande, vor allem mit der Schweiz und Skandinavien von der Ölzentrale übernommen. Und als der Bezug von Karbid aus diesen Ländern für das deutsche Heimatgebiet vorbehalten werden mußte, nahmen die deutschen Stellen die Herstellung dieses Stoffes selbst in die Hand, indem sie in belgischen Werken die Errichtung von Fabrikationsanlagen für Kalziumkarbid veranlaßten.⁷⁹ Was Gas und Elektrizität betrifft, so bewirkte die mit Verordnung vom 22. September 1917⁸⁰ verfügte Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs durch Festsetzung von Höchstmengen, daß der Verbrauch um etwa 30 vH beschränkt wurde. Dadurch wurde den Werken ermöglicht, ihre Kohlenlagervorräte aufzufüllen, so daß Betriebseinstellungen infolge Kohlenmangels nirgends eintraten. Die Linderung der in dem strengen Winter 1916/17 einsetzenden,

durch großen Armee- und Eisenbahnbedarf wie auch durch wucherische Ausnutzung der Notlage seitens einzelner Händler gesteigerten außerordentlichen Kohlennot war für die deutsche Verwaltung nur möglich durch planmäßig organisierte und rationierte Zuweisungen seitens der Kohlenzentrale und der für Flandern und für Wallonien neu errichteten Landesverteilungsstellen zur Verteilung der für Hausbrand verfügbaren Kohle zu mäßigen Preisen.⁸¹ Freilich erwiesen sich die Verhältnisse und die mit der Nationalitätenpolitik zusammenhängenden Widerstände hier vielfach stärker als die Bemühungen. Eine von belgischer Seite vorgeschlagene großzügige Organisation, bei der die Beschaffung und Verteilung der Hausbrandkohle von belgischen Organen durchgeführt werden sollte, hatte viel Bestechendes. Allein die deutsche Verwaltung konnte dem Plan nicht zustimmen, da er in Wirklichkeit nur auf eine Stärkung der Stellung des die Seele des Widerstandes gegen die deutsche Verwaltung bildenden Comité National* hinauslief. Sodann spornte diese Notlage die deutsche Verwaltung zu intensivster Tätigkeit auf wirtschaftsorganisatorischem und praktisch wie wissenschaftlich-technischem Gebiet an und machte sie erfinderisch in dem Aufsuchen immer neuer Mittel und Wege, dieser Not soweit als möglich zu begegnen, die vorhandenen Stoffe nach jeder Richtung auszunutzen und »Ersatzstoffe« herzustellen. In großem Umfange hat sich hier vor allem die Ölzentrale betätigt, deren Einrichtungen und Versuche zur Herstellung von Hilfs- und Ersatzstoffen in weitestem Sinne des Wortes ein ebenso buntes wie interessantes und zum Teil auch für normale Verhältnisse lehrreiches Bild bieten. Es liegt in der Natur der Kriegsverhältnisse, daß die durch sie herbeigeführte Linderung immer eine beschränkte bleiben und die teilweise Unvollkommenheit des Ersatzes der Bevölkerung des Landes in höherem Grade fühlbar werden mußte als den Angehörigen der besetzenden Macht. Dabei muß übrigens bemerkt werden, daß die kriegswirtschaftlichen Verordnungen grundsätzlich auch auf die in Belgien wohnhaften deutschen Staatsangehörigen Anwendung fanden.

* Unten S. 72 ff.

I. ERNÄHRUNGSWESEN UND LANDWIRTSCHAFT.⁸²

Das wichtigste Gebiet der Kriegswirtschaft bildete die Regelung der Ernährung der belgischen Bevölkerung. Sie ist zugleich wegen ihrer Eigenart bemerkenswert.

Ebenso wie in Deutschland machte sich auch in Belgien bald nach dem Ausbruch des Krieges ein empfindlicher Mangel an Nahrungsmitteln geltend. Ähnlich wie in Deutschland suchte jedermann sich mit Lebensmitteln aller Art auf möglichst lange Zeit im voraus einzudecken. Die Folge war empfindliche Knappheit und starkes Anziehen der Preise, das durch Versuche einer spekulativen Ausnutzung des beschränkten Angebots noch vermehrt wurde. Eine Verordnung des Königs der Belgier vom 14. August 1914⁸³ suchte durch Festsetzung von Kleinverkaufshöchstpreisen für die wichtigsten Lebensmittel wie Weizen, Mehl, Brot, Kartoffeln, Reis, Salz und Zucker und durch Strafandrohung gegen den Wucher dem Mißbrauch zu begegnen. Im übrigen verlieh sie den Provinzgouverneuren und den Bürgermeistern das Recht zur selbständigen Requisition von Lebensmittelvorräten innerhalb ihres Zuständigkeitskreises zugunsten der Zivilbevölkerung. Den erforderlichen Ausgleich zwischen den Überschuß- und den Bedarfsprovinzen nahmen die Provinzgouverneure selbst in gegenseitigem Einvernehmen ohne Vermittlung einer Zentralinstanz vor. Die öffentliche Lebensmittelversorgung war also im Einklang mit der ganzen organisationsmäßigen Stellung und dem Wesen der Provinzen und Gemeinden auf weitestgehende dezentralisierte Eigenwirtschaft abgestellt, die noch stärker in die Erscheinung trat, als mit dem Rücktritt der Provinzgouverneure nach dem Einmarsch der deutschen Heere die Aufgabe der Versorgung im wesentlichen ganz auf die Gemeindeverwaltungen überging. Als notwendige nachteilige Folge dieser Regelung begann bald eine gegenseitige Abschließung der einzelnen Bezirke einzutreten, die bei der Verschiedenartigkeit der einzelnen Teile des Landes auf die Dauer zu unhaltbaren Zuständen führen mußte. Bei dem weitgehend industriellen Charakter Belgiens und der Intensität seines Wirtschaftslebens machten sich diese Folgen um so schlimmer geltend. Dazu traten die weiteren durch den Krieg bedingten Verhältnisse. Die eigene Erzeugung Belgiens an dem für seine Bevölkerung ganz besonders wichtigen Brotgetreide reichte, da der Roggen fast ausschließlich zur Viehfütterung ver-

wendet wurde, in normalen Jahren nur zur Deckung eines verhältnismäßig geringen Teils des Bedarfs, der mit etwa einem Viertel des Gesamtbedarfs zutreffend angegeben sein wird.⁸⁴ Für den Rest war das Land auf die Einfuhr ausländischer Lebensmittel angewiesen, die es im Austausch gegen seine Industrieprodukte vorzugsweise von Übersee sich zu verschaffen suchte. Ähnlich lag es bei anderen Nahrungsmitteln, nur an Gemüse und Obst war Überfluß. Mit dem Augenblick der Einbeziehung des besetzten belgischen Gebietes in die über die Mittelmächte verhängte Blockade drohte dieser Austauschverkehr weitgehend ausgeschaltet zu werden. Beim Einmarsch der deutschen Armeen in Belgien waren die Erntearbeiten noch nicht beendet. Beträchtliche Mengen von Feldfrüchten standen noch auf den Feldern, andere waren durch die Kämpfe vernichtet. Die Bestände an Lebensmitteln waren durch Requisitionen der alliierten ebenso wie der deutschen Armeen erheblich verringert worden. So war bei erhöhtem Bedarf und vermindertem Angebot die Ernährung der Bevölkerung ernstlich gefährdet, namentlich in den Industriegegenden an der Maas und in den Gemeinden von Groß-Brüssel, wo die Bürgermeister seit Beginn der belgischen Mobilmachung alle erreichbaren Bestände an Mehl, Reis und Salz für die Versorgung der ärmeren Bevölkerung hatten aufkaufen lassen. Zur Verschärfung der Lage trug das plötzliche Stocken des gesamten Geschäftslebens mit zahlreichen Arbeiterentlassungen und das ununterbrochene Zuströmen hilfsbedürftiger Flüchtlinge aus den Kampfgebieten bei.

Belgischerseits waren kurz nach dem Einmarsch der deutschen Truppen maßgebende Kreise an die Einleitung einer Hilfsaktion gegangen, die unter Verzicht auf eine staatliche oder interkommunale Zwangseinrichtung in der Errichtung einer durch private Initiative gebildeten Organisation ausmündete. Am 1. September 1914 wurde das »Comité central de secours et d'alimentation« (in der ersten Zeit nach einem seiner Hauptgründer auch Comité Solvay genannt) ins Leben gerufen mit dem Zweck, der minderbemittelten belgischen Zivilbevölkerung Unterstützung und Ernährung zu gewähren. Ihr Wirkungskreis beschränkte sich zunächst auf Groß-Brüssel. Die Gesandten Spaniens und der Vereinigten Staaten hatten Schutz und Unterstützung zugesagt. Die Kräfte und Einrichtungen der Stadtverwaltungen Groß-Brüssels wurden

soweit als möglich in den Dienst des Unternehmens gestellt. Dabei wurde mit großer Vorsicht verfahren, um der besetzenden Macht keine Möglichkeit und Handhabe eines Eingreifens zu geben. Die Leitung der Geschäfte wurde einem geschäftsführenden Ausschuß (Comité exécutif) übertragen, der zunächst mit der Brüsseler Stadtverwaltung eng zusammenarbeitete. Die notwendigen Geldmittel wurden von den beteiligten Vertretern aus Industrie und Handel und sonstigen Persönlichkeiten des Landes unter bereitwilliger Unterstützung der Banken aufgebracht. Die Rechte einer juristischen Person hat das Komitee auch nach seiner späteren Ausdehnung nie besessen. Größere Schwierigkeiten bot die Beschaffung der Lebensmittel. Das Comité Central beschränkte sich anfangs darauf, die bestehenden städtischen Versorgungseinrichtungen auszubauen und sich hauptsächlich mit dem Aufkauf der Lebensmittel, insbesondere von Getreide, in den fruchtbaren Gegenden des Landes zu befassen. Indes verschlechterte sich die Lage zusehends. Mitte September begann in Brüssel Mehl und Salz bereits sehr knapp zu werden. Da entschloß sich die Brüsseler Stadtverwaltung am 1. Oktober 1914 in dem Gedanken, einerseits die sachgemäße Zentralisierung der Versorgung zu erleichtern und andererseits die Vorräte vor Requisition durch die deutschen Truppen zu schützen, ihre gesamten Bestände an Getreide, Mehl, Salz und Reis an das Comité Central abzutreten. Damit war auch die Verteilung der Lebensmittel an die Verbraucher zu einer wesentlichen Aufgabe des Komitees geworden. Sie kam zunächst nur dem ärmeren Teil der Großstadtbevölkerung zugute. Für ihn wurden Volksküchen errichtet, in denen die Unterstützungsbedürftigen täglich ein halbes Liter Suppe und 200 Gramm Brot auf den Kopf erhielten. Bald wurde die Wirksamkeit des Komitees auch auf andere Gebiete ausgedehnt, wie Beschaffung von Kleidung, Unterstützung mit Geld u. dgl. Die guten Erfolge des Komitees in der Hauptstadt veranlaßten andere Städte, die sich in ähnlicher Notlage befanden, das Komitee um Erweiterung der Organisation zu bitten. Und in Befolgung dieser Anregung und angesichts der im ganzen Lande wachsenden Not dehnte nunmehr die Leitung des Komitees ihr Tätigkeitsfeld auf das ganze besetzte belgische Gebiet aus.

Die Rücksicht auf die Sicherheit der kämpfenden deutschen Truppe ließ es bedenklich erscheinen, hungernde Volksmassen

in deren Rücken zu lassen. Sodann aber legte die Besetzung des Landes als solche der deutschen Verwaltung nach völkerrechtlichen Grundsätzen die Verpflichtung auf, auch ihrerseits ihr Augenmerk auf die Lebensmittelversorgung der belgischen Zivilbevölkerung zu richten. Und sie tat es, wenngleich die Feinde gegen Frauen und Kinder im abgeschlossenen Deutschland durch die »Blockade« das Mittel der Aushungerung rücksichtslos anwandten. Dabei mußte für die deutsche Verwaltung eben die »Blockade« richtunggebend werden für die auf dem Gebiet des Ernährungswesens zu befolgende Politik: Dem abgeschlossenen Deutschland durften so wenig wie möglich Lebens- und Futtermittel entzogen, soweit Versorgung aus neutralen Ländern möglich, mußten deren Erzeugnisse in erster Linie für Deutschland vorbehalten und deren Einfuhr nach Belgien eingeschränkt, nötigenfalls verboten werden; die besetzten feindlichen Gebiete mußten auf Selbstversorgung gestellt werden, alle im Feindesland entbehrlichen Güter waren gegebenenfalls der bedrängten Heimat zuzuführen.

Die dringendste und nächstliegende Maßnahme war, wie auch die Proklamation des Generalgouverneurs vom 2. September 1914⁸⁵ betonte, für die möglichst restlose Einbringung der Ernte zu sorgen. Die Bürgermeister wurden verpflichtet, auf baldiges Ausdreschen und Vermahlen des Getreides hinzuwirken.⁸⁶ Daneben wurde zur Regelung der Brotgetreideversorgung eine Reihe von weiteren Anordnungen teils präventiver, teils repressiver Art getroffen, um den zunehmenden Ernährungsschwierigkeiten zu begegnen. Sie stellen die ersten Ansätze zu einer Vorratswirtschaft dar, auf deren Grundlage man später weiterbaute. Die militärischen Requisitionen von Nahrungsmitteln wurden in der Nähe von Großstädten und in den Industriegegenden Mitte September 1914 eingestellt. Die Ausfuhr von Lebensmitteln⁸⁷ und später auch von Futtermitteln⁸⁸ jeder Art aus Belgien wurde verboten. Um übersehen zu können, wie weit Belgien mit Lebensmitteln versorgt war, wurde eine Bestandsaufnahme der Vorräte von Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Mehl, Hülsenfrüchten und Kartoffeln veranlaßt.⁸⁹ Für ausländisches Getreidemehl, das nachweislich dem Comité de secours et d'alimentation zugeführt wurde, wurde zollfreie Einfuhr zugelassen.⁹⁰ Die oben erwähnte Verordnung des Königs der Belgier vom 14. August

1914 über Festsetzung von Preisen für Lebensmittel wurde aufgehoben und den deutschen Militärgouverneuren das Recht zuerkannt, für ihren gesamten Befehlsbereich oder Teile davon Höchstpreise festzusetzen.⁹¹ Endlich wurde zur vermehrten Erhaltung der Landesvorräte für die Brotbereitung die Herstellung feiner Backwaren aller Art in Bäckereien, Konditoreien und Gasthäusern in der Weise eingeschränkt, daß sie nur zweimal in der Woche (Mittwoch und Samstag) stattfinden durfte.⁹² Weitere Einschränkungen, wie Heraufsetzung des Ausmahlungsgrades, Beschränkung des freien Handels und ähnliches, erfolgten zwar hin und wieder für einzelne Gegenden, aber nicht einheitlich für das ganze Land.

Indes konnten diese Maßnahmen zwar die Bevölkerung und vornehmlich ihre ärmeren Schichten vorläufig vor einer Hungersnot bewahren, die Erschöpfung der vorhandenen Lebensmittelvorräte aber, an deren nachhaltigen Ersatz aus deutschen Beständen ja nicht zu denken war, nur hinausschieben, nicht verhindern. Unter diesen Umständen war es ein Gebot ebensosehr der Klugheit wie der Menschlichkeit, daß die deutsche Okkupationsverwaltung die auf das Wirksamwerden ausländischer, namentlich amerikanischer Hilfe abzielenden Bestrebungen der belgischen Organisation, der gegenüber sie sich zunächst abwartend verhalten hatte, nunmehr begünstigte und förderte. Das Ernährungswesen tritt in eine neue Phase ein. Während bisher die Versorgung noch fast ausschließlich auf die vorhandenen Bestände des Landes gegründet war, tritt jetzt die Zufuhr der ausländischen Nahrungsmittel hinzu. Am 16. Oktober 1914 gab der Generalgouverneur dem Comité Central auf die durch Vermittlung der neutralen Gesandten unternommenen Schritte »ausdrücklich und förmlich die Versicherung, daß die zur Ernährung der Zivilbevölkerung von Belgien seitens des Komitees eingeführten Lebensmittel aller Art ausschließlich für die Bedürfnisse der Bevölkerung vorbehalten sind, daß dieselben demnach von der Requisition seitens der Militärbehörden frei sein sollen, und endlich, daß dieselben zur ausschließlichen Verfügung des Komitees verbleiben«.⁹³ Schon am folgenden Tage (17. Oktober 1914) begab sich mit Genehmigung der deutschen Verwaltung eine Kommission, bestehend aus dem amerikanischen Gesandtschaftssekretär und zwei angesehenen belgischen Persönlichkeiten, nach

London zur Regelung der Versorgungsfrage. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die englische Regierung im Hinblick auf die vom Generalgouverneur eingegangene Verpflichtung die Einfuhr von amerikanischem Brotgetreide und sonstigen Nahrungsmitteln nach dem besetzten Belgien und Nordfrankreich unter der Bedingung gestattete, daß diese Waren auf neutralen Schiffen nach einem holländischen Hafen und von da nach Belgien an den amerikanischen Gesandten in Brüssel geleitet würden. Da die englische Regierung darauf bestand, daß die eingeführten Nahrungsmittel weder unmittelbar noch mittelbar deutschen Zwecken dienen durften, wurde am 28. Dezember 1914 das Zugeständnis des Generalgouverneurs dahin erweitert, daß sämtlichen Truppen die Requisition von »Nahrungs- und künstlichen Futtermitteln irgendwelcher Art, deren Ersatz durch Import seitens des amerikanisch-belgischen Komitees zu erfolgen hätte«, verboten wurde. Außerdem ermächtigte der Generalgouverneur die beiden Gesandten von Nordamerika und Spanien als Protektoren des Komitees, »sich in jeder ihnen zweckmäßig erscheinenden Weise zu überzeugen, daß das Verbot aufs peinlichste innegehalten wird«.

Damit waren die Grundlagen für das Ernährungswesen im okkupierten Belgien geschaffen. Aber diese Grundlagen waren höchst eigenartig. Die Sorge für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ging de facto zu einem ausschlaggebenden Teil vom Okkupanten auf einen Dritten über, aber der Okkupant hatte dafür auf ein wichtiges Recht verzichten und sich auf dem in Frage stehenden Gebiet der selbständigen und unabhängigen Verfügungsgewalt weitgehend begeben müssen.

Der eigenartigen Grundlage entsprach eine ebenso eigenartige Organisation. Deutsche, belgische und neutrale Einrichtungen wirkten in ihr zusammen und vereinigten sich, so verschieden der Ausgangspunkt ihres Wirkens war, zu einem weitgehend gemeinsamen Ziel. Aber bei diesem Wirken war der Okkupant im Verhältnis zur belgischen Bevölkerung den anderen Faktoren gegenüber von vornherein in den Hintergrund gedrängt. Auf einem der wichtigsten Gebiete war er nicht mehr »Herr im Hause«. Im Gegenteil, Macht und Einfluß, wie sie die Darbietung einer umfassenden, noch dazu von mächtigen Protektoren gestützten Lebensmittelversorgung an eine von Krieg und Be-

setzung heimgesuchte Bevölkerung mit allen ihren Einwirkungsmöglichkeiten materieller und psychischer Art mit sich bringt, lagen nicht bei ihm, sondern in erster Linie bei dem belgischen, also der feindlichen Seite angehörenden Komitee. Und es war nur natürlich, daß das Komitee diese Machtstellung, die durch mancherlei zunächst vielleicht unerheblich scheinende, aber in ihrer praktischen Auswirkung bedeutsame Privilegien deutscherseits noch gefestigt wurde, entsprechend auswertete und politisch im Sinne einer nationalen Festigung und Stärkung der Bevölkerung und zum mindesten mittelbar zur Kräftigung des Widerstandes ausnutzte. Während in der ersten Zeit die führenden Männer des Komitees in enger Fühlung mit der deutschen Verwaltung standen, änderten sie bald ihre Taktik und suchten bei ihren Maßnahmen die deutsche Verwaltung nach Möglichkeit zu umgehen und auszuschalten. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, ob die deutsche Verwaltung durchweg mit der nötigen Voraussicht vorgegangen ist und ob es klug von ihr war, bei Eingehung jener Verpflichtung auf jede Sicherung dem Komitee gegenüber zu verzichten. Festgestellt werden muß jedenfalls, daß durch Stellung und Wirksamkeit des Komitees, dessen Organisation und Fürsorgetätigkeit an sich rückhaltlose Bewunderung verdient, dem Okkupanten nicht wenige Schwierigkeiten, ja mitunter direkte Gefährdungen deutscher kriegswichtiger Interessen erwachsen sind. Sie zu beseitigen, war um so weniger leicht, als die Okkupationsverwaltung wiederum weitgehend auf das Komitee angewiesen war und die Verknüpfung seiner Stellung mit einer internationalen Organisation und einem neutralen Protektorat ein Einschreiten gegen das Komitee zu einer recht heiklen Angelegenheit machte, die leicht zu unerwünschten Konflikten führen konnte. So ergab sich für das Komitee eine denkbar günstige Position, die tatsächlich, wenn auch nicht anerkanntermaßen, der eines Exterritorialen sehr nahe kam. Mehrfach wurde in der Folgezeit erwogen, ob nicht eine Kündigung des ganzen Hilfswerks möglich sei. Aber »stets wurde einmütig von allen deutschen Heimatbehörden, in erster Linie vom Kriegsernährungsamt, die Unmöglichkeit betont, Belgien aus deutschen Vorräten zu ernähren«. ⁹⁴

Was die Organisation des Hilfswerks selbst betrifft, so gliederte sie sich zunächst in zwei Abteilungen, eine neutrale (ameri-

kanisch-spanische) und eine belgische. Die neutrale war die Commission for relief in Belgium — CRB. —, die belgische das Comité national de secours et d'alimentation — CN. —, das aus dem bisherigen Comité Central entstanden war, nachdem dessen Wirkungskreis sich auf das ganze Land ausgedehnt hatte.⁹⁵ Auch die CRB. teilte sich ihrem Aufgabenkreis entsprechend in zwei Zweige: die Versorgungsabteilung (Provisioning Department) und die Fürsorgeabteilung (Benevolent Department). Aufgabe der CRB. war es, neben der Annahme und Weiterleitung der zur Linderung der Not der belgischen Bevölkerung in der ganzen Welt gesammelten Gelder und Naturalien, den Ankauf der Waren im Ausland, ihre Verschickung auf neutralen Schiffen nach Rotterdam und ihre Einfuhr nach Belgien durchzuführen. Das CN. übernahm die Waren und hatte sie mit Hilfe seiner provinziellen, regionalen und lokalen Organe zu verteilen. Der Hauptsitz der CRB. war in London, in Brüssel unterhielt sie bis zur amerikanischen Kriegserklärung eine Geschäftsstelle. Diese hatte die Leitung und Überwachung der Sendungen nach den einzelnen Provinzen, die Aufsicht über die Verwendung der Waren gemäß den Abmachungen und die Kontrolle der Einhaltung der deutscherseits übernommenen Verpflichtungen. Außerdem hatte sie die ihr vom CN. über die Bedürfnisse des Landes gemachten Angaben weiterzuleiten. Ähnliche Aufgaben für die Provinz hatte der in jeder belgischen Provinzhauptstadt, am Sitz des Provinzkomitees des CN., aufgestellte amerikanische Vertreter der CRB. Seitens der deutschen Verwaltung wurde der CRB. und ihren Vertretern jede nur mögliche, mit den militärischen Interessen zu vereinbarende Erleichterung gewährt, insbesondere auf dem Gebiet des Verkehrswesens (Benützung von Kraftwagen, kostenloser Depeschenverkehr u. dgl.). Zu den ursprünglichen Protektoren des Hilfswerks, den Gesandten der Vereinigten Staaten und von Spanien, kam später der diplomatische Vertreter Hollands hinzu. Auf deutscher Seite wurden die Verhandlungen mit der CRB. und dem CN. bis Ende 1915 von der Politischen Abteilung beim Generalgouverneur geführt. Als aber dieser Verkehr sich immer umfangreicher gestaltete, übertrug der Generalgouverneur einer an sie angegliederten neuen Stelle, der »Deutschen Vermittlungsstelle CN. (VCN.)« die Erledigung der laufenden Angelegenheiten und Verhandlungen nicht grundsätzlichen Charakters, so-

weit sie nicht von den provinziellen Stellen zu erledigen waren. Eine Vertretung der deutschen Verwaltung bei den Sitzungen des CN. oder seiner Unterkomitees fand nicht statt, sie begnügte sich mit der Einsichtnahme in die vorgelegten Verhandlungsniederschriften.

Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, dem am 6. April 1917 die Erklärung des Kriegszustandes folgte, schien das Fortbestehen des Ernährungswerks ernstlich gefährdet. Trotz aller gegenteiliger Befürchtungen erlitt aber das Werk keine wesentliche Unterbrechung. Nur in der Organisation traten einige Änderungen ein. Innerhalb des besetzten Gebietes traten die diplomatischen Vertreter Spaniens und Hollands an die Stelle der bisherigen Protektoren, die CRB. wurde ersetzt durch das Comité Hispano Néerlandais pour la Protection du Ravitaillement (CHN.) in Brüssel, das unter die Leitung eines spanischen und eines holländischen Direktors gestellt wurde. Die Verwaltung der Brüsseler Geschäftsstelle der CRB. ging im wesentlichen auf das CN. über. In den Provinzen traten spanische und holländische Delegierte an die Stelle der amerikanischen Vertreter der CRB.

So blieb das ganze Land mit einem Netz von Versorgungs- und Fürsorgeorganen überzogen, dessen Maschen trotz weitestgehender Dezentralisation der Verwaltung eng miteinander verknüpft waren. Alle Kreise der belgischen Bevölkerung hatten sich in den Dienst des vaterländischen Unternehmens gestellt. Es war volkstümlich im weitesten Sinne des Wortes und damit zu einem politischen Machtfaktor ersten Ranges geworden. Die Lebensmittelfuhr der CRB. erstreckte sich zunächst insbesondere auf Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte, Reis, Speck und Fett. Später wurde sie auf weitere Nahrungsmittel ausgedehnt. Im Vordergrund des ganzen Ernährungswerks stand die Versorgung mit Brotgetreide.

Mit der ersten Kriegsernte im Sommer 1915 beginnt, wenn wir diesen Hauptzweig ins Auge fassen, die dritte Periode in der Entwicklung des Ernährungswesens im besetzten Belgien. Sie kennzeichnet sich durch eine straffe Zentralbewirtschaftung der inländischen Getreideproduktion in Ergänzung der überseeischen Zufuhr und in notwendiger Konsequenz der über diese getroffenen Abmachungen. Sollten diese genau eingehalten werden — und von den Beteiligten, insbesondere England, wurde

selbstverständlich darauf gedrungen —, so mußte Vorsorge getroffen werden, daß die eigenen landwirtschaftlichen Bodenerzeugnisse im Gebiet des Generalgouvernements der belgischen Zivilbevölkerung zum ausschließlichen Verbrauch zugeführt wurden. Das konnte nur durch entsprechende Maßnahmen der besetzenden Macht geschehen, und so sehen wir nunmehr auf dem Gebiet des Ernährungswesens zu den Organisationen der Neutralen und der Belgier die Anordnungen und Einrichtungen der deutschen Verwaltung hinzutreten. Sie schlossen sich bei manchen Unterschieden, die sich aus der Verschiedenheit der Verhältnisse ergaben, weitgehend an das Vorbild in Deutschland an. Beschlagnahme, Höchstpreisfestsetzung, Verbrauchsregelung und restlose Ausschöpfung der Gesamterzeugung sind die gemeinsamen Merkmale der Bewirtschaftung in beiden Versorgungsgebieten.⁹⁶ Die wichtigste und einschneidendste Maßnahme war die Beschlagnahme des im Bereich des Generalgouvernements angebauten Brotgetreides aller Art (Winterweizen, Sommerweizen, Roggen, Mengeskorn und Spelz), sowie der Gerste und des Mehls zu ausschließlichen Gunsten der Zivilbevölkerung dieser Gebiete, wie sie durch die Verordnung vom 30. Juni 1915⁹⁷ erstmals eingeführt wurde. Sie bezweckte zugleich, »Preistreibereien« zu verhindern, »die eine Verteuerung des Brotes zur Folge haben könnten«, sowie »eine gerechte und den allseitigen Bedürfnissen des Landes Rechnung tragende Verteilung der Getreidevorräte und des Mehls«.⁹⁸ Ankauf und Verteilung der beschlagnahmten Vorräte an die Bevölkerung sollte nach der Verordnung durch eine vom Generalgouverneur einzusetzende Erntekommission erfolgen, die aber in der ursprünglich geplanten Form nicht ins Leben getreten ist. Bei der Sicherung der Durchführung dieser Maßnahmen konnte und wollte man die Mitarbeit der Kräfte des Landes nicht entbehren. Der Gedanke der Gründung einer Getreidegesellschaft wurde nicht weiter verfolgt, weil sie bedeutende Geldmittel und zahlreiches Personal erfordert hätte. Eine Verwendung der belgischen landwirtschaftlichen Genossenschaften als Durchführungsorgane konnte nicht in Frage kommen, da die Organisation hierfür zu wenig geschlossen war. Der Generalgouverneur entschied sich daher, das CN. heranzuziehen. Durch Verordnung vom 23. Juli 1915⁹⁹ erteilte er dem Komitee »das alleinige Recht zum Ankauf der beschlagnahmten Vorräte

und etwaiger Restbestände an Brotgetreide«. Die Festsetzung des Einheitspreises für die Übernahme, die gegen Barzahlung zu erfolgen hatte, behielt sich der Generalgouverneur vor. Für das CN. bedingte die getroffene Regelung die Schaffung besonderer Stellen für die Ausführung der ihm durch die Verordnung vom 23. Juli 1915 übertragenen Aufgaben. Das lag in der ganzen Stellung des CN., das als solches ohne weitgehende Aufgabe seiner peinlichst von ihm gehüteten Unabhängigkeit gegenüber der deutschen Verwaltung die ihm bei der Zentralbewirtschaftung des Brotgetreides zufallende Rolle nicht hätte durchführen können. Die Verordnung selbst (Ziff. 6) sah eine von dem CN. in jeder Provinz zum Zweck des Ankaufs und der Verteilung des einheimischen Brotgetreides zu errichtende besondere Geschäftsstelle vor. Diese Geschäftsstellen waren die *Provinzialerntebüros* (Bureaux provinciaux des récoltes, BPR.). Sie nahmen die Form von Genossenschaften (sociétés coopératives) an und hatten den Aufkauf des einheimischen Brotgetreides bei den Erzeugern, die Einlagerung und den Verkauf an das CN. zum ausschließlichen Gegenstand ihrer Tätigkeit. So sind sie die Träger des Aufkaufmonopols des CN. geworden.¹⁰⁰ Die Provinzialerntebüros standen ihrerseits unter einem in Brüssel errichteten Zentralerntebüro (Bureau central des récoltes, BCR.), einer Zentralstelle, die dem CN. angegliedert, mit ihm also nicht identisch, aber seiner Einwirkung unterstellt war. Sie bildete die zentrale Vermittlungsinstanz zwischen dem CN. und der sogleich zu besprechenden deutschen Zentralerntekommission (ZEK.) und ebenso zwischen der ZEK. und den Provinzialerntebüros. Dem Zentralerntebüro lag die Verarbeitung des statistischen Materials für den Aufkauf und die Einlagerung des inländischen Getreides, sowie die Führung der hierauf bezüglichen Verhandlungen mit der ZEK. ob. Im Benehmen mit dem CN. hatte es sodann der ZEK. Vorschläge für die monatlichen Freigaben und die Festsetzung der amtlichen Preise zu machen. Endlich hatte es die Aufträge, die ihr von der ZEK. zuzugingen, den Provinzialerntebüros weiterzugeben.

Die Freigabe der Getreidebestände von der Beschlagnahme konnte nur in die Hand deutscher Aufsichtsbehörden gelegt werden. Die bereits bestehenden Behörden waren hierzu aber nicht geeignet. Es wurden daher eingesetzt in Brüssel eine *Zentralerntekommission* und in jeder Provinzhauptstadt eine *Erntekom-*

mission für die betreffende Provinz.¹⁰¹ Bei der Zusammensetzung dieser Kommissionen wurde der Gemeinsamkeit der von den verschiedenen Faktoren zu erfüllenden Aufgaben entsprechend Rechnung getragen. In der Zentralerntekommission waren vertreten: außer dem Generalgouvernement (Armeeintendantur und Veterinärabteilung), der Zivilverwaltung (im engeren Sinne), der Politischen Abteilung und dem Generalkommissar für die Banken die Commission for Relief und das Comité National. In der Erntekommission für jede Provinz wirkten unter dem Vorsitz des Präsidenten der Zivilverwaltung bzw. seines Stellvertreters, von dem Gouverneur der Provinz berufen, neben zwei Mitgliedern des deutschen (militärischen) Wirtschaftsausschusses der Provinz ein Mitglied des Ständigen Ausschusses (Députation permanente), ein Vertreter des Getreidehandels und ein Vertreter der Landwirtschaft der Provinz. Die letztgenannten drei Mitglieder sollten nach der Verordnung in der Regel nicht zugleich Mitglieder des CN. sein. Die Zentralerntekommission (ZEK.) war dem Generalgouverneur unmittelbar unterstellt. Er ernannte den Vorsitzenden und die Mitglieder. Die Provinzialerntekommissionen (PEK.) waren der Zentralerntekommission nachgeordnete Behörden. Die Aufgabe der ZEK., bei der ein agrarstatistisches Büro zur Verarbeitung der grundlegenden Erhebungen errichtet war, bestand darin, zu bestimmen, welche Mengen jeweils von der Beschlagnahme freigegeben und der Bevölkerung zugeführt werden durften. Sodann hatte sie die Brotversorgung der belgischen Bevölkerung überhaupt zu überwachen und insbesondere dafür zu sorgen, daß von der gesamten inländischen Brotgetreideernte nach Zurückstellung des erforderlichen Saatgutes nicht mehr als ein Zwölftel monatlich verbraucht werde. Außerdem hatte sie dem Generalgouverneur Vorschläge über die Einheitsätze des Verbrauchs für den Kopf der Bevölkerung, über die Einkaufspreise des erdroschenen Brotgetreides, über den Ausmahlungsgrad und über die Höchstpreise für den Verkauf von erdroschenem Brotgetreide, von Mehl, Kleie und Brot zu machen. Endlich hatte sie die Provinzialerntekommissionen mit Anweisungen zu versehen und deren Ausführung zu überwachen. Aufgabe der Provinzialerntekommission war die monatliche Freigabe des Brotgetreides als Saatgut, für den Eigenbedarf und an das Comité National; ferner die Beaufsichtigung der in der Pro-

vinz lagernden inländischen Getreidevorräte und die Kontrolle über die Einhaltung der festgesetzten Kaufpreise. Für die agrarstatistischen Feststellungen der ZEK. mußte sie die erforderlichen Unterlagen liefern.¹⁰² Sodann hatte sie alle Geschäftshandlungen des vom CN. errichteten Provinzialerntebüros zu beaufsichtigen und die Befugnis, innerhalb ihrer Zuständigkeit die belgischen Gemeinden mit Anweisung zu versehen.

Auch bezüglich der Verwendung des freigegebenen Mehls waren einschränkende Vorschriften erlassen mit dem Ziel, möglichst restlos und zweckentsprechend und unter Ausschluß von Luxusnahrungsmitteln die Broternährung der Bevölkerung sicherzustellen. Den Provinzialernte-kommissionen waren hier weitgehende Überwachungs- und Vollzugsbefugnisse übertragen, die in Betriebsschließung und Einziehung zum Besten der Bevölkerung gipfelten.¹⁰³ Der Ausmahlungsgrad des Brotgetreides war im Anfang niedrig gehalten worden,¹⁰⁴ wesentlich mit aus dem Grunde, um der an Weißbrot gewöhnten belgischen Bevölkerung die Herstellung möglichst hellen Brotes zu ermöglichen. Später¹⁰⁵ mußte infolge der Abnahme der ausländischen Zufuhr zur vollen Ausmahlung des Getreides ohne Absonderung von Kleie geschritten werden. Der Mindestdurchschnittsatz an (inländischem und ausländischem) Mehl war anfänglich in Anlehnung an die Verhältnisse in Deutschland auf 250 Gramm pro Tag und Kopf der Bevölkerung festgesetzt worden. Im Februar 1917 wurde er auf 225 Gramm, Anfang Juni 1917 vorübergehend auf 150 Gramm herabgesetzt. Im Juli 1917 wurde er wieder auf 250 Gramm erhöht, um im März 1918 aufs neue um 60 Gramm vermindert und im September 1918 wieder auf 225 Gramm festgesetzt zu werden.¹⁰⁶ Bestimmte Kategorien der Bevölkerung erhielten Zusatzrationen, vor allem die Arbeiter, Kranken, schwangere Frauen, hilfsbedürftige Kinder.

Die durch die Verordnung vom 23. Juli 1915 geschaffene organisatorische Grundlage für die Bewirtschaftung des inländischen Brotgetreides ist, von einzelnen Verbesserungen abgesehen, in den folgenden Jahren bestehen geblieben. In jedem Jahr wurde die Beschlagnahme zugunsten der zivilen Bevölkerung durch Verordnung verfügt. Die Zuständigkeit der ZEK. wurde später vom Generalgouverneur dahin erweitert, außer der Brotgetreideversorgung »auch die Versorgung mit sonstigen zur Ernährung

von Mensch und Vieh dienenden Landeserzeugnissen insoweit zu erörtern, als hierbei die Mitwirkung des CN. und der CRB. in Frage kam¹⁰⁷. Auf der anderen Seite erfuhren aber die Abmachungen, die dem Ernährungswerk der CRB. zugrunde lagen, im Jahre 1916 eine Änderung in dem Sinne, daß die Garantien von deutscher Seite, unter denen England die Fortführung der Hilfsaktion zuließ, genauer präzisiert und wesentlich verschärft wurden. Eine Einigung war erst nach langwierigen Verhandlungen dank der vermittelnden Tätigkeit der Protektoren zustande gekommen. Aus den zahlreichen über die Vereinbarungen und Zusagen gewechselten Noten ergaben sich allmählich folgende grundlegende Bestimmungen:

1. Die belgische Zivilbevölkerung allein soll von den Gütern Vorteil haben, die durch die CRB. oder das CN. eingeführt oder verteilt werden.

2. Die CRB. und das CN. sollen jedwede Handlungsfreiheit genießen, deren sie zur Erfüllung der ihnen durch die Vereinbarungen zugewiesenen Aufgabe bedürfen.

3. Niemals soll das CN. dazu benutzt werden, um die belgische Bevölkerung entgegen den Bestimmungen der Haager Konvention zu Zwecken des deutschen Heeres zu zwingen.

4. Das CN. erhält das alleinige Ankaufs- und Verteilungsrecht der heimischen Brotgetreiderente, wobei der Verwaltung des Generalgouverneurs das Aufsichtsrecht vorbehalten bleibt.

5. Verbot der Ausfuhr aller Lebens- und Futtermittel, einschließlich Schlachtvieh, sowie aller Sämereien, Düngemittel und landwirtschaftlicher Geräte aus dem Bereich des Generalgouvernements sowohl nach Deutschland wie nach den Etappengebieten.

6. Verbot der Requisition und des freihändigen Ankaufs der unter 5. genannten Güter durch die Intendantur und die Truppen. Gelegentliche Ankäufe einzelner Heeresangehöriger für ihren persönlichen Bedarf, die nicht systematisch und nicht für die Intendantur vorgenommen werden, sollen nicht als Bruch dieser Vereinbarung angesehen werden.

7. Den Gesandten ist das Recht eingeräumt, sich davon zu überzeugen, daß die Vereinbarungen gehalten werden, mit der Maßgabe, daß die Aufgabe ihnen in jeder Weise erleichtert werden soll.

8. Die mit Hilfe der eingeführten Güter oder deren Erlös ausgeübte Hilfstätigkeit soll ausschließlich der belgischen Bevölkerung zugute kommen.

9. Die zu wohltätigen Zwecken bestimmten, im Besitze des CN. befindlichen Kleider und Kleiderstoffe sind unter Schutz gegen Requisition gestellt.

10. Eine beschränkte Anzahl von Mitgliedern der CRB. und des CN. erhält regelmäßig Kraftwagenpassierscheine.

11. Der Briefverkehr unterliegt der besonderen Zensur durch die deutsche Vermittlungsstelle CN. und die Präsidenten der Zivilverwaltung; von dieser Zensur befreit sind Wochenberichte der Provinzialkomitees an die Gesandten und deren Antworten, die durch Vermittlung der Politischen Abteilung zugestellt werden.

12. Gebührenermäßigung für Bahntransporte und Kanalschiffsverkehr, Gebührenfreiheit für den Telegrammverkehr der CRB., Befreiung von Einfuhrzöllen.

Die Durchführung dieser Vereinbarungen begegnete in der Praxis naturgemäß vielerlei Schwierigkeiten. Ihre Auslegung und die vorgebrachten Beschwerden über tatsächliche und angebliche Nichteinhaltung bildeten den Gegenstand dauernder Verhandlungen der Okkupationsverwaltung mit den neutralen Gesandten. Gleichwohl sind sie mit unwesentlichen Ergänzungen die Grundlagen für das Einfuhrabkommen bis zum Abschluß des Waffenstillstands geblieben.

Die Brotgetreideversorgung des Generalgouvernements beruhte auf einer gegenseitigen Verpflichtung der Hauptbeteiligten, der Zusicherung des Generalgouverneurs, das einheimische Getreide ausschließlich der belgischen Zivilbevölkerung zu überlassen, und der Verpflichtung des CN. bzw. der CRB., den zur Deckung des Bedarfs fehlenden Rest durch Einfuhr vom Ausland bereitzustellen. Die Möglichkeit der Erfüllung dieser letztgenannten Verpflichtung hing aber letzten Endes von dem Willen der Gegner Deutschlands, vor allem Englands ab. Für den Fall der Einstellung der überseeischen Zufuhr mußte daher von der für die Ernährung der belgischen Zivilbevölkerung verantwortlichen deutschen Besatzungsbehörde Vorsorge getroffen werden. Diese Aufgabe wurde einer besonderen *Ernährungskommission* übertragen, der eine beratende Mitwirkung bei allen die Ernährung, Futtermittel und Düngemittel betreffenden Fragen zustand. Sie

hatte auf Grund möglichst genauer Feststellungen über die Produktion und die Vorräte des Landes eine Art Generalmobilisationsplan für die Ernährungswirtschaft aufzustellen, d. h. die im Blockadefall zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten, vorzubereiten und in steter Anpassung an die wechselnden Verhältnisse auf dem laufenden zu erhalten.

Neben die Versorgung mit überseeischem Getreide durch die CRB. (etwa zwei Drittel des Bedarfs) und die zentrale Bewirtschaftung der inländischen Ernte (etwa ein Drittel des Bedarfs) trat endlich in beschränktem Umfange noch eine Broteinfuhr aus Holland, wie sie zuerst von rein privater Seite, dann durch eine holländische Kommission vornehmlich zum Besten der Bewohner der Grenzgemeinden, sowie der Bergarbeiter und sonstigen Industriearbeiter erfolgte. Sie stellte, wenn sie auch unregelmäßig geschah und nicht allen Teilen des Generalgouvernements gleichermaßen zugute kam, einen erwünschten Zuschuß zur Ernährung der belgischen Bevölkerung dar. Eine deutsche Mitwirkung fand bei ihr nicht statt.

Auch für die wichtigsten anderen Lebensmittel machte sich, um die Ernährung der belgischen Bevölkerung sicherzustellen, bei ihrer zunehmenden Knappheit bald eine öffentliche Bewirtschaftung notwendig, um so mehr als die freie Betätigung des Handels auch hier zu Preistreibereien und ungesunden Spekulationen geführt hatte. Auch für diese Bewirtschaftung waren die Abmachungen mit den neutralen Gesandten in bestimmtem Umfange maßgebend. Jedoch ließen sie hierfür eine etwas freiere und weniger komplizierte Gestaltung zu. Gerste, Hafer, Kartoffeln, Butter und Zucker wurden zentraler behördlicher Bewirtschaftung und grundsätzlich gleichmäßiger Regelung für sämtliche Provinzen des Generalgouvernements unterstellt.

Die *Gerste* (Futter- und Braugerste) war nach Maßgabe der Verordnung vom 30. Juni 1915* erstmals beschlagnahmt worden, aber die Verordnung über die Organisation der Brotgetreidebewirtschaftung vom 23. Juli 1915* bezog sich nicht auf sie. Für die Gerste war auf Grund einer Verordnung vom 20. Juli 1915¹⁰⁸ in der *Gerstenzentrale* eine eigene umfassende Organisation geschaffen worden. In den Provinzen und den Gerstenkantonen, in die jede Provinz eingeteilt war, hatte sie ihre behördlichen Unter-

* Oben S. 74.

organe in den Provinzialgerstenkomitees und den Kantonalgerstenkomitees. Sie hatte die Rechte einer juristischen Person (*personnalité civile*) und setzte sich zusammen aus zwei vom Generalgouverneur ernannten Mitgliedern der Zivilverwaltung (Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender) und fünf Belgiern, die vom Verwaltungschef ernannt wurden, und zwar je einem Mitglied des belgischen Ackerbauministeriums, der *Fédération générale des brasseurs belges* und des *conseil supérieur de l'agriculture* sowie je einem Vertreter der belgischen Hefefabrikanten und der belgischen Getreidehändler. Den vertretenen Interessentengruppen stand es frei, Vorschläge für die Besetzung beim Verwaltungschef einzureichen. Entsprechend war die Zusammensetzung der Provinzialgerstenkomitees unter dem Vorsitz des Präsidenten der Zivilverwaltung und des Kantonalgerstenkomitees, das den Zivilkommissar beim Kreischef zum Vorsitzenden hatte. In der Hand dieser Organisation lag das Aufkaufmonopol und die Verteilung der Gerstenernte. Mit Rücksicht auf die Abmachungen mit den neutralen Gesandten und das geringere deutsche Interesse an der Gerstenversorgung überwog in ihr das belgische Element. Die nicht zur Aussaat bestimmte Gerste wurde zu den durch Verordnung festgesetzten Höchstpreisen von belgischen Gerstenkommissionären für die Zentrale angekauft. Der Verkauf erfolgte von ihr tunlichst zum Selbstkostenpreis. Die Belieferung geschah in der Weise, daß ein Teil der Ernte der »Brauereikontrollstelle« zur Abgabe an die zahlreichen Brauereien für die Bierherstellung überwiesen wurde. Eine weitere Menge erhielten die belgischen Hefefabrikanten, der Rest wurde zur Herstellung von Nahrungsmitteln, vorwiegend für die Schwerarbeiter (Malzkaffee, dann Grütze und Brot) verwendet.¹⁰⁰ Der Sicherung der Durchführung der Beschlagnahme dienten eine Reihe von Vorschriften der Verordnung, wie die Führung von Erntebüchern, die Kontrolle des Gersten- und Malztransports, das Verbot des Verfütterns. Auch den Mälzern, Brauern, Hefefabrikanten und sonstigen Empfangsberechtigten waren besondere Pflichten im Interesse einer sachgemäßen Durchführung der Ernährungswirtschaft auferlegt, insbesondere Höchstpreise für den Verkauf der Nebenprodukte der Brauerei- und Mälzereibetriebe bestimmt. Im letzten Jahr der Besetzung wurden die Bewirtschaftungsgrundsätze in wichtigen Beziehun-

gen geändert und den unten zu besprechenden über die Bewirtschaftung der Kartoffeln angeglichen.¹¹⁰

Die *Hafererzeugung* wurde mit Ausnahme der ersten Kriegsernte, die der deutschen Heeresverwaltung vorbehalten blieb, zugunsten der belgischen Zivilbevölkerung beschlagnahmt.¹¹¹ Die Bewirtschaftung diente in den ersten Jahren lediglich der Sicherung der Verfütterung und erfolgte zunächst ausschließlich durch die Organe der deutschen Heeresverwaltung (die Armeeintendantur und die Kreischefs). Später wurde die Verarbeitung von Hafer zu Nahrungsmitteln für den menschlichen Bedarf (Hafernährmittel) zugelassen und eine bestimmte Menge hierfür zurückgestellt.¹¹² Für diesen Zweig der Haferbewirtschaftung übernahm dann der Vorsitzende der Zentralerntekommission die Aufsicht und die Verteilung, während die Bewirtschaftung als Futtermittel den militärischen Stellen verblieb. Am Schluß der Besetzung wurden für die Art der Bewirtschaftung des Hafers die gleichen neuen Grundsätze aufgestellt wie für diejenige der Kartoffeln.*¹¹³ Der Einkauf für die Hafernährmittelversorgung litt im Anfang unter Finanzierungsschwierigkeiten. Eine Hafernährmittelindustrie, die es in Belgien bisher nicht gab, mußte durch Umbau von Mälzereien und Brauereien erst geschaffen werden. Den Fabriken wurde der Hafer auf Grund vertraglicher Abmachungen ratenweise zur Verarbeitung überwiesen, und die fertigen Produkte wurden so lange unter Beschlagnahme gehalten, bis die zuständige Stelle hierüber verfügte. Die Nährmittel gelangten hauptsächlich an die Schwerarbeiter zu festgesetzten Preisen zur Abgabe. Hergestellt wurde außer Haferflocken auch ein Haferbrot, das aus Hafermehl, Haferflocken und Kunsthonig bestand. Die übrige Bevölkerung und der freie Handel bekamen hieraus keine Hafernährmittel zugewiesen. Jedoch stellte das CN. in eigener Regie mit Genehmigung der deutschen Verwaltung Hafernährmittel für besondere Zwecke her.¹¹⁴

Eine besonders wichtige Rolle bei der Ernährung spielten auch in Belgien die *Kartoffeln*. Der Bedarf der Bevölkerung wurde in Friedenszeiten durch die Erzeugung des Landes voll gedeckt, in guten Erntejahren konnten sogar noch erhebliche Mengen ausgeführt werden. Als mit der zunehmenden Knappheit aller Lebensmittel immer mehr auf Kartoffelnahrung zurückgegriffen

* Unten S. 84.

wurde, reichten die vorhandenen Vorräte nicht einmal zur vollen Befriedigung des inländischen Bedarfs. Nachdem man in einzelnen Bezirken des Generalgouvernements mit der Festsetzung von Höchstpreisen vorangegangen war, setzte das allgemeine Eingreifen der deutschen Verwaltung im Frühjahr 1915 zunächst mit einer Regelung des Kartoffelhandels nach einheitlichen, für das ganze Gebiet des Generalgouvernements geltenden Gesichtspunkten — Höchstpreise, Wucherverbote, Schlußscheine beim Lieferungsgeschäft, Beschränkung der Zulassung zum Kartoffelhandel — ein.¹¹⁵ Durch Verordnung vom 17. Januar 1916¹¹⁶ wurde eine »Kartoffelversorgungsstelle in Brüssel« gebildet und dem Verwaltungschef unterstellt. Ihr war ein aus Belgien bestehender Beirat beigegeben, in dem Erzeuger und Verbraucher von Kartoffeln vertreten waren, und dem jeder Einblick in die Bewirtschaftung der Kartoffelernte gewährt wurde.¹¹⁷ Die Aufgabe der Kartoffelversorgungsstelle war es, für die Verteilung der Kartoffelvorräte zur Ernährung der belgischen Bevölkerung zu sorgen. Die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Kartoffeln sollte nur durch Vermittlung dieser Stelle bzw. der von ihr mit Anweisung versehenen Gemeindebehörden erfolgen.¹¹⁸ So suchte man eine möglichst vollständige Erfassung der Vorräte, einen Ausgleich zwischen den Bedarfs- und Überschußgebieten und »eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Kartoffeln unter besonderer Berücksichtigung der Lebensnotdurft der minderbemittelten und arbeitenden Bevölkerung herbeizuführen«.¹¹⁷ Gegebenenfalls konnte mit Enteignung und entschädigungsloser Einziehung vorgegangen werden. Die Verwendung von Kartoffeln zu gewerblichen und industriellen Zwecken wurde verboten,¹¹⁹ ebenso die Verabreichung von Kartoffeln, die in rohem Zustande geschält worden waren, in Gast- und Speisewirtschaften.¹²⁰ Die Verfütterung wurde beschränkt, später ganz verboten,¹²¹ die Verwendung als Saatgut war beschränkt.¹²² Im übrigen war die Kartoffelversorgungsstelle befugt, auch den Verbrauch von Kartoffeln zu regeln. Durch alle diese Bestimmungen sollte die Nährkraft der Kartoffeln in möglichst vollständigem Umfang für die menschliche Ernährung gesichert werden. Eine Rationierung des Kartoffelverbrauchs fand zunächst nicht statt. Die lange Dauer des Krieges und ihre Folgen nötigten auch hierzu. Im Herbst 1917 wurden die im Gebiet des Generalgouverne-

ments angebauten Kartoffeln erstmals dem freien Verkehr entzogen, es wurde ein einheitlicher Verbrauchssatz für Kartoffeln für den Kopf und den Tag nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte festgesetzt,¹²³ die Gemeinden wurden in ausgedehntem Maße zur Mitwirkung bei der Bewirtschaftung herangezogen. Der Verbrauchssatz konnte wegen des Rückgangs der erfaßten Vorräte anfänglich nur auf 190 Gramm¹²⁴ bestimmt werden. Da indes auch diese Versorgungsweise, insbesondere wegen der Unzuverlässigkeit der zahlenmäßigen Unterlagen und der zunehmenden Durchlöcherung der Verbrauchsregelung¹²⁵ nicht befriedigte, schritt man im Frühjahr 1918¹²⁶ zu einer gänzlichen Neuordnung der zentralen Bewirtschaftung auf folgender Grundlage: Beschlagnahme der Früh- und Spätkartoffelernte, Zulassung gewisser Überschußmengen nach einem für den Landwirt günstigen Maßstab zu seiner freien Verfügung, im übrigen Ankaufsmonopol der Kartoffelversorgungsstelle, Heranziehung der Gemeinden zur Aufbringung des behördlich festgestellten Lieferungssolls. Die Neuordnung bedeutete eine grundsätzliche Systemänderung: An die Stelle der *restlosen* Erfassung, mit der die Ablieferungspflicht für alle über den Selbstbedarf und das Saatgut hinaus gewonnenen Mengen verbunden war, trat die Zwangsaufgabe nur für einen Teil der Ernte und die Möglichkeit vorteilhafter Verwertung eines anderen Teils durch freien Verkauf ohne Reglementierung des Preises und ohne Belästigung mit Strafen und behördlichen Kontrollen. Es war der als »System Roesicke« bezeichnete Grundsatz der beschränkten Ablieferungspflicht,¹²⁷ der nunmehr auch für Gerste, Hafer, Tabak und Zichorie eingeführt wurde. Um die Beschleunigung der pflichtmäßigen Ablieferung zu erzielen, wurde unter Aufgabe nicht bewährter Methoden, wie Zwangsdrusch, Lieferprämien, spätere Erhöhung der ursprünglich festgesetzten Preise, für den einzelnen Kreis der freie Handel erst gestattet, nachdem die Ablieferungspflicht des Kreises erfüllt war. Diese neue Regelung schien für Erzeuger wie Verbraucher erfolgversprechend.¹²⁷ Da indes die Besetzung vor Beendigung des Wirtschaftsjahrs ihr Ende erreichte, konnte sie sich nicht mehr voll auswirken.

Zur Streckung und als Ersatz der Kartoffelnahrung mußten mit der Zeit auch die *Rüben* herangezogen, und es mußte der Verkehr mit ihnen besonderer Regelung unterworfen werden, zumal im

Hinblick auf die auch hier einsetzenden Preistreibereien und die Verfütterung der unter Höchstpreisen stehenden Kartoffeln. Durch Verordnung vom 22. September 1917¹²⁸ wurde die Geleitscheinpflicht eingeführt, d. h. die Beförderung von Rüben außerhalb der Ursprungsgemeinde bedurfte der Genehmigung des Zivilkommissars bzw. der Kartoffelversorgungsstelle. Letzterer lag auch die Ausgleichung zwischen Bedarfs- und Überschußgemeinden und die Genehmigung zur industriellen Verwertung ob.

Über die *Zuckerrüben* hatte die *Zuckerverteilungsstelle* zu verfügen, eine dem Verwaltungschef unterstehende Fachbehörde in Brüssel mit belgischem, aus 14 Mitgliedern bestehendem Beirat, in dem außer dem belgischen Ackerbau- und Finanzministerium die Erzeuger, Verbraucher und der Groß- und Kleinhandel vertreten waren.¹²⁹ Sie gliederte sich in eine Rüben-, Zucker-, Brotaufstrichmittel- und Melasseabteilung. Die Bewirtschaftung des Zuckers war schon 1915 notwendig geworden und erfolgte in straffster Zentralisation, jedoch ohne Beschlagnahme der Rüben-ernte. Alle gewerblichen Betriebe, die Zuckerrüben in irgendeiner Form zu Fabrikationszwecken verwenden wollten, bedurften hierzu der Genehmigung der Zuckerverteilungsstelle, die nur gegen vertragliche Zusicherung des Verfügungsrechts über die gesamte Erzeugung erteilt wurde.¹³⁰ Die Verwertung des Zuckers und seiner Nebenprodukte hatte nach ihrer Anweisung zu erfolgen. Die Verwendung der Rüben zu Brenn- und Futterzwecken war verboten. Zur Verhinderung der spekulativen Zurückhaltung von Zucker und dessen Nebenprodukten sowie von Rübensirup war die Zuckerverteilungsstelle ermächtigt, die Ware von den Verfügungsberechtigten zwangsweise zu einem bestimmten Preise zu erwerben und dem Verbrauch der Bevölkerung zuzuführen. Die Abgabe des Zuckers an die Verbraucher erfolgte durch die Gemeinden, die ihn von der Zuckerverteilungsstelle oder auf deren Anweisung erhielten, nach den von dieser vorgeschriebenen Preisen und Rationssätzen. Besondere Bedeutung gewann die Versorgung mit Brotaufstrichmitteln, die unter der Aufsicht der Zuckerzentrale in den zu vier Syndikaten, für Rübensirup, Mischsirup, Marmelade und Kunsthonig, zusammengeschlossenen und entsprechend verpflichteten Fabriken erfolgte. Auch die Regelung des Verkehrs mit Sacharin und ähnlichen Süßstoffen,

deren Verwendung über die in dem belgischen Gesetz von 1903 zugelassenen Ausnahmefälle hinaus in bestimmtem Umfange gestattet werden mußte, wurde der Zuckerverteilungsstelle übertragen.¹³¹

Besondere Schwierigkeiten bot die Regelung der *Butterversorgung*. Schon in Friedenszeiten reichte die milchwirtschaftliche Erzeugung des Landes zur Deckung des Eigenbedarfs nicht aus. Die Buttereinfuhr aus Holland war mit der Besetzung weggefallen, weil der holländische Markt für die Befriedigung des deutschen Bedarfs freigelassen werden mußte. Die anfängliche Regelung¹³² beschränkte sich im wesentlichen auf die Festsetzung von Höchstpreisen und behielt für besondere Marktverhältnisse in den Gouvernementsbezirken den deutschen Gouverneuren selbständige Regelung des Marktverkehrs mit Butter vor. Die Folge dieser Beschränkung war ein Überhandnehmen des wilden Butterhandels und eine völlige Verwirrung auf dem Buttermarkt, die auch durch die Einführung der Konzessionspflicht für den gewerbsmäßigen Butterhandel¹³³ nicht beseitigt wurde. Man ging daher im Juli und August 1916 zu einer anderen Regelung über, zur öffentlichen Bewirtschaftung unter weitestgehender Heranziehung des berufsmäßigen syndizierten Butterhandels.¹³⁴ Durch die Ölzentrale wurde der belgische Buttervertriebsverband »Fédération Nationale des Unions Professionnelles de Marchands et Producteurs de Beurre« gegründet, in dem die Butterhändler und ein Teil der Buttererzeuger im ganzen Lande vereinigt waren. Er, die ihm angeschlossenen Unterverbände und deren Mitglieder erhielten das Butterhandelsmonopol, das sie als Kommissionäre der Verwaltung unter der Aufsicht des »Staatskommissars des belgischen Buttervertriebsverbandes in Brüssel« auszuüben hatten. Staatskommissar war der Vorstand der Ölzentrale, später sein Stellvertreter. Eingehende und scharfe Vorschriften zur Sicherung der Butteranlieferung waren erlassen; es gelang auch schließlich, Verbraucher- und Erzeugergruppen, die sich gegensätzlich zu der Organisation gestellt hatten, zu einer Einigung mit dem Buttervertriebsverband zu bringen. Dennoch blieb die Erfassung der Butternorräte eine unzureichende und, da sich in den einzelnen Provinzen, ja in den einzelnen Kreisen vielfach Sonderregelungen herausgebildet hatten, eine ungleiche. Das führte im letzten Jahre der Besetzung durch Verordnung vom

25. April 1918¹⁸⁵ zu einer neuen Regelung, ähnlich derjenigen für die Kartoffelversorgung. Sie erstreckte sich auch auf die Bewirtschaftung der Milch, deren Verwendung, abgesehen von bestimmten Luxusverboten zur Sicherung zeitentsprechender Ausnützung der Vollmilch und der Beschränkung der Verabreichung von Milch an Tiere,¹⁸⁶ bisher von besonderen Eingriffen frei geblieben war. Sie war aufgebaut auf der Grundlage: Heranziehung der Gemeinden zur Aufbringung eines behördlich festgesetzten Lieferungssolls durch die Milchkuhhalter, Freigabe des nach erfüllter Lieferpflicht verbleibenden Überschusses an die Erzeuger vorbehaltlich einer Einschränkung der Käseproduktion, im übrigen Einkauf und Vertrieb der Butter und Milch durch den belgischen Buttervertriebsverband und die ihm angeschlossenen Händlerberufsvereinigungen, Verteilung an die Zivilbevölkerung durch den Staatskommissar des Buttervertriebsverbandes, der den gesamten geschäftlichen Betrieb des Verbandes und der Unterverbände zu beaufsichtigen und insbesondere auch über die Bildung und Verwendung von Butterreserven zur Sicherstellung der Versorgung während des Winters zu bestimmen hatte. Die Lieferungspflicht war unter Berücksichtigung aller örtlichen Verschiedenheiten zwischen 600 Gramm und 1300 Gramm für die Kuh in der Woche so angesetzt, daß die Kuhhalter einen angemessenen Überschuß zum Selbstverbrauch oder Verkauf erübrigen konnten. Die der Händlerberufsvereinigung angeschlossenen Händler besorgten die Abgabe an die Verbraucher nach Maßgabe einer Wochenration von 50 Gramm Butter auf den Kopf der Bevölkerung unter Ausschluß aller Personen, die das CN. mit ausländischem Fett belieferte. Den Lieferbezirken für die Trinkmilch wurde bei dem Butterablieferungssoll für 30 Liter Milch ein Kilogramm Butter in Anrechnung gebracht. So sollte zugleich für eine geregelte Milchversorgung der großen Verbrauchsorte gesorgt werden. Die Schlachtung von Milchkühen wurde verboten.¹⁸⁷

Bei anderen Nahrungsmitteln, insbesondere bei Obst, Gemüse, Zichorie sowie beim Fleisch beschränkte sich die deutsche Verwaltung auf bestimmte Eingriffe in die Erzeugungs- oder Verteilungsvorgänge, welche eine hinreichende und zweckmäßige Versorgung des innerbelgischen Marktes zu angemessenen Preisen sichern sollten. Neben der Festsetzung von Höchstpreisen,

Brennerei-, sonstigen Verarbeitungs- und Verfütterungsverboten bediente man sich zu diesem Zwecke auch hier der Transportgenehmigung (Geleitscheinpflicht) oder eines mehr oder minder ausgebildeten Verfügungsmonopols für bestimmte behördliche oder nichtbehördliche Organisationen. Ähnliches galt für die Genussmittel, soweit sie, als der Versorgung der belgischen Bevölkerung dienend, einer Regelung unterstellt wurden. Jedoch finden wir hier wiederum stärkere Zentralisation der Bewirtschaftung. Grundsätzlich frei von behördlicher Einwirkung blieb, von gelegentlichen Maßnahmen örtlicher Stellen abgesehen, der Verkehr mit Eiern. Es zeigte sich, daß eine systematische Regelung der Versorgung bei diesem Nahrungsmittel vornehmlich infolge der Unmöglichkeit der Produktionskontrolle undurchführbar war.¹³⁸ Die bloße Festsetzung von Höchstpreisen ohne gleichzeitige Beschlagnahme oder sonstige weitgehende Kontrolle des Produktionsvorgangs führte aber regelmäßig zu einem fast völligen Verschwinden aus dem regulären Verkehr.

Soweit eine systematische Ordnung der Versorgung stattfand, weist sie im einzelnen manche Verschiedenheiten auf. Zur Bewirtschaftung von *Obst und Gemüse* sowie von *Zichorie* (namentlich als Gemüse und als Kaffee-Ersatz) wurde die Zentraleinkaufsgesellschaft für Belgien m. b. H. in Brüssel herangezogen, also eine private unter Aufsicht der Zivilverwaltung arbeitende deutsche Kriegswirtschafts-Gesellschaft, bei der für Obst und Gemüse eine besondere »Obstzentrale«, für die Zichorienbewirtschaftung eine Zichorienabteilung gebildet war. Beiden Einrichtungen wurde je für die sie betreffenden Waren ein weitgehendes Ankaufs- und Verwertungsmonopol eingeräumt, dem eine Beschlagnahme der Ernte oder der Vorräte in bestimmtem Umfang und eine entgeltliche Lieferungspflicht auf seiten der Erzeuger gegenüberstand und das sie in erster Linie zur Versorgung der belgischen Bevölkerung zu gebrauchen hatten.¹³⁹ Die Abmachungen mit den neutralen Gesandten ließen hier, wo für die Ausfuhr angebaute Bodenerzeugnisse in Frage standen, einen weiteren Spielraum, so daß unbeschadet dieser Versorgungspflicht nicht unerhebliche Mengen der notleidenden Bevölkerung in Deutschland zugeführt werden konnten. Die Verarbeitung von Obst und Beerenfrüchten, sowie von deren Teilen und Säften auf Alkohol, Bier und alkoholische Getränke wurde verboten,¹⁴⁰ die gewerbs-

mäßige Verarbeitung auf Wein von der Genehmigung der Zucker-
verteilungsstelle abhängig gemacht,¹⁴⁰ der später¹⁴¹ auch die Kon-
trolle und ein gewisses Verfügungsrecht über den Obstsirup und
andere ganz oder teilweise aus Obst gewonnene Erzeugnisse
übertragen wurde.

Mit der Sicherstellung und Regelung der *Fleischversorgung*,
dem Kampf gegen unwirtschaftliche und gemeinschädliche Ver-
wendung einerseits, gegen den Wucher im Verkehr mit Vieh
und Fleisch andererseits wurde verhältnismäßig früh begonnen.
Die Ausfuhr von Rindern, Schweinen, Schafen aus Belgien war
seit 30. September 1914¹⁴² für alle Grenzen verboten. Später war
sie unter Genehmigung gestellt. Weitere schlachtbare Tiere wur-
den in die Ausfuhrbeschränkung einbezogen.¹⁴³ Schon unter dem
1. Februar 1915¹⁴⁴ erging eine Verfügung gegen unwirtschaftliche
Schlachtungen von Schweinen und Kälbern, und die Höchstpreis-
verordnung vom 19. Dezember 1915¹⁴⁵ gab den Gouverneuren das
Recht, den Marktverkehr auf den Schlachtviehmärkten zu regeln,
insbesondere soweit dies im Interesse der geordneten Fleisch-
versorgung erforderlich sei. Dann folgten eine Reihe von Maß-
nahmen teils präventiver, teils repressiver Natur in rascher Auf-
einanderfolge und vielfach sich ergänzend, abändernd und er-
setzend, wie Einführung der Erlaubnispflicht für den gewerbs-
mäßigen Handel mit Schlachtvieh,¹⁴⁶ Erlaubnispflichtigkeit und
zeitweises Verbot der nichtgewerbsmäßigen Schlachtung (Haus-
schlachtung),¹⁴⁷ später Schlachthauszwang und Anmeldezwang
für Schlachtungen,¹⁴⁸ Einschränkung des Fleisch- und Fettver-
brauchs in den Wirtschaften und ähnlichen Räumen durch fleisch-
oder fettlose Tage,¹⁴⁹ Verbot ungeeigneter Ansammlung von
Fleisch und Fleischwarenvorräten.¹⁵⁰ Auch die in Ergänzung bel-
gischer Vorschriften erlassenen Bestimmungen über die Fleisch-
schau¹⁵¹ gehören hierher, insofern sie durch Stempelung, Frei-
bankzwang und Ausschluß des Wiederverkaufs verhindern soll-
ten, daß mindertaugliches Fleisch in betrügerischer Ausnützung
in den freien Verkehr gebracht werde. Die Verfügungen trugen
zum Teil zugleich den Charakter von Luxusverboten und stellten
eine Angleichung an entsprechende Einschränkungsmaßnahmen
in Deutschland, eine nicht durchweg gerechtfertigte Konzession
an die dortige Stimmung dar. Aber die Wirkung der Maßnahmen
blieb eine beschränkte, zumal sie örtlich verschiedene Anwen-

dung erfuhren.¹⁵² Erst im Herbst 1918 wurde der Versuch gemacht, auf der Grundlage eines Aufbaumonopols, das einem unter deutschem Einfluß stehenden belgischen Viehhandelsverband übertragen werden sollte, zu einer strafferen Fleischbewirtschaftung überzugehen. Der Versuch kam nicht mehr zur Ausführung. Für den Fall einer verschärften Blockade war von der Militär-Veterinärabteilung bei der Ölzentrale durch Schaffung von Fleisch- und Fettreserven in Verbindung mit einer nach neuestem System eingerichteten Wurstfabrik in Saint-Hubert Vorkehr getroffen worden.

Dienten die Vorschriften zur Regelung des Verkehrs mit Fleisch zum Teil auch derjenigen des Fettverbrauchs, so sah sich die deutsche Verwaltung genötigt, die zweckentsprechende Verwendung der zum menschlichen Genuß geeigneten *Fette und Öle* — tierischer wie pflanzlicher Herkunft — durch ein Verbot ihrer Verwendung zu technischen Zwecken (Verordnung vom 26. Februar 1916)¹⁵³ noch besonders zu sichern. Es hatte sich namentlich herausgestellt, daß in weitem Umfange eßbare Fette, vor allem auch Butter aufgekauft und zur Fabrikation von Seife verwendet wurden. In einer zweiten Verordnung, vom 15. März 1916,¹⁵⁴ wurde das Recht der Herstellung von Seife an eine Erlaubnis der Ölzentrale geknüpft, die nur an solche Fabriken erteilt werden konnte, welche vor dem 1. August 1914 sich nachweislich mit der gewerbsmäßigen Herstellung von Seife befaßt hatten. Auf Grund dieser Verordnung wurden nach und nach 75 Seifenfabriken konzessioniert, die unter einer ständigen Kontrolle standen und durch die im weiteren Verlauf der Bewirtschaftung erforderlich werdenden Maßnahmen, wie Zuteilung des Rohmaterials, Prüfung der Endprodukte, Banderolenzwang u. dgl., genötigt wurden, ihre Fabrikation den Rücksichten auf die Ernährung der Bevölkerung anzupassen. Die geheime Seifenfabrikation, die aus gewinn-süchtigen Motiven der Volksernährung große Mengen Fett entzog und den Rest verteuerte, wurde — übrigens unter tatkräftiger Mitwirkung der belgischen Polizei — mit Entschiedenheit bekämpft. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die Versuche der Ölzentrale, neue Fettquellen zu eröffnen. Dahin gehören die Herstellung von Speisefett aus Frischknochen, die Gewinnung von Spülwasserfetten, die Entfettungsversuche von Müll- und Kanalisationswässern und anderes. Gerade auch diese

Maßnahmen kamen in mehr oder minder weitgehendem Maße unter Berücksichtigung der Abmachungen mit den neutralen Gesandten auch der Bevölkerung des besetzten Gebietes zugute. Wenig Erfolg hatten dagegen die in umfassendem Maßstab unternommenen Versuche der Ölzentrale, durch Regelung der Bewirtschaftung der Ölrohstoffe die Fettknappheit zu mindern, da sie bei den Landwirten wenig Gegenliebe fanden.

Was die *Getränke* außer der Milch* betrifft, so wurde auf eine Bewirtschaftung von Kaffee, Tee, Kakao durch die deutsche Verwaltung verzichtet, nachdem die am 1. Februar 1916¹⁵⁵ erfolgte Bestandsaufnahme nur geringe Mengen als zur Versorgung der Zivilbevölkerung verfügbar ergeben hatte. Dem Comité National war gestattet und das ausschließliche Recht erteilt, Malzkaffee aus geröstetem Getreide (Torréaline) unter Beobachtung bestimmter Vorschriften zu vertreiben.¹⁵⁶

Dagegen sah sich der Generalgouverneur veranlaßt, um eine geregelte *Bierversorgung* der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, die bei den zahlreichen Brauereien im Lande und dem starken Bierkonsum nicht ohne Bedeutung war, im Frühjahr 1916 die Ordnung dieser Versorgung einer dem Verwaltungschef unterstellten »Brauereikontrollstelle« in Brüssel zu übertragen. Ihr war das Recht eingeräumt, alle hierzu erforderlichen Maßnahmen zu treffen, insbesondere auch Anordnungen über die Verteilung der den Brauereien zuzuführenden Rohstoffe (durch Kontingentierung) zu erlassen und Vorschriften über den Höchstgehalt des Bieres zu geben.¹⁵⁷ Die in beträchtlichem Umfange auftretenden freiwilligen Zusammenlegungen der Brauereien wurden von ihr gefördert.

Die Herstellung von *Branntwein* und *Hefe* und der Verkehr mit diesen beiden, zu einem großen Teil auch der Versorgung der belgischen Bevölkerung dienenden Erzeugnissen wurde seit dem Ende des Jahres 1916¹⁵⁸ von der »Branntweinzentrale in Belgien« geregelt. Sie war ebenfalls eine zentrale Fachbehörde unter Aufsicht des Verwaltungschefs mit einem vom Generalgouverneur ernannten Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden und einem Beirat, bestehend aus drei nach Bedarf in wichtigen Fragen gutachtlich zu hörenden Beisitzern, von denen mindestens zwei Belgier sein sollten. Die Grundlage der Rege-

* Oben S. 87.

lung bildete die Genehmigungspflichtigkeit der Herstellung von Branntwein und Hefe, eine Aufsichts- und Einwirkungsbefugnis auf die möglichst zweckmäßige Verarbeitung der Rohmaterialien, auf die Preisfestsetzung und Verteilung bei der Hefe und ein weitgehendes Verfügungsrecht der Branntweinzentrale über den im Lande hergestellten oder eingeführten Branntwein, dessen Weiterverkauf von der Branntweinzentrale zu Preisen und Bedingungen erfolgte, die vom Verwaltungschef vorgeschrieben wurden. Dem Zweck, die Preistreibereien einzuschränken und dem belgischen Budget neue Einnahmen zuzuführen, hat das Branntweinmonopol durchaus entsprochen.

Die Knappheit der Vorräte und die damit in Verbindung stehenden Erscheinungen auf der einen, der wachsende Bedarf der deutschen Armee auf der anderen Seite führten im Herbst 1917¹⁵⁹ auch zu einer Bewirtschaftung des *Tabaks* durch eine »Tabakverwertungsstelle in Belgien«. Da ihre Aufgabe ganz überwiegend der Durchführung der wirtschaftlichen Nutzung zugunsten des Okkupanten diene, wird hier nicht weiter auf sie eingegangen.

Der in vorstehendem gegebene Überblick zeigt die Großzügigkeit der Organisation. Der unter deutscher Verwaltung erfolgende Umsatz an Nahrungsmitteln im Generalgouvernement hatte allmählich den Betrag von etwa 500 Millionen Franken im Jahr erreicht.¹⁶⁰ Der Überblick zeigt aber auch die ganze Vielgestaltigkeit, wie sie trotz der Gleichmäßigkeit gewisser immer wiederkehrender Maßnahmen wie Höchstpreise, Transportgenehmigung, Konzessionspflicht, Beschlagnahme in der deutschen Verwaltung des Ernährungswesens zutage tritt. Für den mit den Verhältnissen nicht Vertrauten erscheint der Mangel an Vereinheitlichung zunächst schwer verständlich. Er erklärt sich hauptsächlich aus zwei Umständen: den Abmachungen mit den neutralen Gesandten, die, auf den einzelnen Gebieten verschieden wirkend, die freie Betätigung der deutschen Verwaltung auf dem Gebiet des Ernährungswesens hemmten, und sodann dem übermächtigen, im Grunde doch durchaus deutschfeindlichen Einfluß des Comité National, gegen den man in der möglichsten Heranziehung anderer Verbände und Organisationen ein Gegengewicht zu finden hoffte. Verwaltungstechnische Grundsätze mußten politischen Rücksichten sich unterordnen. Die Folgen

dieser Vielgestaltigkeit machten sich in den Wirkungen auf die Durchführung des Ernährungswerkes geltend. Die zweckmäßige Zusammenarbeit der einzelnen Organe war erschwert und konnte auch nicht völlig sichergestellt werden, als gegen Ende der Besetzungszeit die wirtschaftliche Abteilung der beiden Verwaltungschefs für Flandern und Wallonien (Abteilung VII b) zu einer umfassenden, nach einheitlichen Gesichtspunkten leitenden Zentralstelle des Ernährungswesens sich entwickelt hatte, neben der nur die Organisation der Getreideversorgung wegen ihrer Besonderheiten als selbständige Einrichtung bestehen blieb. Auffallen mag auch der auf einer Reihe von Gebieten zutage tretende häufige Wechsel des angewandten Systems. Er erklärt sich zum Teil aus den eben genannten Umständen, zum Teil aus dem Mangel an Erfahrungen auf dem schwierigen und umstrittenen Gebiet, sodann aber auch aus dem Verhalten der Bevölkerung im allgemeinen und der interessierten Kreise im besonderen. Die deutsche Verwaltung stieß immer wieder auf völliges Unverständnis¹⁶¹ dafür, daß die sicherlich zum Teil tiefeinschneidenden, Unbequemlichkeiten, Einschränkungen und Entbehrungen mit sich bringenden Maßnahmen im Grunde doch im Interesse der belgischen Bevölkerung ergingen, um eine gerechte Verteilung der Lebensmittel und die Ernährung auch der minderbemittelten Klassen zu ermöglichen. Eine zuverlässige Mitwirkung bei Beschaffung der für die Bewirtschaftung notwendigen Unterlagen (Anbauflächenerhebung, Ernteschätzungen u. dgl.) konnte bei dem vom Standpunkt des Feindes verständlichen grundsätzlichen Widerstreben nur in sehr beschränktem Maße erzielt werden. Die Aufgabe der Verwaltungsbehörden wurde dadurch wesentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Den zahlreichen Übertretungen und systematisch und mit großer Findigkeit betriebenen Umgehungen der gegebenen Vorschriften konnte durch die in den Verordnungen angedrohten, mit der Zeit verschärften Strafen und durch Verwaltungszwangsmaßnahmen der verschiedensten Art nur unvollkommen begegnet werden. Erfolgreich gestaltete sich die öffentliche Bewirtschaftung auf dem von der Zuckerverteilungsstelle beackerten Gebiet, weil sich hier Zentralisation und möglichst weitgehende Erfassung der Vorräte am leichtesten durchführen ließ. Im übrigen war die restlose Erfassung der Erzeugnisse, auf der sich die Rationierung hätte

aufbauen sollen, zu einem großen Teil gescheitert. Wucherische Ausbeutung in jeder Form, Schleichhandel und Schmuggel nahmen einen unerhörten Umfang an und waren schwer zu bekämpfen. An die Stelle früher ergangener spezieller Wucherverbote trat am 10. Juni 1917¹⁶² eine — später ergänzte¹⁶³ — allgemeine umfassende Landeswucherordnung, die sich auf den Verkehr mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Lebens- und Futtermitteln bezog und scharfe Vorschriften gegen den wilden Handel, den unreellen, den Kettenhandel, den unlauteren Wettbewerb, Preistreibereien und Überforderungen enthielt. Sie war nicht ohne Wirkung, trug aber letzten Endes auch wieder zur Verödung des Marktes und Vermehrung des Schleichhandels bei. Die Einführung der beschränkten Ablieferungspflicht wirkte auch hier günstig, die allgemeine Moral und die Autorität der Behörden hebend. Auf die Dauer blieben nach wie vor besonders ungünstig die Verhältnisse auf dem Gebiet der Fleischversorgung, wo es nicht gelang, die in den großen Verbraucherzentren zu außerordentlicher Höhe steigenden Preise, die es dem größten Teil der Bevölkerung unmöglich machten, sich die Ware zu beschaffen, wesentlich herabzudrücken.

Hattendie besprochenen Maßnahmen zunächst die sachgemäße Verwertung und Verteilung der Erzeugnisse zum Ziel, so dienten sie zum Teil daneben auch dem Bestreben, die Erzeugung der Rohprodukte zu steigern oder wenigstens ihren Rückgang aufzuhalten. Man machte in Belgien die gleiche Erfahrung wie in anderen Ländern während des Kriegs, daß in steigendem Maße ein Rückgang im Anbau der zentral bewirtschafteten Feldfrüchte und gleichzeitig eine wesentliche Zunahme der Anbaufläche solcher Erzeugnisse eintrat, die keinen oder weniger tiefgehenden behördlichen Eingriffen unterlagen. 1918 wurde der Anbau von Hülsenfrüchten, Erbsen, Bohnen u. dgl., im Lande auf das Zehnfache des Vorjahrs geschätzt. Er war wesentlich rentabler und aus diesem Grund und weil er »frei« war beliebter als der von Körnerfrüchten. Wenn auch bei dem großen Nährwert von Hülsenfrüchten diese Erscheinung an sich nicht gerade bedenklich gewesen wäre, so war doch mit der Gefahr zu rechnen, daß die in den freien Verkehr übergehenden Bodenerzeugnisse infolge der damit verbundenen Preissteigerung fast ausschließlich den wohlhabenderen Kreisen zugute kämen.¹⁶⁴ So trat neben das Er-

fassungs- und Verteilungsproblem das Problem der *Förderung der Produktion*, und zwar vorzugsweise eben der bewirtschafteten Nahrungsmittel. Eine besonders wichtige Rolle mußte dabei die Preispolitik spielen. Soweit Preise festgesetzt waren, mußten sie so gestaltet und reguliert werden, daß sie den Anbau der am dringendsten notwendigen Erzeugnisse besonders lohnend machten. Die Einführung eines Anbauzwangs in dem Sinne, daß der einzelne Landwirt zum Anbau bestimmter Flächen mit bestimmten Fruchtarten gezwungen worden wäre, hat die deutsche Verwaltung abgelehnt. Dagegen ist sie im letzten Kriegsjahr durch Einführung des oben geschilderten Systems für Kartoffeln, Gerste, Hafer, Tabak und Zichorie zu einer besonderen Anreizung zum Anbau dieser Produkte übergegangen. Gleichzeitig war der Gemeinde ein erhöhter Anteil an der Verantwortung übertragen, indem von ihr bestimmte Pflichtlieferungen gefordert waren, an deren Einbringung von den Erzeugern sie damit wiederum in erster Linie interessiert und beteiligt war. Auf das Brotgetreide konnte diese Bewirtschaftungsweise nicht ausgedehnt werden, weil die »Vereinbarungen« keinen freien Handel mit Brotgetreide zuließen. Sodann konnte den Gemeinden das Recht gegeben werden, Grundstücke, die von ihrem Eigentümer oder Pächter unbebaut gelassen waren, zu verpachten oder selbst in Bewirtschaftung zu nehmen. Diese Bestimmung entsprach dem auch sonst und von Anfang an betätigten Bestreben, möglichst alles kulturfähige Land der Erzeugung menschlicher Nahrungsmittel dienstbar zu machen und dem Sinken der Hektarerträge zu steuern.

Eine der wesentlichsten Ursachen für die letztgenannte Erscheinung lag in dem durch die »Blockade« wie durch den Rückgang der Industrie hervorgerufenen Fehlen von *Kunstdünger*, dessen rationeller Verwendung die belgische Landwirtschaft besonders viel verdankte. Belgien erzeugt aus Eigenem wohl erhebliche Mengen von Rohstoffen (Phosphate, Ammoniak), ist aber für die Düngemittelfabrikation auf den Bezug von Schwefelsäure und anderen Stoffen aus dem Ausland angewiesen. Die deutsche Verwaltung ließ es sich angelegen sein, den Verkehr mit künstlichen Düngemitteln durch Festsetzung von Höchstpreisen und Genehmigungsvorbehalte zu regeln¹⁰⁵ und die geringen Kunstdüngerbestände im Lande sachgemäß zur Verteilung zu bringen. Sie nahm in der Ölzentrale selbst die Herstellung künstlicher

Düngemittel in großem Umfang in die Hand und gelangte zu einer den belgischen wie den deutschen Interessen gleichermaßen dienenden Austauschregelung, bei der Schwefelsäure und Kali für Belgien aus Deutschland geliefert, Superphosphat und Ammonsulfat aus Belgien für Deutschland freigegeben wurde.

Durch Zuweisung ausreichenden und gesunden Saatguts, das zum Teil aus Deutschland und Holland geliefert wurde, durch Bereitstellung und Erleichterung des Bezugs sonstiger Produktionsmittel suchte die deutsche Verwaltung die *Landwirtschaft* zu unterstützen. Selbst Prämiierungen, Ausstellungen u. dgl. fehlten nicht. Aufklärende und belehrende Tätigkeit, soweit sie irgend möglich war, trat hinzu. Da fast sämtliche landwirtschaftlichen Fachblätter infolge des Kriegs ihr Erscheinen eingestellt hatten, wurde eine neue Zeitschrift »Der Landmann« in deutscher, vlämischer und französischer Sprache herausgegeben, die sich weiter Verbreitung erfreute. Sie brachte Aufsätze aus den verschiedenen Zweigen des Ackerbaus, Obst- und Gartenbaus und der landwirtschaftlichen Nebengewerbe, des Forstbaus, der Viehzucht usw. und gab Anregungen und Ratschläge über Ernährungsfragen für den Haushalt u. dgl. m. Die Bestrebungen des belgischen Ministeriums auf Förderung des landwirtschaftlichen Kreditwesens und des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens fanden wirksame Unterstützung. Alle diese Maßnahmen setzten ein Eindringen in die Verhältnisse der belgischen Landwirtschaft, ihre Struktur und sozialen Verhältnisse, ihre Vielseitigkeit und Eigenart, bedingt durch die natürlichen Verhältnisse und die geschichtliche Entwicklung voraus. Sie stellten an die deutschen Behörden und Beamten keine leichten Anforderungen. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß die Mehrzahl der Landwirte infolge des vermehrten Anbaus hochwertiger Früchte und der außerordentlichen Preissteigerung recht gute Geschäfte gemacht hat. Die Zunahme der Schuldentilgung und der Einlagen bei den verschiedenen Spareinrichtungen sprach dafür. Darin ist ein Ausgleich zu dem ebenso sicher von ihnen vielfach betriebenen Raubbau zu erblicken.

Viele Mühe hat sich die deutsche Verwaltung gegeben, den *Viehstand* auf der gleichen Höhe zu erhalten. Verbote und Einschränkungen der Ausfuhr sowie Requisitions- und Schlachtungsverbote zur Sicherung der Nachzucht setzten schon früh ein.¹⁶⁶

Die Einfuhr von Zuchtkühen aus Holland wird von jeder Beibehaltung ausgeschlossen.¹⁶⁷ Der Bekämpfung der Tierkrankheiten wird erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt, die, wo es not tat, auch in besonderen, die belgischen Vorschriften ersetzenden oder ergänzenden Verordnungen¹⁶⁸ und durch gemeinfaßliche Belehrung¹⁶⁹ betätigt wurde. Daneben erscheinen Förderungsmaßnahmen positiver Art, wie Preiswettbewerbe für Bullen, Eberkörungen und Einrichtung von Eberstationen, Wiederaufnahme der Hufbeschlagkurse in Anpassung an die kriegsmäßigen Bedürfnisse unter Bereiterklärung des Generalgouverneurs, bei Mangel an geschulten belgischen Lehrkräften Militärbeschlagsschmiede für den Unterricht zur Verfügung zu stellen. Viehbestandsaufnahmen und regelmäßige Nachweise sollten die ständige Kontrolle über den Viehbestand sichern.¹⁷⁰ Das für Rindvieh und Schweine noch im Jahre 1917 günstige Ergebnis dieser nicht leicht durchzuführenden Viehzählungen mag anfechtbar sein, keinesfalls kann aber von einer Vernichtung der Viehbestände durch Raubbau gesprochen werden. Andererseits werden im letzten Kriegsjahr die Bestände zurückgegangen sein. Das mußte sich schon als Folge des zunehmenden Futtermangels und der hohen Fleischpreise ergeben.

Die ausgezeichnete *Pferdezucht* Belgiens war durch die Requisitionen zunächst der belgischen und englischen, dann der deutschen Truppen in ihren Grundlagen erschüttert. Dem Generalgouverneur lag besonders daran, den noch verbliebenen, namentlich was die Zuchtstuten betrifft, stark mitgenommenen Zuchtstand zu erhalten. Die Requisitionen wurden eingeschränkt, Fohlenmärkte veranstaltet, um den Besitzern der verkäuflichen Fohlen den Absatz zu angemessenen Preisen zu ermöglichen. Dennoch hat auch hier die Rücksicht auf die Kriegführung die Bemühungen vielfach durchkreuzt. Der ungeheure Verbrauch von Pferden durch die militärischen Ereignisse mußte mit der Zeit wiederum zu scharfen Eingriffen führen, die, wenn sie sich auch lediglich in dem durch die Kriegsbedürfnisse notwendig gewordenen Ausmaß hielten, nicht nur die Pferdezucht, sondern auch die Landwirtschaft im allgemeinen empfindlich trafen. Verkaufs- und Erwerbsverbote für Pferde, Einschränkung ihrer Freizügigkeit, Beschränkung des Deckenlassens von Stuten, Aufhebung der Pferdemarkte¹⁷¹ sollten die Aushebungen sicher-

stellen, zu denen die Pferde vorzuführen waren.¹⁷² Schließlich konnte von den zuständigen militärischen Behörden die Kastrierung der in den Händen der Landeseinwohner befindlichen Hengste über zwei Jahre verlangt werden.¹⁷³ Die Aushebungen selbst bewirkten, daß die Pferdebestände in den einzelnen Betrieben sich lichteten, so daß man die Landwirte durch deutsche und belgische Amtsstellen öffentlich zu gegenseitiger Aushilfe in der Verwendung von Zugtieren zu landwirtschaftlichen Arbeiten auffordern mußte. Dazu kam die belgischerseits in Übung gekommene, durch Futterknappheit, Fleischmangel und die Möglichkeit gewinnbringender Ausnutzung veranlaßte vermehrte Schlachtung von Pferden, Eseln, Maultieren und Mauleseln, der die deutsche Verwaltung durch Verbot solcher Schlachtungen entgegenzutreten suchte.¹⁷⁴

Nicht wenig Schwierigkeiten machte bei dem empfindlichen Mangel an Futtermitteln die *Ernährung* des Viehs. Die Ausfuhr von Futtermitteln jeder Art war schon durch Verordnung vom 27. Dezember 1914¹⁷⁵ verboten worden; die Armeeintendantur hatte aus den erbeuteten Antwerpener Beständen abgegeben; für die von einem besonderen belgischen Komitee bzw. dem CN. aus dem Ausland eingeführten Futtermittel war Requisitionsfreiheit garantiert. Andere Maßnahmen folgten. Bei der Bewirtschaftung der auch zur menschlichen Nahrung geeigneten Erzeugnisse mußte auf diese Schwierigkeiten Rücksicht genommen werden. Das geschah durch entsprechende Vorbehalte und Zuweisungen.¹⁷⁶ Bei der notwendigen Rationierung des Futters wurde auf Bevorzugung der Tiere gesehen, die ihrer Konstitution nach oder wegen ihrer Arbeitsleistung oder aus sonstigen Gründen größere Mengen zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit brauchten, wie der Zuchttiere, der Zugpferde schweren Schlages, der unter Tag arbeitenden Bergwerkspferde, der Pferde der Ärzte, Droschkenbesitzer usw.¹⁷⁷ Die niedrige Bemessung des Ausmahlungsgrads des Brotgetreides kam einer möglichst ergiebigen Kleieproduktion im Interesse des Viehstands zugute. Später machte die Knappheit der Lebensmittel Einschränkungen und Verbote solcher Versorgung zugunsten der menschlichen Ernährung notwendig.¹⁷⁸ Mehr noch als früher mußte neben der Zuweisung von Ersatzstoffen für die Tiere auf den Weidegang als überwiegende Ernährungsmöglichkeit zurückgegriffen werden.

Die Herstellung von Ersatzfuttermitteln setzt in umfassendem Maße ein und wird durch entsprechende Beschlagnahme- und andere Verordnungen sichergestellt.

Besondere Bedeutung können in diesem Zusammenhang verschiedene Maßnahmen der deutschen Okkupationsverwaltung auf dem Gebiet des *Veterinärwesens* beanspruchen. Die Einrichtungen der Ölzentrale wurden in eigenartiger Weise gleichzeitig der Veterinärpolizei und der Erhaltung wie der rationellen Ausnutzung des in den lebenden und toten Haustieren steckenden Kapitals nutzbar gemacht. Dieser doppelte Zweck tritt am deutlichsten hervor in den Maßnahmen zur Verwertung von Tierkadavern und von zur menschlichen Nahrung ungeeigneten geschlachteten Tieren — Maßnahmen, die nicht nur deshalb hier erwähnt werden sollen, weil sie vorbildlich gewirkt haben und in ihren veterinärtechnischen Einzelheiten von staatlichen und kommunalen Verwaltungen in Deutschland als Muster genommen worden sind, sondern auch, weil sie zum Ausgangspunkt für die absurde Behauptung gemacht worden sind, daß die Deutschen die Leichen der gefallenen Krieger zu Ernährungszwecken verarbeitet hätten. In Ermangelung entsprechender belgischer gesetzlicher Vorschriften sind die die Rechtsgrundlage bildenden Bestimmungen durch verschiedene Verordnungen des *Generalgouverneurs* von 1915 und 1916 und die dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen getroffen worden.¹⁷⁹ Vor Erlaß dieser Verordnungen spielte sich nach den vorliegenden Aufzeichnungen der Ölzentrale die Kadaververwertung im allgemeinen in folgender Weise ab: »Der belgische Staat hatte zwei Unternehmer als konzessionierte Abdecker für das ganze Gebiet des Königreichs Belgien anerkannt, und zwar den einen für die drei nordöstlichen, den anderen für die verbleibenden sechs Provinzen. Die Anstalten dieser Unternehmer standen unter Aufsicht der Veterinärabteilung, mußten über die angelieferten Tiere statistisch Bericht erstatten, unterlagen hinsichtlich der Kadaverbeförderung gewissen hygienischen Vorschriften und erhielten für jede verwertete Tierleiche eine staatliche Vergütung von 10 Franken, anscheinend hauptsächlich zur Deckung der Fuhrkosten. — Außerdem trafen, soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, die einzelnen größeren Städte Sonderabkommen mit den in Frage kommenden Abdeckern hinsichtlich der Gewährung einer

städtischen Zulage für die Abholung der in dem betreffenden Stadtgebiet gefallen Tiere. Diese Maßnahmen betrafen nur an Seuchen gefallene Tiere, während die aus anderen Gründen eingegangenen Tiere, wenigstens in einzelnen Provinzen, zur Verfügung der Eigentümer standen. Es war daher in einigen Gegenden, hauptsächlich in der Provinz Hennegau, noch eine ganze Reihe kleinerer Abdeckereien in Betrieb, welche derartige Tierleichen im freien Wettbewerb mit den privilegierten Abdeckern aufkauften und primitiv verarbeiteten. — Diese Anstalten arbeiteten naturgemäß auf die denkbar billigste, d. h. gesundheitswidrigste Weise, mit offenen Kochkesseln in baufälligen Räumlichkeiten, und mußten bei Regelung der Kadaververwertung durch die deutschen Behörden aus hygienischen Gründen sofort geschlossen werden. In den größeren belgischen Anstalten herrschten in gesundheitlicher Hinsicht wenig bessere Zustände; auch sie waren nur auf die Gewinnung von Fett und schlecht getrocknetem Fleisch eingerichtet. Immerhin besaßen sie drehbare Autoklaven mit Siebtrommeln und arbeiteten mit gespanntem Dampf, wenn ihre Dampfanlagen auch nur die Anwendung von höchstens zwei Atmosphären Druck gestatteten. Soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, wurde das gewonnene Fleisch auf offenen Darren oberflächlich getrocknet, auf Kollergängen zerkleinert und als Dünger verwandt, gelegentlich unter Beimischung von im Lande gewonnenem Steinphosphat. — Die Leimbrühe wurde in Jauchefässern auf die benachbarten Felder gebracht. Nach den Informationen der deutschen Verwaltung hatte übrigens die belgische Veterinärabteilung die Absicht, die weitere Konzessionierung der Abdeckereien von der Errichtung neuzeitlicher Anlagen abhängig zu machen. Auch war eine grundlegende Änderung der hygienischen Vorschriften durch gesetzgeberische Maßnahmen geplant.

Eine Besichtigung der sämtlichen Anlagen ergab, daß nur die den beiden vorerwähnten belgischen Großunternehmern gehörenden acht Anlagen den deutscherseits zu stellenden Anforderungen entsprachen. Sie hatten aber infolge des langen, durch den Krieg bedingten Stilliegens und der anderweiten Verwendung einzelner Fabrikteile so stark gelitten, daß ihre Wiederherstellung längere Zeit beanspruchte. Die durch die Verordnung getroffene Regelung, welche die Verwertung der Kadaver

und der zum menschlichen Genuß ungeeigneten Körper von geschlachteten Tieren ermöglichte, beruhte auf der Einführung des Anmelde- und Ablieferungszwangs. Die Anzeigeverpflichtung wurde auf jeden Fall erstreckt, in dem ein Einhufer (Pferd, Esel, Maulesel, Maultier), Rind, Kalb oder Schwein (mit Ausnahme der Ferkel) fiel oder wegen Erkrankung an Seuchen getötet wurde. Ebenso war Anzeige zu erstatten über die in den öffentlichen Schlachthäusern anfallenden Teile von Tierkörpern, soweit die Tierkörper oder Teile zum menschlichen Genuß ungeeignet befunden worden waren. Der Ablieferungszwang bestand in der Verpflichtung der Abgabe der Kadaver und Tierkörper Teile gegen Entschädigung an die zuständige Kadaververwertungsanstalt. Zu diesem Zweck war das Gebiet des Generalgouvernements in Ablieferungsbezirke eingeteilt, nach denen der Wirkungskreis der einzelnen Kadaververwertungsanstalten sich räumlich abgrenzte. Neben den ursprünglich vorhandenen acht belgischen Anstalten, die zum Teil neuzeitlich ausgebaut wurden, wurden später noch drei belgische Unternehmer zugelassen, welche moderne Anstalten nach den Weisungen der Ölzentrale zu errichten hatten. In zwei Provinzen schuf diese auf eigene Kosten entsprechende Anlagen. Nicht wenig Schwierigkeiten machte im späteren Verlauf des Krieges bei dem Knapperwerden der Pferdebestände die Beifuhr der Tierleichen. Sie konnte nur dadurch überwunden werden, daß unter weitgehenden Vorsichtsmaßregeln auch die Eisenbahn zur Beförderung herangezogen wurde. Dadurch gelang es denn nach und nach, die Beifuhr nahezu aller im Gebiet des Generalgouvernements gefallenen ablieferungspflichtigen Tiere sicherzustellen. Nach den Aufstellungen der Ölzentrale kamen zur Ablieferung an die Kadaververwertungsanstalten:

im 1. Halbjahr 1916	6 013	Tierleichen
„ 2. „ 1916	5 860	„
„ 1. „ 1917 (Beginn d. Bahnbeförd.)	10 269	„
„ 2. „ 1917	12 726	„
„ 1. „ 1918	18 303	„
„ 2. „ 1918 (bis 10. November) . . .	10 183	„

zusammen 63 354 Tierleichen

Besonders wertvoll erwies sich nach diesen Aufzeichnungen der Ausbau der belgischen Kadaververwertungsanstalten für die Verwertung der in großen Mengen während der Flandernschlacht verendeten Pferde. Soweit sie nicht von den in den Etappengebieten bestehenden Anstalten verarbeitet werden konnten, wurden die Pferdeleichen mit der Bahn von einem zentral gelegenen Etappenbahnhof auf die einzelnen Anstalten verteilt. So war es möglich, in wenigen Wochen Tausende von Kadavern zu verwerten, welche anderenfalls verloren gewesen wären. Den Kadaververwertungsanstalten selbst war wiederum die Verpflichtung auferlegt, die aus den Kadavern und Tierkörpern von ihnen gewonnenen Erzeugnisse gegen angemessene Preise an die Ölzentrale abzuführen, der auch die Verteilung der Erzeugnisse der Anstalten ausschließlich oblag. Sie erfolgte nach Maßgabe der Vereinbarungen, die zwischen dem Generalgouverneur und den neutralen Gesandten hinsichtlich der in Belgien erzeugten Futterstoffe getroffen waren, das heißt die Erzeugnisse aus Tierleichen, welche von deutschen Truppenteilen oder Dienststellen stammten, gingen nach Deutschland, die aus belgischen Beständen kommenden wurden im Gebiet des Generalgouvernements verwertet. Hier erfolgte die Lieferung des für die belgischen Schweinezüchter bestimmten Fleischfuttermehls zu festgesetzten Verkaufspreisen nur an landwirtschaftliche Einkaufsgenossenschaften, Gemeindeverwaltungen oder an das Hilfskomitee für die Verteilung der ausländischen Nahrungsmittel. Die Abgabe erfolgte in Mindestmengen von 10 000 Kilogramm. Vorgeschrieben war, daß das Fleischmehl nur als Schweinefutter in Mengen von höchstens sechs Gramm täglich für jedes Kilogramm Lebendgewicht verfüttert werden durfte. Die getroffene Regelung sicherte eine schnelle, einfache und gerechte Verteilung über das ganze Land und schloß jeden Preiswucher aus. Welch beträchtliche Beisteuer zur Kriegswirtschaft an hochwertigen Roh- und Futterstoffen durch die genannten Einrichtungen geliefert wurde, beweisen die folgenden, den Aufstellungen der Ölzentrale entnommenen Zahlen: Aus 63 354 Tierkadavern mit 7 506 177 Kilogramm Rohgewicht wurden gewonnen:

1 647 207 kg Fleischfuttermehl,
183 626 kg Fett,
326 164 kg Knochen, Hufe und Hörner,

79 222 kg Rinder- und Pferdefüße,
369 089 kg Leimgallerte,
53 686 kg Fleisch für Kriegshunde.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der von der Ölzentrale in Vaux-sous-chèvremont bei Lüttich erstellten Kadaververwertungsanstalt wurde eine eigene Fabrik zur Herstellung von *Ersatzfuttermitteln* angelegt. Sie wurde nach und nach mit den modernsten Apparaten versehen und hat in hohem Grade erfolgreiche und praktisch verwertete Versuche gemacht, insbesondere mit der Verarbeitung von erfrorzten oder aus sonstigen Gründen zur menschlichen Ernährung ungeeignet gewordenen Feldfrüchten (Kartoffeln, Futter- und Zuckerrüben usw.), von Eicheln und Roßkastanien, von Krabben und Miesmuscheln, sowie mit der Herstellung eines Haferersatzes. Diesem letzteren Zweck widmete sich auch eine ebenfalls von der Ölzentrale eingerichtete Fabrik in Berchem-Ste-Agathe bei Brüssel, welche die so wichtige Strohaufschließung bzw. die Herstellung eines Kraftstrohfutters erfolgreich durchgeführt hat. Sodann wurde die Verarbeitung des in den Brüsseler Schlachthöfen von geschlachteten Rindern gewonnenen Inhalts des Pansenmagens zu Pferde- und Schweinefutter in einer in Anderlecht bei Brüssel von der Ölzentrale vollständig neuzeitlich eingerichteten eigenen Anlage systematisch betrieben. Auch hier waren die Fütterungsergebnisse durchaus befriedigend.

II. GEWERBE UND HANDEL

Gewerbe und Handel lagen bei Beginn der Okkupationsverwaltung völlig danieder. Mit der allgemeinen Wiederherstellung geordneter Verhältnisse ergab sich auch hier die Aufgabe, die wirtschaftliche Tätigkeit des Landes, soweit es die Verhältnisse erlaubten, wieder in normale Bahnen zu lenken und in diesen zu erhalten. Das war um so notwendiger, als die Zahl der in Industrie und Handel beschäftigten Personen auch bei Abzug der im Felde befindlichen eine sehr hohe, die in der Landwirtschaft tätigen weit übersteigende war.

Die Wiederbelebung sollte unter zwei Gesichtspunkten erfolgen, wie sie der Generalgouverneur Freiherr von Bissing bei Eröffnung der ersten Sitzung des Deutschen Wirtschaftsausschusses für Belgien am 19. Juni 1915 programmatisch in folgenden Worten

ausgesprochen hat: »Ich habe . . . zwei Aufgaben, welche gleich wichtig sind. Als Verwalter dieses Landes habe ich für die Wohlfahrt und das Gedeihen desselben zu sorgen. Ich bin der Meinung, daß eine ausgepreßte Zitrone keinen Wert hat und daß eine getötete Kuh keine Milch mehr gibt. Infolgedessen ist es so wichtig und notwendig, daß ein Land, welches wirtschaftlich und auch sonst für Deutschland solche Bedeutung hat, lebensfähig erhalten bleibt, und daß die Wunden des Kriegs nach Möglichkeit wieder geheilt werden. Aber ich bin gleichzeitig verpflichtet, die Vorteile und Nachteile für Deutschland dabei abzuwägen. Wir wollen jede Schädigung der deutschen Industrie durch unser Beleben der belgischen Industrie vermeiden, und wir wollen hoffen, daß es möglich ist, einen Ausgleich zu schaffen, der für beide Länder segensreich und schon jetzt in dieser Zeit ersprießlich wirken kann. Diese Verständigung, dieser Ausgleich kann auch für die Zukunft nützlich sein, mag man sich die Zukunft Belgiens wünschen und über sie denken, wie man wolle.« Von solchen Richtlinien geleitet, ging die deutsche Verwaltung zunächst daran, die Grundbedingungen für eine Wiederbelebung der belgischen Industrie zu schaffen.

Von den auf organisatorischem Gebiet liegenden Maßnahmen (Übertragung der Aufgaben zur Wiederbelebung der belgischen Industrie an eine besondere Abteilung der Zivilverwaltung, Bildung einer Wirtschaftskommission usw.) ist bereits gesprochen worden.* Die Kriegswirtschaft selbst wurde insofern in den Dienst der Wiederbelebung gestellt, als von Anfang an bei Beschlagnahmen von Rohstoffen auf diejenigen Betriebe, die in der Lage waren zu arbeiten, Rücksicht genommen wurde und die Zentralen, vor allem die Kohlen- und die Ölzentrale, bei der Verteilung der ihrer Bewirtschaftung unterstellten Stoffe die belgischen industriellen Betriebe in der ausgesprochenen Absicht der Förderung jenes Zwecks berücksichtigt und gegebenenfalls auch durch Einfuhr der nötigen Mengen und Abgabe von Ersatzstoffen zu stützen versucht haben. Als eines der wichtigsten unmittelbar wirkenden Mittel kam die Hebung und Förderung des *Verkehrs* in Betracht.

Auf dem Gebiet des *Postwesens* hat die deutsche Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien die Wiederbelebung des Ver-

* Oben S. 21, 25.

kehrs in stetigem, planmäßigem, anfänglich durch das Versagen des belgischen Personals erschwerten Fortschreiten durchgeführt. Sie ging zunächst daran, eine Beförderung von offenen Briefpostsendungen, gewöhnlichen und eingeschriebenen, im Ortsverkehr innerhalb der belgischen Städte, zwischen belgischen Städten untereinander und zwischen belgischen Großstädten und Deutschland zu schaffen und in derselben Ausdehnung den Telegrammverkehr einzuführen, während die Zulassung des PrivatFernsprechverkehrs wegen der Gefahr des Mißbrauchs nicht bewilligt werden konnte. Für die Bewohner der Hauptstadt Brüssel im besonderen war bereits anfangs Oktober 1914 ein Briefverkehr untereinander möglich, seit 11. Oktober desselben Jahres waren vorbehaltlich der Überwachung aus militärischen Sicherheitsgründen offene Briefpostsendungen aus der Stadt Brüssel nach Deutschland und umgekehrt in deutscher und in französischer Sprache zugelassen. Von demselben Tage ab wurden private Telegramme von Brüssel nach Deutschland in deutscher und in französischer, umgekehrt in deutscher Sprache befördert. Als Taxen wurden vorgeschrieben innerhalb Belgiens die belgischen, zwischen Belgien und Deutschland die Weltpostvereinssätze. Zur Frankierung dienten deutsche Postwertzeichen mit dem Aufdruck »Belgien« und der Angabe des Werts in belgischer Währung. Zu ihrer Abgabe wurden in geeigneten Geschäften amtliche Verkaufsstellen eingerichtet. Im Mai 1916 mußten die Postgebühren für den innerbelgischen Verkehr erhöht werden, für Briefe bis 20 Gramm von 10 auf 15 Ct und für Postkarten von 5 auf 8 Ct.¹⁸⁰ Gegen den Schluß der Besetzungszeit ist wegen der fortdauernden Steigerung der Betriebskosten und des Rückgangs der Einnahmen eine weitere Erhöhung der Gebührensätze vorgenommen worden, jedoch überstiegen die Zuschläge nirgends die Weltpostvereinssätze.¹⁸¹ An diesen deutsch-belgischen Brief- und Telegrammverkehr wurden in kurzer Zeit immer mehr Orte, vor allem die wirtschaftlich wichtigen, angeschlossen. Innerbelgisch war schon im Frühjahr 1915 das Verkehrsnetz auf sämtliche früheren Postorte im Bereich des Generalgouvernements ausgedehnt. Der Briefbestell- und Briefeinsammlungsdienst wurde immer mehr ausgebaut. Noch im Jahre 1914 wurde der Bahnpostbetrieb aufgenommen. Es folgte im Januar 1915 die Einrichtung eines deutsch-belgischen Zeitungsdienstes und des Postanwei-

sungsdienstes, der »das erste wiedererstandene Mittel zur Ermöglichung des Geldumlaufs im Lande« bildete. Die Zulassung des offenen Brief- und Telegrammverkehrs zwischen Luxemburg und Belgien ab 1. Januar 1915 eröffnete den Verkehr zwischen Belgien und dem Ausland. Er wurde demnächst für einzelne Orte und unter Beschränkung im wesentlichen auf den Austausch offener Briefpost* und auf die deutsche, französische und vlämische Sprache* auf weitere nicht feindliche Staaten ausgedehnt. Die Einführung eines Postnachnahmedienstes, des Zeitungspostabonnements, die Wiederaufnahme des Postscheck- und Überweisungsdienstes,¹⁸² die Wiedereröffnung der Schließfacheinrichtungen in den größeren Städten u. dgl. m. schlossen sich an. Durch Verordnung vom 7. Januar 1916¹⁸³ wurden im Zusammenhang mit der Aufhebung des Moratoriums die Postbeamten zur Aufnahme von Wechselprotesten berufen, mit dem 1. März 1916 ein Postpaketdienst aufgenommen. In ihm wurde ein Mittel für den Gütertausch zwischen Stadt und Land geschaffen, das in dieser Art die belgische Postverwaltung bisher nicht kannte, weil der ganze Päckereiverkehr der Eisenbahn überlassen war. Von allen diesen Maßnahmen, zu denen dann noch, wenn auch in erster Linie durch die eigenen Interessen der besetzenden Macht bedingt, die Wiederherstellung, stete Verbesserung und der Ausbau des Telegraphen- und Fernsprechnetzes trat, machte die Bevölkerung einen sich stets steigernden Gebrauch. Sie kamen nicht zum wenigsten der Geschäftswelt zugute. Mit dem 1. Juni 1917¹⁸⁴ wurde auch der Postsparkassendienst im belgischen Gebiet des Generalgouvernements bei den Postanstalten wieder aufgenommen. Auch er verschaffte sich allmählich wieder Geltung und gelangte schließlich zu erheblicher Ausdehnung. Die belgischen Vorschriften blieben mit wenigen durch die Zeitumstände bedingten Ausnahmen in Kraft. Die Spareinlagen wurden als unantastbares Privateigentum der Sparer angesehen. In allen Postorten, auch den kleinsten, war eine Annahmestelle eingerichtet und von sämtlichen Landbriefträgern wurden Einzahlungen vermittelt, um auch der Landbevölkerung Gelegenheit und Anreiz zum Einlegen von Spargeldern zu geben.

Was die *Eisenbahnen* betrifft, so versteht es sich von selbst, daß die belgischen Hauptbahnen sobald als möglich in rein mili-

* Auch hier wurde später weiter gegangen.

tärischen Betrieb genommen und überwiegend und ausschlaggebend den Rücksichten der Kriegführung dienstbar gemacht werden mußten. Soweit es diese Rücksichten zuließen, suchte man auch den Bedürfnissen der belgischen Bevölkerung gerecht zu werden, die aber teils wegen der nicht vermeidbaren mannigfachen Beschränkungen und der hohen Fahrpreise, teils aus patriotischer Abneigung verhältnismäßig wenig von diesem Verkehrsmittel Gebrauch machte.¹⁸⁵ Um so mehr wurden die im Besitze privater Gesellschaften befindlichen Kleinbahnen (Vizinalbahnen) benutzt, die in einem dichten, leistungsfähig und gut verwalteten Netz ganz Belgien überziehen und zu Militärtransporten wegen ihrer anderen Spurweite im allgemeinen nicht brauchbar waren. Die deutsche Okkupationsverwaltung war bestrebt, soweit es irgend anging, den Verkehr auf den Kleinbahnen zu fördern und ihn für die Wiederbelebung nutzbar zu machen. Für die außerhalb der Betriebsgemeinde wohnenden Arbeiter war er auch sozialpolitisch betrachtet von größter Wichtigkeit.

Ein besonders reger Verkehr entwickelte sich auf den *Straßen*. Die Straßenbahnen konnten bald wieder in Betrieb gesetzt werden. Findigkeit und Unternehmungslust der Einwohner wußte alle möglichen Fuhrwerksverbindungen für den Nachbarschaftsverkehr zu schaffen. Sehr zustatten kamen diesem Bestreben die intensiven Bemühungen der deutschen Militärverwaltung, das ausgedehnte Straßennetz in gutem Zustand zu erhalten und wo nötig, zu verbessern, sowie die zahlreichen durch die kriegesischen Ereignisse zerstörten Brücken wiederherzustellen oder durch neue Kunstbauten zu ersetzen.

Auch die Wiederherstellung der *Wasserstraßen*, soweit sie durch die Kriegsereignisse beschädigt waren, und die Wiederbelebung des *Schiffahrtsverkehrs* ließ sich die Militärverwaltung in steigendem Maße angelegen sein. Die Schifffahrt auf der Maas und der Sambre kam schon im Oktober 1914 wieder in Gang. Die in stetiger rastloser Arbeit noch während der Besetzung bewirkte Vollendung des Canal du Centre in der Gegend von La Louvière und des Seekanals von Brüssel zur Schelde sind als Werke, die nicht nur den militärischen deutschen Bedürfnissen zugute kamen, besonders zu werten. Das große Handelszentrum des Landes, Antwerpen, war durch die Sperrung der Scheldemündung weitgehend außer Betrieb gesetzt, der Warenstrom, soweit er überhaupt floß,

nach den holländischen Häfen geleitet. Selbstverständlich wurde gleichwohl der Stellung Antwerpens im weltwirtschaftlichen Verkehr von der deutschen Verwaltung die intensivste Beachtung geschenkt. Das beweisen die mannigfachen Studien über diese Hafenstadt, die teils unmittelbar vom Generalgouvernement veranlaßt, teils wenigstens angeregt durch die deutsche Verwaltung, von fachkundiger wissenschaftlicher wie praktisch technischer Seite angestellt worden sind. Auch die Frage der Hafenerweiterung und der Verbesserung der Schelde wurde eingehender Prüfung und Bearbeitung unterzogen. Der Gang der Kriegersereignisse ließ es indes hier zur Ausführung praktisch bedeutsamer Maßnahmen nicht kommen. Der Hafenverkehr während des Kriegs war naturgemäß ein minimaler.

Weitere Grundlagen für die Maßnahmen zur Wiederbelebung des belgischen Wirtschaftslebens lagen auf *finanziellem* Gebiet. Eine äußerst wichtige Aufgabe war die Neuregelung des *Geld- und Zahlungsmittelverkehrs*, sowie des *Kreditwesens*. Es verstand sich von selbst, daß dem deutschen Geld die rechtliche Eigenschaft eines allgemeinen gesetzlichen Zahlungsmittels im okkupierten belgischen Gebiet neben den einheimischen Münzen beigelegt werden mußte. Das geschah durch die Verordnungen vom 3. Oktober und 15. November 1914.¹⁸⁶ Eine Mark war danach mit mindestens 1,25 Fr zu berechnen. Um den in verschiedenen Landesteilen hervorgetretenen Mangel an Scheidemünzen zu beheben, veranlaßte der Generalgouverneur durch Verordnung vom 7. August 1915¹⁸⁷ die Ausprägung von Zinkmünzen zu 5, 10 und 25 Ct. Sie mußten bis zum Betrage von 5 Fr in Zahlung genommen werden. Später, im Dezember 1917,¹⁸⁸ wurde aus demselben Grunde die Prägung von Zinkmünzen zu 50 Ct veranlaßt, von denen mehr als 25 Fr in Zahlung zu nehmen, niemand verpflichtet war. Ausfuhr und Durchfuhr von inländischen und ausländischen Gold-, Silber-, Nickel-, Zink- und Kupfermünzen wurde vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen bei Strafe verboten (Verordnung vom 17. Dezember 1915).¹⁸⁹

Nach dem Fall von Antwerpen am 9. Oktober 1914 ergab sich, daß die mit dem Privilegium der Notenausgabe ausgestattete Belgische Nationalbank, den Anweisungen der belgischen Regierung folgend, ihren Barbestand, ihr Wechselportefeuille, die Notenklichees und Notenstempel, sowie die Wertpapiere der

Caisse Générale d'Epargne et de Retraite von Antwerpen, wohin sie bei Ausbruch des Kriegs gebracht worden waren, nach London verschifft hatte, so daß der Notenumlauf seiner gesetzlichen Basis beraubt war. Nachdem ein auf Anregung der deutschen Verwaltung gemachter Versuch, die Bestände der Nationalbank aus London zurückzuerhalten, gescheitert war, bestand die Gefahr, daß von London aus belgische Noten in Umlauf gesetzt wurden. Daraus ergab sich die Unmöglichkeit, der Bank das Notenprivileg zu belassen. Es wurde ihr entzogen, der Gouverneur, sowie der Staatskommissar des Instituts wurden abberufen.¹⁰⁰ Nun mußte ein neues Geldumlaufmittel geschaffen werden, sowohl für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes, als auch für die Finanzierung der Kontributionen.¹⁰¹ Der Generalgouverneur erteilte durch Verordnung vom 22. Dezember 1914¹⁰² dem ältesten belgischen Bankinstitut, der Société Générale de Belgique, die schon früher einmal (vor 1850) das Notenprivileg besessen hatte, das ausschließliche Recht zur Ausgabe von Banknoten. Ihre Ausgabe hatte durch ein der Bank angegliedertes Notendepartement zu geschehen, dessen Geschäfte von den übrigen Geschäften der Bank vollkommen zu trennen waren und das von einem deutschen Regierungskommissar überwacht wurde. Näheres über die Organisation des Notendepartements, über seine Geschäfte, die Notenausgabe, Rechnungslegung, Verwaltung und Regierungsaufsicht enthielt das unter dem 9. Januar 1915 vom Generalgouverneur erlassene, dem Reichsbankgesetz und dem Statut der Reichsbank nachgebildete Statut.¹⁰³ Durch Verordnung vom gleichen Tage¹⁰⁴ wurden die Noten der Société Générale zu gesetzlichen Zahlungsmitteln mit Zwangskurs erklärt. Diejenigen Noten der Belgischen Nationalbank, die bis zum 5. November 1914, und diejenigen Noten, die nach diesem Zeitpunkt mit Genehmigung des Generalkommissars für die Banken in Belgien ausgegeben worden waren und umliefen, behielten gesetzliche Zahlkraft und Zwangskurs. Das Notenprivileg der Société Générale war zunächst nur auf die Dauer eines Jahres erteilt, wurde dann aber jeweils auf ein weiteres Jahr verlängert.¹⁰⁵ Nach langen Verhandlungen kam mit der Société Générale eine Verständigung zustande, welche die sofortige Finanzierung des *Kontributionsbetrages* ermöglichte, der von den neun belgischen Provinzen zu leisten war und in den neuen Noten

der Société Générale gezahlt wurde. Mit diesen Verhandlungen war die Regelung der Requisitionen und die Bezahlung der in Belgien durch die deutsche Militärbehörde requirierten Massengüter verbunden worden. Über diese Maßnahmen enthält der von der wirtschaftlichen Nutzung der besetzten Gebiete handelnde Teil das Nähere. Auch sie trugen ebenso wie der im Einvernehmen mit der Okkupationsverwaltung erfolgte Beschluß der »Vereinigung Berliner Banken und Bankiers«, die belgischen Guthaben in Berlin vom 1. Februar 1915 ab freizugeben, wesentlich dazu bei, die Geldflüssigkeit im Lande bald zu einer verhältnismäßig großen zu gestalten. Sie zeigte sich unter anderem in der Leichtigkeit, mit der viele Gemeinden die zur Deckung ihrer Kriegsausgaben nötigen Anleihen aufnehmen konnten.¹⁹⁶

Die Regelung des Geld- und Kreditwesens schuf die Grundlage für weitere Maßnahmen zur Wiederbelebung der belgischen Wirtschaft. Langwierige Vorarbeiten und Überwindung nicht unerheblicher Widerstände und Schwierigkeiten¹⁹⁷ rechtlicher, technischer und wirtschaftlicher Art erforderte der *Abbau des Moratoriums*. Die belgische Regierung hatte in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen vom August 1914 die Moratoriumsfrage zu regeln versucht. Ein allgemeines Moratorium war nicht erlassen. Nur gegen die zu den Fahnen einberufenen Bürger sollte nach einem Gesetz vom 5. August 1914¹⁹⁸ während der Dauer des Kriegszustandes keinerlei Verfolgung in Zivil- oder Handels-sachen stattfinden. Sodann war durch Gesetz vom 4. August 1914¹⁹⁹ die gesetzliche Befugnis des Richters, dem Schuldner eine Zahlungsfrist zu gewähren, für die Dauer des Kriegszustandes über das bisherige Anwendungsgebiet hinaus auf alle Zivil- und Handelssachen ausgedehnt worden. Verfallklauseln wegen Nichtzahlung, die auf Zivil- oder Handelsrecht beruhen, waren für unwirksam während des Krieges erklärt worden (Verordnung vom 18. August 1914).²⁰⁰ Im übrigen und abgesehen von einzelnen Spezialbestimmungen war nur ein Moratorium für Wechselforderungen und für Forderungen aus Bankguthaben bewilligt worden.²⁰¹ Durch Verordnungen des Generalgouverneurs, verkündet im Gesetz- und Verordnungsblatt, wurden die hienach festgesetzten Fristen für Protesterhebungen und sonstige zur Wahrung des Regresses bestimmte Rechtshandlungen jeweils verlängert. Dasselbe geschah, übrigens mit einer bestimmten Erweiterung,²⁰² mit

der Verfügung über die Zurückziehung von Bankguthaben. Eine Verordnung des Generalgouverneurs vom 5. Januar 1916²⁰³ brachte den Abbau des Wechselmoratoriums und des Bankenmoratoriums, um den Zahlungsverkehr wieder in normale Bahnen zu lenken. Das Wechselmoratorium wurde in der Weise abgebaut,²⁰⁴ daß aus den unter das Moratorium fallenden Wechseln, die im Gebiet des Generalgouvernements Belgien zahlbar waren, mit Ausnahme der nacherwähnten Fälle allgemein nach Ablauf von 19 Monaten 7 Tagen, d. h. für die Fälligkeiten vom August 1914 im März 1916 usw. Regreß genommen werden konnte. Für Wechsel, die außerhalb des Gebietes des Generalgouvernements ausgestellt waren, sowie für Wechsel im Betrage von 200 Fr und darunter wurde diese Frist um weitere drei Monate, also um 22 Monate 7 Tage, hinausgeschoben. Die bisherigen Bestimmungen, die das Bankenmoratorium regelten, wurden durch die Verordnung dahin abgeändert, daß außer den Beträgen, zu deren Rückforderung die Einleger bereits berechtigt waren, auch noch die Rückzahlung von Guthaben verlangt werden konnte, wenn die auszuzahlende Summe nachweislich zur Begleichung von Schulden und fälligen Verbindlichkeiten oder zur Beschaffung von Material oder Waren für den eigenen kaufmännischen, gewerblichen, land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb erforderlich war. Für die unter Zwangsverwaltung* oder unter Aufsicht* stehenden Unternehmungen wurden die Beschränkungen in der Verfügung über Bankguthaben ganz aufgehoben. Das durch Gesetz vom 4. August 1914 erweiterte Recht des Richters zur Gewährung von Zahlungsfristen blieb weiter aufrechterhalten, um in den Fällen, in denen sich aus der strengen Durchführung der Verordnung Härten ergeben sollten, dem Richter die Möglichkeit zu lassen, den durch die kriegserischen Ereignisse besonders schwer betroffenen, aber noch kreditwürdigen Schuldner zu schützen. Die obenerwähnte Verordnung des Königs der Belgier vom 18. August 1914 über die Außerkraftsetzung der Verfallklauseln hatte sich als zu weitgehend erwiesen. Sie trug den wirtschaftlichen Verhältnissen zu wenig Rechnung, insbesondere kam sie auch dem böswilligen Schuldner zugute. Die Verordnung über den Abbau des Moratoriums hob deshalb diese Verordnung des Königs der Belgier auf und sah

* Unten S. 132 ff.

überhaupt davon ab, eine Anordnung zu treffen, durch die automatisch vertragliche oder gesetzliche Verfallklauseln außer Kraft treten. Sie übertrug im Anschluß an die Regelung in Deutschland den Gerichten die Befugnis, im Einzelfalle anzuordnen, daß eine Rechtsfolge, die wegen Nichtzahlung oder der nicht rechtzeitigen Bezahlung einer Geldforderung eintritt, als nicht eingetreten gelten solle.²⁰⁵ Unberührt von der Verordnung blieben die Bestimmungen über das Zahlungsverbot, wie sie in den Verordnungen des Generalgouverneurs vom 3. und 28. November 1914, 12. August und 29. Oktober 1915²⁰⁶ gegen England und Frankreich, gegen Rußland und Finnland, gegen Ägypten und Französisch-Marokko im Wege der Vergeltung erlassen worden waren.*

Zum Schutz behinderter Ausländer, d. h. Nichtbelgier — das ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen —, waren Moratoriumsbestimmungen durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 25. September 1914²⁰⁸ ergangen. Danach hatte in allen Fällen, in denen Ausländer infolge des Kriegs verhindert sein sollten, ihre Rechte vor den Gerichtsbehörden in den okkupierten Gebieten Belgiens zu verteidigen, der Richter von Amts wegen Stundung gemäß Art. 8. 1244 Abs. 2 des in Belgien geltenden Bürgerlichen Gesetzbuchs²⁰⁹ zu gewähren. In keinem Falle sollten Urteile oder richterliche Verfügungen gegen den verhinderten Ausländer erlassen werden dürfen. Diese Verordnung wurde ersetzt durch eine neue vom 22. April 1916²¹⁰ mit Abänderung durch Verordnung vom 2. Dezember 1916.²¹¹ Sie erstreckt ihren Schutz nur auf Ausländer, die nicht den mit dem Deutschen Reich in Kriegszustand befindlichen Staaten angehören und verbietet Verhandlung oder Entscheidung belgischer Gerichte über Klagen oder Anträge irgendwelcher Art gegen deutsche, österreichisch-ungarische, osmanische oder bulgarische Heeresangehörige einschließlich der Beamten der deutschen Behörden in Belgien. Ferner entzieht sie Personen britischer, französischer oder russischer, später auch italienischer, rumänischer und portugiesischer Staatsangehörigkeit, sowie juristischen Personen, Gesellschaften und Vereinigungen, die in den betreffenden Ländern oder den Kolonien, auswärtigen Besitzungen und Schutzgebieten dieser Staaten ihren

* Der weitere Verlauf des Krieges brachte dann noch Zahlungsverbote im Wege der Vergeltung gegen Portugal, Rumänien und Italien, gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, gegen Siam, Liberia und China, sowie gegen Brasilien.²⁰⁷

Sitz haben, das Recht, vermögensrechtliche Ansprüche vor belgischen Gerichten geltend zu machen und zur Sicherung und Durchführung solcher Ansprüche sich der Hilfe belgischer Justizorgane zu bedienen. Eine Ausnahme ist gemacht zugunsten der sich in Belgien dauernd aufhaltenden feindlichen Staatsangehörigen für bestimmte Ansprüche.

Die belgische Regierung hatte sodann Verordnungen erlassen, durch welche die *Verjährungsfristen* während der Dauer des Kriegs zugunsten bestimmter Personen gehemmt sein sollten. Auch die deutsche Okkupationsregierung hat solche Verordnungen mit zeitlich beschränkter Wirkung erlassen und zwar vor allem zugunsten der Ansprüche der Kaufleute und Handwerker gegen Nichtkaufleute aus Lieferung von Waren und Ausführung von Arbeiten, sowie zugunsten der Deutschen und der Angehörigen der mit Deutschland verbündeten oder der neutralen Staaten.²¹²

Im Mittelpunkt des belgischen industriellen Lebens steht der *Kohlenbergbau*. Ihm wendete sich in erster Linie die Sorge der Okkupationsverwaltung zu. Durch den Vormarsch in Belgien waren die Betriebsanlagen des belgischen Bergbaus nur in ganz geringem Maße beschädigt worden und es konnten daher schon bald nach der Besetzung des Landes fast sämtliche Gruben wieder in Betrieb genommen werden. Den Bemühungen der deutschen Bergverwaltungen gelang es, die Förderung der belgischen Gruben allmählich wieder so weit zu entwickeln, daß sie schon nach einem halben Jahr wieder die Hälfte der Friedensförderung betrug. Während des Kriegs wurde im Jahre 1916 mit 76 vH die Höchstförderung erreicht. Im Juni 1915 waren schon wieder 122 000 Arbeiter, das sind 85 vH der Friedensbelegschaft beim belgischen Bergbau, wenn auch noch nicht voll, beschäftigt. Die Gründung der Kohlenzentrale war von den belgischen Grubenverwaltungen zunächst mit Mißtrauen und passivem Widerstand aufgenommen worden. Die Einsicht, daß bei der Art der Geschäftsführung der Kohlenzentrale auch ihnen erhebliche Vorteile zufielen, ließ sie später bereitwillig mitarbeiten. Bei der Regelung der Verkaufspreise hat sich die Kohlenzentrale bemüht, einen angemessenen Ausgleich zu schaffen zwischen dem Wunsch der unter ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Gruben, teuer zu verkaufen, und dem Wunsch der Verbraucher, nicht zu teuer

zu bezahlen. Im Kempenlande (der Campine), im Nordosten des Landes, an Holland anstoßend, waren erstmals 1901 in bedeutender Tiefe große Kohlenlager festgestellt worden, die in Gemeinschaft mit dem belgischen Südbecken einen Teil der Kohlenablagerung bilden, die sich von Westfalen über München-Gladbach, Aachen nach Nordfrankreich und England erstreckt. Hier lagen die Verhältnisse bei Beginn der Besetzung so, daß in sechs auf Grund der Bohrungen erteilten Konzessionen mit den Arbeiten für je eine Doppelschachanlage begonnen war. Der Wasserreichtum des Deckgebirges machte es nötig, daß alle Schächte nach dem sogenannten Gefrierverfahren abgeteuft wurden, d. h. daß die zu durchteufende wasserreiche Erdsäule von Tage bis zu dem festen wassertragenden Gebirge durch Gefrieren festgemacht und in diesem Zustand bis zur Vollendung des Abteufens unter Herstellung des wasserdichten Ausbaus gehalten wurde. Der Einmarsch der deutschen Armeen hatte die Abteufarbeiten mehr oder weniger zum Stillstand gebracht. Sie wurden aber unter kräftiger Förderung der deutschen Verwaltung ungesäumt wieder aufgenommen. Auf der Zeche Winterslagt konnten noch während der Dauer der Besetzung Kohlen in zuletzt namhafter Höhe gefördert werden.

Ausgenommen den Kohlenbergbau stieß die Belebung der Industrie in ihren vielfachen Verzweigungen trotz der für sie geschaffenen Grundlagen auf erhebliche Hindernisse. Von den Umständen mehr allgemeiner Natur, wie sie die Kriegsverhältnisse mit sich bringen, abgesehen, waren sie im wesentlichen viererlei Art: die Schwierigkeit, ja, weitgehende Unmöglichkeit des für Belgien als Ausfuhrland unentbehrlichen Exports, das Fehlen der Rohstoffe, der Abtransport von Maschinen und das ablehnende Verhalten der belgischen Industriellen. Die Schwierigkeiten beim Export wurden nicht nur durch die Rücksichtnahme auf militärische und kriegswirtschaftliche Interessen, die im eigenen deutschen Bedarf, wie in der Gefahr der Förderung entgegengesetzter Belange bei der Wegnahme durch eine feindliche Macht begründet waren, sondern insbesondere durch die feindliche Blockade als solche erheblich verschärft. Dasselbe galt von der Beschaffung der Rohstoffe, auf deren Einfuhr Belgien in besonders hohem Maße angewiesen ist. Deren Vorräte waren zudem zu einem großen Teil zu Beginn der Okkupation beschlag-

nahmt und abgeführt worden. Abgaben aus beschlagnahmten Beständen an die belgischen Industrien, wie sie im Interesse der Wiederbelebung erfolgt sind, konnten nur vorübergehende Wirkungen haben, den Stillstand nur aufhalten, nicht verhindern. Die Schwierigkeiten mußten um so stärker wirken, als sich auch Belgien gegenüber die allgemein beobachtete Erscheinung nachteilig geltend machte, daß seit Beginn des Kriegs ein Teil der Konkurrenzstaaten, selbst wenn sie mit ihm verbündet waren, aus der ungünstigen Lage seiner Verhältnisse Vorteil zu ziehen, seine Märkte zu gewinnen und seinen Wettbewerb mit allen Mitteln zu bekämpfen suchte.

Für den Warenaustausch mit dem neutralen Auslande kam vor allem Holland in Betracht, zu dem Belgien schon vor dem Kriege naturgemäß die engsten wirtschaftlichen Beziehungen hatte. Für die zu befolgende Politik waren zwei Hauptgesichtspunkte maßgebend: das Interesse, für die belgische Industrie Absatzmöglichkeiten zu haben, aber auch das Interesse, einen möglichst großen Überschuß der belgischen Produktion für Deutschland nutzbar zu machen in der Weise, daß das Mehr der Produktion ins Ausland exportiert werden und dieses dafür im Wege des Austausches die von Deutschland benötigten Stoffe liefern sollte. Bei der Verfolgung beider Ziele war auf die deutsche Exportindustrie entsprechende Rücksicht zu nehmen. Sehr hindernd für eine günstige Lösung des ganzen Problems, namentlich hinsichtlich der Erzielung einer namhaften Einfuhr nach Deutschland, war der Druck, den England als Maßnahme des gegen Deutschland geführten Wirtschaftskriegs auch auf Holland ausübte. Diesem Drucke nachgebend hatte Holland zahlreiche Ausfuhrverbote erlassen und, um eine größere Sicherheit für das Verbleiben der von Übersee nach Holland eingeführten Waren im Lande zu schaffen, die »Nederlandsche Overzee Trust Maatschappij« (NOT.) errichtet. Der Trust sollte gewährleisten für die Nichtwiederausfuhr der an ihn konsignierten Waren, indem er den Empfängern eine Barhinterlegung oft in Höhe des mehrfachen Wertes der betreffenden Waren auferlegte. Die Kautionsverfiel, wenn die Waren ohne Zustimmung des Trusts außer Land gingen. Diese und andere Schwierigkeiten waren die Veranlassung zu Verhandlungen zwischen den deutschen Stellen in der Heimat und in Belgien einerseits und Holland andererseits mit dem Ziel,

für die Handhabung des Warenaustausches gewisse auf die Basis gegenseitigen Vertrauens gestellte Grundsätze zu vereinbaren. Für Holland kamen dabei als wichtigste Importartikel aus Belgien in Betracht Kohle, unedle Metalle, Zement, Glas und Steine, für die deutsche Verwaltung aus Holland hauptsächlich Getreide, Futtermittel und gewerbliche Rohstoffe. Anträge auf Ausfuhrbewilligungen nach Holland, die für den Austausch nutzbar zu machen waren, wurden bei der deutschen Verwaltung in Belgien im Benehmen mit den Berliner Stellen und der Gesandtschaft im Haag geprüft. Soweit nicht ein deutsches oder belgisches Interesse entgegenstand, wurde die Ausfuhr bewilligt und alsdann die in Holland bestehende Austauschkommission durch die deutsche Gesandtschaft im Haag unterrichtet. Umgekehrt fand ein ähnliches Verfahren statt. Auch abgesehen von dem Verkehr mit Holland wurde im Interesse der Belebung der belgischen Wirtschaft der Versuch gemacht, auf dem Wege des Austausches, gegen entsprechende Mengen Rohstoffe oder auch ohne Austauschobjekte, soweit es mit dem eigenen deutschen militärischen und wirtschaftlichen Interesse verträglich war, belgische Produkte ins Ausland abzusetzen. Wenn hierbei auch im Anfang einige Erfolge erzielt wurden, so muß doch im ganzen gesagt werden, daß das Ergebnis unbefriedigend war. Die Ausfuhr über See war dadurch noch besonders erschwert, daß England die Verschiffung belgischer Waren über See von neutralen Häfen aus von der vorherigen Hinterlegung des Gegenwerts für die Dauer der Okkupation bei einer englischen Bank abhängig machte. Nur der für Arbeitslöhne aufgewendete Betrag wurde den belgischen Fabriken aus der Hinterlegungssumme freigegeben (Noten vom 4. und 19. August 1915). Dieses Vorgehen, das letzten Endes zu einer allmählichen Aussaugung des Landes unter gleichzeitiger Stärkung der englischen Valuta führen mußte, nötigte die deutsche Verwaltung dazu, die Ausfuhr über See nur unter besonderen Sicherheiten zuzulassen. Das Reichsamt des Innern lehnte schließlich die Ausfuhr solcher Waren grundsätzlich ab, für die England Hinterlegung eines Teils des Ausfuhrwertes verlangte, da England ein solches Recht nicht zuerkannt werden konnte. Die Ausfuhr nach Übersee wurde daher nur noch gegen Vollziehung eines Affidavits genehmigt, in dem sich der Verloader zum vollen Hereinbringen des Fakturenwerts verpflichtete. Eine

Ausnahme hat das Reichsamt des Innern nur für Buntpapier zugestanden, an dessen Ausfuhr die deutsche Industrie durch Lieferung der Rohmaterialien Interesse hatte; es genügte bei diesem Artikel ein Hereinkommen von 80 vH des Ausfuhrwertes.

Der Abtransport von Maschinen nach Deutschland war durch den dringenden Bedarf an solchen für die Munitionsanfertigung veranlaßt und in großem Umfang erfolgt, machte sich aber jetzt für die Durchführung der Aufgaben der Okkupationsverwaltung nachteilig geltend. Der Bau neuer Maschinen für belgische Bedürfnisse wurde durch Ausstellung von Freibriefen zum Schutz vor Beschlagnahme zu fördern gesucht.

Das dem Gedanken einer Wiederbelebung aus nationalen Gründen abholde Verhalten der belgischen Industriellen, soweit sie nicht ins Ausland geflüchtet waren, trat äußerlich in der Form in Erscheinung, daß sie es ablehnten, für die deutsche Verwaltung oder mit ihr zu arbeiten, und es weitgehend vorzogen, ihre Arbeiter zu unterstützen. Zu einem solchen Verhalten wurde vielfach durch in Umlauf gesetzte Anweisungen der verschiedensten Art aufgefordert. Auf diese Weise wurde der von dem Generalgouverneur aufgestellte Grundsatz, daß unter den obwaltenden Verhältnissen jedem Arbeitgeber, der sich im Besitz der nötigen Rohstoffe, Betriebsmaterialien usw. befände und Absatz für die Produkte habe, die sittliche Pflicht obliege, seinen Betrieb zu eröffnen und hierdurch Arbeitswilligen Arbeitsgelegenheit zu geben, weitgehend unwirksam gemacht. Der Widerstand war um so stärker, je enger die Berührung der Arbeit mit den Notwendigkeiten des Kriegs war. So war er besonders nachhaltig in den großen Steinbrüchen von Lessines, ferner in der Maschinenindustrie, wo Industrielle und Arbeiter in geschlossener Einmütigkeit es abgelehnt hatten, für die deutsche Eisenbahnverwaltung Aufträge zu übernehmen.

Immerhin gelang es nach und nach, mit den führenden Kreisen von Industrie und Handel in Belgien nicht nur Fühlung zu nehmen, sondern auch wenigstens den Anfang einer gewissen Unterstützung der Bemühungen der Verwaltung bei ihnen zu finden. Unter dem Zeichen der Wiederbelebung bildete sich eine Art Interessenzentrale der gesamten belgischen Industrie bei der Abteilung für Handel und Gewerbe, wo besondere Referate für die einzelnen Industrien gebildet waren, nach der Richtung, daß in

der Beschaffung von Rohmaterialien, der Gestellung der Transportmittel, in den Fragen der Ein- und Ausfuhr u. a. m. eine weitgehende Vermittlung ausgeübt werden konnte. Eine ganze Anzahl von Betrieben kam mit einem mehr oder minder großen Teil ihrer Arbeiter wieder in Gang, so besonders in der Steinbruchindustrie, der keramischen Industrie, der Glasindustrie, der Zuckerindustrie und einzelnen Teilen der Eisenindustrie. Auch die zunächst stillgelegte Spitzenindustrie konnte bald wieder ihre Tätigkeit aufnehmen, und die Holzschuhindustrie, bei der die Beschaffung der Rohstoffe keine Schwierigkeiten machte, konnte, zumal bei dem großen Bedarf der armen Bevölkerung Deutschlands, eine gewisse Blüte erlangen. Auch Umstellungen auf neue Industriezweige kamen vor. Ausstellungen von Puppen und sonstigem Spielzeug gaben davon Kenntnis. Die Heimarbeiter der Lütticher Waffenindustrie gingen vielfach zum Anfertigen von Luftgewehren für Kinder über. Führende belgische Industrielle hatten sich in einem Comité Industriel nach dem Vorbild des Comité National zusammengeschlossen, mit der im Einverständnis mit der deutschen Verwaltung betätigten Absicht, auf die englische Regierung dahingehend einzuwirken, der belgischen Industrie nicht durch die Sperrung der Rohstoffzufuhr und die Erschwerung der Ausfuhr der Fabrikate den Lebensnerv abzuschneiden. Auch hier wurden einige bemerkenswerte Erfolge erzielt, namentlich hinsichtlich der Minderung des in England zu hinterlegenden Gegenwerts. Alles in allem blieb aber trotz aller Bemühungen und trotz mancher erfreulicher Ansätze die wirtschaftliche Produktivität Belgiens beschränkt. Namentlich gelang es nicht, die hochentwickelte Textilindustrie, von der wenig Rohmaterial verbrauchenden Spitzenindustrie abgesehen, wieder zu beleben, da es nicht möglich war, die nötigen Spinnstoffe zu beschaffen. Sie kam allmählich zum nahezu völligen Erliegen. Zu einem Teil wurde der aus diesen Verhältnissen sich ergebende Mangel ausgeglichen durch die Ausverkaufstätigkeit, die infolge der Absperrung in bezug auf die Bestände in Belgien eingetreten war. Und da die Preise für alle Produkte auch in Belgien gestiegen waren, so sind in gewissem Maße auch hier Kriegsgewinne realisiert worden. Als Zeichen einer in großen Teilen des Landes herrschenden verhältnismäßig starken Geldflüssigkeit kann der lebhaft borsenmäßige Verkehr in Effekten u. dgl. angesehen

werden, der in Brüssel lange im stillen, aber allgemein bekannt und von der deutschen Verwaltung geduldet vor sich ging und schließlich²¹³ wieder in das offizielle Gebäude der Brüsseler Börse am Börsenplatz verpflanzt wurde.

Mit zunehmender Kriegsdauer, mit dem Fortschreiten der Wirkungen der »Blockade« und mit der Ausdehnung des Kriegsschauplatzes steigerten sich die Schwierigkeiten im deutschen Wirtschaftsleben derart, daß sich auch die wirtschaftspolitischen Aufgaben und Ziele der deutschen Verwaltung in Belgien ändern, ja, zu einem großen Teil geradezu in ihr Gegenteil verkehren mußten. »Im zweiten Halbjahr 1916«, sagt der unter der Verantwortung des Verfassers dieser Abhandlung erstattete Bericht der Abteilung für Handel und Gewerbe für das erste Halbjahr 1917, Seite 6, »machte sich die Unzulänglichkeit der Kohlenförderung, die Knappheit an Rohstoffen, der Mangel an Arbeitskräften und Maschinen, sowie die Überlastung und Abnutzung unserer Verkehrsmittel in bedrohlicher Weise fühlbar. Sollte eine erfolgreiche Fortsetzung des Krieges und das Durchhalten in der Heimat gewährleistet werden, so mußte die gesamte Volkswirtschaft auf die strengste zusammengefaßt und in erster Linie den Zwecken der Kriegführung und der Kriegswirtschaft untergeordnet werden. Eine Fortführung der freien, vornehmlich auf Gewinn gerichteten Wirtschaft war ausgeschlossen. In der Heimat geschah die erforderliche Umstellung gegen Ende 1916 durch Errichtung des Kriegsamts und Einführung des Hilfsdienstgesetzes. Zunächst wurden zur Freimachung von Maschinen und Arbeitskräften, zur Einschränkung des Kohlenverbrauchs und zwecks Entlastung der Eisenbahnen und Schifffahrtswege alle entbehrlichen Betriebe, die der Herstellung von Friedenswaren dienten, stillgelegt. Für die Fortführung der übrigen Betriebe war ausschließlich ihre Kriegswichtigkeit entscheidend. Zwecks einer wirtschaftlicheren Ausnutzung der verfügbaren Arbeitskräfte, Rohstoffe und sonstigen Betriebsmittel wurden in ausgedehntem Umfang auch bei kriegswichtigen Betrieben Zusammenlegungen vorgenommen. Naturgemäß mußte, und zwar in noch höherem Maße als in der Heimat, das Wirtschaftsleben im besetzten Gebiet den Zwecken der deutschen Kriegführung dienstbar gemacht und dementsprechend organisiert werden. Galt es doch hier noch außerdem, zu verhindern, daß ausländische Betriebe, während deutsche Unter-

nehmungen höheren Zwecken zuliebe lahmgelegt wurden, für die Zeit nach dem Kriege (Übergangswirtschaft) ihre Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhielten oder gar noch steigerten. «Herrschend in der Wirtschaftspolitik wurden nunmehr die Rücksichten der Kriegswirtschaft, die in der wirtschaftlichen Ausnutzung des besetzten Landes gipfelten, und der wirtschaftlichen Kriegführung, die mit der Zunahme des Drucks von der Gegenseite sich auch ihrerseits verschärften. Um ihre Durchführung zu ermöglichen, waren tiefeingreifendewirtschaftliche und verwaltungstechnische Maßnahmen notwendig, die zwar zum Teil in ihren Anfängen auf die ersten Zeiten nach der Okkupation zurückgehen, aber doch ihren scharf wirkenden Ausbau erst jetzt erhalten und die deshalb hier ihre Besprechung finden mögen. Es handelt sich zunächst um die Erfassung und die Rationierung der Rohstoffe, sowie die Kontrolle der Aus- und Einfuhr. Die Erfassung von Rohstoffen, zu denen hier auch die für die deutsche Kriegswirtschaft wichtigen Halb- und Fertigfabrikate gerechnet wurden, zu Zwecken der deutschen Kriegswirtschaft erfolgte nach den von der Kriegsrohstoffabteilung in Berlin aufgestellten Grundsätzen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des besetzten Landes. Sie machte eine weitgehende Kontrolle erforderlich, die Transportgenehmigungspflicht innerhalb des Gebiets des Generalgouvernements in bestimmtem Umfang und Prüfungen und Genehmigungen der Ausfuhr in sich schloß. Die rechtliche Grundlage bildeten eine Reihe von Verordnungen. Die Verordnung des Generalgouverneurs vom 26. Oktober 1914,²¹⁴ ergänzt durch weitere vom 15. November und 20. Dezember 1914,²¹⁵ stellte zahlreiche im einzelnen aufgeführte Kriegsbedarfstoffe unter die Kontrolle des Kommissars des Kriegsministeriums, der sowohl über die Zulassung zur Ausfuhr, als auch über ihre sonstige Verwendung, namentlich ihre Abtretung an das Deutsche Reich oder an Dritte gegen Wertentschädigung, zu befinden hatte. Nachdem durch Verordnung vom 25. Februar 1915²¹⁶ »Waren aller Art« unter Genehmigung gestellt waren, machten die Erfahrungen und die Bedürfnisse des Handels eine durchgreifende Änderung notwendig, die in der Verordnung des Generalgouverneurs für die Ausfuhr von Waren aus Belgien vom 1. Juni 1915²¹⁷ mit Ergänzung durch die Verordnungen vom 22. Juli 1915 und vom 18. September 1915²¹⁸ erfolgte. Sie stellte wiederum die Aus-

fuhr bestimmter einzeln aufgeführter Waren unter die Genehmigung des Kommissars des Kriegsministeriums, gab aber die Ausfuhr aller in der Verordnung nicht genannten Waren nach Deutschland, Luxemburg und dem besetzten Teil von Frankreich ohne Rücksicht auf die auszuführende Menge und nach anderen Ländern jedenfalls insoweit frei, als es sich um Stückgutsendungen handelte. Die Verordnung vom 1. Juni 1915 erfuhr wiederum eine Änderung durch diejenige über die Ausfuhr und den Transport von Gütern vom 13. Oktober 1915.²¹⁰ Sie dezentralisierte die Erteilung der Ausfuhrgenehmigung und verteilte sie auf eine Anzahl von Dienststellen, teils militärischer, teils ziviler Art, je nach den Interessen, die berührt waren.²²⁰ Die Zahl der Güter, deren Ausfuhr einer Genehmigung bedurfte, wurde erhöht. Der Transport von Gütern innerhalb Belgiens bedurfte zwar im allgemeinen einer Genehmigung nicht, eine solche war aber für eine Reihe kriegswirtschaftlich wichtiger Güter und insbesondere für alle diejenigen Güter vorgeschrieben, die beschlagnahmt waren oder der Deklarationspflicht unterlagen; sie steigerte sich also mit der Zunahme derartiger Anordnungen. Die Nachweisung der für die deutschen kriegswirtschaftlichen Zwecke erforderlichen Stoffe und Erzeugnisse, deren Beitreibung und Bewirtschaftung ging mit diesen Maßnahmen Hand in Hand. Sie erstreckte sich, soweit die Zivilverwaltungsbehörden in Frage kamen, in erster Linie auf Metalle und Erze, Chemikalien, Leder, Häute und Gerbstoffe, sowie auf Textilien. Sie stützte sich auf eine große Anzahl von Verordnungen, deren Schärfe und tiefe einschneidende Wirkungen sich mit dem wachsenden Mangel und dem zunehmenden Bedarf in der Heimat progressiv steigerten. Die Bestände wurden teils auf dem Wege allgemein angeordneter Deklaration, teils durch besonderes amtliches Aufsuchen festgestellt und gegebenenfalls angefordert. Ihre Beschaffung ging im wesentlichen auf zwei Wegen vor sich. Entweder wurde auf Anfordern der Rohstoffverwaltungsstelle durch militärische Stellen Beschlagnahme und Abtransport vorgenommen oder es wurde der Ankauf durch besonders bezeichnete Stellen, durch die Kriegsgesellschaften oder durch behördlich ermächtigte Händler oder Händlervereinigungen veranlaßt. Soweit es sich um Bestände handelte, welche auf Grund von Verordnungen

gemeldet waren, erleichterte eine über die Transporte geführte Statistik die systematische Durchführung der Beschaffung.

Die Intensivierung der Kriegswirtschaft und der wirtschaftlichen Kriegführung mußte mit der Zeit zu einer Verallgemeinerung der Kontrolle über den Außenhandel des Generalgouvernements führen. Sie wird nunmehr von der Außenhandelsstelle bei der Abteilung für Handel und Gewerbe mit Hilfe sachverständiger Referenten ausgeübt, welche die zahlreichen Anträge aus der Geschäftswelt zu prüfen haben. Die Kontrolle erstreckte sich auf die Ausfuhr nach allen Ländern, auch nach Deutschland und dem Etappen- und Operationsgebiet. Die dauernde Verschlechterung der deutschen Währung im Auslande machte sodann auch die allgemeine Regelung der Einfuhr notwendig, die durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 1. März 1916²²¹ unter Übertragung ihrer Handhabung ebenfalls an die Außenhandelsstelle erfolgte. Sie wurde in engster Zusammenarbeit mit den heimischen Zentralbehörden, vor allem der Zentralvermittlungsstelle für die besetzten Gebiete in Berlin, sowie mit dem Delegierten des Generalgouverneurs bei der deutschen Gesandtschaft im Haag durchgeführt.

Die maßgebenden Grundsätze für die Handhabung der Außenhandelspolitik, wie sie sich nunmehr darstellt, lassen sich in vier Hauptpunkten zusammenfassen: 1. Verhinderung der Ausfuhr der für die Kriegführung und die Kriegswirtschaft, sowie im Interesse der Versorgung der belgischen Bevölkerung notwendigen Güter; 2. Unterstützung der Währungspolitik des Reichs insbesondere durch Förderung derjenigen Ausfuhr, welcher keine militärischen oder kriegswirtschaftlichen Interessen entgegenstehen, und durch Beschränkung der Einfuhr auf das durchaus Notwendige unter Verbot vor allem der Einfuhr von Luxusartikeln; 3. Schutz der eigenen deutschen Industrie und 4. Förderung der heimischen Versorgung. Dazu trat noch als Spezialaufgabe die Unterstützung der deutsch-holländischen und der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverhandlungen. Namentlich war der jeweilige Stand der deutsch-holländischen Wirtschaftsverhandlungen für die Ausfuhr wie für die Einfuhr weitgehend richtunggebend.

Die Befolgung der Richtlinien war keineswegs ohne Schwierigkeiten, zumal wenn sie im einzelnen Falle sich nicht durchweg deckten, z. B. einer an und für sich wünschenswerten Ausfuhr

Konkurrenzzücksichten der deutschen Industrie entgegenstanden oder wenn die Ausfuhr nur mit Bewilligung eines besonderen deutschen Ausfuhrkredits erfolgen konnte, wie bei der Turnhoutter Buntpapier- und Gebetbücherindustrie. Es mußte dann im Einzelfalle geprüft werden, wo die wichtigeren Interessen lagen, und dementsprechend verfahren werden. Die Ausfuhrpreise wurden denjenigen der deutschen Konkurrenz angepaßt, von dem Preisaufschlag wurde eine besondere Preisabgabe erhoben, deren Höhe sich nach der Ware richtete. Das Hereinkommen der Gegenwerte der ausgeführten Güter wurde mit Unterstützung des Generalkommissars für die Banken stetig geprüft. Hemmend für die Ausfuhr wirkte von den mehr allgemeinen Kriegsumständen und der Blockade abgesehen wiederum der Mangel an Rohstoffen, später die Bahntransportschwierigkeiten und zeitweilige Einstellung des Verkehrs infolge Zufrierens der Wasserwege, sowie die noch zu besprechende Stilllegung der Betriebe, welche die Herstellung von Ausfuhrwaren schließlich auf ein Mindestmaß beschränkte. Immerhin gelang es, das Verhältnis der Ausfuhr zur Einfuhr den Anforderungen der Währungspolitik einigermaßen entsprechend zu gestalten. So betrug nach dem Bericht der Abteilung für Handel und Gewerbe für das 1. Halbjahr 1917 ohne die von militärischen Stellen als Militärgut verladene Waren in diesem Halbjahr

die Ausfuhr nach dem neutralen und feind-	
lichen Ausland	80 297 835 Franken
die Einfuhr aus dem neutralen Ausland .	41 145 817 Franken
somit der Ausfuhrüberschuß	<u>39 152 018 Franken</u>

Auch der letzte Halbjahresbericht der Abteilung schließt mit einem, wenn auch geringeren, Ausfuhrüberschuß ab, und es konnte dabei festgestellt werden, daß für die Einfuhr zum überwiegenden Teil keine Zahlungsmittel ins Ausland gegangen waren. Die Ausfuhr verteilte sich in erster Linie auf Deutschland, Holland und die Schweiz. Der Rest ging nach Luxemburg, Skandinavien, Österreich-Ungarn und an andere Länder. Von den neutralen Ländern stand Holland weitaus an der Spitze. Die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel nach Holland waren jetzt Kohle, Kalk und Kalksteine, Eisen und Eisenwaren, Glas, Papier

und Papierwaren, Möbel, Diamanten,²²² Spitzen. Die Einfuhr stammte überwiegend ebenfalls aus Holland. In weitem Abstand folgten Luxemburg, die Schweiz und Skandinavien. Der geringe Rest verteilte sich auf einige andere Länder. Wie die Einfuhr aus dem neutralen Ausland im allgemeinen, so wurde auch die Einfuhr von Lebensmitteln in das Gebiet des Generalgouvernements infolge der Entwertung der deutschen Valuta notwendigerweise starken Einschränkungen unterworfen. Einer Aufzeichnung der Außenhandelsstelle vom 14. August 1917 entnehmen wir, daß zu dieser Zeit die Einfuhr auf ein Mindestmaß beschränkt ist und sich nur auf Sämereien, Seeschnecken, Muscheln und Austern — welch letztere für die belgische Bevölkerung nicht als Luxusartikel angesehen werden konnten — erstreckte. Dazu trat die Einfuhr für das diplomatische Korps und die Konsulatsbeamten neutraler Staaten, sowie die Einfuhr der besonderen Organisationen, der Commission for Relief in Belgium, des holländischen Comités Fleskens (Brot für die minderbemittelte Bevölkerung) und der Einrichtungen, die zur Beschaffung von Zusatzportionen für die im Gebiet des Generalgouvernements ansässigen Neutralen bestanden, nämlich des schweizerischen Hilfskomitees und zweier niederländischer Vereinigungen. Eine Begleichung nach dem Ausland kam bei diesen besonderen Sendungen nur in geringem Umfang in Frage. Um sodann einer Beeinträchtigung der immer dringender und schwieriger werdenden heimatlichen Versorgung vorzubeugen, wurden grundsätzlich alle auch für Deutschland in dem neutralen Auslande käuflichen Lebensmittel und anderen notwendigen Güter von der Einfuhr nach Belgien ausgeschlossen. Den holländischen Interessen lief diese Sperrung in gewissem Sinn zuwider, zumal die holländische Landwirtschaft ein Ausfuhrbedürfnis für gewisse Überschüsse waren, namentlich Fleisch- und Milchprodukte, hatte. Immer wieder trat im Verhältnis zu Holland die Wechselwirkung zwischen den englischen Blockadebestrebungen und den dadurch notwendigen deutschen Gegenmaßnahmen in Erscheinung. War auf der einen Seite unter dem Druck des englischen Einflusses Holland bestrebt, seinen Überschuß an Nahrungsmitteln Belgien zuzuführen, wo er vor dem Zugriff Deutschlands geschützt war, so mußte andererseits dem Bedarf Deutschlands an holländischen Erzeugnissen durch entsprechende Sperrmaßregeln Rech-

nung getragen werden. Schließlich wurde Ende 1916 eine Regelung getroffen, deren Grundgedanke die Festlegung der für die kriegführenden Länder bestimmten Anteile an der holländischen Ausfuhr war. Dabei war gleichzeitig zum Ausdruck gekommen, daß Erzeugnisse holländischen Ursprungs, die nach Belgien oder Nordfrankreich zur Ausfuhr gelangten, nicht auf das deutsche, sondern auf das englische Kontingent angerechnet wurden. Damit waren für die Dauer des Abkommens die Gründe für die Grenzsperre fortgefallen. Die Einfuhr holländischer Lebensmittel, die durch die CRB. erfolgte, wurde freigegeben.

Um die Einfuhr industrieller Rohstoffe bemühten sich verschiedentlich die neutralen Gesandten sowie die belgischen Industriellen selbst unter Führung des Präsidenten des Comité National. Der früher erörterte Gedanke des Comité Industriel* tauchte wieder auf: ravitaillement industriel entsprechend dem ravitaillement alimentaire unter neutraler Kontrolle. Zunächst für die Glasindustrie, dann aber für andere Industrien wurde in Aussicht gestellt, daß England die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Fabrikaten zulassen, sowie die Zahlung des vollen Gegenwertes der ausgeführten Ware gestatten werde, wenn einmal dieser Gegenwert zum Ankauf von Lebensmitteln der CRB. verwendet werde und ferner die Werke, die zum Bezug der Rohstoffe ermächtigt würden, gleichzeitig Schutz erhielten gegen Fortnahme der Rohstoffe, sowie der daraus hergestellten Erzeugnisse und aller zur Fabrikation erforderlichen Maschinen, Werkzeuge und Arbeitskräfte. Der Eindruck war nicht von der Hand zu weisen, urteilt der Bericht der politischen Abteilung, daß es sich bei all diesen Bemühungen weniger um die Belebung der belgischen Industrie, als vielmehr um die Erlangung geeigneten Materials für den Nachweis handle, daß nicht England, sondern Deutschland die Schuld am wirtschaftlichen Niedergang Belgiens trage. Ein zweites CN. war für die Okkupationsverwaltung unerträglich, die englischen Bedingungen waren unter den obwaltenden Verhältnissen unannehmbar. Der Generalgouverneur ordnete nach Beratung in Anwesenheit von Vertretern der Reichsleitung dilatorische Behandlung und ausweichende Beantwortung an. Es wurde Entschließung von Fall zu Fall vorbehalten. Später wurde der Gedanke endgültig abgelehnt.

* Oben S. 118.

Die Einfuhr aus Deutschland war durch die Verordnung vom 1. März 1916 nicht erfaßt. Sie regelte sich im wesentlichen nach den Ausfuhrverboten und Ausfuhrbeschränkungen der Heimat. Bei ihrer Handhabung hatte die Außenhandelsstelle der Okkupationsverwaltung vorbereitend und begutachtend mitzuwirken. Eingeführt aus Deutschland nach Belgien wurden hauptsächlich landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Werkzeuge, elektrotechnische Bedarfsartikel, Grubenlampen, Stahldrahtseile und sonstige Zubehörteile für Gruben, Glühstrümpfe und Glühlampen, Ersatz- und Zubehörteile für Müllereimaschinen, Brillen und Brillengläser, Porzellanwaren, Roh- und Halbstoffe zur Herstellung von Zeitungs- und Spinnpapier, Salz für Speisewecke, Rohsalz für die Salzsäure- und Sodaindustrie, Gips in beschränktem Umfange für die Wiederinstandsetzung (jedoch nicht zu Neubauten) von Häusern, Graphit von geringem Kohlenstoffgehalt, Spielwaren, Schlösser und sonstige Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie, die in Belgien nicht hergestellt wurden. Zur Einfuhr zugelassene Waren aus den Deutschland verbündeten Staaten wurden im allgemeinen ebenfalls ohne weiteres nach Belgien hereingelassen.

Immer mehr zunehmende Knappheit an Rohstoffen, an Materialien und in industriellen, in Deutschland nicht mehr zu beschaffenden Einrichtungsgegenständen nötigte zu durchgreifenden Einschränkungsmaßnahmen, die sich nicht nur auf die Belieferung der belgischen Industrien sowie auf den gewerblichen und Handelsverkehr erstreckten, sondern auch den allgemeinen öffentlichen, wie den privaten Verkehr empfindlich berührten. Erwähnt werden mögen aus dieser Zeit die Einführung der Genehmigungspflicht für elektrische Licht- und Kraftleitungen²²³ und die Vorschriften über die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln.²²⁴ Die letzteren enthielten u. a. die Einführung des Sieben-Uhr- und später des Sechs-Uhr-Ladenschlusses im Winter und einer Schlußstunde für Wirtschaften, Cafés, Theater und andere öffentliche Vergnügungsstätten, sodann die Einschränkung der Beleuchtung für solche Lokale und ebenso für Läden und Verkaufsstätten, die Einschränkung der Straßenbeleuchtung und des Verkehrs der elektrischen Straßenbahnen, aber auch das Verbot der dauernden Beleuchtung der Hausflure und Treppen nach 9 Uhr abends. Und als in dem strengen Winter 1916/17 Transport-

schwierigkeiten und Kohlenmangel einen besonders hohen Grad erreichen, mußte notgedrungen zu einer strengen Anwendung der Grundsätze rationeller Kriegswirtschaft auf alle industriellen und gewerblichen Betriebe übergegangen werden. Es galt vor allem, Kohlen zu ersparen und die Transporte zu vermindern. Im übrigen sollte höchstmöglicher Produktionseffekt in rationellster Ausnutzung der Produktionsmittel erzielt werden. Die deutsche Verwaltung bediente sich dazu der Einführung der Konzessionspflicht und der Konzentration, der Stilllegung und des Ausbaus und Abbaus der industriellen Betriebe. Die Verordnung betr. industrielle Betriebe und Werkstätten vom 17. Februar 1917²²⁵ bildet den Markstein der wirtschaftlichen Umstellung. Sie setzte mit Wirkung vom 1. März 1917 die Genehmigungspflicht für alle industriellen Betriebe einschließlich der Werkstätten fest, die mehr als zwölf Arbeitskräfte beschäftigten oder Motoren von mehr als fünf Pferdekraften in Betrieb hatten oder monatlich mehr als fünf Tonnen Kohlen, Koks oder andere Brennstoffe verbrauchten. Kleinbetriebe wurden zunächst unberücksichtigt gelassen. Um die erforderlichen Veränderungen im Wirtschaftsleben des besetzten Gebietes möglichst schnell durchzuführen, mußten vor allem diejenigen Unternehmungen erfaßt werden, bei denen die Masse der Betriebsmittel aller Art zusammengeballt ist, also die Groß- und Mittelbetriebe. Entscheidend für die Fortführung der Betriebe und somit für die Erteilung der Genehmigung war entsprechend der wirtschaftlichen Regelung in der Heimat das Maß der Kriegswichtigkeit. Genehmigt wurden im allgemeinen Betriebe, die tätig waren erstens für unmittelbare Zwecke des Heeresbedarfs (die Front usw.), zweitens für die deutsche Kriegswirtschaft im weitesten Umfange, also auch für Hebung der deutschen Währung durch Ausfuhr ins neutrale Ausland, und drittens für dringlichen öffentlichen Landesbedarf (wie Volksernährung usw.). Von diesem Gesichtspunkt aus wurden schon in der Verordnung die damals vorhandenen Kohlenbergwerke, Kokereien, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Phosphatgruben, Mühlen sowie Klein- und Straßenbahnen von der Genehmigungspflicht ausgenommen. So bot die Verordnung die rechtliche Grundlage für die Schließung aller Betriebe, die nicht im kriegswirtschaftlichen oder im dringenden Landesinteresse arbeiteten. Die Sichtung der belgischen Industrie nach diesem

Gesichtspunkt bedingte eine eingehende Prüfung jedes einzelnen industriellen Betriebs, der nach der Verordnung gehalten war, die Genehmigung zum Weiterbetrieb einzuholen. Aus den nach Tausenden zählenden Fabriken wurden auf diese Weise alle diejenigen ausgeschieden und stillgelegt, deren Erzeugnisse nicht unmittelbar dem Heeresinteresse bzw. dem dringenden Landesinteresse dienten. Bezüglich der weiterarbeitenden Werke war die Tätigkeit darauf gerichtet, eine noch wirksamere Konzentrierung der Erzeugung bei den am wirtschaftlichsten arbeitenden Betrieben, insbesondere auch durch Zusammenlegung von Betrieben herbeizuführen, wozu die kriegswirtschaftlichen Spezialverordnungen die rechtliche Grundlage boten.²²⁶ Damit ergab sich von selbst ein immer intensiveres Eindringen in die Verhältnisse der einzelnen Betriebe, die in allmählich immer umfassenderem Maße einer eingehenden Kontrolle bezüglich ihres Verbrauchs an Rohmaterialien, insbesondere an Kohle, bezüglich der Bestimmungen ihrer Produktion, bezüglich des Ausgleichs von Rohstoffen und Einrichtungsgegenständen zwischen verwandten Betrieben und bezüglich der Ersparung unnötiger Transporte unterworfen wurden. Im Einzelfalle fand auch Überlassung des Werks an die Heeresverwaltung zur Einrichtung militärischen Betriebs statt, dessen Ausdehnung in Belgien mit der im Frühjahr 1917 durchgeführten Zurückverlegung von Heeresbetrieben von der Front sich steigerte. Die Durchführung dieser einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen konnte infolge des Widerstands der Bevölkerung und bei der unzulänglichen Zahl der verfügbaren Hilfskräfte nicht so leicht erfolgen wie in der Heimat. Zahlreich waren die Versuche, durch Einschränkung oder Zerlegung des Umfangs des Betriebs die Verordnung zu umgehen und sich der Genehmigungspflicht zu entziehen. Durch Verordnung vom 21. Juli 1917²²⁷ wurde daher mit Wirkung vom 1. August 1917 die Genehmigungspflicht auch auf solche Betriebe ausgedehnt, die erst nach dem 1. März 1917 in Kleinbetriebe umgewandelt worden waren. Nach dem Stand vom 1. Juli 1918 waren im Generalgouvernement insgesamt 2831 genehmigungspflichtige Fabriken und 215 militärische Fabriken in Betrieb. Die ersteren verteilten sich auf 33 verschiedene Betriebsarten. Auch die gesamte industrielle Bautätigkeit des Landes wurde wesentlich beeinflußt, indem alle Neubauten von Werks-

anlagen und baulichen Veränderungen an solchen unter dem Gesichtspunkt der Ersparnis oder der möglichst zweckmäßigen Verwendung aller für die Kriegswirtschaft benötigten Materialien geprüft und von einer EntschlieÙung über ihre Zulässigkeit abhängig gemacht wurden. Die Wirkung dieser Verordnungen wird schon in dem Bericht der Abteilung für Handel und Gewerbe für das erste Halbjahr 1917 (Seite 7) als sehr erheblich bezeichnet: »Ein beträchtlicher Bruchteil der gesamten belgischen Industrie ist vollständig aus dem Wirtschaftsleben ausgeschaltet, einzelne Industriezweige, die keine kriegswichtigen Aufgaben erfüllen, sind fast völlig stillgelegt worden. Besonders einschneidend waren die Einstellungen bei den Betrieben zur Erzeugung von Papier, Glas, keramischen Waren und Möbeln, in der Textil-, Bau- und Brauindustrie. Dagegen wurden Eisenwerke, Metallhütten, Maschinenbaubetriebe, Gerbereien, Steinbrüche, Sägewerke usw. im wesentlichen aufrechterhalten. Abgesehen von der sehr erheblichen Nutzbarmachung von Betriebsmitteln und Einrichtungen aller Art für die Zwecke des unmittelbaren Heeresbedarfs konnten infolge der getroffenen Maßnahmen Rohstoffe, Maschinen und Arbeitskräfte der deutschen Kriegswirtschaft in gesteigertem Maße zugeführt werden.«²²⁸ Der Ausbau von kriegswirtschaftlich notwendigen Apparaten, Maschinen und anderen Gegenständen in Handels- und Gewerbebetrieben wurde um dieselbe Zeit in rascher Aufeinanderfolge und zunehmender Ausdehnung verschärft. Auch die Privatbautätigkeit wurde, und zwar durch Verfügung der Verwaltungschefs vom 7. August 1917 von einer besonderen Genehmigung abhängig gemacht, um auch hier Materialien, wie Steine, Holz, Zement, Kalk usw., zu sparen. Immerhin waren Umgehungen gerade dieser Bauverordnungen nicht selten. Die Freigabe von maschinellen Einrichtungen aus den zum Weiterbetrieb genehmigten belgischen Betrieben für den Bedarf der deutschen Kriegswirtschaft erforderte eine sehr eingehende Prüfung, die auf dem in erster Linie hierfür in Betracht kommenden Gebiet der Eisenindustrie von einer im Frühjahr 1917 ins Leben gerufenen besonderen Unterabteilung »Eisenindustrie« der Abteilung für Handel und Gewerbe vorgenommen wurde. Die Prüfung sollte einerseits denjenigen Werken, die zur Weiterarbeit berechtigt waren, die Möglichkeit des Weiterbetriebs sichern und andererseits die Beschaffung der Maschinen für die

Front und die Heimat wesentlich vereinfachen. Unnötige Härten den belgischen Industriellen gegenüber wurden nach Möglichkeit zu vermeiden gesucht.

Der große und sich mit der Zeit immer mehr steigernde Bedarf in Deutschland an Schrott, Maschinen und sonstigen technischen Anlagen führte schließlich zu der einschneidendsten Maßnahme auf diesem Gebiet, nämlich dem vollständigen Abbau von industriellen Anlagen. Noch im zweiten Halbjahr 1917 wurden im ganzen 106 Werke dem preußischen Kriegsministerium und den verschiedenen in Betracht kommenden Dienststellen zum Abbau aufgegeben. Die Zahl steigerte sich im letzten Jahr nicht unerheblich. Die Werke gehörten fast alle der Eisenindustrie an, während man sich bei den anderen Industrien im wesentlichen auf die Entnahme des Schrotts beschränkte. Auch hier erfolgte jeder einzelne Abbau nach eingehender Untersuchung und Prüfung nach technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, mit dem Ziel, den Abbau möglichst auf veraltete Anlagen zu beschränken. »Von den kleineren Werken wurden Aufnahmeberichte angefertigt, die eine Aufstellung über die brauchbaren und unbrauchbaren Maschinen und Einrichtungen usw. enthielten. Diese Aufnahmeberichte wurden den Dienststellen des Generalgouvernements sowie dem Entschädigungsamt zur weiteren Veranlassung übersandt. Größere Werke wurden durch eine Kommission, bestehend aus Vertretern der Dienststellen des Generalgouvernements und der Entschädigungskommission vor Abbruch besichtigt und die Verfügung über die einzelnen enthaltenen Anlagen und Bestände getroffen.«²²⁰

Es ist erklärlich, daß diese Maßnahme große Erbitterung hervorrief, aber es muß auch an dieser Stelle betont werden, daß es eine Anordnung war, geboren aus höchster Not und nicht aus dem Bestreben, den belgischen Wettbewerb für die spätere Friedenszeit aus dem Wege zu räumen, und daß die Kautelen solche waren, daß jedem Gelüste nach mißbräuchlicher Ausnutzung ein Riegel vorgeschoben werden konnte. Fast die einzige Industrie, die in Belgien ungestört weitergehen konnte und mit allen Mitteln gefördert und begünstigt wurde, war der Kohlenbergbau. Gleichwohl blieb auch er von der Änderung der Verhältnisse nicht unberührt. Der mit der Zeit sich empfindlich geltend machende Mangel an Grubenpferden, Grubenholz und Schacht-

förderseilen erforderte besondere Vorkehrungen der deutschen Verwaltung. Sodann haben wie in der sonstigen Industrie so auch beim Kohlenbergbau auf Grund der Maßnahmen zur Einschränkung des Kohlenverbrauchs und der Eisenbahntransporte die Neubauten von Betriebsgebäuden und Betriebsanlagen eine Einschränkung erfahren müssen. Die — später untersagte — Anwerbung von Bergarbeitern in den Industrierevieren für den Bergbau und die Industrie Deutschlands durch das Deutsche Industriebüro* oder durch Unternehmerfirmen hatte vorübergehend zu einer Verminderung der Zahl der in den belgischen Bergwerken beschäftigten Arbeiter geführt. Endlich haben neben einer gewissen durch die Gesamtlage bedingten Unruhe die auftretenden Ernährungsschwierigkeiten, wie in Deutschland, in erster Linie dazu beigetragen, bei steigenden Löhnen die Arbeitsleistung zu vermindern und die Kohlenförderung zeitweise um 20 bis 30 vH herabzudrücken. Die Abteufbetriebe der Kempengruben mußten Anfang 1917 wieder stillgelegt werden, um das Eisen für den Tübbingsausbau und die Kohlen für den Betrieb zu sparen. Nur der Schacht I der Anlage Limbourg-Meuse wurde vorerst weiterbetrieben, weil er in sehr schlechtem Gebirge stand und sein Zubruchgehen wahrscheinlich war, wenn er nicht sofort bis zum Anschluß an feste Schichten abgeteuft wurde. Die Erhaltung der Schächte und die Erschließung der Kohle ist unterstützt und gefördert worden, soweit die Kriegsverhältnisse dies nur irgendwie gestatteten. Seit Kriegsbeginn bis 1918 wurden für die Schächte freigegeben: 600 000 Tonnen Eisen, 140 000 Tonnen Kohlen, 100 Tonnen Öl und eine Reihe anderer Rohstoffe, trotzdem an diesen für die Kriegführung wichtigen Rohstoffen großer Mangel herrschte.

Durch die Konzentration der Produktion wurde übrigens in gewissem Grade die Wirtschaft wiederum belebt und für die zugelassenen Betriebe die Unternehmungslust angeregt. So werden noch 1918 zahlreiche Neubauten von Kanalschiffen den Werften in Auftrag gegeben, eine einzige Firma hat 78 neue Holzschiffe von je 70 Tonnen Ladefähigkeit in Bestellung und eine andere beabsichtigt, eine größere Zahl Betonschiffe auf eigene Rechnung herzustellen.²³⁰ Der Verkehr auf den Kanälen, durch den strengen Winter 1916/17 und militärische Beschlagnahmen

* Unten S. 147.

des belgischen und französischen Kahnraums stark herabgemindert, hatte nämlich wieder zugenommen, da die Eisenbahnen immer mehr für militärische Zwecke in Anspruch genommen wurden. Im Frühjahr 1918 konnte der regelmäßige Schiffsgüterverkehr Antwerpen—Brüssel—Lüttich und umgekehrt eröffnet werden.²³¹ Leider hatten die militärischen Bedürfnisse, die immer mehr zunehmende Knappheit an Material auf deutscher Seite und die Notwendigkeit, »an der deutschen Ostfront die riesigen verbindungsarmen Länderstrecken überwinden zu helfen«, ²³² nach und nach dazu genötigt, bei den Vizinalbahnen immer mehr Strecken, Geleise und rollendes Material abzubauen. Das machte sich namentlich in Landesteilen, die nur kärglich mit Vollbahnen ausgestattet waren, alsbald empfindlich fühlbar, wenn man auch bei der Auswahl der abzubauenen Strecken auf wichtige Interessen der Bevölkerung möglichst Rücksicht zu nehmen suchte. Auch die Straßenbahnen mußten schließlich — wegen des Ausbaus des Leitungskupfers — stillgelegt werden. Die im Betrieb befindlichen Kleinbahnen haben durch den verstärkten Personen- und Güterverkehr infolge der Schwierigkeiten bei den übrigen Transportmitteln glänzende Geschäfte gemacht.

Als wirtschaftliche Abwehrmaßnahme gegenüber dem Vorgehen Englands und Frankreichs gegen die dortigen deutschen Unternehmungen, insbesondere gegen die deutschen Banken, war am 4. September 1914 ²³³ in Deutschland die Verordnung des Bundesrats über die *Überwachung ausländischer Unternehmungen* erlassen worden. Dementsprechend wurde auch in Belgien in erster Linie gegen Banken, die von diesen Staaten aus wirtschaftlich oder in sonstiger Weise geleitet, betrieben oder beaufsichtigt wurden, oder deren Ergebnisse dorthin flossen, auf Grund des gegebenen Vergeltungsrechts eingeschritten. Die durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 18. September 1914 ²³⁴ ins Leben gerufene Bankenkontrolle durch den Generalkommissar für die Banken und die von ihm ernannten Spezialkommissare hatte eine Einschränkung in doppelter Richtung unbeschadet des Eigentums und der Privatrechte zum Gegenstand. Es war bestimmt,

1. daß die Geschäftsführung der belgischen Zweigniederlassungen solcher nicht belgischer Banken und Bankfirmen, die ihren Hauptsitz in einem mit dem Deutschen Reich im Kriegszustand befindlichen Staat haben, nur insoweit neue Geschäfte eingehen

dürfen, als es erforderlich ist, um die alten Geschäfte abzuwickeln und die zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten verwendbaren Aktiva flüssig zu machen;

2. daß die belgischen Banken und Bankfirmen während der Dauer des Krieges ihren Geschäftsbetrieb nicht in einer den deutschen Interessen widerstrebenden Weise führen und insbesondere keine Vermögenswerte in das feindliche Ausland abführen oder überweisen dürfen.

Zur Durchführung der Bestimmungen war dem Generalkommissar insbesondere das Recht eingeräumt, die Bücher und Schriften der Banken und Bankfirmen einzusehen, sowie den Bestand der Kasse und die Bestände an Wertpapieren, Wechseln usw. zu untersuchen, auch Auskunft über alle geschäftlichen Angelegenheiten zu verlangen, geschäftliche Maßnahmen jeder Art, insbesondere Verfügungen über Vermögenswerte und Mitteilungen über geschäftliche Angelegenheiten zu untersagen, auch eine Stelle für erforderliche Hinterlegungen zu bestimmen. Für die Einhaltung der Bestimmungen und Anordnungen konnten von den Banken und Bankfirmen Kautionen verlangt werden.

Es war zunächst davon abgesehen worden, die große Menge der industriellen Werke ebenfalls wirtschaftlich zu überwachen, da angenommen wurde, daß Überschüsse während des Kriegszustands nicht erzielt werden könnten, und da andererseits die Durchführung einer derartigen Überwachung in Belgien auf erheblich größere Schwierigkeiten stoßen würde als innerhalb des Deutschen Reiches. Nun kam aber in Betracht, daß Belgien wegen seiner Neutralität, wegen seines milderer Aktiengesetzes, wegen der leichteren Zulassung zur Börse von einer großen Anzahl industrieller Konzerne als Sitz ihrer Unternehmungen gewählt worden war. In der belgischen Industrie war es üblich, ausländisches Kapital, in erster Linie französisches, in den Dienst der belgischen industriellen Arbeit zu ziehen. Andererseits haben belgische Unternehmungen in sehr weitgehendem Maße ihre Tätigkeit auf das Ausland ausgedehnt. Inzwischen war auch durch Verordnung vom 3. November 1914²³⁵ — wiederum als Vergeltungsmaßregel gegenüber dem feindlichen Vorgehen und im Anschluß an die entsprechenden Maßnahmen in Deutschland — das Zahlungsverbot gegen England und Frankreich erlassen worden, das durch Verordnung vom 28. November

1914²³⁶ auf Rußland und Finnland ausgedehnt wurde. Aus allen diesen Umständen ergab sich schließlich die Notwendigkeit, die Aufsicht auch auf andere Unternehmungen, als auf Banken, auszudehnen. Dies geschah durch die Verordnung vom 26. November 1914, betr. Bestellung von Aufsichtspersonen über Unternehmungen Angehöriger des feindlichen Auslands,²³⁷ die sich in wesentlichen Punkten an die Verordnung betr. die Überwachung von Banken und Bankfirmen anschloß. Sie wurde im Juni 1917²³⁸ insbesondere dahin erweitert, daß als Grund der Stellung unter Aufsicht genüge, daß ein öffentliches Interesse des Deutschen Reiches oder der besetzten Teile Belgiens an der Maßnahme bestehe. Die von dem Generalkommissar für die Banken und später von dem Verwaltungschef bzw. dem Chef der Abteilung für Handel und Gewerbe auf Kosten der Unternehmungen bestellten Aufsichtspersonen hatten unter Wahrung der Eigentums- und sonstigen Privatrechte des Unternehmens nach näherer Maßgabe der Verordnung darüber zu wachen, daß während des Kriegs der Geschäftsbetrieb nicht in einer Weise geführt werde, die den Interessen des Deutschen Reiches oder der okkupierten Gebiete Belgiens widerstreite. An eben dem 26. November 1914 war in Deutschland wiederum als Vergeltungsmaßnahme die Verordnung betr. die *zwangsweise Verwaltung* französischer Unternehmungen erlassen worden.²³⁹ Die deutsche Okkupationsverwaltung in Belgien hatte wegen der großen Schwierigkeiten, die sich an die Durchführung einer solchen Verordnung in Belgien knüpften, zunächst gezögert, diesem Beispiel zu folgen, und erst am 17. Februar 1915 wurde die Verordnung des Generalgouverneurs über Zwangsverwaltung erlassen.²⁴⁰ Sie schließt sich in gewisser Hinsicht an die Verordnung über Beaufsichtigung von Unternehmungen an, geht aber insofern wesentlich weiter, als sie das gesamte Vermögen der Unternehmungen der Verfügung der bisherigen Besitzer und Verfügungsberechtigten für die Dauer der zwangsweisen Verwaltung völlig entzieht. Nach der Verordnung konnten solche Banken und andere Unternehmungen für Rechnung der Beteiligten unter Zwangsverwaltung gestellt werden:

1. die vom feindlichen Ausland aus geleitet oder beaufsichtigt werden, oder

2. an deren Kapital, Ertrag oder Leitung zu mindestens einem Drittel Angehörige des feindlichen Auslands beteiligt sind, oder

3. die wesentliche Teile ihres Betriebes im feindlichen Ausland unterhalten, oder

4. bei denen ein öffentliches Interesse des Deutschen Reiches oder der okkupierten Teile Belgiens an der Aufrechterhaltung oder Wiederaufnahme des Betriebes besteht, oder

5. deren Betrieb den öffentlichen Interessen des Deutschen Reiches zuwiderläuft oder Abbruch zu tun geeignet ist.

Einem Unternehmen im Sinne dieser Vorschriften waren Zweigniederlassungen, Agenturen, Warenlager, Grundstücke, später ²⁴¹ Vermögenswerte jeder Art gleichgestellt.

Auf Grund dieser Vorschriften sind sämtliche in Belgien befindliche, einigermaßen bedeutende Banken und auch sonst alle Unternehmungen, die irgendwie unter feindlichem Einfluß zu stehen schienen, unter Aufsicht gestellt worden. Die *Zwangsverwaltung* ist verhängt worden über eine Anzahl Filialen französischer Banken und über belgische Banken mit überwiegend französischem Einfluß, sowie über solche Unternehmungen, bei denen zur Sicherung der deutschen Interessen die Aufsicht nicht ausreichte. Die hauptsächlichen Gesichtspunkte, die für die Anordnung der Zwangsverwaltung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben waren, im einzelnen in Betracht kamen, waren die folgenden: Verhütung der Zahlungen nach Feindesland, Wahrnehmung der Interessen deutscher Gläubiger, Sicherstellung der Ansprüche deutscher Beteiligter, Aufrechterhaltung und Wiedereröffnung des Betriebs im deutschen Interesse oder auch das Gegenteil, nämlich Einstellung des Betriebs und Verhinderung der Wiederaufnahme, Überleitung des Unternehmens in andere Hände durch Veräußerung des Unternehmens selbst oder der feindlichen Beteiligungen, Unterstützung der Zwangsverwaltung in Deutschland, Verhütung der Übertragung an Neutrale, Befriedigung belgischer Interessenten, um ihnen zum Beispiel die Mittel zu beschaffen, ihrerseits ihre deutschen Gläubiger zu befriedigen, Erweiterungen deutscher Absatzgebiete und Sicherung von Kompensationswerten. Bei der Mehrzahl der Zwangsverwaltungen handelte es sich nicht sowohl um eine technische als um eine kaufmännische Verwaltung. Das erklärte sich zum Teil daraus, daß die belgischen technischen Direktoren in vielen Fällen in ihren Ämtern belassen werden konnten, da sie in der Zwangsverwaltung keine Schädigung, sondern eine Förderung erblick-

ten. Dagegen hat sich namentlich bei der Gruppe Gas, Wasser und Elektrizität wegen des großen öffentlichen deutschen Interesses an der ungestörten geordneten Fortführung der Betriebe eine technische Leitung weitgehend als notwendig erwiesen. Sie wurde zuerst von der Hauptstelle für Gas, Wasser und Elektrizität, später von besonderen technisch vorgebildeten Zwangsverwaltern ausgeübt.

Da in Belgien nicht die nötige Zahl geeigneter deutscher Persönlichkeiten zur Übernahme der Aufsicht und Zwangsverwaltung zur Verfügung stand, so bedingte die umfangreiche Arbeit, die zur Durchführung dieser Aufgabe geleistet werden mußte, die Einberufung eines größeren teils bankmäßig, teils kaufmännisch geschulten Personals, wie auch sachkundiger technisch vorgebildeter Persönlichkeiten. Für jeden Zweig der verschiedenen Unternehmungen wurde in erster Linie ein bekannter Fachmann aus Deutschland herangezogen, dem die Aufgabe zufiel, die Untersuchungen in seiner Gruppe zu leiten und durchzuführen, sowie die zur Übernahme etwaiger Zwangsverwaltungen geeigneten Persönlichkeiten heranzuziehen. Diese Organisation gestattete in verhältnismäßig kurzer Zeit, einen allgemeinen Überblick zu gewinnen und diejenigen Unternehmungen ausfindig zu machen, die in erster Linie für Aufsicht, in zweiter Linie für Zwangsverwaltung in Frage kommen konnten. Es wurde durch Einziehung von Erkundigungen auf schriftlichem und mündlichem Wege, sowie durch das Studium der veröffentlichten Bilanzen nachgeforscht, wo und inwieweit feindlicher Einfluß, feindliches Kapital vorhanden waren und wo und in welchem Maße dieser feindliche Einfluß den deutschen Interessen gegenüber sich nachteilig geltend machte.

Nachdem neben der wirtschaftlichen Kriegführung die Erfordernisse der Kriegswirtschaft in den Vordergrund der Wirtschaftspolitik gerückt waren, wurde auch die Zwangsverwaltung in ihren Dienst gestellt, indem die in Zwangsverwaltung genommenen industriellen Betriebe zur Erzeugung unmittelbaren oder mittelbaren deutschen Heeres- oder Wirtschaftsbedarfs bereitgestellt und ausgenutzt wurden. Aus kleinen Anfängen hervorgehend, sind sie allmählich bedeutende Heeres- und Wirtschaftsbetriebe geworden, bei deren Führung der Hauptvorteil darin bestand, daß fast ausschließlich mit in Belgien vorhandenen Mitteln

und mit belgischen Arbeitskräften gearbeitet und die deutsche Rüstungsindustrie entlastet wurde. Diese Betriebe erstreckten sich vor allem auf Steinbrüche, Kalkwerke, Maschinen-, Lokomotiven- und Waggonfabriken, chemische Fabriken, Zündholzfabriken, Gas- und Elektrizitätswerke. Ihre Zahl war erheblich. Eine genaue Statistik ist nicht vorhanden. In allen Fällen, in denen es sich um die Sicherstellung deutscher Heeres- oder Wirtschaftsinteressen handelte, erfolgte die Anordnung der Zwangsverwaltung ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Unternehmungen mit vorwiegend feindlichem nicht belgischem Kapital oder um rein belgische Unternehmungen handelte. Das Personal der in Zwangsverwaltung genommenen Betriebe mußte verschiedenlich ganz oder teilweise durch neues ersetzt werden, weil das ursprüngliche es ablehnte, unter deutscher Zwangsverwaltung zu arbeiten. Auf der anderen Seite aber wurde die Zwangsverwaltung nicht selten auf Wunsch der Betriebsinhaber selbst verhängt, welche dadurch eine Deckung gegenüber etwaigen Vorwürfen ihrer Landsleute oder späteren Maßnahmen der belgischen Regierung zu finden glaubten. Diese Ausgestaltung der Zwangsverwaltung führte dazu, daß die Verwaltungsmaßnahme der Aufsicht allmählich zurücktrat und, von der Aufsicht über die Versicherungsunternehmungen abgesehen, nur mehr eine untergeordnete Bedeutung einnahm. Nicht wenige Unternehmungen, die unter Aufsicht gestanden hatten, wurden nachher unter Zwangsverwaltung gestellt. Im übrigen und im ganzen genommen verteilten sich Aufsicht und Zwangsverwaltung auf die verschiedenartigsten Betriebe. Die nachstehende, dem Bericht der Abteilung für Handel und Gewerbe für das erste Halbjahr 1917 entnommene Übersicht gibt folgendes Bild:

	Aufsicht	Zwangs- verwaltung	Zu- sammen
1. Chemische Industrie	9	32	41
2. Kohlengruben	5	20	25
3. Feinindustrie	8	6	14
4. Schwerindustrie	9	9	18
5. Maschinenindustrie	5	38	43
6. Textilindustrie	17	54	71
Übertrag:	53	159	212

	Übertrag:	53	159	212
7. Gas, Wasser, Elektrizität	7	14	21	
8. Export, Import, Spedition	23	34	57	
9. Brauereien, Hotels, Weinhandlungen .	2	7	9	
10. Glas, Porzellan, Keramik	1	4	5	
11. Holz und Papier	2	2	4	
12. Zement, Stein, Asphalt	2	38	40	
13. Versicherungsgesellschaften	123	18	141	
14. Verschiedene	7	61	68	
		<hr/>	<hr/>	<hr/>
		220	337	557

Im späteren Verlauf des Kriegs mit Zunahme der Lebensmittel-schwierigkeiten sind auch landwirtschaftliche Betriebe feindlicher Ausländer und landesflüchtiger Belgier unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Sie umfaßte schließlich 13 Gutskomplexe in einer Gesamtausdehnung von rund 4000 Hektar, war der Militär-Veterinärabteilung bei der Ölzentrale angegliedert und hatte in erster Linie den Zweck, für richtige Ausnutzung der Weiden und damit für erhöhte Gewinnung von Molkereiprodukten und Mastvieh Sorge zu tragen und ferner die zeitgemäße Bestellung des Ackerlandes und die Verwertung der Waldungen zu veranlassen. Die Mehrzahl der zwangsverwalteten Güter wurde von belgischen Pächtern und Verwaltern der Besitzer unter Aufsicht des Zwangsverwalters weiterbewirtschaftet. Drei Güter (Grainchamps bei Champlon, Hurtebise bei St-Hubert, beide in der Provinz Luxemburg und Dilbeek bei Brüssel) sowie etwa 30 Hektar eines vierten (Franc-Waret bei Namur) hatte der Zwangsverwalter an die Ölzentrale verpachtet zu Zwecken der Einrichtung wirtschaftlicher Versuchsanstalten. Deren größte in Dilbeek bestand aus vier Milchviehhöfen mit Molkereibetrieben nebst Vieh- und Schweinezucht. Zur Einrichtung der Milchviehhöfe waren nur erstklassige Milchkühe erworben worden, zur Schweinezucht wurden Zuchtsauen und Eber aus der besten deutschen Zuchtanstalt eingestellt. Die Molkereien waren in sämtlichen Betrieben mustergültig mit elektrischem Betrieb eingerichtet. Die Milch, die durch die Milchuntersuchungsstelle der Militär-Veterinärabteilung regelmäßig untersucht wurde, gab man zu mäßigem Preise an kranke deutsche Staatsangehörige und Belgier, sowie an Lazarette, Kindererholungsheime und Beamte deutscher Verwaltungen. Die Butter

wurde den erlassenen Verordnungen gemäß dem Verbrauch durchgeführt.

Endlich diente die Zwangsverwaltung der Vorbereitung derjenigen Maßnahme, welche den Höhepunkt der wirtschaftlichen Kriegsführung darstellte, das ist die *Liquidation* feindlichen Eigentums. Jeder Anordnung der Liquidation ging die Zwangsverwaltung voraus. Die Liquidatoren wurden aus der Reihe der Zwangsverwalter genommen. Die Liquidation bedeutete die äußerste Konsequenz der Eingriffe in das Privateigentum. Auch sie wurde wiederum lediglich als Vergeltungsmaßregel gegenüber entsprechendem Vorgehen der feindlichen Mächte angeordnet und erstreckte sich zunächst nur auf das britische und das französische Eigentum in Belgien. Ihre rechtliche Grundlage fand sie in den Verordnungen des Generalgouverneurs vom 29. August 1916²⁴² über die Liquidation britischer Unternehmungen in Belgien und vom 15. April 1917²⁴³ über die Liquidation französischer Unternehmungen. Ihre Vorschriften schließen sich unter Berücksichtigung der besonderen belgischen Verhältnisse an die in Deutschland geltenden Bestimmungen an. Dem Angebot der in Betracht kommenden Werke an deutsche Interessenten zum Kauf gingen sorgfältige Wertsermittlungen und die Bestimmung des Mindestwertes voraus, unter dem die Kaufpreisfestsetzung nicht erfolgen durfte. Die Durchführung der Liquidationen in Belgien war mit eigenartigen und erheblichen Schwierigkeiten verbunden, zumal sie zugleich eine Förderung und Sicherung des deutschen wirtschaftspolitischen Einflusses in Belgien ermöglichen sollten. Um diesem Gesichtspunkt gerecht zu werden, mußten dem Erwerber von Liquidationswerten, insbesondere von Grundstücken, soweit als möglich Garantien für den ungestörten zukünftigen Besitz des Kaufobjekts oder wenigstens für den Schutz gegen Vermögensverluste gegeben werden. Es wurde deshalb die Rückzahlung des Kaufpreises für den Fall vorgesehen, daß im Friedensvertrag die Rückgängigmachung der Liquidationsmaßnahmen erfolgen sollte. Auf der anderen Seite wurde, um einer unerwünschten Spekulation vorzubeugen, dem Käufer die Beschränkung auferlegt, daß er das Unternehmen für die Dauer von fünf Jahren nach Friedensschluß nur mit Zustimmung des Deutschen Reiches sollte verkaufen dürfen. Für die Durchführung der Liquidation kamen in erster Linie weitsichtige und starke Interessenten in Betracht.

Und das waren namentlich die besonderen Organisationen, die am 12. Oktober 1916 in Essen von Vertretern der rheinisch-westfälischen Großindustrie unter starker Beteiligung von Kommunalverbänden ins Leben gerufen waren, nämlich die Verkehrsgesellschaft 1916 m. b. H., die Bodengesellschaft 1916 m. b. H. und die Industriegesellschaft 1916 m. b. H. Neben den sich durch den Beitritt anderer deutscher Industrien mehr und mehr erweiternden Essener Gesellschaften traten auch Einzelinteressenten als Bieter auf, was vom Standpunkt einer gesunden Konkurrenz nur zu begrüßen war. Jedoch war im allgemeinen bei den deutschen Firmen gegenüber den Liquidationsverkäufen von Grundstücken eine große Zurückhaltung zu beobachten, die in der Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung ihren Grund hatte und erst allmählich überwunden werden konnte. Die Zahl der angeordneten Liquidationen betrug bis August 1917: 63 und steigerte sich in der Folgezeit noch weiter. Von den der Verkehrsgesellschaft zugeschlagenen besonders wichtigen Objekten seien erwähnt die Werft der Antwerp Engenering Co. in Antwerpen und die englischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Brüssel und Antwerpen. Die letzteren wurden ab 1. Oktober 1917 von einer zum Betrieb gebildeten Untergesellschaft, der »Belgischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke AG.« mit dem Sitz in Düsseldorf in eigene Verwaltung übernommen und mit deutschen Direktoren und dem bisherigen belgischen Angestellten- und Arbeiterpersonal weiterbetrieben. Die Frage der wirtschaftlichen Beschlagnahme der Kohlengruben im Kempenbecken ist eingehend erörtert und vorbereitet worden, aber nicht zur Durchführung gekommen, nachdem die erheblichen Schwierigkeiten technischer wie politischer Art²⁴⁴ die Entscheidung immer wieder hinausgeschoben hatten. Nachdem im März 1918 in Deutschland die Vorschriften der Verordnung über die Liquidation britischer Unternehmungen im Wege der Vergeltung auch auf amerikanische Unternehmungen für anwendbar erklärt worden waren, wurde unter dem 26. März 1918²⁴⁵ eine entsprechende Verordnung auch für das Generalgouvernement in Belgien erlassen. Zunächst wurde dann eine Anzahl amerikanischer oder in der Hauptsache mit amerikanischem Kapital arbeitender Unternehmungen, in erster Linie in Antwerpen, in Zwangsverwaltung ge-

nommen zwecks Vorbereitung zur eventuellen späteren Liquidation. Zu einer solchen ist es nicht mehr gekommen.

Im engsten Zusammenhang mit diesen Aufgaben stand die Beibehaltung von Forderungen deutscher Gläubiger: eine wesentliche Tätigkeit der Zwangsverwaltung bestand darin, diese Forderungen zu befriedigen.

Eine besondere Bedeutung gewann das Aufsichts- und Zwangsverwaltungswesen auf dem Gebiet der *Privatversicherung*. Hier bestand die erste Maßnahme der deutschen Verwaltung in der Einrichtung einer Aufsicht über 62 französische, 62 englische und drei russische in Belgien arbeitende Versicherungsgesellschaften. Später folgten eine weitere Anzahl, insbesondere vier italienische und im letzten Kriegsjahr fünf amerikanische Gesellschaften. Den unter Aufsicht stehenden Gesellschaften wurde zunächst der Abschluß neuer und die Erneuerung ablaufender Verträge, später auch jede Abänderung laufender Verträge verboten. Das auf diese Weise zum Aussterben gebrachte Portefeuille ging teils auf belgische, zu einem kleinen Teil auch auf deutsche Gesellschaften über. Zur Erleichterung der Durchführung des Zahlungsverbots an das feindliche Ausland und zur Sicherstellung der Ansprüche deutscher Versicherter erfolgte die Sperrung sämtlicher Bankkonten aller unter Aufsicht stehenden Versicherungsgesellschaften des feindlichen Auslandes und die Überführung der Guthaben auf deutsche Banken. Zu diesem Zwecke mußten von den anfänglich nur unter Aufsicht gestellten feindlichen (nicht belgischen) Gesellschaften ein Teil unter Zwangsverwaltung genommen und die Aufsicht auch noch auf 163 belgische Versicherungsunternehmen ausgedehnt werden. Die Aufsicht über die belgischen Gesellschaften wurde in einer wesentlich milderer Form geführt, als die über die Unternehmen des feindlichen Auslandes. Insbesondere wurde ihnen der Neuabschluß von Versicherungsverträgen in Geschäftszweigen, die sie schon bisher betrieben hatten, nicht erschwert. Auf der anderen Seite wurde aber die Neugründung von belgischen Versicherungsgesellschaften auf Grund der Verordnung des Generalgouverneurs vom 28. Juli 1917²⁴⁶ über die Errichtung von Gesellschaften und die Ausgabe von Wertpapieren da verhindert, wo sie als nicht im deutschen Interesse gelegen erschienen. Den während des Kriegs in größerer Zahl gegründeten sogenannten Kriegsversicherungs-

gesellschaften, d. h. Gesellschaften zur Versicherung gegen die Gefahren des Kriegs, der Revolution und des Aufruhrs wurde der Geschäftsbetrieb nach genauer Untersuchung der Verhältnisse aus Gründen der öffentlichen Sicherheit untersagt. Zur Überwachung der Geschäftsgebarung der Versicherungsgesellschaften aller Nationalitäten wurde eine Postüberwachungsstelle eingerichtet, welche die Briefe von Versicherungsgesellschaften einer wirtschaftlichen Kontrolle zu unterwerfen hatte. Neue Druckschriften von Versicherungsgesellschaften wurden einer wirtschaftlichen Zensur unterworfen. Neben diesen Maßnahmen des Wirtschaftskampfes bestand eine Hauptaufgabe der deutschen Verwaltung auf diesem Gebiet in der Durchsetzung von Versicherungsansprüchen von Deutschen, Angehörigen der mit Deutschland verbündeten Staaten und auch von Belgiern gegenüber den Gesellschaften. Die Tätigkeit war eine erfolgreiche, indem die Befriedigung der Gläubiger weitgehend erreicht wurde. Dem eine Zeitlang für gewisse Risiken (Holzlager des Antwerpener Hafens, bestimmte Arten von Mühlen) befürchteten Versicherungsnotstand für die Feuerversicherung wurde dadurch begegnet, daß die unter Einwirkung der deutschen Verwaltung von der Vereinigung der in Deutschland arbeitenden Privatfeuerversicherungsgesellschaften begründete Association des Compagnies d'assurances contre l'incendie pour la Belgique die anderweitig nicht unterbringbaren Feuerrisiken übernahm. An neuen Versicherungsunternehmungen sind deutsche, schweizerische und auch belgische ins Leben getreten.

Eine sehr ernste Folge des Daniederliegens der Industrie war von Anfang an die beträchtliche *Arbeitslosigkeit* mit allen ihren Folgen in der Mehrzahl der Industriezweige. Im März 1915 wird die Zahl der Arbeitslosen von deutscher Seite auf rund 500 000 gewerbliche Arbeiter, darunter 100 000 weibliche, geschätzt. Mit dem Erliegen weiterer Betriebe wuchs sie ständig, wenn auch durch Arbeitsstreckung der Prozeß bisweilen verzögert werden konnte und ein Teil der industriellen Arbeiter in der Landwirtschaft ein Unterkommen fand. Ihre große Zahl, die demoralisierenden, sich in Bettel, Bandendiebstählen und Wildereien usw. mit der Zeit sehr empfindlich fühlbar machenden Wirkungen des Zustandes, noch dazu im Rücken der kämpfenden Armee, stellten eine Gefahr für die öffentliche Ordnung im besetzten Gebiet

und für die Sicherheit der Truppe dar, auf deren Bedeutung bereits bei Einrichtung der Verwaltung des besetzten Gebiets hingewiesen war. Sie möglichst einzuschränken, war schon aus diesem Grunde und abgesehen von sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Momenten Pflicht der Okkupationsverwaltung. Die zahlreichen Arbeitslosenkassen des Genter Systems, in normalen Zeiten gespeist durch Arbeiterorganisationen, Gemeinden, Provinzen und Staat, erwiesen sich als völlig erschöpft. Dagegen befanden sich die weitverbreiteten und gut ausgebildeten belgischen Arbeitsnachweise (*bourses du travail*) größtenteils noch in allerdings eingeschränkter Tätigkeit. Sie wurden in ihren Bestrebungen von der deutschen Verwaltung unterstützt. Aber einer so elementaren Arbeitslosigkeit gegenüber waren diese Vermittlungsstellen nahezu machtlos. Sie konnten kaum etwas anderes tun, als ihre wohlgeordnete Organisation den Arbeitgebern und Arbeitern zur Verfügung stellen. Arbeitslosenunterstützung wurde, von den Zuwendungen rein karitativer Art abgesehen, im wesentlichen von Arbeitgebern und den Gemeinden unter reichlicher Beihilfe des Comité National gegeben. Dazu trat in wirksamer Weise die Schaffung von Arbeitsgelegenheit nicht nur durch private Wohlfahrtseinrichtungen, sondern vor allem durch provinzielle und kommunale Notstandsarbeiten, durch Ausführung von Schulbauten, Wegebauten, Kanalisationsarbeiten und dergleichen.

Die deutsche Verwaltung hat diese Bestrebungen zunächst unterstützt. Sie hat sich verschiedentlich mit Erfolg bemüht, die Arbeitslosenfürsorge produktiv zu gestalten und volkswirtschaftlich wertvolle Leistungen zu erzielen. So war es deutscher Anregung zu verdanken, daß in der Campine Gemeindeverwaltungen die Kultivierung der Heide in Angriff nahmen und mit Hilfe der Arbeitslosen die Urbarmachung von Gemeindeödland ausführten.²⁴⁷ Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war einer der wesentlichen Zwecke der Versuche zur Wiederbelebung der belgischen Industrie gewesen, ihr Scheitern also auch nach dieser Richtung verhängnisvoll. Erfreulich blieb die Tatsache, daß die Arbeiterschaft in den Kohlenbergwerken nach und nach nahezu vollzählig ihre gewohnte Beschäftigung gefunden hatte. Mit der Zunahme der Zwangsverwaltungen und der kriegswirtschaftlichen Betriebe ergab sich neue oder wiedereröffnete Arbeits-

gelegenheit neben den zahlreichen Straßen- und Eisenbahnarbeiten. Für die weiblichen Arbeitslosen gaben die verschiedenen Einrichtungen der Zentrale für Soziale Fürsorge,* die Nähstuben, das Strümpfestricken in der Heimarbeit, die Sackfabrik in Brüssel und die Zigarrenfabriken in Brüssel, Vilvorde und Charleroi und andere Anstalten gutbenützte Arbeitsmöglichkeit. Im übrigen haben die belgischen Arbeiter die angebotene Arbeit vielfach abgelehnt, teils weil sie nicht für Deutschland arbeiten wollten oder sich vor ihren Landsleuten fürchteten, es zu tun, teils weil sie es vorzogen, die Unterstützungen zu genießen. Der Generalgouverneur sah sich genötigt, hiergegen einzuschreiten. Schon eine Verordnung vom 19. November 1914²⁴⁸ bedroht mit Gefängnisstrafen, der es unternimmt, Arbeitswillige durch Zwang usw. von der Arbeit für deutsche Behörden oder von solchen beauftragte Unternehmer abzuhalten. Verordnungen vom 14. und 15. August und vom 4. September 1915²⁴⁹ präzisieren und erweitern die Strafbestimmung. Insbesondere dehnen sie sie auf die Fälle aus, in denen der strafbaren Arbeitsverweigerung durch Gewährung von Unterstützungen oder auf andere Weise wissentlich Vorschub geleistet wird. Daneben aber wird jetzt die Arbeitsscheu als solche unter von den belgischen Gerichten zu erkennende Strafe gestellt²⁵⁰ und weiter die unbegründete Verweigerung »einer im öffentlichen Interesse liegenden und von deutschen Behörden verlangten«, der »beruflichen Tätigkeit entsprechenden Arbeit« mit Strafe bedroht, zu deren Verhängung die deutschen Militärgerichte und Militärbehörden für zuständig erklärt werden.²⁵¹ Als hinreichend war »insbesondere jeder auf dem Völkerrechte beruhende Grund anzusehen«.

Während in Belgien Überfluß an Arbeitskräften herrschte, war in Deutschland das Umgekehrte der Fall. Galt es dort Arbeit zu finden, so waren hier Arbeitskräfte zu beschaffen. Die Versuche der Lösung beider Probleme laufen nebeneinander her, und es konnte nicht ausbleiben, daß der Augenblick kam, wo man versuchte, sie zueinander in Beziehung zu setzen, die Arbeiter für Deutschland da zu nehmen, wo Überfluß war, und die Arbeit wiederum da anzubieten, wo sie so dringend nach Befriedigung schrie. Ebenso begreiflich aber war, daß diesem Versuch von belgischer Seite entgegengearbeitet wurde und nun ein Kampf be-

* S. unten S. 172.

gann auf der einen Seite mit der Absicht, die Anwerbungen belgischer Arbeiter für Deutschland unter allen Umständen zum Scheitern zu bringen, auf der anderen mit dem Ziel, sie dennoch durchzusetzen. Wir finden ein verstärktes Einsetzen der Verteilung von Arbeitslosenunterstützung und der kostenlosen Verpflegung von Bedürftigen, von Arbeitsstreckungen, eine Häufung der Gelegenheits- und der Notstandsarbeiten. In der Provinz Luxemburg waren bereits bis Ende 1915 durch das Provinzialkomitee des CN. an Arbeitslose für Notstandsarbeiten 3,5 Millionen Franken ausbezahlt worden, eine Summe, »die alles überschritt, was jemals aus Staats-, Provinzial- und Gemeindemitteln für solche Zwecke hätte flüssig gemacht werden können«. Damit wurde der Arbeitslosigkeit zweifellos entgegengewirkt. Aber nun schneidet sich das Interesse hieran mit dem für die deutsche Verwaltung wichtigeren der Beschaffung von Arbeitskräften für deutsche Zwecke. Es ist wieder der Konflikt innerhalb der Zweifältigkeit der Besetzungszwecke, des kriegerischen und des fürsorglichen, der nur zugunsten des ersteren entschieden werden kann. Die subjektive Arbeitslosigkeit will ernsthaft bekämpft, ihre nachteiligen Wirkungen auf die Arbeitslosen sollen beseitigt, die Arbeitslosen sollen beschäftigt werden, aber in einer Weise, die diese Kräfte nutzbar macht für die Beseitigung der Arbeiternot in der deutschen Wirtschaft. Damit wird zugleich dem für alle Maßnahmen der deutschen Verwaltung auf diesem Gebiet in hervorragendem Grade zwecksetzenden Moment, dem Ausschluß der Gefährdung der Truppe, am besten gedient. So erklärt sich denn, daß den für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an sich wertvollen, freilich zum Teil unproduktiven, Notstandsarbeiten belgischer Gemeinden und Verbände nunmehr in bestimmtem Umfange entgegengetreten und die durch eine Verordnung vom 2. Mai 1916²⁵² eingeführte Genehmigung durch den Präsidenten der Zivilverwaltung da versagt wird, wo jene deutschen Interessen gefährdet erscheinen.

Den Höhepunkt dieses Interessenkampfes bildet die im Winter 1916/17 im okkupierten Belgien durchgeführte *Deportation belgischer Arbeiter*. Um die viel kritisierte Maßnahme gerecht zu würdigen, ist es nötig, ihren Ursachen und Begleitumständen, soweit im Rahmen der Aufgabe möglich, näher nachzugehen.²⁵³

Das Bedürfnis nach Arbeitern in der deutschen Industrie, als

Folge des Kriegs und der zahlreichen militärischen Einziehungen, machte sich bereits Ende des ersten Vierteljahrs 1915 geltend. Noch im Februar desselben Jahres hatte das Kriegsministerium die Beschäftigung feindlicher Arbeiter aus den okkupierten Gebieten in Deutschland verboten. Einen Monat später änderte es seinen Standpunkt und brachte bei dem Generalgouverneur die Beschaffung von belgischen Zivilarbeitern, wenn auch zunächst in sehr geringem Umfang, im Wege der freiwilligen Anwerbung in Anregung. Diese Anregung begegnete sich im Ziel, wenn auch nur bedingt in den Gründen, mit einem der leitenden Gedanken der Politik des Generalgouverneurs, der Arbeitslosigkeit in Belgien und ihren Folgen im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung hinter der Front, wie auch der Erhaltung der Volkskraft des ihm anvertrauten Landes nach Möglichkeit abzuwenden. Seine Absicht war nämlich, den seit Jahrzehnten nach Frankreich sich ergießenden breiten Strom der belgischen Wanderer, vornehmlich derer aus den vlämischen Provinzen, nach Deutschland zu lenken, damit sie dort die polnischen Arbeiter ersetzen und gleichzeitig ein mächtiges, wirtschaftlich und politisch gleich wichtiges Bindeglied zwischen Deutschland und dem stammverwandten Vlamland bilden könnten. Als eines der am besten geeigneten Mittel zur Erreichung dieses Ziels erschien dem Generalgouverneur von Anfang an die Verpflanzung belgischer Arbeiter an deutsche Arbeitsstätten. Er war sich aber dabei bewußt, daß diese menschliche Arbeitskraft nicht unter Ausschaltung der freien Selbstbestimmung hin und her geschoben werden dürfe und daß das ganze Problem, wenn es glücklich gelöst werden wollte, mit außerordentlicher Vorsicht und Umsicht angefaßt werden müsse. Der von deutschen Industriellen angemeldete Bedarf war zunächst ein sehr geringer. Immerhin ließen die Erfahrungen, die man mit der den einzelnen Industriellen bzw. ihren Agenten überlassenen Anwerbetätigkeit machte, erkennen, daß das Problem ein äußerst schwieriges und nur auf dem Wege der einheitlichen Organisation zu lösendes sei, in Anlehnung an die Behörden und im Zusammenarbeiten mit ihnen, wenngleich die Organisation selbst eine private bleiben mußte, um dem Mißtrauen der belgischen Arbeiter zu begegnen. Es erfolgte von der nordwestlichen Gruppe deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die Errichtung des »Deutschen

Industriebüros« (DIB.). Mit dem Beginn seiner Tätigkeit in der letzten Juniwoche 1915 setzt die systematische Anwerbung belgischer Arbeiter für Deutschland ein. Sie beschränkt sich zunächst auf Facharbeiter, für die im Jahre 1915 allein ein Bedürfnis bestand, und zwar in erster Linie für die Eisen- und Stahlindustrie und den Bergbau. Später wurde sie auf Arbeiter jeder Art für die verschiedensten Betriebe ausgedehnt. Das Industriebüro richtete für seine Tätigkeit eine Hauptstelle in Brüssel und eine Anzahl Nebenstellen in den wichtigsten Industriezentren des Landes ein. Von den einzelnen Stationen aus wurden systematisch immer weitere Gebiete der Anwerbetätigkeit unterworfen. Bei der Hauptverwaltung in Brüssel liefen die Anforderungen der deutschen Werke zusammen, von dort wurden sie an die einzelnen Unterabteilungen weitergeleitet. Zu den ständigen Anwerbestellen traten zahlreiche gelegentliche, vielfach wechselnde Anwerbestellen. Die Erfolge des Deutschen Industriebüros waren große, wenn man die Schwierigkeiten in Rechnung zieht, mit denen es zu kämpfen hatte, absolut betrachtet dagegen zunächst beschränkte. Von Ende Juni 1915 bis Anfang März 1916 wurden insgesamt rund 12 000 Arbeiter für Deutschland angeworben. Es waren aber bis dahin immer nur verhältnismäßig geringe Mengen Qualitätsarbeiter verlangt worden. Die Schwierigkeiten lagen teils in mehr oder minder bürokratischen Hemmungen, welche stellvertretende Generalkommandos oder Polizeibehörden in Deutschland verursachten, vor allem aber waren sie in der Tätigkeit der Anwerbung im feindlichen Gebiet an sich begründet. Die größten Hemmnisse lagen in der Gesinnung des einzelnen Belgiers, und sie wurden genährt und verstärkt durch die Gegenagitation der finanziell oder politisch an der Unterbindung der Anwerbung interessierten Kreise. Je intensiver sich die Werbetätigkeit des Deutschen Industriebüros gestaltete, desto energischer wurde der belgische Gegenruck. Der Widerstand fand seinen öffentlichen Brennpunkt in der Verweigerung der Auslieferung der Arbeitslosenlisten, deren man bedurfte, um an die Arbeiter heranzutreten. Am vollständigsten und daher wertvollsten waren die Listen des Comité National, die in jeder Gemeinde von dem Comité Local geführt wurden, da sie für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützungen Namen, Wohnort und Berufe der Arbeitslosen enthielten. Der

bestimmten Weigerung des Comité National, die Listen herauszugeben, konnte im Hinblick auf die Vereinbarungen mit den neutralen Gesandten über die Lebensmittelzufuhr nicht mit Zwang entgegengetreten werden. Die Arbeitslosenlisten wurden daher durch die zivilen Verwaltungsstellen von den Bürgermeistern eingefordert. Die Folge war, daß das Comité National auf den Beitrag der Gemeinden zu den Arbeitslosenunterstützungen verzichtete, um nicht verpflichtet zu sein, den Bürgermeistern weiterhin Einblick in die Listen zu geben. Ein gesetzliches Mittel, die Gemeinden ihrerseits zu Arbeitslosenstatistiken anzuhalten, war der deutschen Verwaltung nach dem hierfür maßgebenden belgischen Recht nicht gegeben. Auch waren auf den Rathäusern keinerlei Arbeiter- oder Arbeitslosenlisten vorhanden. So mußte sich die Zivilverwaltung mit einem allgemeinen Druck auf die Gemeinden zur Erhebung der Arbeitslosenstatistiken begnügen. Dieser Druck hatte jedoch zumeist nur in den Fällen Erfolg, in denen die nach der belgischen Gemeindeordnung erforderliche Genehmigung zur Aufnahme von Anleihen nachgesucht wurde; die Genehmigung des Generalgouverneurs wurde regelmäßig von der Beibringung der Listen abhängig gemacht. Die Zahl der auf diese Weise gewonnenen Listen war nicht groß. Das Material war durchaus unvollständig, immerhin aber für die damaligen Zwecke förderlich.

Inzwischen hatten sich in Deutschland infolge der Dauer des Krieges die Verhältnisse geändert: Das Kriegsministerium tritt am 2. März 1916 an das Generalgouvernement mit der Forderung heran, 400 000 belgische Arbeiter im Zwangswege nach Deutschland zu schaffen, um dadurch eine entsprechende Zahl kriegsverwendungsfähiger Facharbeiter, deren Hunderttausende zurückgestellt waren, für den Heeresdienst freizubekommen.²⁵⁴ Der Generalgouverneur lehnt den Gedanken eines Massenabtransportes belgischer Industriearbeiter unter Anwendung von Zwangsmitteln mit aller Bestimmtheit ab. In einem Schreiben an den stellvertretenden Kriegsminister (CC IV C 23 vom 14. 3. 16) begründet er diese seine Stellungnahme eingehend. Er weist vor allem auf die schweren politischen Bedenken einer solchen Maßnahme hin: »Endlich muß damit gerechnet werden, daß die Zwangsaushebung belgischer Arbeiter sowohl in Amerika und den neutralen Ländern als auch ganz besonders im benachbarten Holland große

Mißstimmungen und politisch höchst unerwünschte und gefährliche Wirkungen hervorrufen würde. Eine besondere Schwierigkeit würde darin bestehen, eine offenkundige Verletzung der Bestimmungen des Haager Abkommens zu vermeiden.« Wenn Holland hier besonders genannt wird, so hatte das auch seinen besonderen Grund. Nach dem siegreichen Vordringen der Deutschen in Belgien waren zahlreiche junge Leute vornehmlich aus der Grenzprovinz Antwerpen nach Holland geflüchtet. Um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, hatte der Gouverneur von Antwerpen, Freiherr von Huene, diese Leute durch öffentliche Kundgebungen aufgefordert, zurückzukehren, und dabei besonders betont, daß keine Rede davon sein könne, daß sie (als Gefangene) nach Deutschland transportiert würden. Die holländische Regierung hatte die deutsche Kundgebung unterstützt. Wenn sich auch diese Zusage nur auf einen bestimmten Fall bezog, der mit der jetzt in Rede stehenden Frage nichts zu tun hatte, so konnte doch aus der beabsichtigten Abschiebung ein Wortbruch konstruiert werden und die holländische Regierung in unangenehme Situationen kommen. Der Generalgouverneur betonte ferner schon damals die besondere Schwierigkeit, die hochentwickelten belgischen Facharbeiter, insbesondere der Metallbranche, durch Zwang zur Qualitätsarbeit, um welche es sich bei der Kriegsindustrie vornehmlich handle, heranzuziehen. An Stelle der angeregten Zwangsmaßnahmen schlug der Generalgouverneur vor, noch mehr als wie bisher die belgische Industrie an Ort und Stelle auszunutzen, und ferner die Anwerbung zu freiwilliger Arbeit in Deutschland auf eine neue Grundlage zu stellen und nachdrücklich zu fördern. Diese Umbildung und Förderung wurde von den Behörden des Generalgouvernements im März 1916 in Angriff genommen; das Industriebüro wurde der Abteilung für Handel und Gewerbe angegliedert, ein Mitglied dieser Abteilung zum Staatskommissar bei dem Industriebüro bestellt. Die Folge war ein nicht unerhebliches Steigen der Anwerbungsergebnisse. Die Zahl der von Februar bis Ende Juni 1916 angeworbenen Arbeiter stieg auf rund 21 000. Inzwischen wurden die Verhandlungen mit dem Kriegsministerium fortgesetzt, und der Generalgouverneur versäumte nicht, auch den Reichskanzler von der Angelegenheit und seinem Standpunkt durch Schreiben CC IV A 2804 vom 12. 4. 16 in Kenntnis zu setzen.

Die Verhandlungen kamen zum vorläufigen Abschluß in Besprechungen, welche Mitte Mai im Reichsamt des Innern und im Kriegsministerium stattfanden. Auf Grund der von den Vertretern des Generalgouvernements geltend gemachten Einwendungen kam man übereinstimmend zu der Ansicht, daß als Weg zur Gewinnung weiterer belgischer Arbeitskräfte der unmittelbare Zwang nicht in Betracht kommen könne, daß daher das ganze Gewicht der Bemühungen auf die Durchführung und Verbesserung des Anwerbeverfahrens zu legen sei.

Mit den daraufhin einsetzenden vermehrten Bemühungen der deutschen Behörden hatte sich auch die belgische Gegenagitation verstärkt, die insbesondere auch der Verwendung belgischer Arbeiter in militärischen oder zwangsverwalteten Betrieben in Belgien entgegenarbeitete. Der Generalgouverneur hatte sich daher schon im Mai veranlaßt gesehen, seine Verordnung gegen die Arbeitsscheu vom 15. August 1915 durch eine neue vom 15. Mai 1916²⁵⁵ dahin zu ergänzen, daß an Stelle der gerichtlichen Bestrafung, für welche überdies an Stelle der belgischen Gerichte die deutschen Militärgerichte für zuständig erklärt wurden, die zwangsweise Abschiebung zur Arbeitsstelle durch die Gouverneure und Kreischefs angeordnet werden konnte. Damit war die straf- bzw. verwaltungsrechtliche Rechtsgrundlage für einen Zwang zur Arbeit auch in Deutschland gegeben. Bei Erlaß der Verordnung war zunächst nicht beabsichtigt, sie tatsächlich generell anzuwenden; sie sollte vielmehr höchstens individuell und als strafersetzende Maßnahme angewendet werden, in erster Linie aber durch ihr bloßes Bestehen einen Druck auf die Arbeiterschaft ausüben. — Trotz aller Bemühungen der Militär- und Zivilbehörden gelang es nicht, die Zahl der freiwilligen Anwerbungen noch wesentlich mehr zu steigern; neben der Gegenagitation wirkten insbesondere auch die kriegesischen Ereignisse des Sommers 1916 in hohem Maße ungünstig auf die Geneigtheit der Arbeiter ein, sich nach Deutschland anwerben zu lassen. Der Generalgouverneur ordnete daher durch Vertraulichen Erlaß vom 4. August III 5688 an die Gouverneure und Kreischefs an, daß in allen geeigneten Fällen von der Befugnis vom 15. Mai Gebrauch zu machen sei, »da in Deutschland ein dringendes Bedürfnis nach technischen und industriellen Arbeitern vorhanden ist, welches auf dem Wege der freiwilligen Anwerbung nicht gedeckt

werden kann«. Zu beachten ist auch hier, daß es sich immer nur um Einzelfälle handelte, Massenabschiebungen lehnte der Generalgouverneur nach wie vor ab.

Bevor diese Maßnahme sich zu voller Wirksamkeit entfalten konnte, trat durch das neue Rüstungsprogramm der Obersten Heeresleitung eine entscheidende Wendung ein. Der Bedarf an Arbeitskräften wurde ein derartig großer und dringender, daß die Oberste Heeresleitung das im Wege der freiwilligen Anwerbung Erreichbare für nicht annähernd genügend erachtete, sondern neuerlich die zwangsweise Überführung der benötigten belgischen Arbeitskräfte nach Deutschland forderte. In diesem Sinne ersuchte der erste Generalquartiermeister unter dem 14. September 1916 um beschleunigte Aufstellung von Listen der belgischen Arbeiter, damit jederzeit auf sie zurückgegriffen werden könne. »Die Notwendigkeit, alle Arbeitskräfte auszunutzen, zwingt zu derartigen Maßnahmen, und alle sozialen und völkerrechtlichen Bedenken müssen unbedingt zurückstehen.« In einem Schreiben an den Chef des Generalstabes des Feldheeres vom 15. September 1916 Ia 7793, in dem er die schon früher erhobenen Bedenken nochmals ausführlich darlegte, erklärte sich der Generalgouverneur außerstande, dem Ersuchen der allgemeinen zwangsweisen Überführung belgischer Arbeiter nach Deutschland zu entsprechen. Die Oberste Heeresleitung verdichtete ihre Forderungen zu dem Verlangen einer zwangsweisen Abschiebung der Wehrpflichtigen (Nr. II 35 323 op., eingegangen am 23. 9. 16). Am 29. September fand über die Angelegenheit die eigentlich entscheidende Besprechung im Kriegsministerium in Berlin statt. Der Vertreter der Obersten Heeresleitung wies auf den außerordentlichen Ernst der Lage hin und führte aus, daß ein dringendes Bedürfnis bestehe, mit möglichster Beschleunigung die fehlenden Munitionsarbeiter zu beschaffen. »Unter Umständen hänge geradezu der Ausgang des Krieges davon ab.« Seitens der Reichsleitung konnte dieser Auffassung nicht widersprochen werden. Die ganze ungeheure Verantwortung war also dem Generalgouverneur zugeschoben. Im Hinblick auf die von der Obersten Heeresleitung immer wieder geltend gemachten ernststen Gründe erklärte er sich in einer weiteren Besprechung am 6. Oktober in Brüssel mit dem zwangsweisen Abtransport belgischer Arbeiter nach Deutschland grundsätzlich einverstanden. Die

Zwangszuführung belgischer Arbeiter nach der Etappe lehnte er jedoch endgültig ab. Es wurde sodann beschlossen, als rechtliche Grundlage für die Abschiebungen die Verordnung vom 15. Mai 1916 zu gebrauchen. Gleichzeitig schlug der Generalgouverneur vor, über die rechtliche Begründung der Abschiebung ein Gutachten der Obersten Reichsstelle einzuholen. In seinem Antwortschreiben erklärte der Reichskanzler folgendes: »Völkerrechtlich läßt sich die geplante Abschiebung arbeitsscheuer Belgier nach Deutschland zwecks Heranziehung zu Zwangsarbeiten rechtfertigen, wenn a) Arbeitsscheue öffentlicher Wohltätigkeit zur Last fallen, b) Arbeitsgelegenheit in Belgien nicht zu finden ist, c) Zwangsarbeiten nicht in Beziehungen zu Kriegsunternehmungen stehen. Ist Zwang unvermeidlich, dürfte dieser in folgender Weise zu begründen und durchzuführen sein: a) Arbeitsscheue und infolgedessen unterstützungsbedürftige Belgier werden im wesentlichen von der Relief Commission ernährt; diese Einrichtung hat nach Lage der Umstände öffentlichen Charakter, so daß ihre Unterstützungen als öffentliche anzusehen sind. b) Bei dem Daniederliegen belgischer Industrien ist für belgische Industriearbeiter Arbeitsgelegenheit oder wenigstens angemessene Arbeit in Belgien nicht zu finden. c) Die Zwangsarbeit in Deutschland trägt keinen ausschließlichen Kriegscharakter; zu vermeiden wäre daher unmittelbare Heranziehung zu Munitionsarbeiten. d) Der Zwang hätte auf Grund des Art. 2 Abs. 3 der Verordnung vom 15. Mai 1916 ohne strafrechtliches Verfahren durch bloßen Verwaltungsakt zu erfolgen; er wäre erst nach Androhung und unter Vermeidung aller unnötigen Härten auszuführen. Angemessener Lohn wäre auch bei Zwang zu gewähren, wogegen freiwillige Arbeiter zweckmäßig besser zu stellen wären.«

Diese Erklärung des Reichskanzlers bedeutete zugleich eine Einverständniserklärung des verantwortlichen Leiters der Reichspolitik zu der geplanten Maßnahme. Der Reichskanzler empfahl jedoch, bei der Durchführung möglichste Vorsicht walten zu lassen, um ungünstige Wirkungen im Auslande möglichst hintanzuhalten.

Einige Tage später (11. Oktober 1916) fand in Brüssel eine Besprechung statt, die eine Anzahl leitender Männer der rheinisch-westfälischen Großindustrie über die gleiche Frage nachgesucht hatte. Dabei wurden von dieser Seite in dringlichster Form die

großen Schwierigkeiten geschildert, unter denen die Industrie durch den Arbeitermangel zu leiden habe. Um den von der Obersten Heeresleitung gestellten Anforderungen gerecht zu werden, müßten der Industrie in kürzester Frist mehrere Hunderttausende belgischer Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden. Den Bedenken gegen die Verwendbarkeit zur Arbeit gezwungener Belgier wurde ein Gewicht nicht beigemessen. Im Anschluß an diese Besprechung teilte der Generalgouverneur der Obersten Heeresleitung am 11. Oktober 1916 telegraphisch seinen Entschluß mit, mit der zwangsweisen Abschiebung belgischer Arbeiter rechtzeitig zu beginnen. Er fügte die Bitte bei, zu veranlassen, daß Lager bestimmt würden, in welche die Transporte geleitet werden sollten, und teilte gleichzeitig mit, daß nach Angabe der Industrievertreter mit einer wöchentlichen Zufuhr von 20 000 Arbeitern gerechnet werden müsse. Über die Durchführung der Arbeiterabschiebung fand am 19. Oktober in Berlin eine Besprechung der Vertreter des Generalgouvernements mit den zuständigen inländischen Behörden statt. Um den geplanten Maßnahmen auch nach außen den Charakter von Strafmaßnahmen zu nehmen, wurde beschlossen, die Arbeiter zwar zunächst in Sammelstellen zu führen, den Aufenthalt in diesen aber möglichst kurz zu gestalten, ihnen auch durch entsprechende Einrichtungen äußerlich den Charakter von Konzentrations- oder Strafgefangenenlagern zu nehmen. Es wurde ferner nochmals ausdrücklich ausgesprochen, daß neben den Zwangstransporten auch weiterhin die freiwillige Anwerbung nach jeder Richtung zu fördern sei.

In der Zwiespältigkeit des Standpunktes der höchsten obersten Reichsstellen, die bei den geschilderten Verhandlungen zutage trat, offenbart sich die ganze Schwierigkeit und Unhaltbarkeit der Situation. Auf der einen Seite die militärischen Stellen mit dem Grundsatz: vor der unbedingten Notwendigkeit haben alle anderen Momente zurückzutreten. Auf der anderen Seite die zivilen Reichsstellen (vor allem das Auswärtige Amt) mit dem Standpunkt der größten Vorsicht. Die Duplizität des Standpunkts übertrug sich auch auf die deutschen Behörden in Belgien. Für die Ausführung war der Standpunkt des Auswärtigen Amts ein Ding der Unmöglichkeit.

Noch während die Verhandlungen über die zweckmäßigste Durchführung der Wünsche der Obersten Heeresleitung schweb-

ten, hatte der Generalgouverneur vorbereitende Maßnahmen getroffen. Listen der Arbeitslosen standen, wie erwähnt, nicht zur Verfügung, lediglich die bei den Meldeämtern geführten Listen der Wehrpflichtigen bis zum 38. Lebensjahr waren auf Grund früherer Anordnungen durch Angabe von Beruf und Beschäftigungsgrad, soweit möglich, ergänzt worden und gewährten insofern einige brauchbare Anhaltspunkte.

Diese Listen wurden eingefordert. Der Generalgouverneur befahl sodann den Gouvernements, den Gemeinden die Aufstellung von Listen sämtlicher männlicher Arbeitslosen durch militärischen Befehl aufzuerlegen, da die Zahl der Arbeitslosen in einer die öffentliche Sicherheit bedrohenden Weise zunehme und die Listen als Grundlage für die im militärischen Interesse zu ergreifenden Maßnahmen nötig seien. Aufzuführen seien alle Personen, die aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen irgendwelcher Art, einschließlich der von der Commission for Relief in Belgium und dem Comité National gewährten, bezögen. Gegen Widerspenstige sollte auf Grund der Kaiserlichen Verordnung von 1899 vorgegangen werden. Durch telegraphischen Runderlaß vom 21. Oktober 1916 wurde in Erinnerung gebracht, daß bei Ausführung dieses Befehls die Listen des Comité National weder von den Bürgermeistern verlangt noch beschlagnahmt werden dürften.

Die erste Zwangsabschiebung fand am 26. und 27. Oktober 1916 in Quiévrain, einem kleinen Industriestädtchen im Süden der Provinz Hennegau nahe der französischen Grenze, statt. Es wurden am 26. Oktober 730 Arbeiter, am 27. Oktober 256 Arbeiter abgeschoben. Weitere Abschiebungen wurden in den folgenden Tagen durchgeführt, und zwar zunächst in den Gemeinden in der Umgegend von Quiévrain. Durch allmähliches Vorgehen gegen die Provinzialhauptstadt Mons sollten möglichst viel Freiwillige dem dort tätigen Zweigbüro des DIB. zugeführt werden. Ähnlich ging man in den anderen Provinzen vor. Die praktische Durchführung des eingehend vorbereiteten Programms vollzog sich, wie zu erwarten war, unter den größten Schwierigkeiten. Es sollten auf der einen Seite nach Möglichkeit brauchbare Facharbeiter, auf der anderen Seite aber nur Arbeitslose abgeschoben werden. Statistisches Material oder gar äußere Kennzeichen, auf Grund deren arbeitslose Facharbeiter in den gewünschten Mengen und in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit aus dem Men-

schenreservoir von schätzungsweise einer halben Million Arbeitslosen hätten herausgenommen werden können, standen nicht zur Verfügung. Die Bürgermeister waren zwar durch Befehl vom 12. Oktober zur Aufstellung von Listen der männlichen Arbeitslosen angehalten worden. Aber abgesehen davon, daß selbst in Deutschland die Aufstellung einigermaßen brauchbarer Listen nach Art der geforderten mehrere Wochen in Anspruch genommen hätte, mußte in Belgien sogar damit gerechnet werden, daß die Listen zur Vereitelung des Zwecks der Abschiebungen verwendet werden würden. Die belgischen Bürgermeister hatten die Schwierigkeit des Problems, eine einwandfreie Massenauslese des benötigten Menschenmaterials vorzunehmen, richtig erkannt und nutzten diese Schwierigkeit nach Kräften aus. Soweit also überhaupt in den ersten Zeiten Listen eingeliefert wurden, waren sie in der Mehrzahl der Fälle unbrauchbar. Der Begriff des Arbeitslosen in Belgien war nicht leicht zu bestimmen und hing vielfach weniger von allgemeinen Merkmalen als von ganz konkreten Umständen ab. Insbesondere galt dies von den zahlreichen Grenzfällen. Viele Fabrikanten hatten sowohl in der Absicht, sich einen guten Stamm von Arbeitern zu erhalten, als auch um der Anwerbung entgegenzuwirken, mit allen Mitteln versucht, die tüchtigsten ihrer Arbeiter, sei es durch Vornahme unproduktiver oder auf die Zeit nach dem Kriege berechneter Arbeiten, sei es durch scheinbare Beschäftigung, in einem nach außen hin erkennbaren Dienstverhältnis zu erhalten. Mit dem Bekanntwerden der Arbeiterabschiebung steigerte sich naturgemäß die Zahl der auf diese Weise scheinbar beschäftigten, in Wirklichkeit arbeitslosen Facharbeiter in ganz beträchtlichem Maße. Natürlich wurden derartige Arbeiter von den Bürgermeistern nicht in die Listen der Arbeitslosen aufgenommen; die Bürgermeister nahmen vielmehr in zahlreichen Fällen in die Listen nur Leute auf, die für die Zwecke der Abschiebung völlig unbrauchbar waren, so zum Beispiel Greise, Gebrechliche, Arbeitsscheue im eigentlichen Sinne des Wortes und dergleichen. Man hätte meinen können, das industrielle Leben in Belgien stehe in höchster Blüte. Einzelne Gemeindeverwaltungen widersetzten sich offen den für die Durchführung der Abtransporte angeordneten Maßnahmen. So protestierte zum Beispiel die Stadt Antwerpen gegen den Befehl, indem sie ihre Zuständigkeit bestritt und eine derartige Maßnahme als

ihren vaterländischen Pflichten zuwiderlaufend erklärte. Hier wurde darauf das auf dem Rathause vorhandene Material beschlagnahmt und der Versuch eigener Listenaufstellung gemacht. Aber solche und ähnliche Maßnahmen ließen sich schon wegen des Mangels an geeigneten Organen nicht allgemein durchführen, auch hätten sie, allgemein durchgeführt, einen Zeitaufwand erfordert, der mit der Dringlichkeit der Anforderungen der Obersten Heeresleitung nicht zu vereinbaren gewesen wäre. Auch auf sonstige Weise, und zwar auch mit positiven Mitteln, wurde gegen die Abschiebungen gearbeitet. So hatten bereits bei der ersten Versammlung eine große Zahl von Personen, zumeist vom Bürgermeister beglaubigte, Arbeitsbescheinigungen, die sich in zahlreichen Fällen als den Tatsachen nicht entsprechend erwiesen. In späteren Versammlungen gab es so gut wie niemand mehr, der nicht eine Arbeitsbescheinigung hatte. Die auf Befragen erteilten Auskünfte waren ebensowenig zuverlässig. In Orten, in denen Hunderte notorisch arbeitslos waren, gab es meist niemand, der sich als arbeitslos bekannte. Als sich herumsprach, daß Landwirte, selbständige Gewerbetreibende, Studierende usw. nicht genommen würden, stieg die Zahl der »Cultivateurs«, »Patrons« und »Etudiants« ins Ungemessene. Häufig genug wurden sogar Fälschungen der Personalpapiere in dieser Richtung festgestellt. — Die Bürgermeister waren bei Befragen in erster Linie darauf bedacht, vor den Wählern als Wahrer ihrer Interessen, nicht selten auch als zuverlässige Parteileute zu erscheinen. So ließ schon in Quiévrain der Bürgermeister seinen Gegenkandidaten, einen Mann mit 60 000 Franken Vermögen, zunächst unter die abzuschiebenden Arbeitslosen geraten und dort eine angstvolle Zeit verbringen, ehe er ihm durch Meldung des Irrtums zur Entlassung verhalf. Wenige Tage darauf ließ in einem anderen Industriestädtchen der Bürgermeister — ein sozialistischer Abgeordneter — einen seiner Gegner, der der katholischen Partei angehörte, gewolltermaßen dadurch abschieben, daß er ihn nicht ordnungsgemäß mit den Stadtvertretern und städtischen Beamten vorführte. Aus dem Kreise Maaseyk wurde berichtet, daß vielfach die Bürgermeister und Sekretäre nicht diejenigen als arbeitslos bezeichnet hätten, die keine Arbeit hatten, sondern solche Personen, die in der Gemeinde mißliebig waren, nicht zu der in der Gemeinde führenden politischen Partei gehörten oder

nach Ansicht des Bürgermeisters den deutschen Besatzungstruppen zu viel Entgegenkommen gezeigt hatten. Andererseits wurden Parteifreunde und deren Söhne als Hilfspolizisten oder sonstige Hilfskräfte in die Gemeindeverwaltungen zum Schreiben aufgenommen. Den Angaben der Bürgermeister konnte daher nur ein sehr beschränktes Gewicht beigemessen werden. Verkannt werden darf dabei nicht, daß die Bürgermeister sich in einer schwierigen Lage befanden und daß einzelne von ihnen ehrlich bemüht gewesen sind, den deutschen Organen wenigstens bei der Verhinderung unrichtiger Abtransporte behilflich zu sein. Daß zum Nichterscheinen bei den der Abschiebung dienenden Kontrollversammlungen förmlich aufgefordert wurde, ist nur in Brüssel festgestellt worden, woselbst Flugblätter in die Briefkästen der Häuser geworfen wurden, die zum direkten Ungehorsam gegen den Vorladungsbefehl aufforderten. Auf der anderen Seite wurde ein Flugblatt aufgefangen, das davor warnte, sich von der Kontrollversammlung befreien zu lassen, es müsse im Gegenteil alles hingehen, um den Deutschen die Auswahl der wirklichen chômeurs möglichst zu erschweren. Das Comité National suchte den deutschen Stellen systematisch Schwierigkeiten zu machen. Bei dem über das ganze Land ausgedehnten engen Netz seiner Organisation fand es dazu reichliche Gelegenheit. Vielfach und unabhängig voneinander wurde berichtet, daß es einer weit größeren Zahl von Personen Bescheinigungen ausstellte, als es in Wirklichkeit beschäftigte, vorzugsweise jungen Eisenbahn- und Telegraphenarbeitern, um sie der Abschiebung zu entziehen. In kleineren Orten stellte es eine derart große Zahl von Personen als in seinem Dienst befindlich vor, daß die Berücksichtigung aller seiner Wünsche den Erfolg der ganzen Maßnahme für diese Gegenden nicht unerheblich gefährdet hätte. Mit Vorliebe wurden kurz vor dem Termin junge arbeitsfähige Leute beim Komitee in irgendeiner Eigenschaft angestellt. Man ging auch so weit, beim Komitee Beschäftigte, die wegen ihres Alters für die Abschiebung nicht in Betracht kamen, zu entlassen und junge Arbeitsfähige an ihre Stelle zu setzen, um sie der Arbeit in Deutschland zu entziehen. Durch einen Runderlaß des Generalgouverneurs vom 7. November 1916 wurde daher zunächst darauf hingewiesen, daß nur die vollbeschäftigten Angestellten des Comité National befreit seien. Auf Grund dieses Befehls wurden

die Komiteeangestellten bei den Terminen gesondert vorgeführt und alle diejenigen als arbeitslos behandelt, die erst kürzlich in seinen Dienst getreten waren und die offensichtlich eine ihrer Vorbildung nicht entsprechende Tätigkeit ausübten, z. B. gelernte Eisenarbeiter, die während einiger Morgenstunden Brot austrugen. Die Proteste des Komitees, daß dadurch das international garantierte Hilfswerk unmöglich gemacht werde, veranlaßte alsdann die Commission for Relief mit Zustimmung der deutschen Vermittlungsstelle CN., die Listen der als CN.-Angestellte Reklamierten zu prüfen und denjenigen, die sich wirklich im Ernährungsdienst befanden, ihrerseits Bescheinigungen auszustellen. Listen über die Personen, die so Bescheinigungen von ihr bekommen hatten, reichte sie abredgemäß vor den Terminen bei den Präsidenten der Zivilverwaltungen und den Kreischefs ein. Nach ihrer Angabe erhielten von ihr nur Personen Bescheinigungen, für die das Comité National nachwies, daß sie erstens seit längerer Zeit in seinem Dienst, zweitens ohne Unterbrechung beschäftigt waren und drittens dringend benötigt wurden. Dieses System arbeitete nun aber in den einzelnen Provinzen verschieden. So konnten Reibungen nicht völlig ausgeschlossen werden. Um sie soweit irgend angängig zu vermindern, wurde wiederholt besondere Aufmerksamkeit bei der Sichtung der Komiteeangestellten befohlen.

Angesichts aller dieser Schwierigkeiten und da die Abschiebung nicht stocken durfte, blieb kein anderer Ausweg als der, so gut wie möglich selbst die Auswahl zu treffen. Soweit nicht in einzelnen Fällen die stets anwesenden deutschen Zivilkommissare, sonstige Vertreter der Zivilverwaltung oder in dem Aushebungs-ort garnisonierende Heeresangehörige Auskunft geben konnten, mußte die Bewertung der vorgelegten Bescheinigungen und der mündlichen Angaben des Prüflings und der Gemeindevertreter dem gewissenhaften Ermessen der sichtenden Offiziere überlassen bleiben. Wie schwierig diese Aufgabe war, läßt sich nach dem Ausgeführten begreifen. Dazu kam noch die Unmöglichkeit, etwa an Kleidung, äußerer Haltung und dergleichen den *chômeur* zu erkennen. Nahezu alle Vorgeladenen erschienen im gleichen wenig gepflegten Anzug, der Baron X trug die gleiche Mütze und die gleichen beschmutzten Wasserstiefel wie der Arbeiter Y.

Das bewußte Herbeiführen von Irrtümern der geschilderten

Art durch die Bürgermeister und Komiteeorgane hatte zur unvermeidlichen Folge, daß besonders bei den ersten Abschiebungen auch eine größere Anzahl sogenannter Intellektueller nach Deutschland geschafft wurde. Es hatte aber zur weiteren ungewollten Folge, daß in den Kreisen der Angehörigen dieser Abgeschobenen und derjenigen, die ihre eigene künftige Abschiebung befürchteten, starke Mißstimmung gegen das Komitee entstand, dem berechtigterweise ein wesentlicher Schuldanteil an dem Abtransport Nichtarbeitsloser zugeschoben wurde. Das Comité National berief denn auch plötzlich eine Versammlung der Präsidenten seiner Provinzialkomitees zur Beratung darüber ein, ob die Arbeitslosenlisten nicht doch in irgendeiner Weise den deutschen Behörden zugänglich zu machen seien. Es verblieb jedoch bei der ablehnenden Haltung. Zur Vermeidung von Irrtümern wurden die weitestgehenden Maßnahmen getroffen. So wurden insbesondere die bei den zwangsverwalteten Unternehmungen und den Bergwerken seit der Zeit vor dem 15. Oktober 1916 voll beschäftigten Arbeiter, zusammen etwa 147000, von den Kontrollversammlungen zurückgehalten oder ihnen mit dem Personalausweis durch das Dienstsiegel verbundene Bescheinigungen ausgestellt. Die Arbeiterschaft sonstiger Privatunternehmungen, deren ungestörter Fortgang wegen der Lieferung von direktem oder indirektem Kriegsbedarf im militärischen Interesse lag, wurde ähnlich behandelt. Sodann wurden Maßnahmen ergriffen, um die nicht beteiligten Bevölkerungskreise nach Möglichkeit auch von den Vorbereitungen der Abschiebung zu verschonen. So wurde den mit dem Vollzug beauftragten Militärbehörden anheimgestellt, soweit es die örtlichen Verhältnisse erlaubten, Geistliche, Ärzte, richterliche Beamte und Rechtsanwälte von dem Erscheinen in den Kontrollversammlungen zu befreien; ebenso selbständige Gewerbetreibende, die nachweislich im laufenden und vergangenen Jahre Gewerbesteuer entrichtet hatten. Endlich wurde angeordnet, daß aus den zu der Kontrollversammlung befohlenen Personen alle Nicht-Arbeiter, wie z. B. Lehrer, Studenten, Fortbildungsschüler, Ackerbauer und dergleichen, besonders gemustert werden sollten und nach Feststellung ihrer Identität zu entlassen seien.

Außerlich spielten sich die Abschiebe in der Regel folgendermaßen ab: Zunächst mußten die Erschienenen reihenweise die

ärztliche Kontrolle passieren, bei der die Aussonderung der körperlich Untauglichen stattfand. Teilweise wurden hierzu auch belgische Ärzte beigezogen. Erschienenene, bei denen ohne weitere Prüfung sich ergab, daß sie etwa wegen ihres Berufes oder aus sonstigen Gründen für Deutschland nicht in Betracht kämen, wurden schon hier entlassen. Bei der nächsten Sperre erfolgte die Sichtung der Arbeitslosen durch geeignete Offiziere — die schwierigste Aufgabe. Hierbei wurden zunächst die im Jahre 1915 allgemein eingeführten, von den Gemeindebehörden ausgestellten Personalausweise, ferner die den meldepflichtigen Wehrfähigen durch die Meldeämter ausgestellten Meldekarten als Grundlage genommen. Soweit die Bürgermeister Arbeitslosenlisten eingereicht hatten, wurden diese gleichfalls benutzt. Da die Einreichung dieser Listen aber in den meisten Fällen noch nicht erfolgt war oder die Listen mangelhafte Angaben enthielten und den mitgebrachten Arbeitszertifikaten aus den dargelegten Gründen nur bedingte Beweiskraft zugestanden werden konnte, war man letzten Endes auf mündliches Befragen der einzelnen Vor geladenen angewiesen. In Zweifelsfällen wurden die Angaben durch Befragen der Bürgermeister, deren Auskunft, wie erwähnt, nur mit Vorsicht verwendet werden konnte, ergänzt. Ferner wirkten auf Grund ihrer örtlichen Kenntnis der Verhältnisse die anwesenden Beamten der zuständigen Zivilverwaltungsbehörden und Organe der Ortskommandantur mit. Alle zur Arbeit in Deutschland nach dieser Prüfung nicht in Betracht kommenden Personen wurden sofort entlassen. Die ausgesichteten Arbeitslosen wurden bei der alsbald erfolgenden Aufnahme ihrer Personalien durch sprachgewandte Unteroffiziere der Meldeämter befragt, ob sie freiwillig Arbeit in Deutschland annehmen wollten, wozu sie aufgefordert wurden. Angestellte des Industriebüros, die sich unter sie mischten, stellten Zweifelnden die Vorteile der freiwilligen Arbeit vor. Beamte der Militärgeneraldirektion der Eisenbahnen und der Militärkanaldirektion suchten Arbeiter für ihre Betriebe innerhalb Belgiens zu gewinnen. Jedoch hatten weder sie noch das Industriebüro hierbei erheblichere Erfolge. Die zum Zwangstransport Bestimmten wurden in größeren Räumen gesammelt und dort nochmals ärztlich, insbesondere auf Geschlechtskrankheiten untersucht. Bei diesem Aufenthalt ergab sich öfters noch Gelegenheit, den einen oder anderen zu ent-

lassen, sei es daß er nachträglich eine Beschäftigung oder daß er besondere Billigkeitsgründe, wie zum Beispiel Erkrankung von Angehörigen, große Kinderzahl und dergleichen wahrscheinlich machte. Es kam freilich auch vor, daß Abzutransportierende, die von Angehörigen reklamiert wurden und entlassen werden sollten, sich zu verstecken suchten, um zunächst einmal das Weitere eine Zeitlang mitzuerleben. Das Comité National benutzte mit Genehmigung des Generalgouverneurs den Aufenthalt der Abzuschiebenden in den Räumen häufig dazu, Brot, Unterkleidung und Geld verteilen zu lassen. Nach Sammlung von je einigen hundert Leuten wurde unter militärischer Bewachung der Weg durch die abgesperrten Straßen zu dem stets nahegelegenen Bahnhof angetreten. Widerstand wurde dabei in keinem Falle geleistet. Den Angehörigen wurde gestattet, durch belgische Polizisten, Gemeindediener usw., häufig genug auch durch LandsturMLEUTE für die AbschüBLinge bestimmte Pakete mit Kleidern oder Lebensmitteln abzugeben, welche den Betreffenden vor Abgang des Zuges durch Soldaten ausgehändigt wurden. Für die Verpflegung während des Transports sorgte die Militärgeneraldirektion der Eisenbahnen in gleicher Weise wie für Militärtransporte.

Die geschilderte Durchführung der AbschüBE war nicht eine zwingend vorgeschriebene, vielmehr diente sie nur als Anhalt und ließ der Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten vollen Spielraum. So wurde zum Beispiel in Antwerpen, wo genügend Zeit zur Vorbereitung gelassen werden konnte, zum erstenmal das System angewandt, zur Ausscheidung der arbeitslosen Arbeiter von den übrigen Berufsklassen vor Abhaltung der eigentlichen Kontrollversammlung eine Vorversammlung stattfinden zu lassen. Eine wesentliche Abweichung ergab sich sodann in den seltenen Fällen, in denen die Bürgermeister vollständige Arbeitslosenlisten einreichten. Es brauchten dann zu den Terminen nur die auf diesen Listen verzeichneten Personen geladen zu werden. Die allgemeinen Grundsätze für die Sichtung waren aber im ganzen Lande die gleichen. Zu einer gewissen Gleichförmigkeit in der Sichtung trug bei, daß das Generalgouvernement Ort und Zeit der Kontrollversammlungen den Gouvernements jeweils so weit möglich früh bekanntgab und diese damit Gelegenheit fanden, die in ihren Bezirken mit der Sichtung beauftragten Offiziere durch Entsendung zu einem früheren Termin sich mit ihren künft-

tigen Aufgaben vertraut machen zu lassen. Wenn trotzdem bald strenger, bald milder vorgegangen wurde, indem den Angaben der Prüflinge, daß sie beschäftigt seien, bald mehr, bald weniger Glauben geschenkt wurde, so lag das in der Natur der Sache, der völligen Neuheit der Aufgabe und der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse.

Es blieb der deutschen Verwaltung nicht verborgen, daß die Zwangsabschiebungen eine tiefgehende Wirkung auf die Gesinnung und Stimmung aller Schichten des belgischen Volkes ausübten, die sich in leidenschaftlichen Protesten an den Generalgouverneur äußerte. Auf der anderen Seite wurde mehrfach berichtet, daß die gemeindlichen Polizeiorgane auf dem flachen Lande sich über die durch die Arbeiterabschiebungen bewirkte Hebung der öffentlichen Sicherheit mit Befriedigung aussprachen.

In vielen Fällen richteten sich die Proteste nicht sowohl gegen die Abschiebungen als solche, als gegen die Abschiebung der Nicht-Arbeitslosen. In der Tat sind insbesondere bei den Abschiebungen bis Anfang Dezember 1916 in zahlreichen Fällen Nicht-Arbeitslose und auch zu den Intellektuellen gehörende Personen nach Deutschland gebracht worden. Diese »Mißgriffe« beruhten zunächst auf den geschilderten, in der Natur der Sache begründeten und von den Belgiern begreiflicherweise planmäßig ausgenutzten Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten wurden beträchtlich gesteigert durch die zahlenmäßige Höhe und die Dringlichkeit der Anforderung seitens der Obersten Heeresleitung und des Kriegsministeriums. Der Bedarf war seitens des Generalquartiermeisters zunächst mit 8000 Arbeitern wöchentlich angegeben worden. Die Abschiebungen wurden auf diese Zahl eingestellt und die geforderte Zahl in der ersten Hälfte des November erreicht. Schon am 11. November ersuchte die Oberste Heeresleitung telegraphisch um Steigerung der Abtransporte, und zwar auf wöchentlich 20 000. Und wenn auch die dringliche Forderung des ersten Telegramms durch ein zweites vom Tage darauf herabgemindert wurde, so enthielt das letztere doch die unzweideutige Forderung, eine wöchentliche Zahl von 12—13 000 Abschüblingen zu erreichen. Dazu kam noch ein Weiteres: der Generalgouverneur hatte sich in den früheren Stadien der Arbeiterfrage dem Gedanken der Zwangsabschiebung gegenüber ablehnend verhalten. Allen erhobenen Einwendungen war sei-

tens der Obersten Heeresleitung immer wieder die unbedingte militärische Notwendigkeit der Maßnahme entgegengestellt worden. Diese zwingende Begründung der ganzen Aktion konnte auch auf die Art und Weise ihrer Durchführung ihre Rückwirkung nicht verfehlen, und die für die Durchführung der Zwangsabschiebung verantwortlichen Organe glaubten nur pflichtgemäß zu handeln, wenn sie bei ihren Maßnahmen das Ziel der restlosen Erfüllung der Anforderung der Obersten Heeresleitung allen anderen, auch politischen, Gesichtspunkten voranstellten. Zweifel daran konnten um so weniger aufkommen, als in Wort und Tat der Gegner in rücksichtslosester Konsequenz immer wieder die Anschauung zutage getreten war, daß nicht nur gegen den feindlichen Staat und sein Heer, sondern auch gegen den nicht Waffen tragenden Bürger der Krieg zu führen sei,²⁵⁸ als die Wirkungen des Aushungerungskriegs anfangen, sich bei den Angehörigen in der deutschen Heimat in erschreckender Weise fühlbar zu machen, und als nach dem bekannten Fliegerangriff auf Karlsruhe am Fronleichnamstag 1916 durch die Franzosen nun auch Näheres über die Behandlung der Frauen und Kinder der deutschen Kolonien durch die Belgier bekanntgeworden war. Warum sollte man deutscherseits peinlicher sein, wenn es sich um die letzten Lebensfragen des Vaterlandes handelte? Angesichts der kurzen Frist für die Vorbereitung der ganzen Maßnahme wäre es bei den geschilderten Schwierigkeiten und Widerständen völlig unmöglich gewesen, im Wege eines jeden einzelnen Fall peinlich berücksichtigenden Ausleseverfahrens, durch welches einzig und allein die sogenannten Mißgriffe hätten vermieden werden können, die geforderten Zahlen auch nur zu einem Bruchteil zu erreichen. Mit vollem Recht sagt der mit dem Vollzug der Abschiebung im Kreise Mons beauftragte Offizier in seinem Bericht, daß, wenn die Abschiebungen nicht so ins Werk gesetzt worden wären, wie es geschehen sei, das unhaltbare Ergebnis erzielt worden wäre, daß es den Einwohnern des besetzten Gebietes gelungen wäre, die Maßnahme fast vollständig zu vereiteln und die deutschen Behörden als machtlos zu erweisen.

Die Zwangsabschiebung sollte zugleich ein Mittel zur Förderung und Verstärkung der freiwilligen Anwerbung bilden. Die hierauf gesetzten Hoffnungen haben sich in hohem Maß erfüllt. Wenn auch bei den eigentlichen Abschiebungsterminen infolge

des belgischerseits ausgeübten Terrors nur ein geringer Prozentsatz von freiwilligen Meldungen zu verzeichnen war, so schnellte mit dem Einsetzen der Zwangsmaßnahmen die Zahl der im Wege der allgemeinen Anwerbung durch die Werbebüros gewonnenen Arbeiter beträchtlich in die Höhe. Die Zahl der freiwillig angeworbenen Arbeiter betrug am 23. Oktober 1916, zu Beginn der Woche, in welcher die Zwangsabschiebungen einsetzten, 29 666. Bis zum 20. Januar 1917 ist sie auf 44 282 gestiegen. Die Zahl der freiwillig Angeworbenen hatte sich sonach in knapp drei Monaten um 14 616 vermehrt. Die monatliche Durchschnittszahl in den ersten drei Monaten seit Beginn der Zwangsabschiebungen betrug etwa 4870 gegenüber einer Durchschnittszahl von etwa 1850 während der vorhergehenden Zeit.

Während mit den freiwillig angeworbenen belgischen Arbeitern im allgemeinen, namentlich soweit die Arbeiter in das ihrem Charakter naheliegende Rheinland kamen, keine schlechten Erfahrungen gemacht wurden, wurde das Ziel der Zwangsabschiebung, der deutschen Heeresindustrie die dringend benötigten Arbeitskräfte in großen Mengen zuzuführen, nur höchst unvollkommen erreicht. Und das lag zunächst daran, daß die Heimat versagte. Entgegen der Zusage dauerte es Wochen, bis eine einwandfreie Unterbringung der Arbeiter in den Sammelstellen erreicht war. Die Organisation der Hinleitung der Arbeitskräfte zu den Arbeitsstätten ließ sehr zu wünschen übrig. Und dann traten alle die Hemmungen ein, die der Generalgouverneur immer vorausgesagt hatte und die einer Ausnutzung der Arbeitskräfte entgegen waren.

Das Kriegsministerium regte nunmehr ein langsames Tempo in den Abschiebungen an. Am 2. Dezember 1916 wurde die Zahl der wöchentlich Abzuschiebenden auf 2000 herabgesetzt. Vom Standpunkt der Durchführung der Abschiebung war diese Neuregelung auf das lebhafteste zu begrüßen, da sie die erwünschte gründliche Vorbereitung und eingehende Prüfung jedes einzelnen Falles ermöglichte. Das Schwergewicht brauchte nicht mehr auf die Gewinnung möglichst vieler Menschenkräfte gelegt zu werden, sondern es konnte eine sorgfältige Auslese der wirklich Arbeitslosen und der unter ihnen brauchbaren Facharbeiter bewerkstelligt werden. Durch Abhaltung von Vorversammlungen, Einforderung von Berufslisten und sonstige geeignete Erhebungen

konnten die für die Abschiebung nicht in Betracht kommenden Personenkreise vor den eigentlichen Abschiebungen festgestellt und von der Teilnahme an den Kontrollversammlungen befreit werden, und es wurde ermöglicht, zu den letzteren nur wirkliche Arbeiter oder gar nur Arbeitslose vorzuladen. Die Klagen über Mißgriffe gingen seitdem beträchtlich zurück. Naturgemäß konnte aber nach wie vor die Möglichkeit, daß Irrtümer vorkamen, nicht völlig ausgeschlossen werden, zumal die Haltung der Belgier gegenüber den Abschiebungen unverändert die gleiche blieb.

Sodann wurde festgelegt, daß grundsätzlich alle nachweislich zu Unrecht Abgeschobenen nach Belgien zurückzuschaffen seien. Reklamationen waren zu vielen Tausenden eingegangen. Ihre Prüfung war mit den größten Schwierigkeiten verbunden, da die belgische Gegenagitation sich, insbesondere nach der Einschränkung der Abschiebungen, auf die agitatorische Ausnutzung der sogenannten Mißgriffe verlegte und systematisch daran ging, eine möglichst große Zahl solcher Mißgriffe zu konstruieren. Die Zahlen der aus den einzelnen Abschiebungsbezirken eingegangenen Reklamationen trugen vielfach offenkundig den Stempel der Unwahrheit, indem sie in manchen Fällen nahezu die Zahl der überhaupt Abgeschobenen erreichten. In einzelnen Bezirken wurden planmäßig organisierte Reklamationsfabriken festgestellt, denen die Bürgermeister ohne Rücksicht auf die Wahrheit ihres Inhalts jede gewünschte Bescheinigung lieferten.

Alle diese Gegendvorstellungen vereinigten sich mit den großen allgemeinen Protesten der belgischen Behörden und maßgebenden Kreise und den Demarchen der Neutralen. Holland stützte sich auf jene Kundgebung des Gouverneurs von Huene, die es seinerzeit unterstützt hatte und nun verletzt glaubte. Hier gab die deutsche Regierung nach, indem sie alle die damals aus Holland nach Antwerpen und Umgebung zurückgekehrten Belgier von der Abschiebung befreite bzw. die Abgeschobenen unter ihnen zurücksandte. Das war der erste Schritt in der Richtung der Rückgängigmachung der Maßnahme. Der zweite und entscheidende erfolgte, nachdem der Papst wiederholt, übrigens in sehr vorsichtiger Form, interveniert hatte. Der Kaiser willfahrte der in einer Immediateingabe an ihn, unterzeichnet von den angesehensten Männern des Landes, ausgesprochenen Bitte: Er erteilte die Zusicherung, daß die zu Unrecht als arbeitslos nach Deutschland über-

führten Personen, soweit dies noch nicht geschehen sei, unverzüglich nach Belgien zurückkehren könnten und daß die Zwangsverschickungen arbeitsloser Belgier nach Deutschland bis auf weiteres eingestellt würden. Diese Zusicherung ist in vollem Umfang, und zwar noch über ihren Wortlaut hinaus, erfüllt worden. Denn es haben seit Februar 1917 nicht nur keine Zwangsverschickungen nach Deutschland mehr stattgefunden, sondern es wurden demnächst auch alle Belgier, die sich nicht freiwillig, sei es in Belgien, sei es in Deutschland, durch Arbeitsverträge zur Arbeit in Deutschland hatten anwerben lassen, wieder nach Belgien zurückgeschickt. Bis 15. Juli 1917 war die Rückführung abgeschlossen. Für die aus Deutschland zurückkehrenden Arbeitslosen wurde Verwendung bei den Arbeiten an der Wiederschiffbarmachung der Kanäle, bei dem Wiederaufbau zerstörter Gebäulichkeiten und in den zwangsverwalteten Betrieben bereitgestellt.

Damit fand eine Maßnahme ihren Abschluß, die nur als ein großer Fehlgriff gewertet werden kann. Es zeigte sich bei dieser Aktion der Mangel an psychologischem Verständnis und das Fehlen einer festen führenden Hand, die Halbheit der Entschlüsse wie das Zurückweichen bei einem Widerstand, den man von vornherein in Rechnung nehmen mußte. Eines aber darf und muß auch der strengsten Kritik gegenüber immer wieder betont werden: Es handelte sich bei der Deportation der belgischen Arbeiter nicht um einen Akt willkürlicher Grausamkeit, auch nicht um eine aus sträflicher Unüberlegtheit entsprungene Maßnahme, sondern um eine solche, die aus äußerster Not hervorgegangen war und in der diejenigen, die sie durchsetzten, die einzige Rettung für ihr Vaterland zu erblicken geglaubt hatten. In der Sache selbst hatten die Abschiebungen bewiesen: »Man konnte wohl unter Anwendung des erforderlichen Zwanges eine beliebige Anzahl von Menschen an jede beliebige Arbeitsstelle schicken, aber man konnte sie an dieser Stelle niemals gegen ihren Willen zu einer sorgsam und fleißigen Arbeitsleistung bewegen, am allerwenigsten bei Arbeiten, die ein gewisses Maß von Können und Geschicklichkeit voraussetzen.«²⁵⁷

Die Zahl der zwangsweise abgeschobenen Belgier hatte sich bis zum 20. Januar 1917 auf 58 432 belaufen. Bis dahin läuft die deutsche Statistik. Die Zahl hat sich später kaum nennenswert

erhöht. Die Zahlen der bei den einzelnen Abschiebungsterminen Abgeschobenen sind in der in der Anlage* enthaltenen Zusammenstellung der einzelnen Abschiebungen aufgeführt.

Die *freiwillige* Arbeiteranwerbung durch das Deutsche Industriebüro blieb auch nach der Rückgängigmachung der Abschiebungen aufrechterhalten. Die Werbeziffer, die infolge des deutschen Friedensangebots und nach Einstellung der Zwangsabschiebungen zunächst erheblich gesunken war, ging wieder in die Höhe. Bis Anfang Januar 1918 sind von dem Deutschen Industriebüro an belgischen Arbeitern im ganzen 114 760 Personen nach Deutschland angeworben worden. Von diesen haben etwa 80 bis 90 vH wiederholte Arbeitsverträge abgeschlossen. Sie sind in der obigen Angabe nur insofern mehrfach gezählt, als sie den weiteren Arbeitsvertrag für einen neuen Arbeitgeber abgeschlossen haben. Das Deutsche Industriebüro hatte auch noch im ersten Halbjahr 1918 günstigen Erfolg (im Durchschnitt rund 1100 Arbeiter wöchentlich). Das erklärt sich daraus, daß die den Angeworbenen gezahlten Prämien und gewährten sonstigen Vergünstigungen, darunter auch Urlaubsverwilligung nach der Heimat, einen wirksamen Anreiz boten, die Lohnsätze und sonstigen Arbeitsbedingungen für die belgischen Arbeiter dieselben waren wie für gleichartige deutsche Arbeiter und die Angeworbenen auf eine gleichmäßige und gerechte Berücksichtigung bei Verteilung der Lebensmittel in Deutschland rechnen konnten. Auch weibliche Arbeiter wurden jetzt nach Deutschland angeworben, die zunächst zu landwirtschaftlichen Arbeiten, dann aber auch in industriellen Betrieben verwendet wurden. Insgesamt hat das DIB. an weiblichen Arbeitskräften bis zum 1. April 1918 für die deutsche Industrie 3022 erste Verträge und 316 zweite Verträge, für die deutsche Landwirtschaft 1073 erste und 32 zweite Verträge abgeschlossen. Die Ergebnisse der seit Januar 1917 versuchten Anwerbung männlicher landwirtschaftlicher Arbeitskräfte für Deutschland waren gering, da diese in der belgischen Landwirtschaft reichlich lohnende Arbeit finden konnten. Der Arbeitsvertrag für die Landwirtschaft unterschied sich von demjenigen für die Industriearbeiter insbesondere dadurch, daß die Verpflichtung nicht auf vier Monate, sondern für die ganze Sommersaison des betreffenden Jahres lief und daß freie Unterkunft und Ver-

* Unten S. 187.

pflegung vorgesehen war. Auch diese Verträge wurden, meist nach vierzehntägigem Heimaturlaub, vielfach erneuert. Die Familien der Angeworbenen folgten nicht selten nach Deutschland nach.

Soweit die Familien zurückblieben, wurden ihnen neben den Zuwendungen des DIB. aus Mitteln der deutschen Verwaltung beträchtliche Unterstützungen, namentlich auch in natura (Hausbrandkohle, Lebensmittel, freie ärztliche Behandlung und dergleichen) ohne Lohnabzug gewährt. Das galt auch für die Familien der Zwangsabgeschobenen, insoweit als das CN. Leistungen für sie nicht gewährte oder solche einstellte und andere Hilfsquellen, namentlich Geldsendungen der in Deutschland Arbeitenden selbst nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung standen. Für die Regelung des Unterstützungswesens der Zwangsabgeschobenen bzw. derjenigen ehemaligen Deportierten, welche nach der Rückführung der Arbeitslosen auf Grund freiwillig abgeschlossenen Arbeitsvertrags in Deutschland blieben, war bei der Abteilung für Handel und Gewerbe ein »Familien-Unterstützungs-Büro« (FUB.) geschaffen worden, das auch das reichhaltige statistische Material über Aufenthalt und Arbeitsverhältnisse sammelte. Bis Ende 1917 waren dem FUB. 5808 Arbeiter gemeldet, die sich als ehemalige Zwangsabschüblinge in Deutschland zu einem freiwilligen Arbeitsvertrag bereit erklärt hatten.

III. SOZIALPOLITISCHE MASSNAHMEN

Die Fürsorge für die Angehörigen der in Deutschland beschäftigten belgischen Arbeiter bildete einen wesentlichen Teil der sozialpolitischen Maßnahmen, die einen wichtigen Zweig der Okkupationsverwaltung darstellen.

Auf zwei Hauptgebieten, dem *Arbeiterschutz* und der *Arbeiterversicherung* traf die deutsche Okkupationsverwaltung die belgische Sozialpolitik in einer Entwicklung, die vor einem gewissen Abschluß stand. Gerade dieser Abschluß war durch den Ausbruch des Kriegs verhindert worden. Das neue Gesetz über die Arbeit der Frauen und Kinder war in beiden Kammern angenommen, ein Gesetzentwurf über *Arbeiterversicherung*, der die *Zwangsversicherung* nach deutschem Vorbild einführen sollte und die Zustimmung der Abgeordnetenkommer erhalten hatte, harrte noch

der Erledigung im Senat. So lag es nahe, daß die neue gesetzgebende Gewalt sich alsbald mit der Frage beschäftigte, das noch Fehlende nachzuholen. Zudem glaubte die deutsche Verwaltung, Maßnahmen auf diesem Gebiet der ganzen Stellung Deutschlands zur Sozialpolitik und den sozialpolitisch interessierten Kreisen nicht nur in Deutschland schuldig zu sein. Der Ausbau der belgischen sozialpolitischen Einrichtungen konnte deutscherseits trotz der damit verbundenen Erhöhung der Gestehungskosten der belgischen Produktion um so eher gefördert werden, als die soziale Belastung der belgischen Industrie gleichwohl gegenüber den Ländern mit hochentwickelter Sozialpolitik eine verhältnismäßig geringe blieb und diese Belastung zudem durch die bevorzugte Verkehrslage des Landes, durch reiche Bodenschätze, günstige Kredit- und Steuerverhältnisse, vor allem aber durch die Billigkeit der Arbeitskräfte durchaus ausgeglichen wurde.

Durch Bekanntmachung vom 15. Dezember 1914²⁵⁸ wurde die neue Fassung des belgischen Frauen- und Kinderschutzgesetzes rechtswirksam und veröffentlicht: mit Wirkung vom 1. Januar 1915 wurde sie in Kraft gesetzt. Eine Verordnung vom 22. Februar 1916²⁵⁹ verbot die Herstellung, die Einfuhr und den Verkauf von Zündhölzern und anderen Zündwaren, die weißen oder gelben Phosphor enthalten, und setzte die belgische Arbeiterschutzgesetzgebung damit in Übereinstimmung mit dem auf der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Bern von 1906 gefaßten Beschluß. Der gewissenhaften Durchführung der neuerlassenen wie der bereits bestehenden Arbeiterschutzvorschriften wurde deutscherseits besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Auf dem Gebiet der sozialen Versicherung begnügte sich die deutsche Verwaltung zunächst damit, den Weiterbetrieb der belgischen Einrichtungen, bei denen sich die Einwirkung des Kriegs zum Teil empfindlich fühlbar gemacht hatte, zu erleichtern und zu fördern. Mit dem Augenblick, in dem man der praktischen Gestaltung einer künftigen wirtschaftlichen Angliederung Belgiens an Deutschland vorarbeitend nähertrat, ergab sich von selbst der Versuch der Lösung des Problems der Einführung der deutschen Arbeiterversicherung in Belgien, das zuvor Gegenstand eingehender Untersuchungen gewesen war. Die Verordnungen des Generalgouverneurs vom 14. März 1918²⁶⁰ über die Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung knüpfen an den belgischen Entwurf an,

gehen aber in verschiedenen Beziehungen, namentlich auch hinsichtlich der Leistungen, über ihn hinaus und verraten den Anschluß an die deutsche Reichsversicherungsordnung. So sind insbesondere dem Heilverfahren zur Abwendung drohender Invalidität oder zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit von Invalidenrentnern entsprechende Bestimmungen gewidmet. Der Regierung wird ein namhafter Kredit zur Verfügung gestellt, um die Errichtung von Heilstätten für die an ansteckenden Krankheiten, insbesondere an Tuberkulose leidenden Versicherten zu fördern. Als zentrale Fachbehörde war je ein Oberversicherungsrat für Flandern und Wallonien vorgesehen. Die Verordnungen sollten in Kraft gesetzt werden, wenn die nötigen Vollzugsvorschriften erlassen und die beteiligten Kreise, namentlich die Hilfskassen, für die Mitarbeit gewonnen wären. Zum Inkrafttreten der Verordnungen vom 14. März 1918 ist es, von der Errichtung des Oberversicherungsrates abgesehen, nicht mehr gekommen.

In das gegenseitige *Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer* hat die deutsche Verwaltung im allgemeinen nicht eingegriffen. Doch mußte im Interesse der Vermeidung von Unruhen sowohl, wie der Aufrechterhaltung kriegswirtschaftlich wichtiger Betriebe, wie namentlich der Kohlenförderung Sorge getragen werden, daß Streiks möglichst unterblieben oder, wenn sie ausbrachen, lokalisiert und rasch beigelegt wurden. Das ist im ganzen mit gutem Erfolg gelungen, zumal Widerstand gegen die deutsche Verwaltung als Veranlassung nur ganz selten in Frage kam. Genaue Zahlen über Umfang und Dauer der einzelnen Streiks stehen nicht zu Gebote. Ernstliche Unruhen sind bei keinem von ihnen entstanden. In der Regel waren es Ernährungsschwierigkeiten, die sie hervorriefen. Auch das Verlangen nach Lohnerhöhung, das bei ihnen eine Rolle spielte, war meist mit der ungewöhnlichen Verteuerung des Lebensunterhalts und im besonderen dem Steigen der Preise der Lebensmittel begründet. Die deutsche Verwaltung setzte daher hier ein und suchte durch Einwirkung auf die Unternehmer wie durch eigene Einrichtungen, Lieferung von Haferflocken, Gerstengraupen, Bohnenmehl usw. zu geringen Preisen oder Unterstützung beim Ankauf von Schlachtvieh die Ernährungsmöglichkeit zu verbessern und zu verbilligen. In den eigenen Betrieben der deutschen Verwaltung, wo in den letzten Jahren der Besetzung die Ernäh-

rungsschwierigkeiten ebenfalls bedrohlich zutage traten, wurde durch Anlage von Suppenküchen und Zuschuß von Brot, Kartoffeln, Zichorie und dergleichen an die Schwerarbeiter einer Unterernährung erfolgreich vorgebeugt. Dem in der späteren Zeit zutage tretenden Mangel an Schuhwerk wurde durch regelmäßige monatliche Verteilung von Holzschuhen abgeholfen; auch Leder- schuhwerk wurde für die Bergarbeiter in größeren Mengen zur Verfügung gestellt.

Die mannigfachen Notstände, die der Krieg mit sich brachte, erheischten *karitative Hilfe* in weitestem Umfange. Die deutsche Verwaltung hat ihrer Pflege und Ordnung von Anfang an besondere Beachtung geschenkt. Auf belgischer Seite war die Unterstützung der hilfsbedürftigen Kreise in erster Linie Sache der Abteilung für das Unterstützungswesen des Comité National de secours et d'alimentation geworden, dessen Wirksamkeit sich auch für diesen Zweig mit seinen Provinz-, Regional- und Ortskomitees über das ganze Land erstreckte. Verteilung der Unterstützungen und Abgabe der Lebensmittel waren eng miteinander verbunden. Die deutsche Verwaltung hat dieser Betätigung, wie den verschiedenen sonstigen karitativen Einrichtungen, insbesondere auch der großzügig angelegten »Volksopbeuring« für die ärmeren vlämischen Volkskreise jede nach den Kriegsverhältnissen mögliche Unterstützung angedeihen lassen und insbesondere auch die Bestände der Commission for Relief und des Comité National von der Anwendung der verschiedenen Beschlagnahmeverordnungen ausdrücklich ausgenommen. Daneben hat sie in ihrer eigenen Kriegswirtschaftspolitik, um die besonders bedürftigen Kreise möglichst zu schonen, sich gewissenhaft bemüht, hinsichtlich der Ernährung durch ihre verschiedenen Organisationen — insbesondere bei der Kartoffel-, Butter-, Obst- und Gemüseversorgung — auf die Bereitstellung von Nahrungsmitteln zu erträglichen Preisen für den bedürftigen Arbeiter- und Mittelstand ihr besonderes Augenmerk gerichtet. Entsprechendes galt von der Versorgung mit Brenn- und Beleuchtungsstoff und anderen lebensnotwendigen Dingen und der Fürsorge für den Gesundheitszustand.

In Ergänzung der Maßnahmen, welche Staat und Gemeinde pflichtmäßig oblagen, hatte der Generalgouverneur auch die Privatwohlthätigkeit zur Mitwirkung aufgerufen und mit ihrer Orga-

nisation das *belgische Rote Kreuz* betraut. In tatkräftiger Initiative hatte er das belgische Rote Kreuz, das sich früher im wesentlichen auf die eigentlichen Kriegsaufgaben beschränkt hatte, zu weiter ausgreifender Tätigkeit veranlaßt, die sich nach deutschem Muster insbesondere auch auf die Kinderfürsorge, Tuberkulosebekämpfung und die Arbeitsbeschaffung erstreckte. Da die belgische Leitung des belgischen Roten Kreuzes die Mitwirkung an dieser Tätigkeit ablehnte, wurde sie im April 1915 aufgelöst und die Zentralverwaltung des belgischen Roten Kreuzes einem Delegierten des Generalgouverneurs übertragen, der die sämtlichen aus Gesetz und Statuten sich ergebenden Rechte und Pflichten der Leitung wahrzunehmen und insbesondere das in Zwangsverwaltung genommene Vermögen zu verwalten hatte. Als seine Organe in allen Provinzialhauptstädten wurden besondere Kommissare in der Person der Präsidenten der Zivilverwaltung bzw. der Zivilkommissare ernannt, die Verbindung mit den Gemeinden wurde aufgenommen.²⁶¹ Den Kommissaren waren besonders vorgebildete Fürsorgeschwestern beigegeben. Für die soziale Fürsorge war als Zentralstelle bei dem Delegierten eine besondere Abteilung des belgischen Roten Kreuzes eingerichtet, die später als »Zentrale für Soziale Fürsorge« selbständig gemacht wurde und dem belgischen Roten Kreuz nur angegliedert blieb.²⁶² Die Zentrale, der zunächst auch von privater deutscher Seite Mittel zufließen, dehnte ihr Arbeitsgebiet schnell aus. Von der »Fürsorgestelle« (*dispensaire social*) in Brüssel und in einer Anzahl von Provinzorten ging die praktische Fürsorgetätigkeit des belgischen Roten Kreuzes aus, die verschiedenen Hilfsmaßnahmen, die Erhebungen und die Kontrolle durch die Fürsorgerinnen. Die ersteren bestanden entweder in der Versorgung des Bedürftigen in einer Hilfseinrichtung der Fürsorgestelle selbst (Heimarbeit, Fabrik- oder Werkstattbetrieb,* Volksküche, Konsumanstalt, ärztliche Sprechstunde für die Beratung der Mütter, Kinderhorte für die Aufnahme unversorgter Kinder während der Arbeitszeit der Mütter, Jugendheime usw.) oder in der Überweisung an eine anderweitige Hilfsstelle (Staat, Gemeinde, Versicherungsträger, private Wohltätigkeit).²⁶³ Ausstellungen — »Mutter und Kind«, »die soziale Tätigkeit der Frau«, »Ausstellung für soziale Fürsorge Brüssel 1916« — sollten die deutschen Bestre-

* Oben S. 144.

bungen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, die Erfolge der sozialen Mitarbeit der Frau und der Sozialversicherung in Deutschland der belgischen Bevölkerung näherbringen. Nach dem Dienstantritt des dritten Generalgouverneurs wurde die Zentrale für Soziale Fürsorge aufgelöst. Sie hatte sicherlich Gutes gewirkt, aber die Grenzen, die einer erfolgreichen Wirksamkeit durch die Verhältnisse gesteckt waren, verkannt, ihre Organisation auf zu breite Basis gestellt und vor allem eine den Bedarf entschieden übersteigende Zahl von deutschen Helferinnen zur Mitarbeit herangezogen. Das wurde vielfach in ungeeigneter Weise zur Verfolgung familiärer Interessen ausgenutzt und mußte dem deutschen Ansehen abträglich sein.²⁶⁴ Die Geschäfte und Einrichtungen der Zentrale gingen teils an die militärischen Sanitätsbehörden, teils an die Verwaltungschefs über. Die Abteilung Fabrikbetriebe dehnte ihren Wirkungskreis mehr und mehr aus. Im übrigen erstreckte sich jetzt die Tätigkeit der Fürsorgestellen vornehmlich auf die Fürsorge für die Familien der belgischen Arbeiter, die in Deutschland oder für deutsche Zwecke in Belgien arbeiteten oder gearbeitet hatten. Mit Auskunfterteilung, Vermittlung, Schutz gegen Übergriffe ihrer Landsleute standen sie ihnen zur Seite und ließen ihnen nötigenfalls die verschiedenen Hilfsmittel der Sozialen Fürsorge zugute kommen. Ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet war bis zum Schluß sehr rege und für die Beteiligten anerkanntermaßen wertvoll. Dazu trat die Hilfstätigkeit für die in Belgien beheimateten deutschen Reichsangehörigen, deren Not sehr groß geworden war, die Fürsorge mannigfacher Art für die Kinder, welche die wieder oder neu eröffneten und in jeder Hinsicht geförderten deutschen Schulen besuchten, endlich die Fürsorge für die unehelichen deutschen Soldatenkinder in Belgien. Die Bestreitung der sachlichen Kosten der Sozialen Fürsorge wurde jetzt dem Wohlfahrtsfonds beim Verwaltungschef für Flandern übertragen, der die in Flandern gelegenen industriellen Unternehmungen der früheren Zentrale fortführte und die sich ergebenden Überschüsse zu einem Viertel an den Verwaltungschef für Wallonien ausbezahlte.

Praktische Sozialpolitik in umfassendstem Maße stellte die oben Seite 36 angeführte Organisation der *Sittenpolizei* dar. Das große Weiberkrankenhaus St. Gillis in Brüssel insbesondere vereinigte in der Einrichtung, wie sie ihm von der deutschen Verwal-

tung gegeben war, in wirksamer Weise mit der Erfüllung der Anforderungen der Hygiene und der Gesundheitspolizei die Befriedigung derjenigen, die vom Standpunkte der Sozialpolitik zu stellen waren.

Mit der langen Dauer der Besetzung ergab sich für die deutsche Verwaltung die Notwendigkeit, der *Wiederherstellung* der in den Kämpfen *beschädigten Wohnstätten* und dem *Wiederaufbau der zerstörten Orte näherzutreten*. Zahl und Umfang dieser Schäden im Okkupationsgebiet stellte sich, selbst bei Berücksichtigung der mehr oder minder völligen Vernichtung einzelner Ortschaften wie Visé an der holländischen Grenze oder bedeutender Stadtteile wie in Löwen oder Dinant, bei weitem nicht so groß heraus, als man nach den feindlichen Presseberichten hätte annehmen sollen. Zunächst mußten die Ruinen niedergelegt und der massenhafte Schutt weggeschafft werden. Die hierauf gerichteten Anordnungen stießen vielfach auf Widerstand seitens der Gemeinden, welche die Ruinen zu Propagandazwecken erhalten wissen wollten, trotzdem die Unterkunft der einstigen Bewohner der zerstörten Häuser vielfach Abhilfe dringend erheischte. Die Durchführung mußte daher teilweise durch Strafkontributionen erzwungen werden. Der Neuaufbau wurde von der deutschen Verwaltung durch Gewährung von Erleichterungen der verschiedensten, namentlich auch finanzieller Art an den Besitzer mit Erfolg gefördert. Dagegen sind die in gewissem Umfang von der deutschen Verwaltung im Geist bodenständiger Heimatkunst bearbeiteten Baupläne für die Wiedererrichtung ganzer Gebäudekomplexe nicht mehr zur Ausführung gelangt.

Ein erfreuliches Zusammenwirken mit den belgischen Gemeindeverwaltungen fand auf dem Gebiet der *Fürsorge für die Kriegergräber* und der Einrichtung von Kriegerfriedhöfen statt. In einem Teil Walloniens wurde der Gedanke verwirklicht, die Gemeinden zum Bau der Kriegerfriedhöfe auf ihre Kosten gegen Zahlung einer Unterstützungssumme von der deutschen Verwaltung zu veranlassen. Vielen Tausenden der in den Schlachten des Jahres 1914 gefallenen Krieger von Freund und Feind wurde eine würdige Ruhestätte bereitet, die der Obhut der belgischen Gemeinde übergeben und von dieser zum Teil unaufgefordert übernommen wurde.

Die intensive kulturpolitische Betätigung der deutschen Ver-

waltung, soweit sie in der *Pflege und Förderung von Kunst und Wissenschaft* des besetzten Landes wirksam war, ist ein Kapitel für sich, das nach dem in der Einleitung Ausgeführten im Rahmen dieser Arbeit nur gestreift werden kann. Das wissenschaftliche und künstlerische Leben einschließlich des literarisch-künstlerischen Schaffens und des Theaterwesens konnte sich in einem in Anbetracht des Kriegszustandes bemerkenswerten Grade fortsetzen. Von Anbeginn haben die Organe der Okkupationsverwaltung, insbesondere die bei dem Verwaltungschef eingerichtete Abteilung für Unterrichtsverwaltung allen Verleumdungen zum Trotz gewissenhaft und erfolgreich den besonderen Schutz und die Pflege der Kunstdenkmäler, der Museen, Bibliotheken und ähnlichen Einrichtungen sich angelegen sein lassen. In den baulichen Maßnahmen zur Sicherung der in ihrer Erhaltung vernachlässigten Ruinen der Zisterzienserabtei Orval in der Provinz Luxemburg hat die deutsche Verwaltung eine kunstgeschichtlich wertvolle Arbeit in Angriff genommen und teilweise durchgeführt, die seitens der belgischen Behörden unmittelbar vor dem Krieg vorbereitet worden war.

Reiche Gelegenheit auch zu sozialpolitisch bedeutsamer Betätigung bot die Verwaltung des *Schulwesens*. Für die Wiederaufnahme des infolge der Kriegereignisse gestörten Unterrichts wurde Sorge getragen. In Belgien bestand bis 1914 keine allgemeine Schulpflicht. Die Zahl der Analphabeten belief sich auf fast 10 vH der Bevölkerung. Kurz vor Ausbruch des Krieges war durch das organische Schulgesetz vom 19. Mai/15. Juni 1914 der obligatorische Unterricht eingeführt worden. Seine Durchführung und damit, wo es notwendig war, die Errichtung neuer Schulen oder Klassen durch die Gemeinden hat die deutsche Verwaltung von Anfang an energisch und mit Erfolg betrieben. Der Förderung eines gesunden Nachwuchses diente die Regelung der in Art. 45 des genannten Gesetzes vorgeschriebenen unentgeltlichen ärztlichen Überwachung der Volksschulen durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 21. Juli 1916.²⁶⁵ Eingehende Ausführungsanordnungen wurden getroffen, welche die Ausübung einer den Gemeinden obliegenden umfassenden ärztlichen Schulaufsicht nach den für die besondere Schularztstätigkeit und die Schulhygiene anerkannten Grundsätzen sicherstellen sollten. Diese ärztliche Überwachung gelangte in fast allen Gemeinden

zur Durchführung und hat sich von großer Bedeutung für die Gesundheitspflege erwiesen. Sodann wurden die in Art. 20 enthaltenen Sprachenbestimmungen in Vollzug gesetzt, wonach in allen Gemeindeschulen, übernommenen und übernehmbaren Schulen der Unterricht in der Muttersprache der Kinder zu erteilen ist. Eine Reihe von Verfügungen²⁶⁶ ist zu dem Zweck ergangen, die Gewissenhaftigkeit der Durchführung und die gründliche Erlernung der Muttersprache durch entsprechende Gestaltung des Lehrplans, der Lehrkräfte und der Lehrbücher und Lehrmittel zu gewährleisten, wie auch die Achtung vor den Landessprachen zu sichern. An allem dem hatte es bisher, soweit der vlämische Volksteil in Betracht kam, gefehlt, vor allem in den Gemeinden von Groß-Brüssel. Es lag durchaus in der Linie der deutschen Politik, hier einzusetzen. Die belgischen Verwaltungen, soweit sie französisch orientiert waren, leisteten ebenso folgerichtig Widerstand. Seine Überwindung erforderte langwierige Kleinarbeit, besondere Aufsichtsmaßnahmen²⁶⁷ und bisweilen Zwangsmaßregeln. Nicht eingegriffen wurde in den Betrieb der sogenannten freien Schulen, hauptsächlich kirchlichen Schulen, weil sie den genannten Bestimmungen des belgischen Schulgesetzes nicht unterstellt waren. Dagegen wurde in den vom Staate unterstützten Kinderbewahrschulen (*écoles gardiennes*) und Fortbildungsschulen (*écoles d'adultes*) in Anlehnung an Art. 20 des Volksschulgesetzes der Unterricht in der Muttersprache der Kinder ebenfalls entsprechend sicherzustellen versucht.²⁶⁸ Damit war dem für die kulturelle, soziale und politische Entwicklung des vlämischen Volkes so wichtigen Grundsatz, daß seinem »Nachwuchs in den Volksschulen eine Ausbildung und Erziehung auf der Grundlage und im Geiste der vlämischen Muttersprache zuteil werden müsse, im Rahmen des Volksschulgesetzes von 1914 zum Durchbruch verholfen«. ²⁶⁹ Bei den staatlichen Mittelschulen, an denen die Unterrichtssprache zunächst überwiegend französisch blieb, wurde die Zahl der sogenannten vlämischen Fächer erweitert.

In Zusammenhang mit der Durchführung der Verwaltungstrennung ergab sich naturgemäß eine Verstärkung der Tätigkeit der deutschen Verwaltung auf dem fraglichen Gebiet. Das bisher Verfügte und Erreichte wurde gesichert und ausgebaut. Gegen Schluß der Besetzungszeit ging man daran, die bisherige belgische Schulgesetzgebung in Erfüllung national-vlämischer Wünsche

organisch weiter zu entwickeln, wenn auch unter Abstandnahme von grundsätzlichen Veränderungen der eigentümlichen Schulverfassung des Landes als solcher. Verordnungen vom 4. Juni 1918²⁷⁰ machten die niederländische Landessprache als Unterrichtssprache für alle öffentlichen und öffentlich unterstützten niederen und mittleren Schulen einschließlich der Kindergärten, Fortbildungsschulen und Abendschulen in dem gesamten vlämischen Land — mit vorübergehenden Ausnahmen für die Gemeinden Groß-Brüssels und der Sprachgrenze — zur Pflicht. Gegenüber den freien Schulen wurde ein indirekter Zwang dadurch ausgeübt, daß als Beweis für die Erfüllung der gesetzlichen Lernpflicht auch für sie die Ausstellung von Zeugnissen vorgeschrieben wurde, welche die Bestätigung enthalten mußten, daß der gesetzliche Unterricht in der niederländischen Landessprache erteilt wurde. Besondere Bestimmungen über die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache sollten den Kindern deutscher Abstammung deutsche Sprache und Art erhalten. Die Erlangung öffentlicher Ämter in Flandern sollte in Abänderung des belgischen Gesetzes vom 10. April 1890/3. Juli 1891 nur mehr auf Grund einer in niederländischer Sprache dargetanen Vorbildung möglich sein.²⁷¹ Mit der Ausführung der neuen Sprachenbestimmungen wurde eine besonders eingerichtete Kommission im Ministerium für Wissenschaft und Kunst betraut.²⁷²

Die vier *Universitäten* des Landes, die staatlichen wie die freien, hatten im Herbst 1914 nach Vereinbarung die Wiederaufnahme des Unterrichts abgelehnt. Bei dreien von ihnen ist es bei seiner Einstellung bis zum Ende des Krieges geblieben. Die Universität Gent wurde in Erfüllung einer alten, auf die Sicherung einer kulturellen Fortentwicklung des vlämischen Volksteils gerichteten Vlamenforderung, deren Verwirklichung der Generalgouverneur als einen Hauptpunkt in seiner Vlamenpolitik ansah, in eine vlämische Hochschule umgewandelt. Ende des Jahres 1915 verfügte der Generalgouverneur, daß in dem belgischen Staatsbudget von 1916 Mittel zur Vorbereitung dieser Umwandlung ausgeworfen werden sollten. Um seinen Beschluß durchzuführen, bestimmte der Generalgouverneur unter anderem: »Die Umwandlung geschieht so, daß die Universität bereits bei ihrer Wiedereröffnung auf vlämisch-niederländischer Sprach- und Verwaltungsgrundlage steht. Die zuständigen belgischen Behörden wer-

den ähnlich wie bei der Durchführung des Volksschulgesetzes durch besonderen Auftrag zur ordnungsmäßigen Mitwirkung veranlaßt. Zunächst werden die Professoren in Gent amtlich befragt, ob sie in der Lage sind, ihre Vorlesungen und Übungen in niederländischer Sprache wieder aufzunehmen. Aus den Antworten wird sich ergeben, inwieweit man auf eine Mitwirkung der bisherigen Lehrkräfte rechnen kann und inwieweit für Ersatz durch wissenschaftlich befähigte vlämische oder holländische Gelehrte gesorgt werden muß.« Damit begannen die eingehenden, überaus schwierigen und mühsamen Vorarbeiten der Umorganisation, der Abbau der alten, der Aufbau der neuen Universität.²⁷³ Am 21. Oktober 1916 konnte die feierliche Übergabe der Universität durch den Generalgouverneur an Rektor und Senat, am 24. Oktober ihre Eröffnung durch den Rektor stattfinden, am folgenden Tage konnten die Vorlesungen beginnen. Der Lehrkörper bestand zunächst aus 43 Professoren und Dozenten, von denen 14 der philosophischen, 8 der juristischen, 10 der naturwissenschaftlichen und 11 der medizinischen Fakultät angehörten. Später hat sich ihre Zahl erhöht, im Sommer 1918 war sie bis auf 74 gestiegen. Darunter waren 53 Belgier, 13 Holländer, 3 Deutsch-Holländer (Angehörige beider Staaten), 4 Deutsche und 1 Staatenloser.

Das Neugeschaffene war systematisch auszubauen, nach der organisatorischen wie nach der wissenschaftlichen Seite. »Der Bau der Universität mußte gefestigt und mit seinem gesamten Interessenkreis im vlämischen Lande verankert werden, um ihn für alle Zukunft zu sichern.«²⁷⁴ Die in Belgien bisher nicht bekannte Freiheit des akademischen Studiums sollte mit dem Ziel einer größeren Vertiefung des Unterrichts allmählich entwickelt und damit einem auch von belgischen Dozenten schon lange erhobenen Verlangen Rechnung getragen werden. Die Selbstverwaltung sollte durch Festlegung gewisser Rechte des Senates und der Fakultäten gestärkt werden. Die Seminare waren auszubauen, veraltete Einrichtungen der naturwissenschaftlichen und der medizinischen Fakultät zu erneuern, neue dringliche, wie eine Kinderklinik und eine psychiatrische Anstalt zu schaffen, für die Universitätsbibliothek war ein Neubau zu errichten.²⁷⁴ Endlich handelte es sich um die Angliederung einer landwirtschaftlichen und einer tierärztlichen Hochschule und die Erweiterung der tech-

nischen Schulen durch eine Abteilung für Bergwerksingenieure. Auch dieser Plan bedeutete die Verwirklichung einer Forderung, die von berufener vlämischer Seite anlässlich der Verhandlungen der im Jahre 1907 gebildeten zweiten Kommission zum Studium der Hochschulfrage aufgestellt war.²⁷⁵

Das ins Auge gefaßte Programm ist weitgehend zur Durchführung gelangt. Vor allem konnte im Frühjahr 1917 eine — früher in anderer Form an die juristische Fakultät angeschlossene — Hochschule für Handelswissenschaften sowie eine Hochschule für Landwirtschaft und Gartenbau an der Universität eröffnet, ein Jahr später mit dem Lehrbetrieb für Bergbauingenieure an einer neu errichteten Bergbauabteilung begonnen werden. Endlich wurden die gemäß dem belgischen Grundgesetz über den höheren Unterricht vom 15. Juli 1849 und den späteren Verordnungen eingerichteten und mit der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität verbundenen technischen Schulen in eine »Technische Hochschule an der Staatsuniversität Gent« umgewandelt mit Abteilungen für Tiefbau, für Hochbau, für Maschinenbau, Schiffbau und Elektrotechnik, für industrielle und chemische Technologie und für Bergbau.²⁷⁶ Ihre Verselbständigung zu einer in sich geschlossenen Hochschule hatte die Möglichkeit eröffnet, den Unterricht nach der praktischen Seite auszubauen und zu vertiefen und den mannigfachen Problemen, welche die Entwicklung Flanderns bietet, mehr als bisher anzupassen. Den Bibliotheken, Instituten und Sammlungen, vor allem aber auch den Ambulatorien und Kliniken und der Ausbildung von Pflegerinnen und Operationsschwestern wurde besondere Beachtung geschenkt. Zusage Verfügung des Generalgouverneurs vom 16. Mai 1917²⁷⁷ wurde eine Poliklinik für Geburtshilfe eingerichtet, »um eine eingehendere Ausbildung der Studierenden der Medizin in einem der wichtigsten praktischen Zweige ihres Berufes zu gewährleisten«. Sie diente in Ergänzung der Aufgaben der Frauenklinik der häuslichen Behandlung gebärender Frauen und der ärztlichen Fürsorge für ihre Säuglinge. Ende 1917 waren Ambulatorien für Augenkrankheiten, Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten, für Chirurgie, Gynäkologie und Obstetrie, für innere Krankheiten einschließlich Urologie, für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Nervenkrankheiten und für Röntgenuntersuchungen in Betrieb, und ihre Benutzung nahm stetig zu. Die Ausge-

staltung der Selbstverwaltung der Universität wurde dadurch gekrönt, daß ihr anlässlich der Jahrhundertfeier am 3. November 1917 die Rechte einer juristischen Person verliehen wurden²⁷⁸ und ihr ein eigenes zur Förderung ihrer wissenschaftlichen und Lehraufgaben bestimmtes Vermögen von vier Millionen Franken überwiesen wurde. Das zunächst in Deutschland hinterlegte Kapital sollte in erster Linie Grunderwerbungen dienen, um die Verwirklichung dringender Universitätszwecke, namentlich auch die erforderlichen Erweiterungsbauten der naturwissenschaftlichen und klinischen Institute und die Ausdehnung des Betriebes der wissenschaftlichen Seminare zu ermöglichen. Damit ergab sich die Notwendigkeit einer Neuorganisation der Verwaltung. Soweit diese den vom Staat gewährten Haushalt betraf, wurde sie einem Kuratorium als einem Organ der Staatsverwaltung unter Vorsitz des Rektors an Stelle des bisherigen Kurators unterstellt. Die Verwaltung des eigenen Vermögens wurde unter Oberaufsicht des Staates Aufgabe eines gesonderten, von der Gesamtheit der Professoren gewählten und von der Regierung bestätigten Verwaltungsrats, der in engster Fühlung mit dem Kuratorium stehend die Universität in ihrer Eigenschaft als Rechtspersönlichkeit zu vertreten hatte.²⁷⁹

Die Zahl der Studenten überschritt bald nach der Eröffnung der Universität das erste Hundert und nahm trotz der ihnen von der belgischen Regierung gemachten und der ihnen aus der Lage Gents im Etappengebiet erwachsenden mannigfachen Schwierigkeiten rasch zu. Das Sommersemester 1918 zählte 405 Studierende (31 Studentinnen), darunter 226 ordentliche Studierende und 179 freie Hörer, ferner 58 Volksschullehrer. Es waren ganz überwiegend Belgier, einige wenige Deutsche, Holländer und andere Staatsangehörige. Ihren Verhältnissen wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Ihre Rechte und Pflichten wurden, soweit dies noch nicht geschehen war, geregelt,²⁸⁰ das eigene wissenschaftliche Arbeiten wurde durch Vermehrung der Preise und Neuordnung der Stipendienverteilung anzuregen,²⁸¹ ihre wirtschaftliche Lage von dem Generalgouverneur und der Universitätsverwaltung möglichst zu erleichtern gesucht. Aus diesen Absichten, wie aus idealen Gesichtspunkten heraus, erwuchs der Beschluß, dem nach holländischem Muster die gesamte Studentenschaft vereinigenden Studentenkörps ein Studentenheim

zur Verfügung zu stellen. Durch Überlassung eines aus dem eigenen Vermögen der Universität gekauften Hauses wurde er verwirklicht. So war der Anfang der Anstalt, die für die kulturelle und soziale Hebung des vlämischen Volkes in erster Linie bestimmt war, glückverheißend.

SCHLUSS

Die zweite Hälfte des Jahres 1918 brachte mit der fortschreitenden Offensive der Alliierten, dem allmählichen Rückzug der deutschen Truppen und der Einengung des Wirkungsbereichs des Generalgouvernements durch stetige Ausdehnung des belgischen Etappengebiets naturgemäß eine Minderung und ein Nachlassen der Fruchtbarkeit bei den eigentlichen Verwaltungsgeschäften. Der Eisenbahnverkehr stockt mehr und mehr, Post und Telegraphie können ihren Aufgaben nicht mehr zuverlässig nachkommen. Die passive Resistenz der Einwohner wächst. Mit dem deutschen Waffenstillstandsangebot setzte eine gesteigerte Lahmlegung der Verwaltung ein, im Lauf des Oktober wurde ihr Abbau eingeleitet. Der Ausbruch der Revolution in Deutschland und im Etappengebiet, die Vorgänge in Brüssel am 10. November sowie der Inhalt des Waffenstillstandsabkommens nötigten dazu, den sofortigen Abzug der gesamten Verwaltung zu betreiben. An eine formelle Übergabe der Geschäfte in belgische Hände an den Sitzen der einzelnen deutschen Dienststellen konnte, zumal eine entsprechende Vereinbarung im Waffenstillstandsabkommen fehlte, nicht mehr gedacht werden. Es wurde aber angeordnet, daß die belgischen Akten und Archive überall wenigstens ordnungsmäßig verwahrt und die Obhut der Räume einzelnen belgischen Behörden oder Beamten übertragen würde. Die Abwicklung der Okkupationsverwaltung hat in Berlin stattgefunden.

* * *

Die Verwaltung eines besetzten Landes sieht sich verschieden an, anders vom Standpunkt des Besetzenden, anders von dem der Bevölkerung des besetzten Gebiets, und die letztere würde viele der Handlungen des Besetzenden verstehen, wenn sie versuchen würde, sich auf den Standpunkt des Okkupanten zu stellen.²⁸² Der Geschichtschreiber der deutschen Okkupation in Belgien wird dies berücksichtigen, und er wird, um zu einem gerechten Urteil zu gelangen, diese Okkupation mit anderen Besetzungen und insbesondere mit denen vergleichen, welche die Nachkriegszeit dem deutschen Volke auferlegt hat.

BEILAGEN

ANLAGE

Zusammenstellung der Arbeiterabschiebungen und der Zahlen der Abgeschobenen

Datum	Kreis	Aushebungsort	Zahl der Ab- geschobenen	Gesamt- zahl	Wochen- zahl
26. 10.	Mons	Quiévrain	729	1 518	1 518
27. 10.	Mons	Quiévrain	256		
28. 10.	Mons	St. Ghislain	533		
30. 10.	Mons	St. Ghislain	548	4 533	3 015
31. 10.	Mons	Jemappes	901		
2. 11.	Mons	St. Ghislain	551		
3. 11.	Mons	Jemappes	485		
4. 11.	Mons	Ciply	530		
6. 11.	Soignies	Lessines	1 987		
7. 11.	Mons	Jurbise	795		
8. 11.	Soignies	Soignies	826		
8. 11.	Antwerpen	Antwerpen	708		
8. 11.	Nivelles	Baulers	1 097		
9. 11.	Nivelles	Tubize	1 645		
9. 11.	Antwerpen	Antwerpen	525		
9. 11.	Soignies	Enghien	1 097		
9. 11.	Soignies	Braine-le-Comte			
10. 11.	Antwerpen	Antwerpen	844		
11. 11.	Antwerpen	Antwerpen	639		
11. 11.	Nivelles	Braine-l'Alleud	725		
11. 11.	Soignies	Ecaussines	1 055		
13. 11.	Mons	Havré	725	16 476	11 943
13. 11.	Antwerpen	Antwerpen	332		
14. 11.	Nivelles	Ottignies	875		
14. 11.	Antwerpen	Antwerpen	322		
15. 11.	Thuin	Binche	679		
15. 11.	Antwerpen	Antwerpen	239		
15. 11.	Nivelles	Wavre	1 000		
16. 11.	Mons	Mons	667		
16. 11.	Thuin	Binche	289		
16. 11.	Antwerpen	Antwerpen	211		
17. 11.	Soignies	La Louvière	1 235		

Datum	Kreis	Aushebungsort	Zahl der Abs- geschobenen	Gesamt- zahl	Wochen- zahl
17. 11.	Thuin	Binche	244	25 032	8 556
17. 11.	Nivelles	Jodoigne	498		
17. 11.	Antwerpen	Antwerpen	206		
18. 11.	Soignies	La Louvière	487		
18. 11.	Thuin	Haine St. Pierre	289		
18. 11.	Nivelles	Perwez	258		
20. 11.	Löwen	Tienen (Tirlemont)	536		
20. 11.	Antwerpen	Antwerpen	373		
21. 11.	Löwen	Tienen (Tirlemont)	681		
21. 11.	Antwerpen	Antwerpen	188		
22. 11.	Thuin	Erquennes	658	37 929	12 897
22. 11.	Namur	Gembloux	1 613		
22. 11.	Charleroi	Monseau-sur-Sambre	657		
23. 11.	Löwen	Aerschot	650		
23. 11.	Charleroi	Monseau-sur-Sambre	780		
23. 11.	Thuin	Lobbès	331		
23. 11.	Namur	Namèche	1 816		
24. 11.	Löwen	Diest	552		
24. 11.	Thuin	Beaumont	209		
24. 11.	Namur	Auvelais	720		
24. 11.	Charleroi	Monseau-sur-Sambre	1 054		
25. 11.	Charleroi	Monseau-sur-Sambre	916		
25. 11.	Thuin	Chimay	155		
25. 11.	Namur	Fosse	1 008		
27. 11.	Namur	Franière	1 337		
27. 11.	Antwerpen	Antwerpen	838		
28. 11.	Maaseik	Maaseik	246		
28. 11.	Namur	Assesse	640		
28. 11.	Antwerpen	Antwerpen	432		
29. 11.	Maaseik	Wychmael	438		
29. 11.	Antwerpen	Antwerpen	631		
29. 11.	Namur	Rhisnes	825		
30. 11.	Tongern	Tongern	93		
30. 11.	Namur	Eghezée	1 071		
30. 11.	Antwerpen	Antwerpen	967		
30. 11.	Arel (Arlon)	Arel (Arlon)	936		
1. 12.	Tongern	Lanaken	5	47 957	10 028
1. 12.	Arel (Arlon)	Metzig (Messancy)	292		
2. 12.	Hasselt	Hasselt	866		
2. 12.	Arel (Arlon)	Marbehan	411		

Datum	Kreis	Aushebungsort	Zahl der Ab- geschobenen	Gesamt- zahl	Wochen- zahl
4. 12.	Dinant	Dinant	450	53 967	6 010
4. 12.	Hasselt	Tessenderloo St. Trond	1 157		
4. 12.	Virton	Virton	710		
5. 12.	Dinant	Gedinne	431		
5. 12.	Virton	Florenville	303		
6. 12.	Dinant	Houyet	758		
6. 12.	Neufchâteau	Neufchâteau	215		
7. 12.	Dinant	Rochefort	427		
7. 12.	Neufchâteau	Bertrix	380		
8. 12.	Dinant	Havelange	339		
8. 12.	Neufchâteau	Bouillon-Paliseul	291		
9. 12.	Dinant	Ciney	279		
9. 12.	Neufchâteau	Wellin-St. Hubert	270		
12. 12.	Marche	Barvaux	390	55 306	1 339
13. 12.	Marche	Marche	298		
14. 12.	Marche	Forrières	391		
15. 12.	Bastnach (Bastogne)	Bastnach (Bastogne)	79		
16. 12.	Bastnach (Bastogne)	Sibret	181	55 676	370
16. 12.	Mecheln	Mecheln	370		
18. 12.	Mecheln	Mecheln	286		
18. 12.	Bastnach (Bastogne)	Tavigny	17		
19. 12.	Mecheln	Mecheln	360	57 148	1 472
19. 12.	Bastnach (Bastogne)	Altsalm (Vielsalm)	123		
4. 1.	Mecheln	Mecheln	184		
5. 1.	Tournai	Leuze	208		
6. 1.	Mecheln	Heyst-op-den-Berg	200		
6. 1.	Ath	Grandglise	94		
5. 1.	Antwerpen und Mecheln	Santhoven und Berlaer	116		
8. 1.	Ath	Ath	409		
9. 1.	Ath	Flobecq	41		
15. 1.	Tournai	Péruwelz	126	58 432	718
15. 1.	Turnhout	Turnhout	193		
20. 1.	Brüssel	Anderlecht	399		

ANMERKUNGEN

- ¹ *Hans von Winterfeldt*, Die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements in Belgien 1914—1918, in: Der große Krieg 1914—1918, herausgegeben von *M. Schwarte*, 10. Band, 3. Teil, 1923, S. 64—80.
- ² *Von Dyck*, »Die Umwandlung der Universität Gent in eine vlämische Hochschule«, Deutsche Revue 1917, S. 77.
- ³ GVBl. Nr. 1, S. 1.
- ⁴ *Von Winterfeldt* a. a. O., S. 3.
- ⁵ Vgl. hierzu besonders *Dove* in Jur. Wochenschrift 1915 Nr. 9, S. 425 und *P. Chrysant*, Die rechtliche Stellung des Generalgouverneurs in Belgien. (Diss.) Bonn 1917, S. 15.
- ⁶ GVBl. Nr. 1, S. 1.
- ⁷ Über den Abbau des Generalgouvernements s. *von Winterfeldt* a. a. O., S. 8.
- ⁸ Vgl. auch Art. 43 der Haager Landkriegsordnung im Eingang: »Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist«.
- ⁹ Vgl. zu dem Vorstehenden und den weiteren rechtlichen Ausführungen von der zahlreichen hier einschlägigen Literatur vor allem *Albert Zorn*, Das Kriegsrecht zu Lande in seiner neuesten Gestaltung, Berlin 1906, und *Meurer*, Die völkerrechtliche Stellung der vom Feind besetzten Gebiete, im Archiv des öffentlichen Rechts, 33. Band, Tübingen 1915, S. 353 ff.
- ¹⁰ GVBl. Nr. 28, S. 96.
- ¹¹ *Meurer* a. a. O., S. 367.
- ¹² So die an den Wortlaut des Art. 43 sich haltende Auffassung der deutschen Okkupationsverwaltung, in Übereinstimmung u. a. mit *Meurer* a. a. O., S. 374 bis 375 (vgl. *Anholt*, Die deutsche Verwaltung in Belgien, Berlin und Brüssel o. J., S. 10/11).
- ¹³ *Meurer* a. a. O., S. 374.
- ¹⁴ Art. 25 der belgischen Verfassung. Die Vollstreckung der Urteile erfolgt im Namen des Königs der Belgier (Art. 30 der belgischen Verfassung).
- ¹⁵ Vgl. auch *von Winterfeldt* a. a. O., S. 6.
- ¹⁶ *Anholt* a. a. O., S. 32.
- ¹⁷ Am 8. Dezember 1914 begrüßt der Generalgouverneur Freiherr *von Bissing* die ihm unterstellten Truppen und Behörden mit den Worten: »... Unbedingte Aufopferung, strengste Pflichterfüllung bis ins Kleinste, feste Zucht und Ordnung sowie Gerechtigkeit und menschliches Denken müssen die Richtlinien jedes Handelns sein.«
- ¹⁸ Art. 261 des belgischen Strafgesetzbuchs lautet: »Tout fonctionnaire public qui sera entré en exercice de ses fonctions, sans avoir prêté le serment prescrit par la loi, sera condamné à une amende de vingt-six francs à cinq cents francs.«
- ¹⁹ Verordnung des Generalgouverneurs vom 20. März 1915 GVBl. Nr. 54, S. 338.

- ²⁰ GVBl. Nr. 28, S. 96.
- ²¹ GVBl. Nr. 155, S. 1436.
- ²² Siehe die Gesetzblätter.
- ²³ Vgl. Bekanntmachung des Generalgouverneurs vom 12. Oktober 1916 GVBl. Nr. 266, S. 2827.
- ²⁴ *Von Winterfeldt a. a. O.*, S. 26/27.
- ²⁵ Dies wurde insbesondere auch von dem Geschäftsführer des Zentralverbands deutscher Industrieller und Vertreter des Kriegsausschusses für die deutsche Industrie bei der gemeinsamen Tagung in Brüssel am 19. Juni 1915 betont. (Prot. S. 22.)
- ²⁶ Bekanntmachung des Generalgouverneurs vom 19. Dezember 1915 letzter Absatz GVBl. Nr. 155, S. 1436.
- ²⁷ Die Bezeichnung »Verwaltungschef« wird in doppeltem Sinn gebraucht, einerseits für die Behörde und andererseits für ihren obersten Repräsentanten.
- ²⁸ Vgl. VO. vom 13. Oktober 1914 GVBl. Nr. 8, S. 21.
- ²⁹ GVBl. Nr. 3, S. 7.
- ³⁰ Verordnungen vom 5. Mai 1916 und 3. März 1917 GVBl. Nr. 212, S. 2133 und Nr. 319, S. 3397.
- ³¹ VO. vom 26. August 1915 GVBl. Nr. 112, S. 956 und vom 23. Juni 1917, GVBl. Nr. 362, S. 3922.
- ³² VO. vom 28. Juli 1917 GVBl. Nr. 377, S. 4281.
- ³³ VO. vom 20. Dezember 1917 Fl. Nr. 2, S. 9, W. Nr. 2, S. 11.
- ³⁴ GVBl. Nr. 65, S. 475.
- ³⁵ GVBl. Nr. 82, S. 679.
- ³⁶ Verordnungen des Generalgouverneurs vom 14. August 1915 GVBl. Nr. 107, S. 881 und vom 17. Februar 1917 GVBl. Nr. 316, S. 3345.
- ³⁷ GVBl. Nr. 102, S. 832.
- ³⁸ VO. vom 22. September und 17. November 1917 GVBl. Nr. 396, S. 4473 und Nr. 418, S. 4782.
- ³⁹ VO. vom 3. Dezember 1914 GVBl. Nr. 18, S. 61.
- ⁴⁰ Vgl. VO. vom 2. Juni und 6. August 1915 GVBl. Nr. 84, S. 693, Nr. 105, S. 861; VO. vom 5. Juni 1916 GVBl. Nr. 221, S. 2247.
- ⁴¹ VO. vom 8. Februar 1915 GVBl. Nr. 40, S. 168.
- ⁴² Vgl. insbesondere VO. vom 3. Februar und 6. März 1915 GVBl. Nr. 39, S. 159 und Nr. 52, S. 303.
- ⁴³ *Von Winterfeldt a. a. O.*, S. 72.
- ⁴⁴ GVBl. Nr. 253, S. 2617. Für den Dienstverkehr der belgischen Postbehörden erging eine entsprechende Dienstanweisung des Präsidenten der Kaiserlich Deutschen Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien vom 15. Oktober 1916 GVBl. Nr. 272, S. 2897.
- ⁴⁵ GVBl. 1916 Nr. 273, S. 2930 und Nr. 288, S. 3054, GVBl. 1917 Nr. 314, S. 3319.
- ⁴⁶ Vgl. Erlaß des Generalgouverneurs, betr. den Rat von Flandern, vom 18. Januar 1918 Fl. Nr. 13, S. 111:
 Art. I. Aus der Zahl seiner Mitglieder wählt der Rat von Flandern elf Bevollmächtigte für die verantwortliche Leitung und Vertretung des Rates. Die Wahl der Bevollmächtigten bedarf meiner Bestätigung.

Art. II. Die Bevollmächtigten sind berufen, die dem Rat von Flandern übertragene beratende Mitwirkung an meiner Gesetzgebung für Flandern auszuüben. Die beratende Mitwirkung erstreckt sich nicht auf gesetzgebende Maßnahmen von militärischem Belang.

⁴⁷ GVBl. Nr. 324, S. 3457.

⁴⁸ Vgl. auch von *Winterfeldt* a. a. O., S. 76/77.

⁴⁹ Aus dem Verwaltungsbericht für Flandern und Wallonien.

⁵⁰ GVBl. Nr. 387, S. 4377. Für das deutsche Sprachgebiet erging unter dem 18. April 1918 eine analoge Verordnung über die Amtssprache (W. Nr. 34, S. 347). Das deutsche Sprachgebiet wurde darin in der Weise festgestellt, daß ihm in der Provinz Lüttich 10 Gemeinden, in der Provinz Luxemburg 20 Gemeinden und 4 unselbständige Dörfer zugehörten. Übergangsbestimmungen wurden namentlich für Arel (Arlon) erlassen, wo 15 vH der Einwohner des Deutschen nicht mächtig waren.

⁵¹ GVBl. Nr. 365, S. 3949.

⁵² Vgl. insbesondere Verfügung des Generalgouverneurs vom 4. Juli 1917 GVBl. Nr. 367, S. 3961.

⁵³ Verfügung vom 1. Mai 1918 Fl. Nr. 47, S. 458, W. Nr. 38, S. 383.

⁵⁴ Vgl. hierzu die Verordnungen vom 3. Dezember 1916 GVBl. Nr. 284, S. 3021, 3022, 3024; vom 17. März 1917 GVBl. Nr. 324, S. 3460; vom 26. April 1917 GVBl. Nr. 353, S. 3661; vom 3. Juni 1917 GVBl. Nr. 353, S. 3801; vom 3. Dezember 1917 GVBl. Nr. 421, S. 4821; vom 9. Februar 1918 Fl. Nr. 22, S. 203; vom 2. Juni 1918 Fl. Nr. 55, S. 519, W. Nr. 45, S. 433 und vom 6. Juli 1918 Fl. Nr. 80, S. 771, W. Nr. 71, S. 645.

⁵⁵ VO. vom 16./18. März 1918 Fl. Nr. 31, S. 303 und Verfügung vom 30. März 1918 Fl. Nr. 37, S. 359.

⁵⁶ VO. vom 13. September und 21. Oktober 1917 GVBl. Nr. 395, S. 4453 und Nr. 419, S. 4794; Verfügungen der deutschen Post- und Telegraphenverwaltung in Belgien vom 20. November 1917 GVBl. Nr. 423, S. 4843 und vom 14. Februar 1918 Fl. Nr. 17, S. 146, W. Nr. 14, S. 77.

⁵⁷ So auch von *Winterfeldt* a. a. O., S. 79.

⁵⁸ GVBl. Nr. 8, S. 21 und Nr. 34, S. 119.

⁵⁹ VO. vom 3. September 1914 GVBl. Nr. 1, S. 3.

⁶⁰ GVBl. Nr. 25, S. 86.

⁶¹ VO. vom 13. Dezember 1917 GVBl. Nr. 427, S. 4899.

⁶² GVBl. Nr. 39, S. 162. Vgl. auch VO. vom 27. März 1915 GVBl. Nr. 55, S. 348 und vom 20. Dezember 1917 Fl. Nr. 3, S. 32, W. Nr. 2, S. 12.

⁶³ GVBl. Nr. 15, S. 47.

⁶⁴ GVBl. Nr. 100, S. 807.

⁶⁵ GVBl. Nr. 168, S. 1525.

⁶⁶ GVBl. Nr. 291, S. 3092.

⁶⁷ *Laband*, Die Verwaltung Belgiens während der kriegerischen Besetzung in »Festgabe für Otto Mayer«. Tübingen 1916. S. 18.

⁶⁸ Vgl. hierzu auch die Verordnung des Generalgouverneurs vom 5. Februar 1915 über die polizeiliche Gewalt der Gouverneure, Kreischefs und Komman-

- danten GVBl. Nr. 38, S. 147 und vom 12. Juni 1915 über die gerichtlichen und die polizeilichen Befugnisse gegen Ausländer GVBl. Nr. 86, S. 707.
- ⁶⁹ GVBl. Nr. 37, S. 131. Abänderung und Ergänzung durch VO. vom 13. Oktober 1915 GVBl. Nr. 131, S. 1229. Ferner zu vgl. VO. vom 20. August 1915 GVBl. Nr. 131, S. 1229. Ferner zu vgl. VO. vom 20. August 1915 GVBl. Nr. 110, S. 921 und vom 27.—31. Mai 1916 GVBl. Nr. 220, S. 2233. Aufhebung durch VO. vom 11. Juni und 1. August 1918 Fl. Nr. 79, S. 759, W. Nr. 60, S. 559.
- ⁷⁰ Handausgabe von *Rotermund*. Hannover 1916.
- ⁷¹ Fl. Nr. 39, S. 387, 391, W. Nr. 31, S. 307, 310.
- ⁷² Vgl. VO. über die Regelung des Finanzwesens des vlämischen und des wallonischen Verwaltungsgebiets vom 24. Januar 1918 Fl. Nr. 30, S. 291, W. Nr. 24, S. 215.
- ⁷³ GVBl. Nr. 12, S. 38.
- ⁷⁴ GVBl. Nr. 33, S. 115.
- ⁷⁵ GVBl. Nr. 376, S. 4249.
- ⁷⁶ Fl. Nr. 41, S. 412, W. Nr. 34, S. 348.
- ⁷⁷ VO. vom 18. Mai und 17. Dezember 1916 GVBl. Nr. 213, S. 2145 und Nr. 289, S. 3059.
- ⁷⁸ VO. vom 30. Juni 1915 GVBl. Nr. 94, S. 767 und vom 1. Juli 1916 GVBl. Nr. 230, S. 2341.
- ⁷⁹ Vgl. VO. betr. Kalziumkarbid vom 11. Dezember 1915 GVBl. Nr. 153, S. 1422.
- ⁸⁰ GVBl. Nr. 396, S. 4473.
- ⁸¹ VO. vom 1. September 1917 GVBl. Nr. 389, S. 4396.
- ⁸² Bei der Darstellung des Ernährungswesens ist außer den in der Einleitung angeführten Quellen die in Tübingen gefertigte Dissertation (Maschinenschrift) von *R. Allgöwer*, ehemaliges Mitglied der Zivilverwaltung in Hasselt, »Die Brotgetreideversorgung der Provinz Limburg im Rahmen der Regelung für das Generalgouvernement Belgien (1914—1918)« benützt worden.
- ⁸³ Abgedruckt im GVBl. Nr. 28, S. 95.
- ⁸⁴ *Allgöwer* a. a. O., S. 3.
- ⁸⁵ GVBl. Nr. 1, S. 1.
- ⁸⁶ Bekanntmachung vom 1. November 1914 GVBl. Nr. 12, S. 37.
- ⁸⁷ VO. vom 30. September 1914 GVBl. Nr. 7, S. 19.
- ⁸⁸ VO. vom 27. Dezember 1914 GVBl. Nr. 29, S. 99.
- ⁸⁹ Bekanntmachung vom 1. November 1914 GVBl. Nr. 12, S. 37.
- ⁹⁰ VO. vom 17. Dezember 1914 GVBl. Nr. 22, S. 75.
- ⁹¹ VO. vom 31. Dezember 1914 GVBl. Nr. 28, S. 95.
- ⁹² VO. vom 11. Januar 1915 GVBl. Nr. 32, S. 111.
- ⁹³ *Allgöwer* a. a. O., S. 25 (Monatsbericht des Comité National vom Januar 1915).
- ⁹⁴ *Von Winterfeldt* a. a. O., S. 97.
- ⁹⁵ Auf Entstehung, Organisation und Wirkungskreis der CRB. und des CN. näher, als das hier und im vorhergehenden geschehen, einzugehen, würde außerhalb des Rahmens dieser Abhandlung liegen.
- ⁹⁶ *Allgöwer* a. a. O., S. 226.
- ⁹⁷ GVBl. Nr. 91, S. 747.

- ⁹⁸ Siehe die Eingangsworte der VO. vom 30. Juni 1915.
- ⁹⁹ GVBl. Nr. 102, S. 829.
- ¹⁰⁰ *Allgöwer a. a. O.*, S. 41.
- ¹⁰¹ VO. vom 23. Juli 1915 GVBl. Nr. 102, S. 829 und VO. betr. die Erntekommissionen vom 8. Juli 1916 GVBl. Nr. 235, S. 2391, mit Ausführungsbestimmungen vom gleichen Tage GVBl. Nr. 235, S. 2394. Analoge Verordnungen ergingen in den folgenden Jahren.
- ¹⁰² Vgl. hierzu insbesondere VO. vom 20. April 1918 betr. die landwirtschaftliche Nutzflächenerhebung und die Ertragsschätzung des Brotgetreidebaus im Jahre 1918 Fl. Nr. 42, S. 420, W. Nr. 34, S. 350.
- ¹⁰³ Vgl. VO. vom 6. Oktober 1916 betr. das Verbot der Kuchenbäckerei GVBl. Nr. 264, S. 2794 und entsprechende Verordnungen aus den folgenden Jahren.
- ¹⁰⁴ Vgl. Bekanntmachung vom 24. September 1915 GVBl. Nr. 124, S. 1105: 90 vH, Bekanntmachung vom 9. Oktober 1915 GVBl. Nr. 129, S. 1179: 75 vH, Bekanntmachung vom 22. Januar 1916 GVBl. Nr. 170, S. 1546: 82 vH.
- ¹⁰⁵ Vgl. Bekanntmachung vom 13. April 1917 GVBl. Nr. 333, S. 3577.
- ¹⁰⁶ *Allgöwer a. a. O.*, S. 160/61, 163.
- ¹⁰⁷ *Allgöwer a. a. O.*, S. 56.
- ¹⁰⁸ GVBl. Nr. 100, S. 807.
- ¹⁰⁹ Vgl. die Verordnungen vom 20. Juli 1915 und die Verordnungen der späteren Jahre; wegen Abgabe der Malzkeime an die Hefefabriken VO. vom 10. November 1915 GVBl. Nr. 140, S. 1321 und die späteren Verordnungen, ferner *Allgöwer a. a. O.*, S. 76/77.
- ¹¹⁰ VO. vom 21. Februar 1918 Fl. Nr. 21, S. 188. Ausführungsbestimmung vom 9. Juli 1918 Fl. Nr. 71, S. 679.
- ¹¹¹ VO. vom 27. Juli 1915 GVBl. Nr. 103, S. 837 und vom 31. Oktober 1915 GVBl. Nr. 136, S. 1287. In den späteren Jahren ergingen entsprechende Verordnungen.
- ¹¹² Vgl. VO. vom 12. Dezember 1916 GVBl. Nr. 291, S. 3085; Art 12 und 13 der VO. über die Bewirtschaftung des Hafers 1917 vom 20. Juli 1917 GVBl. Nr. 378, S. 4289 und Art. 11 der VO. über die Beschlagnahme von Hafer des Erntejahres 1918 Fl. Nr. 76, S. 726, W. Nr. 66, S. 603.
- ¹¹³ VO. vom 21. Februar 1918 Fl. Nr. 21, S. 188.
- ¹¹⁴ *Allgöwer a. a. O.*, S. 77/78.
- ¹¹⁵ VO. vom 20. Mai 1915 GVBl. Nr. 77, S. 628, vom 10. Juni 1915 GVBl. Nr. 85, S. 701 und vom 28. September 1915 GVBl. Nr. 123, S. 1090.
- ¹¹⁶ GVBl. Nr. 168, S. 1525, teilweise abgeändert durch VO. vom 29. November 1916 GVBl. Nr. 285, S. 329.
- ¹¹⁷ Bekanntmachung des Generalgouverneurs vom 1. November 1916.
- ¹¹⁸ Ausführungsvorschriften vom gleichen Tage GVBl. Nr. 168, S. 1529. VO. vom 27. Mai 1916 mit Ausführungsvorschriften GVBl. Nr. 218, S. 2213/14. VO. vom 7. September 1916 GVBl. Nr. 254, S. 2631.
- ¹¹⁹ VO. vom 26. Januar 1916 GVBl. Nr. 171, S. 1556.
- ¹²⁰ VO. vom 26. Februar 1916 GVBl. Nr. 184, S. 1680.
- ¹²¹ VO. vom 29. Januar, 14. Oktober und 29. Oktober 1916 GVBl. Nr. 173, S. 1563, Nr. 267, S. 2850, Nr. 274, S. 2942.

- ¹²² VO. vom 29. Januar 1916 GVBl. Nr. 173, S. 1563.
- ¹²³ VO. vom 8. September 1917 GVBl. Nr. 392, S. 4420.
- ¹²⁴ Ausführungsverordnung vom 13. September 1917 GVBl. Nr. 394, S. 4443.
- ¹²⁵ *Allgöwer* a. a. O., S. 73.
- ¹²⁶ VO. vom 21. Februar 1918 Fl. Nr. 21, S. 188. Ausführungsverordnung vom 17. April 1918 Fl. Nr. 52, S. 487. Ausführungsbestimmungen vom 1. September 1918 Fl. Nr. 83, S. 812. W. Nr. 73, S. 663.
- ¹²⁷ *Rademacher*, Die Zwangswirtschaft und die Durchführung der beschränkten Ablieferungspflicht (System Roesicke) im Generalgouvernement Belgien während der deutschen Besetzung. Berlin 1920.
- ¹²⁸ GVBl. Nr. 396, S. 4469. Ausführungsbestimmungen vom 22. September 1917 GVBl. Nr. 398, S. 4509. Bekanntmachung vom 1. Oktober 1918 Fl. Nr. 92, S. 932, W. Nr. 82, S. 779.
- ¹²⁹ VO. vom 24. November 1915 GVBl. Nr. 148, S. 1377, VO. vom 18. Juli 1916 GVBl. Nr. 240, S. 2451, VO. vom 1. November 1917 GVBl. Nr. 413, S. 4720.
- ¹³⁰ *Allgöwer* a. a. O., S. 79.
- ¹³¹ VO. vom 11. November mit Ausführungsbestimmungen vom 12. November 1916 GVBl. Nr. 278, S. 2969.
- ¹³² VO. vom 30. November 1915 GVBl. Nr. 150, S. 1397.
- ¹³³ VO. vom 12. Februar 1916 GVBl. Nr. 180, S. 1625.
- ¹³⁴ VO. vom 26. Juli 1916 GVBl. Nr. 240, S. 2459 und vom 22. August 1916 GVBl. Nr. 248, S. 2559.
- ¹³⁵ Fl. Nr. 47, S. 455, W. Nr. 37, S. 375.
- ¹³⁶ VO. vom 9. August 1916 GVBl. Nr. 243, S. 2497 und vom 28. August 1916 GVBl. Nr. 249, S. 2567.
- ¹³⁷ VO. vom 23. April 1918 Fl. Nr. 44, S. 431, W. Nr. 35, S. 358.
- ¹³⁸ *Allgöwer* a. a. O., S. 85.
- ¹³⁹ Vgl. insbesondere: für die Zwiebeln VO. vom 6. November 1915 GVBl. Nr. 139, S. 1312; für die Zichorienwurzeln VO. vom 13. August, 16. September und 23. Oktober 1915 GVBl. Nr. 107, S. 880, Nr. 120, S. 1044, Nr. 134, S. 1267; vom 14. Juli 1916 GVBl. Nr. 236, S. 2407; vom 16. Juni 1917 GVBl. Nr. 362, S. 3918; vom 21. Februar und vom 11. September 1918 Fl. Nr. 21, S. 188, W. Nr. 19, S. 146 und Fl. Nr. 89, S. 864, W. Nr. 77, S. 710; für verarbeitete Zichorien VO. vom 16. Juni 1916 GVBl. Nr. 226, S. 2288 und vom 18. März 1918 Fl. Nr. 36 S. 351, W. Nr. 29, S. 285; für Gemüse und Hülsenfrüchte VO. vom 8. August 1918 Fl. Nr. 77, S. 739, W. Nr. 67, S. 611; Ausführungsbestimmungen vom 1. September 1918 Fl. Nr. 85, S. 838; Ausführungsverordnung vom 24. September 1918 W. Nr. 81, S. 765.
- ¹⁴⁰ VO. vom 18. Juni 1916 GVBl. Nr. 227, S. 2297, VO. vom 28. Juli 1917 GVBl. Nr. 379, S. 4308.
- ¹⁴¹ VO. vom 5. Oktober 1917 GVBl. Nr. 403, S. 4577 und vom 18. März 1918 Fl. Nr. 32, S. 312, W. Nr. 26, S. 247.
- ¹⁴² GVBl. Nr. 7, S. 19.
- ¹⁴³ VO. vom 1. Juni und 13. Oktober 1915 GVBl. Nr. 84, S. 689 und Nr. 134, S. 1259.
- ¹⁴⁴ GVBl. Nr. 49, S. 255, ersetzt durch VO. vom 27. Mai 1916 GVBl. Nr. 221,

- S. 2245 und Bekanntmachung vom 9. November 1916, später erweitert durch VO. vom 23. April 1918 Fl. Nr. 44, S. 431, W. Nr. 35, S. 358.
- ¹⁴⁵ GVBl. Nr. 160, S. 1477, aufgehoben durch VO. vom 10. Mai 1916 GVBl. Nr. 212, S. 2138.
- ¹⁴⁶ VO. vom 22. Februar und 30. Mai 1916 GVBl. Nr. 183 S. 1661 und Nr. 220, S. 2235; VO. vom 20. Juni 1918 Fl. Nr. 63, S. 595, W. Nr. 53, S. 493.
- ¹⁴⁷ VO. vom 22. Februar 1916 GVBl. Nr. 183, S. 1662 und vom 7. Juni 1917 GVBl. Nr. 358, S. 3867.
- ¹⁴⁸ VO. vom 27. August 1918 Fl. Nr. 84, S. 820 und 821, W. Nr. 73, S. 660.
- ¹⁴⁹ VO. vom 9. August und 14. Oktober 1916 GVBl. Nr. 243, S. 2495 und Nr. 268, S. 2858; VO. vom 4. Dezember 1917 GVBl. Nr. 424, S. 4875.
- ¹⁵⁰ VO. vom 24. Juni und 14. Oktober 1916 GVBl. Nr. 228, S. 2311 und Nr. 268, S. 2861; VO. vom 28. Mai 1918 Fl. Nr. 56, S. 527, W. Nr. 46, S. 435.
- ¹⁵¹ VO. vom 14. Oktober 1916 GVBl. Nr. 268, S. 2860 und vom 23. Oktober 1917 GVBl. Nr. 409, S. 4646.
- ¹⁵² Vgl. *Allgöwer* a. a. O., S. 84.
- ¹⁵³ GVBl. Nr. 184, S. 1680, Bekanntmachung der Ölzentrale GVBl. Nr. 189, S. 1753.
- ¹⁵⁴ GVBl. Nr. 190, S. 1766, ersetzt durch VO. vom 7. Februar 1917 GVBl. Nr. 312, S. 3285.
- ¹⁵⁵ VO. vom 11. Januar 1916 GVBl. Nr. 170, S. 1541.
- ¹⁵⁶ VO. vom 7. September 1916 GVBl. Nr. 253, S. 2622.
- ¹⁵⁷ VO. vom 21. März 1916 GVBl. Nr. 194, S. 1831.
- ¹⁵⁸ VO. vom 13. Dezember 1916 GVBl. Nr. 291, S. 3092. Ausführungsbestimmungen vom 22. Dezember 1916 GVBl. Nr. 292, S. 3111.
- ¹⁵⁹ VO. vom 22. September 1917 GVBl. Nr. 396, S. 4471.
- ¹⁶⁰ *Rademacher* a. a. O., S. 9.
- ¹⁶¹ Als Beispiel vgl. die Bekanntmachung des Gouverneurs von Brüssel und Brabant vom 12. November 1916 wegen Übertretung der Luxusverbote seitens der Speisehäuser und Gasthöfe.
- ¹⁶² GVBl. Nr. 358, S. 3869.
- ¹⁶³ VO. vom 1. November 1917 GVBl. Nr. 413, S. 4721.
- ¹⁶⁴ *Allgöwer* a. a. O., S. 121/22.
- ¹⁶⁵ VO. vom 27. März und 17. November 1916 GVBl. Nr. 196, S. 1859 und Nr. 281, S. 2999.
- ¹⁶⁶ Vgl. z. B. Ausfuhrverbot für Pferde, Rinder, Schweine, Schafe vom 30. September 1914 GVBl. Nr. 7, S. 19; VO. für die Ausfuhr von Waren aus Belgien vom 1. Juni 1915 GVBl. Nr. 84, S. 689; Verfügung des Generalgouverneurs vom 1. Februar 1915 GVBl. Nr. 49, S. 255, enthaltend das Verbot der Schlachtung von trächtigen Mutterschweinen und von weiblichen Kälbern.
- ¹⁶⁷ Verfügung vom 31. Oktober 1915 GVBl. Nr. 136, S. 1291.
- ¹⁶⁸ Z. B. VO. betr. Bekämpfung der Tollwut vom 6. Oktober 1916 GVBl. Nr. 267, S. 2837.
- ¹⁶⁹ Z. B. Anhang zur VO. vom 16. März 1916 betr. die Bekämpfung der Räude der Pferde und sonstigen Einhufer GVBl. Nr. 193, S. 1813.
- ¹⁷⁰ Vgl. VO. vom 6. November 1917 GVBl. Nr. 415, S. 4738.

- ¹⁷¹ Vgl. insbesondere VO. vom 24. Oktober 1916 GVBl. Nr. 270, S. 2883 und VO. vom 5. Januar 1917 GVBl. Nr. 298, S. 3187.
- ¹⁷² Vgl. VO. vom 4. August 1916 GVBl. Nr. 241, S. 2475.
- ¹⁷³ VO. vom 5. Januar 1917 GVBl. Nr. 298, S. 3187.
- ¹⁷⁴ VO. vom 23. Oktober 1917 GVBl. Nr. 409, S. 4646.
- ¹⁷⁵ GVBl. Nr. 29, S. 99.
- ¹⁷⁶ Vgl. insbesondere Bekanntmachung vom 10. August 1915 Ziffer 3 GVBl. Nr. 106, S. 869 (Freigabe von Futterroggen), VO. vom 24. November 1915 Art. 4 und 10 (Verwertung von Zucker und dessen Nebenprodukten) GVBl. Nr. 148, S. 1377.
- ¹⁷⁷ Vgl. die Vorschriften über Beschlagnahme und Bewirtschaftung des Hafers.
- ¹⁷⁸ Vgl. z. B. VO. betr. die Einziehung des Futterroggens vom 5. Juni 1917 GVBl. Nr. 355, S. 3828.
- ¹⁷⁹ VO. vom 29. Oktober 1915 GVBl. Nr. 137, S. 1297 mit Ausführungsbestimmungen vom 4. November 1915 GVBl. Nr. 137, S. 1299, VO. vom 8. April 1916 GVBl. Nr. 202, S. 1943 mit Bekanntmachung der Ölzentrale vom 2. Mai 1916 GVBl. Nr. 208, S. 2082.
- ¹⁸⁰ VO. vom 10. Mai 1916 GVBl. Nr. 212, S. 2137. Für den Verkehr mit dem Etappen- und Operationsgebiet von Westbelgien sind besondere Verordnungen ergangen.
- ¹⁸¹ Verfügung des Generalgouverneurs vom 20. August 1918 Fl. Nr. 83, S. 807, W. Nr. 72, S. 652.
- ¹⁸² Vgl. insbesondere die Verordnungen vom 29. Juni und 12. November 1916 GVBl. Nr. 233, S. 2371 und Nr. 291, S. 3086.
- ¹⁸³ GVBl. Nr. 165, S. 1505.
- ¹⁸⁴ VO. vom 30. April 1917 GVBl. Nr. 346, S. 3729.
- ¹⁸⁵ Die Verwaltung der belgischen Eisenbahnen während der Okkupationszeit wird im einzelnen in dem Abschnitt VIII a der deutschen Schriftenreihe behandelt.
- ¹⁸⁶ GVBl. Nr. 6, S. 17 und Nr. 12, S. 39.
- ¹⁸⁷ GVBl. Nr. 109, S. 905.
- ¹⁸⁸ VO. vom 20. Dezember 1917 Fl. Nr. 1 von 1918, S. 1, W. Nr. 1 von 1918, S. 4.
- ¹⁸⁹ GVBl. Nr. 156, S. 1445.
- ¹⁹⁰ VO. vom 22. Dezember 1914 und Bekanntmachung vom gleichen Tage GVBl. Nr. 24, S. 81 und S. 82.
- ¹⁹¹ Über die Kontributionen vgl. den besonderen Abschnitt des Gesamtwerkes über die wirtschaftliche Nutzung der besetzten Gebiete.
- ¹⁹² GVBl. Nr. 24, S. 81.
- ¹⁹³ Vorschriften über die Ausgabe von Banknoten durch die Société Général de Belgique GVBl. Nr. 31, S. 104.
- ¹⁹⁴ GVBl. Nr. 31, S. 103.
- ¹⁹⁵ VO. vom 14. Dezember 1915 GVBl. Nr. 154, S. 1428, vom 17. Dezember 1916 GVBl. Nr. 290, S. 3077 und vom 6. Dezember 1917 GVBl. Nr. 425, S. 4885.
- ¹⁹⁶ *Von Winterfeldt* a. a. O., S. 58.
- ¹⁹⁷ Vgl. hierüber die eingehende Darstellung von *Ernst Cohnitz* (Referent des Generalkommissars für die Banken bei dem Abbau des Moratoriums), das

Moratoriumsrecht in Belgien. Berlin 1916. Sodann den Artikel »Zum Abbau des Moratoriums in Belgien« in Nr. 6 der »Mitteilungen der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Belgien« von 1916.

¹⁹⁸ Moniteur belge Nr. 217 vom 5. August 1914.

¹⁹⁹ Moniteur belge Nr. 217 vom 5. August 1914.

²⁰⁰ Moniteur belge Nr. 231 vom 19. August 1914.

²⁰¹ Königliche Verordnungen vom 2. und 3. August 1914 Moniteur belge Nr. 215 vom 3. August und Nr. 216 vom 4. August 1914; Gesetz vom 4. August 1914 Moniteur belge Nr. 217 vom 5. August 1914; Königliche Verordnungen vom 6. und 24. August 1914 Moniteur belge Nr. 221 vom 9. August 1914 und Nr. 236/37 vom 24./25. August 1914.

²⁰² Vgl. VO. des Generalgouverneurs vom 23. September 1914 GVBl. Nr. 4, S. 12.

²⁰³ GVBl. Nr. 165, S. 1501. Dazu VO. betr. den Abbau des Moratoriums für die ostflandrischen Gemeinden Tielrode, Tempsehe, Sint-Niklaas (Waas) und Nieuwkerken-Waas vom 12. September 1916 GVBl. Nr. 259, S. 2703.

²⁰⁴ Erläuterungen des Generalkommissars für die Banken in Belgien zu der Verordnung betr. den Abbau des Moratoriums: Allgemeiner Teil. Im Auszug abgedruckt bei *Cohnitz* a. a. O., S. 136 ff.

²⁰⁵ Erläuterungen des Generalkommissars für die Banken zu Art. 7, abgedruckt bei *Cohnitz* a. a. O., S. 145.

²⁰⁶ GVBl. von 1914 Nr. 10, S. 28 und Nr. 17, S. 58; von 1915 Nr. 109, S. 907 und Nr. 136, S. 1285.

²⁰⁷ VO. des Generalgouverneurs vom 16. Mai, 30. August und 9. Dezember 1916 GVBl. Nr. 212, S. 2139, Nr. 249, S. 2572, Nr. 290, S. 3075. VO. vom 25. Juni, 20. August und 22. September 1917 GVBl. Nr. 363, S. 3929, Nr. 394, S. 4441, Nr. 398, S. 4507. VO. vom 31. Januar 1918 Fl. Nr. 14, S. 115, W. Nr. 12, S. 61.

²⁰⁸ GVBl. Nr. 5, S. 15.

²⁰⁹ Der Artikel lautet: »Les juges peuvent néanmoins, en considération de la position du débiteur, et en usant de ce pouvoir avec une grande réserve, accorder des délais modérés pour le payement, et surseoir à l'exécution des poursuites, toutes choses demeurant en état.«

²¹⁰ GVBl. Nr. 209, S. 2105. Vgl. auch *Cohnitz* a. a. O., S. 58 ff.

²¹¹ GVBl. Nr. 286, S. 3039.

²¹² VO. des Generalgouverneurs vom 10. November 1914 GVBl. Nr. 11, S. 35, vom 27. Februar 1915 GVBl. Nr. 47, S. 233, vom 8. Dezember 1915 GVBl. Nr. 152, S. 1413, vom 17. Dezember 1916 GVBl. Nr. 291, S. 3090 und vom 20. Dezember 1917 GVBl. Nr. 429, S. 4917; ferner vom 28. Juli 1915 GVBl. Nr. 102, S. 834. Vgl. auch *Cohnitz* a. a. O., S. 60 ff.

²¹³ Bekanntmachung vom 11. Februar 1918 Fl. Nr. 15, S. 125, W. Nr. 13, S. 67.

²¹⁴ GVBl. Nr. 10, S. 27.

²¹⁵ GVBl. Nr. 13, S. 43 und Nr. 25, S. 86.

²¹⁶ GVBl. Nr. 45, S. 215.

²¹⁷ GVBl. Nr. 84, S. 689.

²¹⁸ GVBl. Nr. 101, S. 821 und Nr. 119, S. 1036.

²¹⁹ GVBl. Nr. 134, S. 1259.

²²⁰ Zu vergleichen hierzu außer der VO. vom 13. Oktober 1915 noch die VO. vom

11. Dezember 1915 GVBl. Nr. 154, S. 1427 betr. die Ausfuhr von Zucker aus dem Gebiet des Generalgouvernements.
- ²²¹ GVBl. Nr. 188, S. 1737 mit Ausführungsvorschriften vom 17. März 1916 GVBl. Nr. 192, S. 1797.
- ²²² Hier handelte es sich im wesentlichen um von Holland als Rohware eingeführte, in Belgien geschliffene und wieder ausgeführte Steine.
- ²²³ VO. vom 2. Dezember 1916 GVBl. Nr. 286, S. 3037.
- ²²⁴ VO. vom 13. Dezember 1916 GVBl. Nr. 289, S. 3067, abgeändert und ergänzt durch VO. vom 5. Januar, 14. Februar und 7. April 1917 GVBl. Nr. 297, S. 3145, Nr. 311, S. 3280, Nr. 332, S. 3566.
- ²²⁵ GVBl. Nr. 315, S. 3334 mit Ergänzung vom 21. Juli 1917 GVBl. Nr. 375, S. 4233.
- ²²⁶ Vgl. z. B. § 9 der VO. vom 30. Dezember 1916 betr. Anmeldepflicht und Beschlagnahme der Fertigfabrikate aus Kupfer, Zinn, Nickel und deren Legierungen in Handels- und Gewerbetrieben GVBl. Nr. 305, S. 3225: »Insbesondere können zum Zweck der Durchführung der Verordnung Betriebsveränderungen für die Industrie, z. B. die Zusammenlegung der in § 2 genannten Betriebe angeordnet werden.«
- ²²⁷ GVBl. Nr. 375, S. 4233.
- ²²⁸ Über die Wirkungen im einzelnen siehe die Abhandlung über die wirtschaftliche Nutzung der besetzten Gebiete.
- ²²⁹ Bericht der Abteilung für Handel und Gewerbe.
- ²³⁰ Bericht der Abteilung für Handel und Gewerbe.
- ²³¹ Bekanntmachung vom 21. März 1918 W. Nr. 25, S. 235.
- ²³² *Von Winterfeldt* a. a. O., S. 27.
- ²³³ RGBl. S. 397.
- ²³⁴ GVBl. Nr. 3, S. 7.
- ²³⁵ GVBl. Nr. 10, S. 28.
- ²³⁶ GVBl. Nr. 17, S. 58. Abgeändert wurden die Verordnungen vom 3. und 28. November 1914 durch VO. vom 12. August 1915 GVBl. Nr. 109, S. 907 und vom 16. August 1917 GVBl. Nr. 397, S. 4485. Später wurde das Zahlungsverbot im Wege der Vergeltung ausgedehnt auf *Ägypten* und *Französisch-Marokko* (VO. vom 29. Oktober 1915 GVBl. Nr. 136, S. 1285), *Portugal* (VO. vom 16. Mai 1916 GVBl. Nr. 212, S. 2139), *Rumänien* (VO. vom 30. August 1916 GVBl. Nr. 249, S. 2572), *Italien* (VO. vom 9. Dezember 1916 GVBl. Nr. 290, S. 3075 und vom 25. Juni 1917 GVBl. Nr. 363, S. 3929), die *Vereinigten Staaten von Amerika* (VO. vom 21. August 1917 GVBl. Nr. 394, S. 4441), *Siam*, *Liberia* und *China* (VO. vom 22. September 1917 GVBl. Nr. 398, S. 4507), *Brasilien* (VO. vom 31. Januar 1918 Fl. Nr. 14, S. 115, W. Nr. 12, S. 61).
- ²³⁷ GVBl. Nr. 16, S. 49.
- ²³⁸ VO. vom 23. Juni 1917 GVBl. Nr. 362, S. 3921.
- ²³⁹ RGBl. S. 487.
- ²⁴⁰ GVBl. Nr. 41, S. 178. Die Verordnung ist in einigen Punkten abgeändert und ergänzt worden durch VO. vom 18. Februar und 30. Dezember 1916 GVBl. Nr. 181, S. 1635 und Nr. 297, S. 3143.
- ²⁴¹ VO. vom 18. Februar 1916 GVBl. Nr. 181, S. 1635.
- ²⁴² GVBl. Nr. 253, S. 2611.

- ²⁴³ GVBl. Nr. 335, S. 3598.
- ²⁴⁴ Vgl. hierüber von *Winterfeldt* a. a. O., S. 89.
- ²⁴⁵ Fl. Nr. 33, S. 321, W. Nr. 27, S. 260.
- ²⁴⁶ GVBl. Nr. 377, S. 4281.
- ²⁴⁷ Vgl. *Allgöwer* a. a. O., S. 90.
- ²⁴⁸ GVBl. Nr. 17, S. 57.
- ²⁴⁹ GVBl. Nr. 108, S. 887, 889 und Nr. 115, S. 1001.
- ²⁵⁰ VO. vom 15. August 1915 GVBl. Nr. 108, S. 889.
- ²⁵¹ VO. vom 14. August 1915 GVBl. Nr. 108, S. 887.
- ²⁵² GVBl. Nr. 208, S. 2093.
- ²⁵³ Die Darstellung der Deportation schließt sich in erster Linie an die unter *meiner* persönlichen Verantwortlichkeit entstandene Denkschrift des Verwaltungschefs, Abteilung für Handel und Gewerbe über die Überführung belgischer Arbeiter aus dem Gebiet des Generalgouvernements nach Deutschland, sowie an meine eigenen Aufzeichnungen an.
- ²⁵⁴ Mit der Registrierung dieses Faktums will die Frage nicht entschieden werden, wer den Gedanken der Deportation zuerst angeregt hat.
- ²⁵⁵ GVBl. Nr. 213, S. 2156.
- ²⁵⁶ Vgl. hierüber *Heinrich Pohl*, Luftkriegsrecht, ein Vortrag, Stuttgart 1924, S. 14 ff. und die dort angeführte weitere Literatur.
- ²⁵⁷ Bericht der Abteilung für Handel und Gewerbe.
- ²⁵⁸ GVBl. Nr. 20, S. 65.
- ²⁵⁹ GVBl. Nr. 182, S. 1649.
- ²⁶⁰ Fl. Nr. 38, S. 371, W. Nr. 32, S. 319.
- ²⁶¹ Verfügung vom 17. Mai 1915 GVBl. Nr. 83, S. 683.
- ²⁶² VO. vom 15. Juli 1916 GVBl. Nr. 237, S. 2419.
- ²⁶³ Vgl. Philipsborn, Wegweiser für deutsche Wohlfahrtspflege in Belgien, Brüssel 1916, S. 89 ff.
- ²⁶⁴ Vgl. auch von *Winterfeldt* a. a. O., S. 107.
- ²⁶⁵ GVBl. Nr. 244, S. 2503.
- ²⁶⁶ Insbesondere: für *Groß-Brüssel* Verfügung des Verwaltungschefs vom 25. Februar 1916 GVBl. Nr. 186, S. 1705, Ausführungsanweisung vom 18. März 1916 GVBl. Nr. 192, S. 1791, für das *deutsche Sprachgebiet* Verfügung des Verwaltungschefs vom 22. April 1916 GVBl. Nr. 206, S. 2050, für den *vlämischen Landesteil* Verfügung des Verwaltungschefs vom 22. April 1916 GVBl. Nr. 206, S. 2056, für den *wallonischen Landesteil* Verfügung des Verwaltungschefs vom 30. April 1916 GVBl. Nr. 210, S. 2113, Ausführungsanweisung zu den drei vorgenannten Verfügungen vom 17. Mai 1916 GVBl. Nr. 214, S. 2175, für die *an den Sprachgrenzen gelegenen Orte* Verfügung des Verwaltungschefs vom 29. April 1916 GVBl. Nr. 208, S. 2089, Ausführungsanweisung vom 17. Mai 1917 GVBl. Nr. 214, S. 2169.
- ²⁶⁷ Vgl. insbesondere VO. vom 19. Mai 1917 GVBl. Nr. 350, S. 3772.
- ²⁶⁸ Verfügungen des Verwaltungschefs vom 15. Juni 1916 GVBl. Nr. 226, S. 2284 und vom 4. Oktober 1916 GVBl. Nr. 267, S. 2833. Vgl. auch hinsichtlich der Ausbildung der Lehrkräfte für die Volksschulen und die Kinderbewahrschulen VO. vom 2. August 1916 GVBl. Nr. 242, S. 2485.

- ²⁶⁹ Akten der politischen Abteilung.
- ²⁷⁰ Fl. Nr. 65, S. 615, 620; Fl. Nr. 66, S. 631; Fl. Nr. 90, S. 908.
- ²⁷¹ VO. vom 4. Juni 1918 Fl. Nr. 65, S. 622.
- ²⁷² VO. vom 8. August 1918 Fl. Nr. 80, S. 772.
- ²⁷³ Vgl. darüber von Dyck a. a. O. VO. über die Unterrichtssprache an der Universität Gent vom 15.—17. März 1916 GVBl. Nr. 191, S. 1777, VO. betr. Auslegung des Art. 10 des Gesetzes vom 15. Juli 1849, vom 9.—30. September 1916 GVBl. Nr. 267, S. 2849.
- ²⁷⁴ Von Dyck a. a. O., S. 87.
- ²⁷⁵ Von Dyck a. a. O., S. 78.
- ²⁷⁶ VO. vom 23. Mai 1917 GVBl. Nr. 353, S. 3803 und 3806, VO. vom 21. Februar und vom 15. August 1918 Fl. Nr. 25, S. 235 und Nr. 82, S. 795. Dazu treten die zahlreichen und umfassenden Ausführungsverordnungen.
- ²⁷⁷ GVBl. Nr. 353, S. 3802.
- ²⁷⁸ VO. vom 25. Oktober und 4. November 1917 GVBl. Nr. 417, S. 4773.
- ²⁷⁹ Verordnungen vom 21. Februar 1918 Fl. Nr. 23, S. 211 und 213.
- ²⁸⁰ VO. vom 18. Oktober 1917 GVBl. Nr. 410, S. 4653, 4655.
- ²⁸¹ VO. vom 21. und 23. September 1916 GVBl. Nr. 273, S. 2922 und 2925.
- ²⁸² Vgl. auch Schreiben der politischen Abteilung beim Generalgouverneur an den Kardinal Mercier vom 9. März 1917.

ABKÜRZUNGEN

- a. a. O. = am angeführten Ort.
bzw. = beziehungsweise.
CHN. = Comité Hispano-Néerlandais pour la Protection du Ravitaillement.
CN. = Comité national de secours et d'alimentation.
CRB. = Commission for relief in Belgium.
DIB. = Deutsches Industriebüro.
Fl. = Gesetz- und Verordnungsblatt für Flandern.
FUB. = Familien-Unterstützungs-Büro.
GVBl. = Gesetz- und Verordnungsblatt für die okkupierten Gebiete Belgiens.
HLKO. = Haager Landkriegsordnung (Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs, beigefügt dem Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs vom 18. Oktober 1907).
RGBl. = Reichsgesetzblatt.
VCN. = Deutsche Vermittlungsstelle CN.
vgl. = vergleiche.
vH = vom Hundert.
VO. = Verordnung.
W. = Gesetz- und Verordnungsblatt für Wallonien.
ZEG. = Zentral-Einkaufs-Gesellschaft.
ZEK. = Zentralerntekommission.

REGISTER

A

Abdeckereiwesen 99 ff.
 Abgaben 25, 60 ff.
 Abteilung für Handel und Gewerbe
 24, 25, 28, 46 ff., 104, 117, 119, 122,
 129, 134
 Abwesenheitssteuer 60
 Advokaten 59
 Ägypten 112
 Aktiengesellschaften, Besteuerung 61
 Aktiengesellschaften, Kontrolle 29, 133
 Algimex 47
 Altersversicherung 169
 Amerika s. Vereinigte Staaten
 Antwerpen 12, 13, 17, 19, 26, 27, 31, 32,
 33, 36, 42, 44, 59, 98, 107, 108, 109, 132,
 140, 142, 149, 155, 161, 165
 Appellhof 56, 57
 Anderlecht 103
 Arbeiten, öffentliche 24, 25
 Arbeiterabschiebungen 145 ff., 187 ff.
 Arbeiteranwerbungen 37, 117, 131,
 145 ff. 163 ff.
 Arbeiterbekleidung, Ernährung usw.
 80 ff., 170, 171
 Arbeiterfragen 25
 Arbeitermangel 119
 Arbeiterschutz 168, 169
 Arbeiterversicherung 168, 169, 173
 Arbeitsbeschaffung 172
 Arbeitslosenfürsorge, Arbeitslosigkeit
 142 ff.
 Arbeitslosenlisten 147, 148, 154 ff.
 Arbeitsnachweise 143
 Arbeitsscheu 144, 150
 Arbeitsverweigerung 144
 Argentinien 26

Arrondissements 12, 35
 Arzneimittelleinfuhr 48
 Aufsicht über Unternehmungen 111,
 132 ff., 141
 Ausfuhr s. Außenhandel, Ein- und
 Ausfuhr
 Ausländische Unternehmungen, Über-
 wachung 132 ff.
 Außenhandel 25, 26, 47, 122 ff.
 Außenhandelsstelle 47, 122, 126

B

Backwaren 69
 Bäckereien 69
 Bankabteilung 23, 27 ff., 46
 Banken 27 ff., 108 ff., 132, 135, 141
 Banken, Generalkommissar 28, 76,
 109 ff., 123, 132, 133, 134
 Banknoten 108 ff.
 Baudirektion 20, 24
 Bautätigkeit 128, 129, 174
 Bauverwaltung 24, 25
 Beamte, belgische 12, 15 ff., 22, 34, 41,
 44 ff.
 Beamte, deutsche 17 ff., 45, 96
 Beaufsichtigung von Unternehmungen
 111, 132 ff., 141
 Beleuchtung, Einschränkung ders. 126
 Berchem-Ste-Agathe 103
 Bergarbeiter 80, 131
 Bergbau 48, 179 s. a. Bergverwaltungen,
 Bergwerke
 Bergverwaltungen 31, 37, 113
 Bergwerke 113, 131, 143, 159 s. a. Koh-
 lenbergbau
 Bezirksgerichte 58
 Bier 81, 88, 91

Bibliotheken 175, 179

Bissing, Freiherr von 6, 23, 39, 103

Blockade 12, 60, 62, 66, 68, 80, 90, 95,
114, 119, 123, 124

Börsen 29, 118, 119, 133

Bodengesellschaft 140

Brabant 19, 42

Branntwein 91, 92

Branntweinzentrale 55, 91, 92

Brasilien 112

Brauerei 81

Brauereikontrollstelle 81, 91

Brennstoffe 30, 126, 127

Brot, Brotgetreide 65, 68 ff., 73, 74 ff.,
95, 98

Brotaufstrichmittel 85

Brotversorgung, holländische 124

Brüssel 13, 26, 31, 32, 33, 36, 38, 41, 42,
44, 45, 49, 50, 52, 53, 56, 57, 59, 67,
70, 72, 73, 83, 85, 86, 88, 103, 105, 107,
119, 132, 147, 151, 157, 172, 173, 183

Brüssel, Großbrüssel 13, 40, 41, 44, 66,
176, 177

Budget 59 ff.

Butter 33, 80, 86 ff., 90, 138

C

Campine (Kempen) 114, 131, 140, 143,

Canal du Centre 107

Charleroi 31, 32, 37

Chile 26

China 26, 112

Comité central 66 ff., 72

Comité Fleskens 124

Comité Hispano-Néerlandais (CHN.)
73

Comité Industriel 118, 125

Comité National (CN.) 64, 72 ff., 78 ff.,
82, 87, 91, 92, 98, 118, 125, 143, 147,
148, 154, 157, 158, 159, 161, 168, 171

Commission for relief (CRB.) 72 ff.,
78 ff., 124, 125, 152, 154, 158, 171

D

Deportation belgisch. Arbeiter 145 ff.,
187 ff.

Députation permanente 35, 49, 76

Deutsche Vermittlungsstelle CN.
(VCN.) 72, 79, 158

Deutsches Industriebüro (DIB.) 146 ff.,
154, 167, 168

Diamanten 124

Dilbeek 138

Dinant 174

Diplomatische Angelegenheiten 26

Diplomatisches Korps 124 s. a. Ges-
sandte

Domänen 25

Düngemittel 78, 79, 95, 96

E

Eier 88

Ein- und Ausfuhr 47, 66, 68, 78, 89,
115 ff., 120 ff., 126

Einkommensteuer 61

Eisenbahn 13, 20, 22, 106, 119, 131, 183
s. a. Militärgeneraldirektion

Eisenindustrie 129

Elektrizität 63, 126, 127, 136, 140

s. a. Hauptstelle

Elektrische Anlagen, Genehmigungsg-
pflicht 126

England 73, 78, 79, 112, 115, 116, 118,
125, 132, 133

Entschädigungsamt 130

Ernährungskommission 79

Ernährungswesen 34, 51, 65 ff.

Ersatzfutter 99, 103

Ersatzstoffe 64

Etappe, Etappengebiet 19, 36, 122, 152,
183

Etappen-Verordnungsblatt 21

Etappenverwaltung 19 ff., 37

Etatswesen 25, 59 ff.

F

Fachbehörden, zentrale 29 ff., 46
 Familienunterstützungsbüro (FUB.) 168
 Fernsprechwesen 105, 106
 Fettversorgung 32, 33, 73, 90
 Feuerversicherung 142
 Finanzabteilung 25, 46, 60
 Finanzen 13, 24, 25, 59 ff., 108 ff.
 Finnland 112, 134
 Fischereiwesen 20
 Flamen s. Vlamen
 Flandern 42, 45 ff., 53, 170, 177
 s. a. Verwaltungschef, Rat von Flan-
 dern
 Fleisch 87, 89 ff., 94
 Forderungen, Beitreibung 141, 142
 Franc-Waret 138
 Frankreich, Nordfrankreich 70, 112,
 121, 125, 132, 133
 Frankreich, Eisenbahnen 20
 Frauenarbeit 168, 169
 Frauenschutzgesetz 169
 Friedensrichter 57, 59
 Friedhöfe 25 s. a. Kriegerfriedhöfe
 Fumay 19
 Fürsorge, soziale 172, 173
 Futtermittel 68, 70, 78, 79, 82, 94, 98

G

Gas 63, 127, 136, 140 s. a. Hauptstelle
 Gasthäuser, Gastwirtschaften 69, 83,
 89, 126
 Gebühren 60
 Geistlichkeit, belgische 16
 Geldwesen 29, 108 ff.
 Gemeindeverwaltung 13, 34 ff., 49, 65
 Gemüse 66, 87, 88
 Generalgouvernement 4, 12, 19 ff., 23
 Generalgouverneur (rechtl. Stellung)
 4, 8, 20 ff., 22
 Generalstaatsanwalt 56, 57, 58

Gent 1, 49, 177 ff.
 Geologische Landesaufnahme 48
 Gerichte, Einrichtung deutscher 58, 59
 Gerichtsverfassung 10, 53 ff.
 Gerste 54, 68, 74 ff., 80 ff., 84, 95
 Gerstenzentrale 80
 Gesandte 26, 69, 70, 72, 78, 79, 80, 81,
 88, 92, 102
 Gesetze, Gesetzgebung 8, 9, 22, 51 ff.
 Gesetz- und Verordnungsblatt 52
 Gesundheitspflege 176
 Getränke 91
 Getreide 65 ff., 73 ff., 80 s. a. Brot
 Gewerbe 103 ff.
 Gewerbe u. Handel, Abteilung s. Ab-
 teilung
 Givet 19
 Glyzeringewinnung 32
 Goltz, Freiherr von der 4, 26
 Gouverneure s. Militärgouverneure,
 Provinzialgouverneure
 Grainchamps 138
 Grundsteuer 61

H

Haag, Handelsdelegierter im 26, 47,
 122
 Haag, deutsche Gesandtschaft im
 116
 Haager Abkommen, Convention, Land-
 kriegsabkommen 4, 16, 149
 Haager Landkriegsordnung 4 ff., 12, 45,
 78
 Hafenämter 20
 Hafer 68, 80, 82, 84
 Handel 103 ff.
 Handel u. Gewerbe, Abteilung s. Ab-
 teilung für Handel und Gewerbe
 Handelsdelegierter im Haag 26, 47, 122
 Handelsvertrag, deutsch-belgischer 60
 Hauptstelle für Gas, Wasser u. Elek-
 trizität 33 ff., 136

Heeresbetriebe 136
 Hefe 81, 91, 92, 95
 Hennegau 19, 42, 100, 154
 Hochschulen 177 ff.
 Höchstpreise s. Preisfestsetzungen
 Holland 26, 70, 72, 73, 80, 86, 96, 97,
 115 ff., 122, 123 ff., 148, 149, 165
 Holzschuhindustrie 118
 Huene, Freiherr von 149, 165
 Hülsenfrüchte 68, 73, 94
 Hurtebise 138

I

Industrie 25, 62 ff., 104 ff.
 Industriebüro, DIB., 146 ff., 154, 160,
 167, 168
 Industrie-Einschränkung 127 ff.
 Industrie-Überwachung, Zwangsver-
 waltung, Liquidation 25, 28, 133 ff.
 Industriegesellschaft 140
 Invalidenversicherung 169
 Italien 112, 141

J

Jagdwesen 20
 Justiz 12, 24, 51, 53 ff.
 Justizkommissariate 59

K

Kadaververwertung 32, 99 ff.
 Kaffee, Kaffee-Ersatz 88, 91
 Kakao 91
 Kali 96
 Kalziumkarbid 32, 63
 Kanäle 20, 24, 107, 131
 Karlsruhe 163
 Karitative Hilfe 171 ff.
 Kartoffeln 54, 65, 68, 80, 82 ff., 95, 103
 Kartoffelversorgungsstelle 83, 85
 Kassationshof 53, 57, 58
 Kassenwesen 25
 Kempen (Campine) 114, 131, 140, 143
 Kinderarbeit 168, 169

Kinderschutzgesetz 169
 Kirchenpolitik 1, 20, 26
 Kleiderversorgung 67, 79
 Kleinbahnen 20, 25, 34, 107, 127, 132
 Knochenverwertung 32
 Kohlenbergbau 113 ff., 127, 130, 131,
 140, 143
 Kohlennot 64, 119, 127
 Kohlenzentrale 30 ff., 64, 104, 113
 Koks 30, 127
 Konditoreien 69
 Kontributionen, Kriegskontributionen
 25, 29, 35, 48, 59, 109
 Kostendeckung 59 ff.
 Kraftfahrzeugverkehr 20, 72, 79
 Krankenversicherung 169
 Kreditverkehr 29, 96, 108 ff.
 Kreischefs 35, 82, 150, 158
 Kreisverwaltung 34 ff.
 Kriegerfriedhöfe 174
 Kriegergräber 174
 Kriegsamt 119
 Kriegsgesellschaften 47
 Kriegsministerium, Kommissar 120,
 121
 Kriegsrohstoffabteilung 120
 Kriegswirtschaft 25, 29 ff., 46 ff., 62 ff.,
 104, 119 ff., 127 ff., 136
 Kriegswirtschaftsgesellschaften 88
 Kunstdenkmäler 175
 Kunstdünger 95, 96
 Künste 24, 25, 42, 175

L

La Louvière 107
 »Landmann, Der« Zeitschrift 96
 Landwirtschaft 24, 65 ff., 95 ff., 124
 Landwirtschaftliche Betriebe, Zwangs-
 verwaltung 138
 Lebensmittelversorgung 24, 54, 65 ff.
 Le Havre 12, 26
 Liberia 112

Limburg 19, 42
 Linienkommandanturen 20
 Liquidation 27, 28, 139 ff.
 London 70, 72, 109
 Löwen 42, 59, 174
 Loyalitätserklärungen 16
 Lüttich 19, 31, 32, 36, 37, 42, 103, 118, 132
 Luxemburg (Staat) 106, 121, 123, 124
 Luxemburg (Provinz) 19, 42, 175

M

Maaseyk 156
 Mais 68
 Malz 81, 82
 Malzkaffee 81, 91
 Marokko 112
 Maschinen, Abtransport, Ausbau 117, 129
 Massengüter 110
 Maubeuge 19, 34
 Mecheln 44
 Medizinalwesen 24
 Mehl 65, 66, 67, 68, 73, 74 ff.
 Mietangelegenheiten Sonderregelung 53
 Milch 87, 91
 Militärbefehlshaber 55, 58
 Militäreisenbahndirektionen 20
 Militärgeneraldirektion d. Eisenbahn. 20, 160, 161
 Militärgerichte 10, 55, 144
 Militärgouverneure 34 ff., 48, 69, 76, 86
 Militärkanaldirektion 20, 160
 Militärverwaltung 1, 19, 20, 23, 39
 Ministerien, belgische 24, 42 ff.
 Moniteur belge 52
 Mons 31, 37, 154, 163
 Moratorium 29, 106, 110 ff.
 Münzverkehr 29, 108 ff.
 Museen 175
 Musik 27
 Köhler, Staatsverwaltung 14

N

Nahrungsmittel s. Lebensmittel
 Namur 19, 32, 36, 42, 44, 45, 49, 59
 Nationalbank 13, 44, 108
 Nationalitätenstreit 39
 Nivelles 42
 Nordamerika s. Vereinigte Staaten
 NOT (Nederlandsche Overzee Trust Maatschappij) 115
 Notenprivileg 109
 Notstandsarbeiten 143, 145
 Nuntius, päpstlicher 26

O

Obergericht, kaiserliches 58
 Obergewehrungsrat 170
 Obst 66, 87, 88
 Obstzentrale 88
 Okkupationsgerichte 55
 Okkupationsverwaltung, Abwicklung 183
 Okkupation, rechtliche Grundlage, Aufgaben u. Organisation 4 ff., 11 ff.
 Okkupation, Durchführung der Aufgaben 51 ff.
 Öle 90, 91 s. a. Ölzentrale
 Ölzentrale 31 ff., 63, 64, 86, 90, 91, 95, 99 ff., 104, 138
 Operationsgebiet 6, 36, 122
 Orval 175
 Österreich-Ungarn 123
 Ostflandern 19, 21, 36, 42

P

Papst 165
 Paßwesen 20
 Patentsteuer 61
 Petroleum 32, 63
 Pfadfinderkorps 18
 Pferdezucht 97 ff., 101
 Phosphor, Verbot von weißem u. gelbem 169

Politische Abteilung 23, 25 ff., 46, 72,
76, 79, 125
Polizei, Polizeiverwaltung 20, 36, 51,
57, 59, 90 s. a. Sittenpolizei
Portugal 112
Posen 49
Post 13, 20, 24, 38 ff., 49 ff., 104 ff., 183
Präsidenten s. Zivilverwaltung
Preisfestsetzungen 65, 69, 74, 76, 83, 86
87, 88, 92, 95
Presse, Preßfreiheit 26, 46, 51
Pressedelegierte 27
Pressezentrale 26
Privatversicherung 141, 142
Propaganda 1, 14, 27
Provinzen 12
Provinzialerntebüros 75
Provinzialerntekommissionen 75, 76
Provinzialgouverneure, belgische 12,
34, 65
Provinzialräte 35, 48, 49
Provinzialverwaltung 34 ff., 48 ff.

Q

Quiévrain 154, 156

R

Rat von Flandern 40, 42, 56, 57
Rechnungshof 62
Rechnungswesen 25, 62
Rechtsprechung 8, 9, 22, 53 ff.
Rechtsverordnungen 9, 22, 52
Reichsbekleidungsstelle 47
Reichsversicherungsordnung 170
Reis 65, 66, 67, 73
Requisitionen 29, 66, 68, 69, 70, 78, 79,
97, 110
Richter, belgische 16, 53 ff.
Roggen 65, 68, 74 ff.
Rohstoffe 25, 46, 114, 118, 120 ff.
Rohstoffhebung, Landesstelle 47
Rohstoffverwaltungsstelle 121

Rotes Kreuz, belgisches 172
Rotterdam 72
Rüben 84, 85
Rumänien 112
Rußland 112, 134, 141

S

Sacharin 85
Sackfabrik 144
Salz 65, 66, 67
Sämereien 78
Sandt, Dr. von 4
Schelde 107, 108
Schiedsgerichte 53 ff.
Schiffahrt 20, 107, 119, 131
Schlachtvieh 89 s. a. Vieh
Schmiermittel 31 ff.
Schrott 130
Schulaufsicht, ärztliche 175
Schulen, deutsche 173
Schulwesen 25, 175 ff.
Schwefelsäure 95, 96
Schweiz 122, 123, 124
Seife 32, 90
Serment politique et professionnel 16
Siam 112
Sittenpolizei 36, 173
Skandinavien 123, 124
Société générale de Belgique 44, 109
Soziale Fürsorge 144, 172, 173
Sozialpolitik 25, 51, 168 ff.
Spanien 26, 58, 66, 70, 72, 73
Sparkassen 106
Speck 73
Speisefette 32, 33, 90
Spitzenindustrie 118, 124
Sprachenfrage 40 ff., 56, 176, 177
Staatsanwaltschaft 57, 58, 59
Staatshaushalt 59 ff.
Ständiger Ausschuß 35, 49, 76
Steuern 25, 60 ff.
St. Gilles 173

St. Hubert 90
 Stilllegung der Betriebe 123, 127 ff.
 Strafgerichtsbarkeit 10, 53 ff.
 Strafgesetzbuch, belgisches 16
 Strafrecht, Strafrechtspflege 51, 55,
 56 ff.
 Straßenbahnen 25, 34, 126, 127
 Straßenbau, Straßenverkehr 20, 24, 107
 Streiks 170
 Süßstoffe 85

T

Tabak 84, 92, 95
 Tee 91
 Telegraphenverwaltung, Telegraphie
 13, 20, 24, 38 ff., 49 ff., 104 ff., 183
 Textilbeschaffungsamt, militärisches 48
 Textilindustrie 118, 121
 Theater 27, 126, 175
 Tierkadaver 99 ff.
 Torréaline 91
 Transportgenehmigung 63, 88, 92,
 120 ff.
 Tumultschaden 55
 Turnhout 123

U

Universitäten 25, 177 s. a. Gent
 Unterrichtsverwaltung, Abteilung 24,
 25, 175
 Unterrichtswesen, landwirtschaftliches
 96

V

Valuta 122 ff.
 Vaux-sous-chèvremont 103
 VCN. (Deutsche Vermittlungsstelle)
 72, 79, 158
 Verbrauchsabgaben 25, 61
 Vereinigte Staaten von Nordamerika
 26, 66, 69, 70, 72, 73, 112, 140, 141, 148
 Vereins- und Versammlungswesen 51
 Verjährungsfristen 113
 Verkehrseinschränkung 126
 Verkehrsförderung 104 ff.

Verkehrsgesellschaft 140
 Vermögenssteuer 61
 Verordnungen 9, 22, 52
 Verordnungsblatt 21
 Versicherungswesen 25, 28
 s. a. Arbeiterversicherung, Privat-
 versicherung
 Verwaltung 8, 10, 22, 53, 62 ff.
 Verwaltungschef 23 ff., 34, 40, 45, 52,
 83, 85, 91, 92, 134
 Verwaltungschef für Flandern und für
 Wallonien 45 ff., 53, 93, 173
 Verwaltungstrennung 23, 39 ff., 51, 59,
 176
 Verwaltungsverordnungen 52
 Veterinärwesen 99 ff.
 Vieh, Viehzucht 78, 89, 96 ff., 138
 s. a. Schlachtvieh
 Visé 174
 Vizinalbahnen s. Kleinbahnen
 Vlamen, Vlamenpolitik 1, 14, 39 ff.
 Vlamenmanifest 42
 Volksküchen 67, 172
 Volksopbcuring 171

W

Waffenindustrie 118
 Währungspolitik 122 ff.
 Wallonen, Wallonien 14, 40 ff., 45 ff.,
 53, 170
 Wasser 127, 136, 140
 s. a. Hauptstelle für Gas, Wasser u.
 Elektrizität
 Wasserbau 20
 Wasserstraßen 20, 107
 Weizen 65, 68, 74 ff.
 Wechselverkehr 29, 110 ff., 133
 Wertpapierverkehr 29, 118, 133, 141
 Westflandern 6, 19, 21, 36, 42
 Wiederaufbau der zerstörten Orte 174
 Wiederbelebung der Wirtschaft 62,
 103 ff.

- Winterslagt 114
 Wirtschaften s. Gasthäuser
 Wirtschaftliche Nutzung 1, 10, 51, 62, 110
 Wirtschaftsausschuß, deutscher 21, 103
 Wirtschaftsausschuß der Provinz 76
 Wirtschaftskommission (WKB.) 21, 104
 Wissenschaft, Pflege 25, 175
 Wohlfahrtseinrichtungen 143, 144
 Wohlfahrtsfonds 173
 Wohnstätten, Wiederherstellung 174
 Wucherordnung (Landeswucherordnung) 94
 Wurstfabrik 90
- Z
- Zahlungsmittel 29, 108 ff.
 Zahlungsverbot 28, 112, 133, 141
 Zeitungen 27
 Zensur 27
 Zentrale für soziale Fürsorge 144, 172, 173
 Zentraleinkaufsgesellschaft (ZEG.) 25, 32, 47, 48, 88
 Zentralen 29 ff.
 Zentralerntebüro 75
 Zentralerntekommission (ZEK.) 48, 75 ff., 82
 Zichorie 84, 87, 88, 95
 Zivilgerichtsbarkeit 10, 53 ff.
 Zivilkanzlei 48
 Zivilkommissar 35, 81, 85, 158, 172
 Zivilprozeßordnung, belgische 54
 Zivilrecht, Zivilrechtspflege 51, 57 ff.
 Zivilverwaltung 4, 17, 19 ff., 23 ff., 39, 45 ff., 52, 59 ff., 76
 Zivil-Präsidenten 21, 24, 34 ff., 48 ff., 76, 79, 81, 145, 158, 172
 Zölle 25, 60 ff.
 Zucker 65, 80, 85
 Zuckerrüben 85
 Zuckerverteilungsstelle 85, 89, 93
 Zündhölzer, Zündwaren 61, 169
 Zündholzverteilungsstelle 61
 Zwangsverwaltung 25, 28, 111, 134 ff., 141, 143

ANHANG

PLAN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGESCHICHTE DES WELT- KRIEGES

I.

HERAUSGEBER UND SCHRIFTFÜHRUNGEN

Generalherausgeber:

Professor Dr. James T. Shotwell

DEUTSCHLAND

Dr. Carl Melchior, Vorsitzender

Dr. Hermann Bücher

Dr. Carl Duisberg

Dr. A. Mendelssohn Bartholdy

Dr. Max Sering

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

BELGIEN

Professor H. Pirenne, Herausgeber

FRANKREICH

Professor Charles Gide, Vorsitzender

Arthur Fontaine

Professor Henri Hauser

Professor Charles Rist

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

GRIECHENLAND

Professor A. Andreades, Herausgeber

GROSSBRITANNIEN

Sir William Beveridge, Vorsitzender

Professor H. W. C. Davis

Thomas Jones

J. M. Keynes

F. W. Hirst

Professor W. R. Scott

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

ITALIEN

Senator Professor Luigi Einaudi, Vorsitzender

Professor Pasquale Jannaccone

Professor Umberto Ricci

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

NIEDERLANDE

Professor H. B. Greven, Herausgeber

ÖSTERREICH UND UNGARN

GEMEINSAME SCHRIFTFÜHRUNG

Professor Dr. James T. Shotwell, Vorsitzender

ÖSTERREICHISCHE SCHRIFTFÜHRUNG

Minister a. D. Professor Dr. Friedrich Wieser, Vorsitzender
(† 26. Juli 1926)

Gesandter a. D. Richard Riedl

Sektionschef Professor Dr. Richard Schüller

UNGARISCHE SCHRIFTFÜHRUNG

Minister a. D. Dr. Gustav Gratz

SCHRIFTFÜHRUNG DER ABTEILUNG ÖFFENTLICHES GESUNDHEITSWESEN

Professor Dr. Clemens Pirquet

RUMÄNIEN

David Mitran, Herausgeber

RUSSLAND

Sir Paul Vinogradoff, Herausgeber († 19. Dezember 1925)

Michel Florinsky, Mitherausgeber

SKANDINAVISCHES STAATEN

Professor Harald Westergaard (Dänemark), Vorsitzender

Professor Eli Heckscher (Schweden)

Professor Dr. James T. Shotwell, ex officio

II.

GESAMTVERZEICHNIS DER BEITRÄGE

Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges besteht, wie im Vorwort des Generalherausgebers betont ist, aus selbständigen Monographien, deren Bearbeitung Autoren anvertraut ist, die durch Stellung oder Studium eine besondere Sachkunde für den von ihnen behandelten Gegenstand besitzen. Unter den in dem folgenden Verzeichnis aufgeführten Mitarbeitern finden sich mehr als dreißig ehemalige Minister und führende Männer der verschiedenen Kriegsverwaltungen; andere Mitarbeiter haben in der Kriegszeit Stellungen innegehabt, die ihnen gestatteten, die hier geschilderten Verhältnisse aus nächster Nähe zu beobachten. Ein ausführliches Verzeichnis der Autoren und ihrer Beiträge wird in den jährlichen Berichten des Leiters der Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte der Carnegie-Stiftung mitgeteilt und kann beim Verleger oder beim Sekretariat der Abteilung in New York, 405 West 117th Street, angefordert werden.

Das nachstehende Verzeichnis enthält die bereits veröffentlichten oder in Vorbereitung befindlichen Publikationen und wird von Zeit zu Zeit vermehrt, beziehungsweise geändert werden. Die Publikationen, deren Titel unten angeführt werden, sind teils solche, die einen eigenen Band im Umfange von 300 bis 400 Seiten bilden, teils Monographien und Spezialstudien im Umfange von etwa 100 Seiten, die mit Abhandlungen ähnlichen Charakters zu einem Band vereinigt werden dürften. Bereits erschienene Werke sind durch ein Sternchen gekennzeichnet, Teilausgaben mit einem Doppelstern. Die Titel der nichtdeutschen Werke sind in enger Anlehnung an die Originaltitel übersetzt.

DEUTSCHE SERIE

- Bibliographie der deutschen Schriften und Abhandlungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy und Dr. Eduard Rosenbaum. Mit einem Anhang über das deutsche Reichsarchiv und seine Bestände, von Dr. Ernst Müsebeck.
- Die Wirkungen des Krieges auf Verfassung und Verwaltung des Reichs und der Länder, von Professor Dr. A. Mendelssohn Bartholdy.
- Die Staatsverwaltung der besetzten Gebiete:
- **Belgien, von Staatsminister a. D. Professor Dr. Ludwig von Köhler;
 - Baltikum, von Freiherrn von Gayl;
 - Generalgouvernement Warschau, von Wirkl. Geh. Rat Dr. Wolfgang von Kries.
- *Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges in Deutschland:
- Der sittliche Zustand des deutschen Volkes unter dem Einfluß des Krieges, von Professor Dr. Otto Baumgarten;
 - Die Stellung der evangelischen Kirche, von Professor Dr. Erich Foerster;
 - Die Stellung der katholischen Kirche, von Professor Dr. Arnold Rademacher;
 - Der Krieg und die Jugend, von Dr. Wilhelm Flitner.
- Kriegskriminalität in Deutschland, von Geh. Justizrat Professor Dr. Moritz Liepmann.
- Die deutsche Volkswirtschaft unter dem Einfluß des Krieges, von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Max Sering.
- Die Einwirkung des Krieges auf Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland:
- Die deutsche Bevölkerungsbewegung, von Professor Dr. Rudolf Meerwarth;
 - Die Folgen des Krieges für das Einkommen und die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung, von Professor Dr. Adolf Günther;
 - Die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland unter dem Einfluß des Krieges, von Professor Dr. Waldemar Zimmermann.

- Deutschlands Gesundheitsverhältnisse unter dem Einfluß des Krieges, unter Mitwirkung der Fachgenossen Dr. Abel, Bonhoeffer, Breger, Brugsch, Fikentscher, Hahn, His, Jadassohn, Kerp, Langstein, Merkel, Möllers, v. Ostertag, Roesle, Rott, Rubner, Sellheim, Stephani, Steudel, Thiele, Thoms, herausgegeben und eingeleitet von Geh. Medizinalrat Dr. F. Bumm.
- Organisation der deutschen Kriegswirtschaft und Bewirtschaftung der Kriegsrohstoffe, von Staatssekretär a. D. Professor Dr. Heinrich Göppert und einem noch zu bestimmenden Verfasser.
- Die Tätigkeit der ZEG. und das Zusammenwirken mit den Bundesgenossen, von Geh. Legationsrat Dr. Walter Frisch.
- Die Bewirtschaftung der besetzten Gebiete:
 Belgien und Nordfrankreich, von Professor Dr. Georg Jahn;
 Rumänien und Ukraine, von Professor Dr. Fritz Karl Mann;
 Baltikum, von Freiherrn von Gayl;
 Generalgouvernement Warschau, von Wirkl. Geh. Rat Dr. Wolfgang von Kries.
- Deutschlands Außen- und Innenhandel unter den Wirkungen des Krieges. (Verfasser noch zu bestimmen.)
- Die deutschen Eisenbahnen im Kriege, von Eisenbahnpräsidenten Geh. Regierungsrat Dr. Sarter.
- Die deutsche Industrie am Schlusse des Krieges — Interessengemeinschaften und Kartelle, von Geh. Legationsrat Dr. Hermann Bücher.
- *Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, von Paul Umbreit. Mit einem Anhang über die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, von Dr. Charlotte Lorenz.
- Der Einfluß des Krieges auf die deutsche Sozialpolitik, von Dr. W. Dieckmann.
- *Deutsche Kriegsernährungswirtschaft, von Professor Dr. August Skalweit.
- *Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, von Professor Dr. Friedrich Aereboe.
- *Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Krieg, von Geheimrat Professor Dr. Walther Lotz.
- Deutsches Bank- und Börsenwesen im Krieg. (Verfasser noch zu bestimmen.)

Allgemeine Lehren der Kriegsverwaltung und Kriegswirtschaft.
(Verfasser noch zu bestimmen.)

AMERIKANISCHE SERIE

- *Einleitung in die amtlichen amerikanischen Quellen für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Waldo G. Leland und Dr. Newton D. Mereness.
- Industriekontrolle in den Vereinigten Staaten während der Kriegszeit, von Professor Alvin S. Johnson.
- Kriegsgeschichte der amerikanischen Eisenbahnen und Transportpolitik während des Krieges, von Walker D. Hines.
- Finanzgeschichte des Krieges: Einkommen, Kriegsbesteuerung usw., von Professor Thomas Sewall Adams.
- Kriegskontrollmaßnahmen in den Vereinigten Staaten, von Professor Edwin F. Gay.

(Weitere Bände folgen.)

BELGISCHE SERIE

- Belgien und der Weltkrieg, von Professor H. Pirenne.
- Deportation belgischer Arbeiter und Zwangsarbeit der Zivilbevölkerung während der deutschen Besetzung Belgiens, von Fernand Passelécq.
- *Die Lebensmittelversorgung Belgiens während der deutschen Besetzung, von Albert Henry.
- *Die deutsche Gesetzgebung und Verwaltung in Belgien, von J. Pirenne und M. Vauthier.
- *Die Arbeitslosenunterstützung in Belgien während der deutschen Besetzung, von Professor Ernest Mahaim.
- *Die belgische Industrie während der deutschen Besetzung (1914 bis 1918), von Graf Ch. de Kerchove.
- *Die Wirtschaftspolitik der belgischen Regierung während des Krieges, von Professor F. G. van Langenhove.

BULGARISCHE SERIE

- Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges auf Bulgarien, von G. T. Danailov.

FRANZÖSISCHE SERIE

*Methodische Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Frankreichs während des Krieges, von Professor Camille Bloch.

Die Organisation der französischen Regierung während des Krieges:

**Die Formen der Kriegsregierung, von Konservator Pierre Renouvin.

**Das Problem des Regionalismus, von Professor Henri Hauser.

Die Verwaltungsämter während des Krieges, ihre Geschichte und Archive, von Armand Boutillier du Retail.

**Die Organisation der Republik für den Frieden, von Henri Chardon.

*Die Kontrolle der Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung, von Pierre Pinot.

*Die Landwirtschaft während des Krieges, von Michel Augé-Laribé.

Der Krieg und die französische Industrie:

*Die französische Industrie während des Krieges, von Arthur Fontaine.

Die Organisation der Kriegsindustrien, von Albert Thomas.

*Die Textilindustrie in Frankreich während des Krieges, von Professor Albert Aftalion.

Die Metallindustrien, von L. Pralon, P. Richemond und L. Baraduc-Müller.

Die chemischen Industrien, von Eugène Maucière.

Die mineralischen Brennstoffe, von Henri de Peyerimhoff.

**Die hydroelektrischen Kräfte, von Professor Raoul Blanchard.

*Die Nutzhölzer, von General Georges Chevalier.

Der Krieg und die Arbeit (3 Bände):

Löhne, Tarife, Kollektivverträge und Streiks, von William Oualid und C. Picquenard.

Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, von A. Créhange.

Der Syndikalismus, von Roger Picard.

**Arbeitskräfte aus dem Ausland und den Kolonien, von Professor B. N o g a r o und Oberstleutnant Lucien W e i l.

**Gesundheits- und Arbeitsverhältnisse der Frauen während des Krieges, von Marcel F r o i s.

Wirtschaftliche Folgen des Krieges in den Invasionsgebieten:

Die Organisation der Arbeit in den französischen Invasionsgebieten während der Besetzung, von Pierre B o u l i n.

Die Lebensmittelversorgung der Invasionsgebiete, von Paul C o l l i n e t und Paul S t a h l.

Die Kriegsschäden Frankreichs, von Edmond M i c h e l.

Flüchtlinge und Kriegsgefangene:

Die Flüchtlinge, von Pierre C a r o n.

Die Kriegsgefangenen in Frankreich, von Georges C a h e n - S a l v a d o r.

Der Krieg und der Handel:

Frankreich und die interalliierte Wirtschaftspolitik (2 Bände), von Etienne C l é m e n t e l.

Der Krieg und der französische Handel, eine allgemeine Studie von Charles R i s t.

Der Krieg und die französische Handelsflotte:

Seetransporte: die Handelsflotte, von C a n g a r d e l.

Die französischen Häfen während des Krieges, von Georges H e r s e n t.

Der Krieg und das Transportwesen:

*Politik und Betrieb der Eisenbahntransporte während des Krieges, von Marcel P e s c h a u d.

**Die französische Binnenschifffahrt während des Krieges, von Georges P o c a r d d e K e r v i l e r.

Der Krieg und die französischen Finanzen:

**Die Kriegsfinaizen Frankreichs, von Professor Henri T r u c h y.

Der französische Geld- und Finanzmarkt während des Krieges, von Albert A u p e t i t.

Die Kriegskosten Frankreichs:

*Die Kriegsausgaben Frankreichs, von Professor Gaston J è z e.

Die Kriegskosten Frankreichs, von Charles G i d e und G a s t o n J è z e.

Der Krieg und das soziale Leben:

- **Die Bekämpfung der Teuerung durch die privaten Organisationen, von Charles Gide und Daudé-Bancel.
- Wohnungsproblem und Großstadtfragen, von Henri Sellier und A. Bruggeman.
- Bevölkerung und Einkommen in Frankreich, von Michel Huber.
- *Die Bewegung der Preise und Löhne während des Krieges, von Lucien March.

Der Krieg und die Volksgesundheit:

- Die Wahrung der Volksgesundheit während des Krieges, von Dr. Léon Bernard.
- Die Kriegsverstümmelten, von Professor Cassin und de Ville-Chabrolle.

Erinnerungen und Eindrücke aus den Schützengräben, von Professor Jean Norton Cru.

Studien zur Lokalgeschichte (2 Bände):

- **Paris während des Krieges, von Henri Sellier, A. Bruggeman und Marcel Poëte.
- **Lyon während des Krieges, von Edouard Herriot.
- **Marseille während des Krieges, von Paul Masson.
- **Rouen während des Krieges, von J. Levainville.
- **Das Wirtschaftsleben in Bordeaux während des Krieges, von Professor Paul Courteault.
- **Bourges während des Krieges, von Claude-Joseph Gignoux.
- **Tours und der Krieg, eine wirtschaftliche und soziale Studie, von Professor Michel Lhéritier und Minister a. D. Camille Chautemps.

Der Krieg und die französischen Kolonien:

- **Nordafrika, von Augustin Bernard.
- Die französischen Kolonien während des Krieges, von Arthur Girault.

GRIECHISCHE SERIE

Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Krieges auf Griechenland, eine Reihe von Einzelstudien, herausgegeben von Professor A. Andreas (insgesamt 1 Band):

Die Kriegsfinanzen Griechenlands, von Professor A. A n d r e a d e s.

Die griechische Handelsmarine und der Krieg, von Professor A. A n d r e a d e s.

Die Wirkungen des Krieges auf die Bevölkerung Griechenlands, von A. A. P a l l i s.

Die griechische Landwirtschaft im Kriege, von B. S i m o n i d e s.

Die Folgen des Krieges für den griechischen Binnenverkehr, von M. K o r o n i s.

Die Wirkungen des Krieges auf die griechische Industrie, von G. C h a r i t a k i s.

Die Wirkungen des Krieges auf die Arbeiterfrage und die Sozialgesetzgebung, von D. K a l i t s u n a k i s.

Die Wirkung des Krieges auf das Wirtschaftsleben im allgemeinen, von K. V a r v a r e s s o s.

GROSSBRITANNISCHE SERIE

*Bibliographische Übersicht über die zeitgenössischen Quellen für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Krieges, von M i ß M. E. B u l k l e y.

*Handbuch der Archivverwaltung, mit Einschluß der Fragen der Kriegsarchive und der Archivanlage, von H i l a r y J e n k i n s o n.

*Britische Archive und die Quellen für die Geschichte des Weltkrieges, von Dr. H u b e r t H a l l.

Die Kriegsregierung von Großbritannien und Irland (mit besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse), von Professor W. G. S. A d a m s.

*Die Kriegsregierung der britischen Dominions, von Professor A. B. K e i t h.

*Preise und Löhne im Vereinigten Königreich 1914—1920, von Professor A. L. B o w l e y.

*Britische Kriegsbudgets, von F. W. H i r s t und J. E. A l l e n.

Die Besteuerung, die Kriegseinkommen und Kriegsgewinne, von Sir J o s i a h C. S t a m p.

Der Krieg und das Versicherungswesen, eine Reihe von M o n o g r a p h i e n:

Lebensversicherung, von S. G. Warner; Feuerversicherung, von A. E. Sich und S. Preston; Schifffahrtsversicherung, von Sir Norman Hill; Unterstützungsvereine und Gesundheitsversicherung, von Sir Alfred Watson; Arbeitslosenversicherung, von Sir William Beveridge; mit einem Anhang über die Sparkassenbewegung, von Sir William Schooling.

*Versuche staatlicher Bewirtschaftung durch das Kriegs- und das Ernährungsministerium, von E. M. H. Lloyd.

Britische Nahrungsmittelkontrolle, von Sir William Beveridge.

*Die Nahrungsmittelerzeugung während des Krieges, von Sir Thomas H. Middleton.

Die Wirkung des Krieges auf die britischen Textilindustrien:

**Das Baumwollkontrollamt, von H. D. Henderson.

*Die Schifffahrtskontrolle der Alliierten, ein Versuch internationaler Verwaltung, von Sir J. Arthur Salter.

*Allgemeine Geschichte der britischen Schifffahrt während des Krieges, von C. Ernest Fyfe.

*Der britische Kohlenbergbau während des Krieges, von Sir R. A. S. Redmayne.

Die britische Eisen- und Stahlindustrie während des Krieges, von W. T. Layton.

Die britischen Arbeitervereinigungen und der Krieg:

**Gewerkschaftswesen und Munitionsindustrie, von G. D. H. Cole.

**Die Arbeiterschaft im Kohlenbergbau (1914—1921), von G. D. H. Cole.

**Werkstättenorganisation, von G. D. H. Cole.

*Der Arbeitsmarkt und seine Regelung, von Humbert Wolfe.

Die Wirkung des Krieges auf die Volksgesundheit:

Die gesundheitlichen Verhältnisse in England während des Krieges, von Dr. A. W. J. Macfadden;

Die Gesundheitsverhältnisse der heimgekehrten Soldaten, von Dr. E. Cunyngham Brown.

*Die Industrien des Clyde-Tales während des Krieges, von Professor W. R. Scott und J. Cunnison.

*Das ländliche Schottland während des Krieges, eine Monographienreihe, mit einer Einleitung herausgegeben von Professor W. R. Scott:

Schottische Fischerei, von D. T. J o n e s; Schottische Landwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Nahrungsmittelerzeugung, von H. M. C o n a c h e r; Die schottische landwirtschaftliche Arbeiterschaft, von J. F. D u n c a n; Schottische Landsiedelung, von W. R. S c o t t; Anhang über die Jute-Industrie in Schottland während des Krieges, von J. P. D a y.

Wales im Weltkriege, von Thomas J o n e s.

Führer zum Studium der Kriegswirtschaft:

Verzeichnis der staatlichen Kriegswirtschaftsorganisationen, von Dr. N. B. D e a r l e;

Wirtschaftschronik des Krieges, von Dr. N. B. D e a r l e.

Die Kriegskosten Großbritanniens (Verfasser noch nicht bestimmt).

Studien zur Sozialgeschichte Englands während des Weltkrieges (Verfasser noch nicht bestimmt).

JAPANISCHE SERIE

Einfluß des Krieges auf die Produktion von Rohmaterialien in Japan, von Mr. K o b a y a s h i.

Einfluß des Krieges auf die japanische Industrie, von Mr. O g a w a.

Einfluß des Krieges auf den japanischen Handel, von Mr. Y a m a z a k i.

Einfluß des Krieges auf das japanische Transportwesen, von Mr. M a t s u o k a.

Einfluß des Krieges auf die japanischen Finanzen und den Geldmarkt, von Mr. O n o.

Soziale Wirkungen des Krieges auf Japan, von Mr. Kobayashi.

ITALIENISCHE SERIE

Bibliographie der wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Krieges, von Professor Vincenzo P o r r i, mit einer Einleitung über die Sammlung und Benützung der Kriegsurkunden, von Comm. Eugenio C a s a n o v a.

*Die kriegswirtschaftliche Gesetzgebung, von Professor Alberto d e S t e f a n i.

- Die landwirtschaftliche Produktion in Italien 1914—1919, von Professor Umberto Ricci.
- Die bäuerlichen Klassen Italiens während des Krieges, von Professor Arrigo Serpieri.
- *Nahrungsmittelversorgung und -politik in Italien, von Professor Riccardo Bachi.
- *Die Nahrungsmittelversorgung der italienischen Armee, von Professor Gaetano Zingali.
- *Kriegsfinanzen, von Professor Luigi Einaudi.
- Die Kriegskosten Italiens, von Professor Luigi Einaudi.
- Die Papiergeldinflation in Italien und ihre Wirkungen auf die Preise, die Einkommen und die ausländischen Wechselkurse, von Professor Pasquale Jannaccone.
- Die Volksgesundheit in Italien in und nach dem Kriege, von Professor Giorgio Mortara.
- Das italienische Volk in und nach dem Kriege, von Professor Gioacchino Volpe.
- *Piemont und die Wirkungen des Krieges auf sein wirtschaftliches und soziales Leben, von Professor Giuseppe Prato.

JUGOSLAWISCHE SERIE

- Die wirtschaftliche Lage Serbiens bei Kriegsausbruch und während des ersten Kriegsjahres, von Professor Velimir Bajkitch.
- Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Weltkrieges auf Serbien, von Professor Dragoljub Yovanovitch.
- Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Krieges auf Jugoslawien (Verfasser noch zu bestimmen).

NIEDERLÄNDISCHE SERIE

- *Die Kriegsfinanzen in den Niederlanden bis zum Jahre 1918, von M. J. van der Flier.
- *Die Kriegsfinanzen in den Niederlanden 1918—1922:
Die Kriegskosten, von Professor Dr. H. W. C. Bordewyck.
Bankwesen und Währung, von Dr. G. Vissering und Dr. J. Westerman Holstyn.
- *Wirtschaftliche und soziale Wirkungen des Krieges auf die Niederlande:

Holländische Industrie, von C. J. P. Z a a l b e r g.
 Hollands Handel und Schifffahrt, von E. P. d e M o n c h y.
 Nahrungsmittelversorgung und Landwirtschaft, von Dr. F.
 E. P o s t h u m a.
 Wohnungsproblem 1914—1922, von Dr. H. J. R o m e y n.
 Preise, Löhne und Lebenskosten, von Professor Dr. H. W.
 M e t h o r s t.

*Die Wirkungen des Krieges auf die holländischen Kolonien,
 von Professor Dr. J. H. C a r p e n t i e r A l t i n g und d e
 C o c k B u n i n g.

ÖSTERREICHISCHE UND UNGARISCHE SERIE

ABTEILUNG ÖSTERREICH-UNGARN

*Das Geldwesen im Kriege, vom Präsidenten der Ungarischen
 Nationalbank, Minister a. D., vormalig Gouverneur der
 Österr.-ungar. Bank Dr. A l e x a n d e r P o p o v i c s.

Die militärische Kriegswirtschaft; eine Reihe von Monographien
 unter der Leitung von Minister a. D. Professor Dr. Friedrich
 W i e s e r, den Generalen H o e n und K r a u ß und Oberst-
 leutnant G l a i s e - H o r s t e n a u.

Die Kriegswirtschaft in den okkupierten Gebieten:
 Serbien, Montenegro, Albanien, von General Hugo K e r c h-
 n a w e.

Italien, von General Ludwig L e i d l.

Rumänien, von Generalkonsul Felix S o b o t k a.

Ukraine, von General Alfred K r a u ß.

Polen, von Major Rudolf M i t z k a.

Die Kriegskosten Österreich-Ungarns, von Präsident Dr. Fried-
 r i c h H o r n i k.

*Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns: »Mittel-
 europäische Pläne«, von Minister a. D. Dr. Gustav G r a t z
 und Sektionschef Professor Dr. Richard S c h ü l l e r.

Die Erschöpfung und Auflösung der österreichisch-ungarischen
 Monarchie (Verfasser noch zu bestimmen).

ABTEILUNG ÖSTERREICH

*Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Welt-
 krieges, von Professor Dr. Othmar S p a n n.

- Der Einfluß des Weltkrieges auf Geist und Sitte der Gesellschaft, von Bundeskanzler a. D. Dr. Ignaz Seipel.
- *Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph Redlich.
- Die Regelung der Industrie im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung des Gesandten a. D. Richard Riedl.
- *Die Regelung der Volksernährung im Kriege, von Staatssekretär a. D. Dr. Hans Loewenfeld-Ruß.
- *Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Staatssekretär a. D., Abgeordneten Ferdinand Hanusch (im Druck).
- Die österreichischen Eisenbahnen im Kriege, von Sektionschef Ing. Bruno Enderes.
- *Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges, von Minister a. D. Ing. Emil Homann-Herimberg.
- Krieg und Kriminalität, von Professor Dr. Franz Exner.

ABTEILUNG UNGARN

- Die Geschichte der Kriegswirtschaft Ungarns, ein allgemeiner Überblick, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Staatsverwaltung und die öffentliche Meinung in Ungarn, von Minister a. D. Graf Albert Apponyi.
- Die Industrie Ungarns während des Krieges, von Minister a. D. Baron Joseph Sztérényi.
- Der Handel Ungarns während des Krieges, von Staatssekretär a. D. Dr. Alexander von Matkovits.
- Die Finanzwirtschaft Ungarns während des Krieges, von Minister a. D. Dr. Johann von Teleszky.
- Die landwirtschaftliche Produktion Ungarns während des Krieges, von Generalsekretär Dr. Karl von Muschenbacher; die Regelung der Volksernährung in Ungarn, von Professor Johann Bud.
- Die sozialen Verhältnisse in Ungarn während des Krieges, von stellv. Staatssekretär Dr. Desiderius Pap.

ABTEILUNG FÜR VOLKSGESUNDHEIT IN ÖSTERREICH
UND UNGARN

*Studien über Volksgesundheit und Krieg. Allgemeine Übersicht, von Professor Dr. Clemens P i r q u e t. Eine Reihe von Monographien, verfaßt von den Doktoren K. Biehl, J. Bokay, B. Breitner, C. Economo, A. Edelmann, A. Eiselsberg, H. Elias, E. Finger, C. Helly, J. Hockauf, A. Juba, K. Kassowitz, C. Kirchenberger, J. Kyrle, E. Lazar, E. Mayerhofer, A. Müller-Deham, E. Nobel, Cl. Pirquet, E. Präbram, W. Raschofsky, F. Reischel, G. Schacherl, B. Schick, J. Steiner, R. Wagner, unter der Leitung von Professor Dr. Clemens P i r q u e t.

RUMÄNISCHE SERIE

- Die agrarische Umwälzung in Rumänien und Südosteuropa, von D. M i t r a n y.
- Die Wirkung der feindlichen Besetzung Rumäniens, von Dr. G. A n t i p a.
- Die Wirkung des Krieges auf die Volksgesundheit in Rumänien, von Professor J. C a n t a c u z i n o.
- Die Wirkung des Krieges auf das rumänische Wirtschaftsleben (Verfasser noch zu bestimmen).
- Die Wirkung des Krieges auf die rumänische Industrie, von M. B u s i l a.
- Die Wirkung des Krieges auf die rumänische Landwirtschaft, von J. S i s e s t i.
- Rumänische Kriegsfinanzen, von Vintila B r a t i a n u.

RUSSISCHE SERIE

(bis zur bolschewistischen Revolution)

- Die Wirkungen des Krieges auf die Regierung und die Staatsfinanzen Rußlands:
 - Die Wirkungen des Krieges auf die Zentralregierung, von Professor Paul P. G r o n s k y.
 - Die Staatsfinanzen während des Krieges, von Alexander M. M i c h e l s o n.
 - Der russische Staatskredit während des Krieges, von Paul N. A p o s t o l.

Die Wirkungen des Krieges auf die Währung und das Bankwesen Rußlands:

Die Währung Rußlands während des Krieges, von Professor Michel B. Bernadsky.

Die Gemeinden und Semstvos während des Krieges:

Die Semstvos in Frieden und Krieg, von Fürst I. Lvoff.

Die Wirkung des Krieges auf die russischen Kommunen und die allrussische Städteunion, von N. I. Astroff.

Die Semstvos, die allrussische Union der Semstvos und die »Zemgor«, von Fürst Vladimir A. Obolensky und T. G. Polner.

Der Krieg und die geistige Verfassung der Semstvos-Arbeiter, von Isaak V. Shklovsky.

Die Wirkungen des Krieges auf die genossenschaftliche Bewegung in Rußland:

Die Wirkung des Krieges auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften und das genossenschaftliche Kreditwesen, von Professor A. N. Anziferoff.

Konsum-Genossenschaften in Rußland während des Krieges, von Professor Kayden.

Die russische Armee im Weltkriege, eine sozialhistorische Studie von General Nikolaus N. Golovine.

Die Agrarpolitik Rußlands und der Krieg, von Professor A. N. Anziferoff, Professor Alexander D. Bilimovitsch und M. O. Batscheff.

Die Wirkung des Krieges auf Landbesitz und Siedlung in Rußland, von Professor Alexander D. Bilimovitsch und Professor V. A. Kossinsky.

Die Nahrungsmittelversorgung Rußlands während des Krieges, von Professor Peter B. Struve.

Die staatliche Kontrolle der russischen Industrie während des Krieges, von Simon O. Zagorsky.

Die Wirkungen des Krieges auf die russischen Industrien:

Kohlenbergbau, von Boris N. Sokoloff.

Chemische Industrie, von Mark A. Landau.

Flachs- und Wollindustrie, von Sergius N. Tretiakoff.

Petroleumindustrie, von Alexander M. Michelson.

Die Wirkungen des Krieges auf die Arbeits- und Industrie-Verhältnisse:

- Die Löhne während des Krieges, von Anna G. Eisenstadt.
- Die Änderungen der Lage und der Zusammensetzung der arbeitenden Klassen, von W. T. Braithwaite.
- Die Wirkungen des Krieges auf Handel und Verkehr:
Der russische Binnenhandel während des Krieges, von Paul A. Buryschkin.
- Rußland und der Wirtschaftskrieg, von Professor Boris E. Noldé.
- Die Wirkungen des Krieges auf die Transportverhältnisse Rußlands, von Michael B. Braikevitsch.
- Die Wirkungen des Krieges auf Erziehung und Volksgesundheit in Rußland:
Die Elementar- und Sekundärschulen während des Krieges, von Professor D. M. Odinetz.
- Die Universitäten und akademischen Einrichtungen während des Krieges, von Professor P. J. Novgorodzo ff.
- Sozialgeschichte der Ukraine während des Krieges, von Nikolaus M. Mogilansky.
- Die Bevölkerungsstatistik Rußlands während des Krieges, von Stanislas S. Kohn.
- Rußland im Weltkrieg, eine historische Synthese (Verfasser noch zu bestimmen).

SKANDINAVISCHES SERIE

- *Beitrag zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schwedens während und nach dem Weltkrieg, herausgegeben von Professor Eli F. Heckscher:
Einleitende Übersicht von Eli F. Heckscher.
- Lebensmittel-Politik und Lebensmittel-Versorgung 1914 bis 1922, von Carl Mannerfelt.
- Die Industrien und ihre Regelung 1914—1923, von Olof Edström.
- Soziale Verhältnisse und Sozial-Politik 1914—1925:
Die schwedische Lohnarbeiterschaft 1914—1924, von Olof Eckblom; Arbeitslosen-Politik 1914—1924, von Otto Järte und Fabian von Koch; Wohnungsmarkt und Mietenregelung 1914—1923, von K. G. Tham.
- Geldwesen und Geldpolitik vom Ausbruch des Krieges bis

zur internationalen Wiederherstellung des Goldmünzfußes 1914—1925, von Eli F. Hecksher.

Handels- und Schifffahrts-Politik unter dem Einfluß des Weltkrieges, von Kurt Bergendal.

Norwegen und der Weltkrieg, von Dr. Wilhelm Keilhau.

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges auf Dänemark, von Dr. Einar Cohn; mit einer Abteilung über Island, von Thorstein Thorsteinsson.

TSCHECHOSLOWAKISCHE SERIE

*Die Finanzpolitik der Tschechoslowakei während des ersten Jahres ihrer Geschichte, von Dr. A. Rašín.

Die Wirkung des Krieges auf das tschechoslowakische Volk, eine Reihe von Studien unter der Leitung des Präsidenten Dr. Th. G. Masaryk.

SERIE VON ÜBERSETZUNGEN UND VERKÜRZTEN AUSGABEN

(in englischer Sprache)

*Die französische Industrie während des Krieges, von Arthur Fontaine.

Die Landwirtschaft und die Kontrolle der Lebensmittelversorgung in Frankreich während des Krieges, von Michel Augé-Laribé und Pierre Pinot.

Die Kriegsfinanzen und Ausgaben Frankreichs, von Henri Truchy und Gaston Jèze.

Die Formen der Kriegsregierung in Frankreich, von Pierre Renouvin.

Die Organisation der Arbeit in den französischen Invasionsgebieten während der Besetzung, von Pierre Boulín.

»Mitteleuropa«, die Vorbereitung eines neuen wirtschaftlichen Zusammenschlusses, von Minister a. D. Dr. Gustav Gratz und Professor Dr. Richard Schüller.

Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph Redlich.

(Weitere Bände in Vorbereitung.)

III.

VERZEICHNIS DER ERSCHIENENEN BEITRÄGE
UND DER VERLEGER

Die Herausgabe der Monographien geschieht unter der Oberleitung der Yale University Press im Verein mit den Verlegern in den einzelnen Ländern. Jedes erscheinende Werk kann nicht nur durch den Verleger des Landes, in welchem das Werk erscheint, sondern auch durch den Verleger jedes anderen Landes bezogen werden.

Nachstehend mit den Originaltiteln angeführte Bände sind erschienen oder werden demnächst erscheinen:

DEUTSCHE SERIE

- Die deutsche Staatsfinanzwirtschaft im Krieg, von Geheimrat Professor Dr. Walther Lotz. 1927.
- Die Staatsverwaltung der besetzten Gebiete, Erster Band: Belgien, von Staatsminister a. D. Professor Dr. Ludwig von Köhler. 1927.
- Geistige und sittliche Wirkungen des Krieges in Deutschland. 1927.
- Der sittliche Zustand des deutschen Volkes unter dem Einfluß des Krieges, von Professor Dr. Otto Baumgarten;
- Die Stellung der evangelischen Kirche, von Professor Dr. Erich Foerster;
- Die Stellung der katholischen Kirche, von Professor Dr. Arnold Rademacher;
- Der Krieg und die Jugend, von Dr. Wilhelm Flitner.
- Die deutschen Gewerkschaften im Kriege, von Paul Umbreit. Mit einem Anhang über die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, von Dr. Charlotte Lorenz. 1927.
- Deutsche Kriegsernährungswirtschaft, von Professor Dr. August Skalweit. 1927.
- Der Einfluß des Krieges auf die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland, von Professor Dr. Friedrich Aereboe. 1927.

AMERIKANISCHE SERIE

- Introduction to the American Official Sources for the Economic and Social History of the World War, by Waldo G. Leland and Newton D. Mereness. 1926.

BELGISCHE SERIE

- Le Ravitaillement de la Belgique pendant l'occupation allemande, par Albert Henry. 1924.
- La Législation et l'administration allemandes en Belgique, par J. Pirenne et M. Vauthier. 1925.
- Le Secours-Chômage en Belgique pendant l'occupation allemande, par Ernest Mahaim.
- L'Industrie belge pendant l'occupation allemande (1914—1918), par le Comte Charles de Kerchove de Denterghem. 1927.
- L'Action du gouvernement belge en matière économique pendant la guerre, par F. G. van Langenhove. 1927.

FRANZÖSISCHE SERIE

- Bibliographie méthodique de l'histoire économique et sociale de la France pendant la guerre, par Camille Bloch. 1925.
- Le Problème du régionalisme, par Henri Hauser. 1924.
- L'Industrie textile en France pendant la guerre, par Albert Aftalion.
- Les Forces hydro-électriques pendant la guerre, par Raoul Blanchard.
- L'Industrie française pendant la guerre, par Arthur Fontaine.
- Lyon pendant la guerre, par Edouard Herriot.
- L'Agriculture pendant la guerre, par Michel Augé-Laribé.
- Le Contrôle du ravitaillement de la population civile, par Pierre Pinot.
- La Vie économique à Bordeaux pendant la guerre, par Paul Courteault. 1925.
- Les Formes du gouvernement de guerre, par Pierre Renouvin. 1925.
- Mouvement des prix et des salaires pendant la guerre, par Lucien March. 1925.
- La Main-d'œuvre étrangère et coloniale pendant la guerre, par le professeur B. Nogaro et le lieutenant-colonel Lucien Weil. 1926.
- Tours et la guerre, étude économique et sociale, par Michel Lhéritier et Camille Chautemps. 1926.
- Les Dépenses de guerre de la France, par Gaston Jèze. 1926.

- Les Finances de guerre de la France, par Henri Truch y. 1926.
 La Navigation intérieure en France pendant la guerre, par G. de Kerviler. 1926.
 Rouen pendant la guerre, par J. Levainville. 1926.
 Politique et fonctionnement des transports par chemin de fer pendant la guerre, par Marcel Peschaud. 1926.
 La Santé et le travail des femmes pendant la guerre, par Marcel Frois. 1926.
 Paris pendant la guerre, par Henri Sellier, A. Bruggeman et Marcel Poëte. 1926.
 Marseille pendant la guerre, par P. Masson. 1926.
 Bourges pendant la guerre, par C. J. Gignoux. 1926.
 L'Afrique du nord pendant la guerre, par Augustin Bernard. 1926.
 L'Organisation de la République pour la paix, par H. Chardon. 1926.
 La Lutte contre la cherté par les organisations privées, par Ch. Gide et Daudé-Bancel. 1926.

GROSSBRITANNISCHE SERIE

- Allied Shipping Control; an Experiment in International Administration, by J. A. Salter. 1921.
 War Government of the British Dominions, by Arthur Berriedale Keith. 1921.
 Prices and Wages in the United Kingdom, 1914—1920, by Arthur L. Bowley. 1921.
 A Manual of Archive Administration, including the Problems of War Archives and Archive Making, by Hilary Jenkins. 1922.
 The Cotton Control Board, by Hubert D. Henderson. 1922.
 Bibliographical Survey of Contemporary Sources for the Economic and Social History of the War, by M. E. Bulkley. 1922.
 Labour Supply and Regulation, by Humbert Wolfe. 1923.
 The British Coal-Mining Industry during the War, by Sir Richard A. S. Redmayne. 1923.
 Food Production in War, by Sir Thomas Hudson Middleton. 1923.
 Workshop Organization, by G. D. H. Cole. 1923.

- Trade Unionism and Munitions, by G. D. H. Cole. 1923.
 Labour in the Coal-Mining Industry, 1914—1921, by G. D. H. Cole. 1923.
 Experiments in State Control at the War Office and the Ministry of Food, by E. M. H. Lloyd. 1924.
 The Industries of the Clyde Valley during the War, by W. R. Scott and J. Cunnison. 1924.
 British Archives and the Sources for the History of the World War, by Hubert Hall. 1925.
 Rural Scotland during the War; a series of studies under the direction of Professor W. R. Scott. 1926.
 British War Budgets, by F. W. Hirst and J. E. Allen. 1926.
 British Shipping during the War, by C. Ernest Fayle. 1927.

ITALIENISCHE SERIE

- Giuseppe Prato: Il Piemonte e gli effetti della guerra sulla sua vita economica e sociale. 1925.
 Alberto de Stefani: La legislazione economica della guerra. 1926.
 Riccardo Bachi: L'alimentazione e la politica annonaria in Italia. 1926.
 Gaetano Zingali: Il rifornimento dei viveri dell'esercito italiano. 1926.
 Luigi Einaudi: Finanza di guerra. 1927.

NIEDERLÄNDISCHE SERIE

(in englischer Sprache)

- War Finances in the Netherlands up to 1918, by M. J. van der Flier. 1923.
 War Finances in the Netherlands, 1918—1922: The Costs of the War, by Professor Dr. H. W. C. Bordewyck; The Effect of the War upon Banking and Currency, by Dr. G. Vissering and Dr. J. Westerman Holstyn (1 Band). 1927.
 The Effect of the War upon the Manufacturing Industry, by Mr. C. J. P. Zaalberg; The Effect of the War upon Commerce and Navigation, by Mr. E. P. de Monchy; The Effect of the War upon Supplies and upon Agriculture, by Dr. F. E.

- Posthuma; The Effect of the War upon the Housing Problem, 1914—1922, by Dr. H. J. R o m e y n; The Effect of the War upon Prices, Wages, and the Cost of Living, by Professor Dr. H. W. M e t h o r s t (1 Band). 1927.
- The Effect of the War upon the Colonies, by Professor Dr. J. H. C a r p e n t i e r A l t i n g and Mr. d e C o c k B u n i n g (1 Band). 1927.

ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHE SERIE

- Bibliographie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, von Professor Dr. Othmar S p a n n. 1923.
- Das Geldwesen im Kriege, von Dr. Alexander P o p o v i c s. 1925.
- Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges, von Minister a. D. Ing. Emil H o m a n n - H e r i m b e r g. 1925.
- Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege, von Minister a. D. Professor Dr. Joseph R e d l i c h. 1925.
- Die äußere Wirtschaftspolitik Österreich-Ungarns: »Mitteleuropäische Pläne«, von Minister a. D. Dr. Gustav G r a t z und Sektionschef Professor Dr. Richard S c h ü l l e r. 1925.
- Volksgesundheit im Krieg, herausgegeben von Prof. Dr. C l e m e n s P i r q u e t. 2 Bände. 1926.
- Die Regelung der Volksernährung im Kriege, von Staatssekretär a. D. Dr. Hans L o e w e n f e l d - R u ß. 1926.
- Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege, eine Reihe von Monographien unter der Leitung von Staatssekretär a. D., Abgeordneten Ferdinand H a n u s c h.

SCHWEDISCHE SERIE

- Bidrag till Sveriges Ekonomiska och Sociala Historia under och efter Världskriget, under Medverkan av Kurt Bergendal, Olof Edström, Olof Ekblom, Otto Järte, Fabian von Koch, Carl Mannerfelt, K. G. Tham, utgivna av Eli F. Heckscher (2 Teile). 1926.

TSCHECHOSLOWAKISCHE SERIE

(in englischer Sprache)

- Financial Policy of Czecho-Slovakia during the First Year of its History, by Dr. Alois R a š i n. 1923.

SERIE VON ÜBERSETZUNGEN UND VERKÜRZTEN
AUSGABEN

(in englischer Sprache)

French Industry during the War, by Arthur Fontaine. 1926.

VERLEGER UND VERTRIEBSSTELLEN IN DEN
EINZELNEN LÄNDERN

<i>Amerika</i>	Yale University Press, New Haven, Connecticut.
<i>Deutschland</i>	Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart und Berlin.
<i>Frankreich</i>	Les Presses Universitaires de France, 49 Boulevard Saint-Michel, Paris.
<i>Großbritannien</i>	Oxford University Press, Amen House, Warwick Square, London E. C. 4.
<i>Italien</i>	Casa Editrice Gius. Laterza e figli, Bari.
<i>Österreich und Ungarn</i> .	Hölder-Pichler-Tempsky A.-G., Wien IV, Johann-Strauß-Gasse 6.
<i>Schweden</i>	Norstedt & Söner, Stockholm.

Anfragen bezüglich Inhalt und Preis der einzelnen Bände können sowohl an den Verleger des betreffenden Landes als auch an den Verleger des Landes, in dem sich der Anfragersteller befindet, gerichtet werden.

940.9

C 216d

Carnegie endow for v.2,pt1
internat.peace-Div.of econ.
& hist.-Econ.& soc. hist.
for world war-Dutch series.

223650

Form 47

940.9

PENNSYLVANIA STATE LIBRARY

Harrisburg

C 216d

v.2, pt.1

223659

In case of failure to return the books the borrower agrees to pay the original price of the same, or to replace them with other copies. The last borrower is held responsible for any mutilation.

Return this book on or before the last date stamped below.

